

# **Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte. - 13.1962**

Landesgeschichtl. Vereinigung  
Berlin  
1962

JAHRBUCH  
FÜR BRANDENBURGISCHE  
LANDESGESCHICHTE

13. BAND

BERLIN 1962





*Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte*

13 / 1962





JAHRBUCH  
FÜR BRANDENBURGISCHE  
LANDESGESCHICHTE

13. BAND

Herausgegeben  
im Auftrage der Landesgeschichtlichen Vereinigung  
für die Mark Brandenburg e.V. (gegr. 1884)

von

KURT POMPLUN

BERLIN 1962



*Schriftleitung: Kurt Pomplun, Berlin 33, Kudowastr. 27 a / Tel.: 89 55 17*

*Auslieferung: Fontane-Buchhandlung Dora Pohlmann, Berlin 44, Hermannstr. 54, Tel.: 62 63 00*

*Druck: Paul Funk, Berlin 30, Stauffenbergstr. 11-13, Tel.: 13 41 44*

# INHALT

Dr. Eberhard Faden:	
Berlinertum — eine Europa-Mischung? Eine Aufgabe für die Berlinforschung (mit 2 Abbildungen) .....	7
Dr. Gerhard Kutzsch:	
Verwaltung und Selbstverwaltung in Berlin unter der ersten Städteordnung .....	22
Professor Dr.-Ing. Ernst Heinrich (unter Mitarbeit von cand. ing. Hannelore Juckel):	
Der „Hobrechtplan“ (mit 4 Abbildungen) .....	41
Dr. Hans-Herbert Möller:	
Die ehemalige Moritzkirche zu Spandau (mit 3 Abbildungen) .....	59
Dr. Ekhart Berckenhagen:	
Bildnisse der Gräfin Lichtenau (mit 13 Abbildungen) .....	71
Dr. Hans Saring:	
Die ältere Geschichte der Stadt Dahme bis zum Dreißigjährigen Krieg (mit 1 Abbildung) .....	83
Dr. Heinz-Dieter Krausch:	
Die Menzer Heide. Beiträge zur Geschichte eines märkischen Waldes (mit 4 Abbildungen) .....	96
Dr. Hermann Fricke:	
Theodor Fontanes Wanderungen durch die Mark Brandenburg als Vorstufe seiner epischen Dichtung (mit 1 Abbildung) .....	119
Dr. Johanna Jäenecke-Nickel:	
Neuruppiner Bilderbogen (mit 3 Abbildungen) .....	136
Bücherschau .....	147
v. Müller: Fohrde und Hohenferchesar (Dr. G. Mahr)	
Herrmann: Die vor- und frühgeschichtlichen Burgwälle Groß-Berlins und des Bezirkes Potsdam (Dr. E. Reinbacher)	
Krüger: Die Kietzsiedlungen im nördlichen Mitteleuropa (Dr. W. Vogel)	
Otto: Aus Ur- und Frühgeschichte (Dr. A. v. Müller)	
Schulze: Brandenburgische Besitzstandskarte des 16. Jahrhunderts (Prof. Dr. H. Winz)	
Herbergen der Christenheit. Jahrbuch für deutsche Kirchengeschichte (Dr. H. Gebhardt)	
Delbrück: Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte (H. Zopf)	



*Krill: Die Ranke-Renaissance. Max Lenz und Erich Marcks*  
(Dr. E. Faden)

*Möller: Dome, Kirchen und Klöster in Brandenburg und Berlin*  
(Dr. Dr. H. Reuther)

*Pomplun: Berlins alte Dorfkirchen* (Dr. E. Berckenhagen)

*Wirth: Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin. Stadt und*  
*Bezirk Charlottenburg* (Prof. Dr.-Ing. E. Heinrich)

*100 Jahre Berliner Statistik 1862—1962* (Dr. E. Faden)

*Lehmann: Berlin-Bummel um die Jahrhundertwende —*

*Ders.: Berlin-Kaleidoskop 1910—1930* (K. Pomplun)

*Eschen: Berlin-Kalender 1963* (Dr. H.-H. Möller)

*Gerhard Küchler:*

*Aus dem Leben der Vereinigung* ..... 163

Eberhard Faden:

## Berlinertum — eine Europa-Mischung?

*Eine Aufgabe für die Berlinforschung*

Professor Dr. Friedrich Solger zum 85. Geburtstag

Theodor Fontane hat 1889 Gedanken über „Die Märker und das Berlinertum“ veröffentlicht und den Gegenstand als „ein kulturhistorisches Problem“ bezeichnet. Seine Lösung war ohne wissenschaftliche Quellenarbeit nicht möglich, die sprachlich Agathe Lasch in ihrem „Berlinisch“ 1928 geleistet hat, historisch-statistisch Ernst Kaeber in seiner meisterlichen Ausgabe der „Berliner Bürgerbücher 1701–1750“, veröffentlicht von der „Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin“ 1934. Heute stellt es sich neu in europäischer Sicht.

Das Schicksal Berlins seit dem Kriegsende 1945 hat dazu geführt, daß eine Tatsache unserer Stadtentwicklung stärker betont wird als früher — ja unter dem Eindruck der Europabestrebungen geradezu in den Mittelpunkt gerückt wird. Gemeint ist die Zuwanderung der französischen Réfugiés und die spätere Aufnahme von Glaubensflüchtlingen — „aus aller Welt“, wie zuweilen etwa kühn behauptet wird — und ihre Bedeutung für das Berlinertum, für die Wesensart unserer Stadt und ihrer Menschen. In der Tat, es ist ein verlockender Gedanke, eine Geschichte Berlins „europäisch gesehen“ zu versuchen.

Ein unscheinbarer Gedenkstein — wie geschaffen als Sinnbild — scheint solche Sicht zu bestätigen: die Grabchrift eines unbekannten Lehrers vom Jahre 1741. Den Stein hütet das Märkische Museum an der Waisenbrücke, benannt nach dem Königlichen Friedrichs-Waisenhaus am Nordufer der Spree, an dem jener Lehrer gewirkt und in dessen kleinem Kirchhof er die letzte Ruhe gefunden hat:

Hier liegt Franz Dickel  
geboren zu Heidelberg im 1666. Jahr

Die dortige Universität schenkte ihm die Wissenschaft  
Berlin, die Mutter der Vertriebenen,  
die Zuflucht im 1693. Jahr

Er verwaltete in aller Treue in diesem Königl. Waisenhaus / das Amt  
eines Aufsehers und Ref. Lehrers / bei den Orangen-Kindern 25 Jahr /  
Er starb glaubens- und hoffnungsvoll / an seinem Erlöser den 11. De-  
zember 1741 / seines Alters 75 Jahr / Dieses Denkmal setzten auf Be-  
gehren / des selig Verstorbenen aus betrübter / Freundschaftspflicht seine  
Mitarbeiter / Nuglich und Loos.

Berlin, die Mutter der Vertriebenen — die Stadt der Toleranz! Der Stein ist ein Sinnbild, das uns zugleich mitten in den Kern unserer Untersuchung führt — zurück in die Zeit der Glaubenskämpfe, in das Zeitalter der Reformation und Gegen-



reformation. Die kurpfälzische Residenz Heidelberg, einst die Hochburg der deutschen Reformierten, die auch ihrer Bekenntnisschrift, dem Heidelberger Katechismus von 1563, den Namen gegeben hat, war – Stadt und Schloß – 1689 und 1693 von den Franzosen verwüstet und zerstört worden. Sie und das eben zur Regierung gelangte katholische Fürstenhaus Pfalz-Neuburg drückten auf die Protestanten. Nicht wenige Pfälzer wandten sich nach Berlin, wo 1685 der Kurfürst Friedrich Wilhelm den aus Frankreich geflohenen Réfugiés Zuflucht und Heimat geboten hatte. Ob der Studiosus Franz Dickel gewußt hat, daß sein Heidelberg den Anstoß gegeben hatte zum Übertritt des Hauses Brandenburg zu den Reformierten 1613? Hier war Johann Sigismund 1605 der „wahren“ Religion begegnet und hatte seinen Sohn Georg Wilhelm der pfälzischen Prinzessin Elisabeth Charlotte anverlobt, deren Sohn nachmals als Großer Kurfürst über die deutschen Lande hinaus bekannt geworden. Freilich, sein Großvater und Vater blieben politisch noch im reichsfürstlichen Respekt vor dem Kaiserhaus Habsburg, obwohl ihr Kanzler Dr. Pruckmann schon 1606 begeistert für eine evangelische Union eintrat und auf das Beispiel der Schweizer und Niederländer hinwies. Denn wenige Jahre später 1609 begann der Erbstreit Brandenburgs mit dem Hause Pfalz-Neuburg um das Herzogtum Jülich-Kleve am Niederrhein. Dieses Land stand damals unter dem Druck des Kampfes, den Spanien gegen die 1579 „abgefallenen“ Niederlande führte. Von hier waren schon seit 1570 viele Protestanten – Lutherische wie Reformierte – geflüchtet. Emden, Bremen, Hamburg, Altona – im Süden Kassel, Hanau, Erlangen hatten sie aufgenommen. „Den niederländischen Emigranten ist es weitgehend zu verdanken, daß Hamburg damals zu einem internationalen Weltmarkt wurde“, sagt die Chronik der Hansestadt.

Berlin gehört nicht in diese Reihe; den lutherischen Fürsten, damals auch Kurbrandenburg, galten der Abfall der Niederlande sowohl wie der Aufstand der kalvinistischen Hugenotten in Frankreich (seit 1562) als Rebellion gegen ihre rechtmäßigen Herrscher. Die genau sechs Niederländer, die das Berliner Bürgerbuch von 1553 bis 1600, ohne Zusammenhang untereinander, verzeichnet, machen aus Berlin noch keine „Mutter der Vertriebenen“. Und ein Mißverständnis ist es, wenn man die Zuwanderung von Kaufleuten aus Jülich und vom Niederrhein, etwa 1560–1600, mit der großen Politik in Verbindung bringen will. Möglich, daß die aus den Niederlanden herüberwirkende Unsicherheit sie antrieb – ebenso möglich, daß, wie der Wirtschaftshistoriker Hugo Rachel meint, ihr Unternehmungsgeist „hier in einem weniger entwickelten Lande (wir halten dies Wort für später fest) einen weiteren Spielraum“ erstrebte. Es waren Lutheraner, die Krappe aus Mühlheim a. Rh., die Weiler und Essenbrücher aus Jülich, die Sturm aus Werden an der Ruhr, die bald in Ratsfamilien einheirateten, ebenso die Niclas und Cassel aus Wesel.

Dieser westliche Einfluß war nichts Außergewöhnliches. Gerade damals 1572 gab in der märkischen Universitäts- und Messestadt Frankfurt an der Oder der dortige Professor Wolfgang J o b s t (Justus) eine „Beschreibung der Mark Brandenburg“ heraus, in der er berichtet: vor zwanzig oder dreißig Jahren habe die Mark „besser gestanden“, es sei „eine wohlfeile Zeit gewesen, also daß viel fremder Völker als Franken, Meißner, Schlesier und Rheinländer hineingezogen...“, wie dann auch heutiges Tages viel ausländisch Volk in der Mark wohnt, sonderlich zu Frankfurt an der Oder, Berlin und Brandenburg“. Unter den „fremden Völkern“ wurde das benachbarte Meißen-Sachsen seit der Reformation geradezu der Kultur-

mittler für die jüngere Mark und die Residenz Berlin mit Theologen und Juristen, mit Baumeistern, Steinmetzen und Maurern, mit Tuchwebern und anderen Gewerben — ohne daß aber eine sächsische „Kolonie“ entstand. Der Austausch zwischen den beiden verwandten Stämmen war altgewohnt. Man sollte auch nicht übersehen, daß z. B. im ersten Jahrhundert der 1409 gegründeten Universität Leipzig nicht weniger als fünfzehn Märker in das Amt des Rektors gelangt sind.

Im übrigen teilte die Mark das allgemeine Schicksal der deutschen Wirtschaft nach der hohen Blüte im Zeitalter der Fugger in Augsburg, der Loitz in Stettin, und wenn 1618, vor Ausbruch des Krieges, der bereits erwähnte Kanzler Dr. Pruckmann feststellte, die Mark habe seit dreißig Jahren „augenscheinlich an Leuten in allen Ständen abgenommen“, so stand sie darin nicht allein. Freilich fehlte auch den Versuchen ihrer Regierung, Manufakturen im Lande einzurichten, die nachhaltige Kraft. Die Politik des Großen Kurfürsten schuf darin einen völligen Wandel. In dem damals fortgeschrittensten Staate, in den Niederlanden, hatte er die Schule seiner Jugend durchlaufen und gemeinsam mit seiner Gemahlin Luise von Oranien (seit 1646) gelang es ihm, aus ihrer Heimat Baumeister, Bildhauer und Maler für seine Residenz zu gewinnen. Niederländische Kolonisten als Lehrmeister in der Land- und Viehwirtschaft und im Wasserbau kamen in die obere Havelgegend; Böttzow hieß fortan Oranienburg, und Namen wie Holländerbruch oder Neuholland bewahren die Erinnerung. Eine rein wirtschaftliche Kulturarbeit, ohne jedes Hineinspielen der Religion, und gering die Zahl ihrer Träger — es war kein Bevölkerung, keine „Peuplierung“. Bürgerliche Einwanderung hat überhaupt nicht stattgefunden, und die holländische „Kolonie“ in Berlin an der „Friedrichsgracht“ (der Name erst im 18. Jh.!) ist eine bloße Fabel, so oft sie auch wiederholt wird. Schon vor Jahren hat Professor Willy Hoppe solche Übertreibungen zurückgewiesen; es ist zu hoffen, daß sein Vortrag „Der Anteil der Niederländer an der brandenburgisch-preussischen Kulturentwicklung“ gedruckt wird, den er im Juli 1936 auf der Tagung der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft in Leer in Ostfriesland gehalten hat.

Unvergleichbar stärker und nachhaltiger hat der Zuzug aus Frankreich gewirkt, ein wirkliches „Bevölkern“ Berlins. Im Edikt von Potsdam, das der Aufhebung des Edikts von Nantes durch Ludwig XIV. 1685 unmittelbar folgte, bot der Kurfürst seinen schutzlos gewordenen französischen Glaubensgenossen eine neue Heimat. „Etwa 20 000 „Réfugiés“ sind daraufhin im Laufe der nächsten Jahre und bis etwa 1700 in die brandenburgischen Lande eingewandert. Fast jede größere Stadt, von Kleve bis Königsberg, hatte im 18. Jahrhundert ihre französische Kolonie; am bedeutendsten waren die von Berlin, Magdeburg und Halle. Französische Prediger, Gelehrte, Offiziere wirkten anregend auf das geistige und gesellschaftliche Leben dieser Städte ein; die Hauptmasse aber bestand aus Gewerbetreibenden, Meistern und Unternehmern der neuen Manufakturgewerbe, die damals jeder aufstrebende Staat, und auch Brandenburg, bei sich einzuführen und zu befördern strebte. Diese Bestrebungen waren längst im Gange; aber erst an den französischen Flüchtlingen fand man die geeigneten, ökonomisch und technisch geschulten Kräfte, deren man bei diesen neuen Unternehmungen bedurfte, die die Vorläufer der modernen Industriebetriebe geworden sind und in denen Frankreich neben Holland damals allen Ländern der Welt weit voraus war.“ So schildert Otto Hintze das Ereignis in seiner preussischen Geschichte „Die Hohenzollern und ihr Werk“ (1915). Und der bedeutende Wirtschaftsforscher Gustav Aubin, der den „Einfluß der Refor-

mierten in der Geschichte der deutschen Wirtschaft“ (1929) im großen Zusammenhang untersucht hat, weist auf die bemerkenswerte Verlagerung der Schwerpunkte in Deutschland: katholische Gegenden und Reichsstädte, die sich dem Flüchtlingsstrom verschlossen, gerieten ins Hintertreffen, Köln, einst „die bedeutendste Stadt Deutschlands“, gleitet ab; neue Landschaften drängen nach vorn, so etwa das nördliche Württemberg und das Wuppertal; für Brandenburg insbesondere, „das damals auf eine der untersten Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung Europas gesunken war (wir halten auch dies Urteil fest), geradezu ein Wendepunkt... in der Geschichte mehrerer preußischer Städte, so Berlins und Magdeburgs, der Beginn einer neuen Entwicklungszeit“.

Wohl über 500 000 Franzosen verließen ihr Vaterland; es ist zu verstehen, daß die Wohlhabenden nicht Brandenburg, sondern die reichen Staaten Holland und England aufsuchten. Dieser größten Flüchtlingsbewegung seit der Reformation folgte in den sogenannten Reunionskriegen Ludwigs XIV. 1689, 1693 und in den weiteren Jahren die Auswanderung der Pfälzer – zu ihnen gehörte der eingangs genannte Heidelberger Franz Dickel; es waren Deutsche und auch Franzosen, die nun zum zweiten Male flüchten mußten. Nach Berlin kamen bis 1709 an 450 Personen, meist Reformierte, davon etwa ein Drittel Franzosen. Bald darauf, 1704, erhielten Berlin und die Mark weiteren französischen Zuzug aus dem kleinen Fürstentum Orange an der unteren Rhône, das als oranisches Erbe 1702 von Brandenburg beansprucht, dann doch von Frankreich genommen wurde, unter dessen Druck sich viele Reformierte, unter ihnen wie bei den Pfälzern ursprüngliche Réfugiés, in das Gebiet ihres brandenburgischen Landesherrn retteten, an 1600 Menschen. Diese „Orangeois“ schlossen sich der französischen Kolonie an; ihre Zahl in Berlin ist nicht bekannt.

Gleichzeitig entstand eine Schweizer Kolonie in der neuen Friedrichstadt, Vertriebene eigener Art, auf „gesetzlichem“ Wege. Mißernten hatten den Lebensraum in verschiedenen Alpenkantonen verengt. Nach Verhandlungen zwischen beiden Regierungen, die schon 1684 begannen, wanderten bis 1710, besonders aus den Kantonen Zürich und Bern, mit Familien über 500 Personen ein, Deutsche, in der Hauptsache Handwerker. Übrigens ist 1770, sehr viel später, noch einmal eine ganze Gruppe von Schweizern, 33 Familien, in Berlin angesiedelt worden.

Religionsflüchtlinge dagegen waren die Salzburger, vom Erzbischof Firmian ausgewiesen, die 1731 Berlin erreichten. Eine bekannte zeitgenössische Abbildung, die ihre herzliche Aufnahme zeigt, hat oft zu dem Irrtum verleitet, sie seien ein süddeutsches Gegengewicht zu der französischen Kolonie und den norddeutschen Berlinern geworden. Aber sie berührten die Stadt nur auf der Durchreise – ihr Ziel war Ostpreußen, das durch die Pest 1709 böse entvölkerte, in dem damals wohl 20 000 Salzburger sich eine neue Heimat erarbeitet haben. Eine kleine Gruppe allerdings scheint in Berlin angesetzt worden zu sein: unter dem 6. Dezember 1736 sind im Bürgerbuch als „Friedrichsstädter Kolonisten“ eingetragen 17 Männer, meist Drechsler und Schnitzer, zusammen als „Bergtholdsgader“ bezeichnet, also aus Berchtesgaden.

Ihr Beispiel fand in Böhmen Widerhall. Dort hatte die Unterdrückung und Verfolgung der evangelischen Christen, der lutherischen wie der reformierten, schon seit dem 16. Jahrhundert zu immer neuen Auswanderungen geführt, die bis ins 18. Jahrhundert andauerten. Ihr Weg war meist nach der Lausitz und nach Sachsen gegangen, das aber nur Lutheraner duldeten. Ein Pfarrer wandte sich 1732 nach



Berlin an König Friedrich Wilhelm I., und einige verbreiteten sofort in Böhmen die Rede, der König werde allen „zur Religions-Freyheit verhelfen und, wenn er darinnen Widerstand finde, eine Armee nach Böhmen schicken, um zum wenigsten eine ebenso gloriose Emigration als der Salzburger zu unterstützen“. Nichts konnte ihm ferner liegen, denn die Auswanderung hatte Massen-Maße angenommen, so daß die österreichische Regierung sich bei Sachsen und Preußen beschwerte, sie „duldeten rücksichtslos, daß ihr die Untertanen aus dem Lande gelockt würden“. Während Sachsen neue Zuzüge untersagte, entschloß sich Friedrich Wilhelm dann doch zur Aufnahme: „Laßt sie kommen, ich will ihnen Wohnungen geben“. Aber das sollte möglichst unauffällig, in kleinen Trupps vor sich gehen. So geschah es. Schon vor 1730 bestand in Berlin, kaum bemerkt, eine kleine böhmische Gemeinde. In fünf Jahren, 1732–1737, kamen an 1600 oder mehr Böhmen in die preußische Hauptstadt. Der König ließ ihnen in seiner Erweiterung der Friedrichstadt, der Wilhelmstraße mit dem „Wilhelmsmarkt“, Häuser bauen, zwischen Kochstraße und dem Rondell (Belle-Alliance-, heute Mehring-Platz), danach die Gegend alsbald die „böhmische Wallachei“ geheißen wurde. Die „Exulanten“ waren arm, aber fleißige und geschickte Handwerker, meist Spinner und Weber. Bald gab es neben mehreren französischen Kirchen auch eine böhmische, an der Ecke der Krausen- und Mauernstraße, in der tschechisch gepredigt wurde. Auch draußen vor der Stadt siedelte man, und wie im Norden ein Französisch-Buchholz lag, so entstand jetzt im Südosten beim Dorfe Rixdorf ein eigenes Böhmisches-Rixdorf.

Hin und wieder liest man von Wallonen und Waldensern in Berlin. Wallonen sind französisch-reformierte Niederländer aus dem französisch sprechenden Süden; die Waldenser, deren Geschichte schon früh 1176 mit dem Auftreten des Lyoners Waldes beginnt, wurden 1686 aus Savoyen verjagt. Sie wandten sich auch nach Brandenburg und baten, dem Kurfürsten selbst unterstellt, nicht mit den Franzosen vermischt zu werden, da sie „ruhigerer Natur“ seien, den Schweizern ähnlich. In Berlin haben beide keine eigenen Gemeinden gegründet; sie finden sich, wohl nur gering an Zahl, nirgends gesondert aufgeführt, sind also in der großen Gruppe der Réfugiés enthalten. Vereinzelt erschienen Religionsflüchtlinge aus Schlesien, Österreich, Polen und aus dem „Reich“. K a e b e r zeigt in seiner Einleitung zu den Bürgerbüchern 1701–1750 an einer Fülle von Schicksalen, was alles Menschen nach Berlin geführt hat. Die Vergünstigungen für „Kolonisten“, wie die Neuanbauenden der Friedrichstadt genannt wurden, lockten viele.

So sind bei weitem nicht alle Böhmen als Flüchtlinge gekommen. Man zog sie planmäßig herein, aus den Ländern, wo sie zuerst Zuflucht gefunden. „Menschen achte vor den größten Reichtum“ — mit diesem Wort des Königs ist seine Wirtschaftspolitik gekennzeichnet. Die Manufakturen brauchten Arbeiter. Was früher einzeln, in immer neuen Ansätzen versucht worden und nur z. T. geglückt war, die Werbung von Fachleuten als Lehrmeister, das betrieben Friedrich Wilhelm I. und sein Sohn und Nachfolger im großen, mit ständigen Vermittlungsstellen im Ausland. Und wie sich die Länder gegen fremde Soldatenwerbungen wehrten, so erhob sich gleichzeitig ein „Kampf der Staaten um den Arbeiter“, der Preußen nicht leichtgemacht wurde. Man hat die Wanderung dieser Träger des neuen Wirtschaftsgeistes, die sich vom 17. zum 18. Jahrhundert in immer stärkerem Ausmaße vollzog, als eine große innereuropäische Kolonisation bezeichnet. Preußen hat so den Unterschied im westöstlichen Kulturgefälle allmählich ausgeglichen.

Übrigens hat man gemeint, auch durch die dauernd vermehrte Garnison habe Berlin viele Ausländer erhalten. Aber keineswegs stammten die Geworbenen aus „halb Europa“, es waren in der Hauptsache Deutsche, sicherlich viele Nichtpreußen darunter, deren Anteil freilich schwer zu bemessen sein wird — daneben die kantonpflichtigen Landeskinder, meist Bauernsöhne. Gleichwohl kann man immer wieder in Beschreibungen Berlins jenes Schwelgen in Zahlen beobachten, ohne jede bestimmten Angaben, als sei die Stadt von Fremden geradezu überschwemmt worden: neben den Franzosen „Tausende von Juden, Böhmen, Wallonen, Waldensern usw.“ Ein einfacher Vergleich stellt die Maße richtig. Von 1685 bis 1754, also in siebenzig Jahren, sind im Höchstfall 10 000 Fremde zugezogen, in derselben Zeit aber stieg die Bevölkerung Berlins von 18 000 auf etwa 125 000 Einwohner, darin die Garnison mit 25 000 Köpfen. Und so wenig die Fremden aus „ganz oder halb Europa“ zusammengeströmt waren, so wenig stammte der weit stärkere Zuwachs an Deutschen aus „ganz Deutschland“. Läßt man die Herkunft der Neubürger in den Jahren 1701 bis 1750 für den deutschen Gesamtzugel gelten, den das Bürgerbuch ja nicht nachweist, weil nicht alle zum Bürgerrechtserwerb verpflichtet waren, so ergibt sich: drei Viertel entstammen der Mark Brandenburg selbst und den Nachbargebieten Magdeburg-Halberstadt-Braunschweig sowie Sachsen und Anhalt, also einem geschlossenen Raume des mittleren Norddeutschland. Der Nordosten schickte kaum ein Zehntel, Ostpreußen nur 2,5 %, Schlesien noch weniger. Und in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts schreitet mit wachsender Bevölkerung die An- und Eindeutschung — ohne staatlichen Zwang — zunehmend fort; „eingepreußt“ waren die Fremden als loyale Untertanen sehr bald. In dieser Zeit steigt die preußische Hauptstadt zum größten Textilgewerbeort Deutschlands auf. Die „Mutter der Vertriebenen“ wird auch die Mutter der Geworbenen, der geschickten Facharbeiter; den Gepreßten unter den Soldaten mochte sie wohl als Stiefmutter erscheinen, wenn wir an den Schweizer Ulrich Bräker, den „armen Mann im Toggenburg“ denken und an die Schilderung in Klödens Jugenderinnerungen. Wie dieses Berlin der Soldaten und Manufakturen zur Stadt der Aufklärung wird und das „Berlinertum“ entsteht, und welcher Anteil daran den Franzosen gebührt, das soll im zweiten Teil untersucht werden.

Eine spätere Zeit hat das Preußen des 18. Jahrhunderts, seine Herrscher und seine Hauptstadt streng beurteilt. Die zwei großen Gemeinden der Hugenotten und der Böhmen aber haben den Dank an ihre „Wohltäter“ auf die Nachkommen vererbt. Mitten in der Riesenstadt im Bezirk Neukölln findet der Besucher im alten „böhmischen Dorf“ das Standbild König Friedrich Wilhelms I. noch heute unverehrt, das die Gemeinde 1912 errichtet hat. Das Denkmal der Réfugiés für ihren Kurfürsten finden wir im Ausland — in Genf. „Das internationale Reformationsdenkmal“ in der Stadt Calvins, 1909 geschaffen, zeigt vor einer Mauerwand als Hauptgruppe Calvin und seine Helfer und zu beiden Seiten je drei Glaubenskämpfer, neben Coligny, Wilhelm von Oranien, Cromwell, Roger Williams und dem Ungarn Etienne Bocskay den Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg; an der Mauer liest der Betrachter deutsche Worte aus dem „Potsdamer Edikt 1685“.

\*

Die Hugenotten und Berlin 1685 — das Streben, den Kulturgegensatz möglichst deutlich zu machen und die Förderung der Stadt durch sie um so leuchtender und einleuchtender zu malen, hat bisweilen seltsame Formen angenommen. Noch heute lebt es, jenes „eingewurzelte Vorurteil von einer hierlandes auf alle Dinge sich erstreckende Armut und Elendigkeit“, gegen das vor hundert Jahren Theodor Fontane, Märker und Hugenottensproß, seine „Wanderungen“ unternommen hat. Und doch — Widerspruch, der er war — urteilte er im Nachruf auf Willibald Alexis 1872 gegen dessen „Roland von Berlin“ bei Anerkennung im einzelnen, daß damals, als der Burggraf von Nürnberg die Mark übernahm, „in Wahrheit Kurbrandenburg ein bloßes Reichsanhängsel war und die Lehmkatzenherrschaft unserer Städte in allem, was Reichtum, Macht und Kultur anging, neben dem eigentlichen Deutschland, neben den Reichs- und Hansestädten verschwand“. Alexis hatte die Urkundenbände von Fidicin benutzt. Seitdem hat die Forscherarbeit der nachfolgenden Stadtarchivare Clauswitz und Kaeber unsere Kenntnis wesentlich erweitert. Und als Karl Scheffler in seinem „Berlin, Wandlungen einer Stadt“ 1931 ohne Rücksicht auf die Wandlungen der Geschichtsforschung die unbefangene Behauptung der 1. Auflage von 1910 wiederholte, Berlins Schicksal sei es, „immerfort zu werden und niemals zu sein“, und nur für die Schinkelzeit eine „Stadtindividualität“ zugestand, da konnte Kaeber in der Besprechung sagen: „Eine solche Gesamtkultur hat Berlin aber auch im Mittelalter wie in der Renaissancezeit besessen. Nur ist der Nachweis dafür schwieriger zu führen, weil er eine genaue Kenntnis des gesamten Quellenstoffs voraussetzt“.

Solch Nachweis ist auch für das Berlin von 1685 möglich, das nun schon durch zwei Jahrhunderte kurfürstliche Residenz gewesen. Bis zum Eintreffen der Réfugiés



*Internationales Reformationsdenkmal in Genf mit dem Standbild des Großen Kurfürsten (links), einer Schöpfung der Pariser Bildhauer Paul Landowski und Henri Bouchard*

hatte es 45 Regierungsjahre des Herrschers erlebt, der sie in sein Land rief – Jahre ununterbrochenen Aufbaus. Was im Kriege versäumt worden, das war jetzt nachgeholt: Berlin war Festung unter Einbeziehung einer dritten Residenzstadt Friedrichswerder. Und ab 1670 entstand als vierte längs des Flusses nach Westen im Zuge der „Linden“ die „Neustadt“, nach der Gründerin, der zweiten Gemahlin des Kurfürsten, dann Dorotheenstadt genannt. Der Oder-Spree-Kanal schuf eine durchgehende Wasserstraße Breslau – Frankfurt – Hamburg und belebte Berlins Handel. Als schnell und sicher galt die brandenburgische Post, die Berlin mit „unsern auswärtigen Landen“ verband, mit Kleve in 6 Tagen, und in 4 Tagen mit Königsberg in Ostpreußen. Im Residenzschloß bewunderten die Besucher den neuen Alabastersaal, den festlichen Raum für Staatsempfänge, den Lustgarten mit vielen ausländischen Gewächsen, Standbildern und Brunnenanlagen: das Werk holländischer Meister. Steuerliche Erleichterungen beförderten den Wiederaufbau, so daß Rat und Stadtverordnete gern von der „Verschönerung dieser vor andern Städten Deutschlands emporsteigenden Residenzstadt“ sprachen. Aber ihre Selbstverwaltung wurde fort und fort eingeschränkt; der Gouverneur stand über dem Bürgermeister. Nicht nur Enteignungen und andere Härten im Gefolge des Festungsbaus erregten Mißstimmung. Neuerliche Versuche des Kurfürsten, in einem Religionsgespräch Lutheraner und Reformierte zu versöhnen, und dann sein scharfes Gebot, die Kanzeln vom Streite frei zu lassen, wühlten alte Gegensätze auf. Der beliebte Prediger Paul Gerhardt verließ die Stadt; der Calvinistentumult von 1615 war noch nicht vergessen. Für den Gedanken wahrer Toleranz war die Zeit noch so wenig reif wie 1615. Aber Friedrich Wilhelm mochte doch ein künftiges Ideal vorschweben, als er den Plan des Schweden Benedikt Skytte aufgriff, in seinem Lande eine Weltuniversität auf der Basis freier Zusammenarbeit von Gelehrten aller Bekenntnisse zu gründen, für die er freilich nicht Berlin, sondern die einst von dem Luxemburger Karl IV. begonnene Kaiserpfalz Tangermünde am Elbestrom in Aussicht nahm. Ein flüchtiger Europa-Augenblick, nur auf dem Pergament einer Urkunde bewahrt. Mehr doch trieb den Brandenburger der Ehrgeiz, in die Kämpfe des Zeitalters einzugreifen. „Allianzen sind gut, eigene Kräfte sind besser“, das war sein Ziel. Zeitlebens ist er doch nur ein kleiner Herr unter den großen Mächten geblieben, auf Bündnisse angewiesen. Aber als er 1675 durch den Sieg von Fehrbellin die Mark und ihre Hauptstadt vor den Schweden rettete, der seit Gustav Adolf berühmtesten Heereskraft Europas, da trug ein Flugblatt aus Straßburg den Namen des Großen Kurfürsten durch die deutschen Lande, und bei der Verfolgung des Feindes über die Ostsee kämpfte auch eine Fregatte „Berlin“.

Auf dieses junge Selbstbewußtsein der brandenburgischen Residenz stieß 1685 die Einwanderung der Réfugiés. Wenn es auch immer wieder zu lesen ist: es trifft natürlich nicht zu, daß dieses Berlin der 18 000 plötzlich, in kürzester Frist, 6000 Flüchtlinge zu behausen erhielt und daß „mit einem Schlage“ jeder vierte Berliner ein Franzose war. Die Flucht hatte schon früher begonnen, über ein Jahrzehnt lang kamen Wagenzüge um Wagenzüge, und Nachzügler trafen – nach Zwischenaufenthalten – noch bis 1740 ein. Seit mehr als zehn Jahren (1672) bestand eine französische Gemeinde, vom Hofe begünstigt, wie auch der Kurfürst seit längerem Franzosen in seinen persönlichen Dienst genommen hatte. Damals hatte die französische Kultur ihren Siegeszug durch Europa angetreten, es gab keinen Fürstensitz, der sich ihr verschloß. Über die zunehmende Verwelschung klagte be-



Radierung von Daniel Chodowiecki, 1784, aus Band 3 der „Mémoires pour servir à l'histoire des Réfugiés françois dans les États du Roi“ par Erman et Reclam



D. Chodowiecki del. & sc. 1784

*Mais c'est un Réfugié*

reits 1663 der Berliner Advokat Nikolaus Peuker, ein doch nicht verächtlicher Dichter an der Spree: „Wer's nicht französisch macht, der bleibt wohl ein Tor.“ Und nun diese Fülle aus der bevorzugten Nation! Adlige, besonders Offiziere, aus denen der Kurfürst eine Gardetruppe bildete, die *grands mousquetaires*, Männer der Wissenschaft, Handwerker und Kaufleute — aber auch viele, sehr viele ohne Beruf und ohne Besitz, „arme Schlucker“, die vergebens in Orten der Mark ihr Glück versucht hatten und nun bei den Wohlfahrtseinrichtungen der großen Berlingemeinde Unterschlupf begehrten. Es waren doch Menschen fremder Zunge, glaubensfremd im lutherischen Berlin, von südländischem Aussehen — wenige „Blonde“ aus Nordfrankreich. So sehr man Glaubenseifer und strenge feste Lebensführung an ihnen anerkennen mußte, so verdroß doch manche Erzählung, die bald die Runde machte, wie jene, die Chodowiecki hundert Jahre später in der Gedenkschrift der Réfugiés illustrierte: Der alte kranke Kurfürst am Tisch, darauf eine Schatulle mit Kronjuwelen, ist befremdet, daß die Kurfürstin solche Schätze aus der Hand geben will; sie weist auf den wartenden Juwelier: „Aber er ist doch ein Réfugié“.

Unter dem Nachfolger Friedrich III. fanden weitere Züge in der von ihm 1688 begonnenen Friedrichstadt Platz, in der eine Straße geradezu „die Französische“ wurde, während die Dorotheenstadt, in der sich vornehmlich Adlige niedergelassen hatten, zeitweilig „*Quartier des nobles*“ hieß. Auch die alten Viertel Kölln und Berlin zählten *Réfugiés*, dagegen kaum die Vorstädte im Norden und Osten. Jene Gedenkschrift berichtet, damals habe ein Besucher Berlins sich in einer Stadt Frankreichs glauben können. Infolge der Verteilung über ganz Berlin kam aber ein eigenes „Französisch-Berlin“ nicht zustande, wurde auch wohl gar nicht erwogen, zumal noch ungewiß blieb, ob Frankreich sich nicht wieder öffnen würde. Eine Hoffnung, die Ludwig XIV. im Frieden von Rijswyk 1697 vernichtete, allen Bemühungen der Mächte zum Trotz. Aus den Gästen wurden nun Bürger — aber nicht Mitbürger. Die *Réfugiés* blieben vorerst ein Fremdkörper, eine Gemeinde mit eigener Gerichtsbarkeit, fast eine „Republik“ in der Residenz des absoluten Fürsten.

Wie gestaltete sich das Zusammenleben, da sie doch allenthalben zwischen Deutschen wohnten? Aus dem grundlegenden Werk zur 200-Jahr-Feier von Eduard Muret, 1885 als Festschrift verfaßt — sagt Paul Clauswitz, der die Akten kannte — „erfährt man nichts von den großen Unzuträglichkeiten, die sich aus dem Dasein einer weitverzweigten Sondergemeinde fort und fort für die Verwaltung der Stadt ergaben, nichts von den Streitigkeiten, die durch Anmaßungen der bevorzugten Fremden hervorgerufen, nichts von dem wirtschaftlichen Druck auf die Bürgerschaft“. Die französisch geschriebene Gedenkschrift von 1785, den Ereignissen um hundert Jahre näher, spricht ganz unbefangen davon. Es konnte nicht anders sein. Selbst überwiegend reformierte Gegenden im deutschen Westen und Süden verzeichneten ähnliche Erfahrungen. Was Berlin aus dieser Reihe heraushebt: schneller und stärker wuchs gleichzeitig der deutsche Zustrom. Gegen 1710 stieg die Einwohnerzahl auf 50 000. Alles war im Werden, die Stadt gewann ein neues Gesicht.

Kaum hatten die Franzosen sich als Brandenburger eingerichtet, da wurden sie mit den Berlinern „königlich preußisch“, als der Kurfürst in Königsberg als Friedrich I. die Krone nahm. Ein Königsschloß erhob sich an der Spree, auf der Brücke das Reiterbild des Großen Kurfürsten, und gegenüber ein stattliches Zeughaus.

Was der Bildhauer und Baumeister Andreas Schlüter, ein Norddeutscher, mit einem Heer von Künstlern und Kunsthandwerkern „aus vieler Herren Länder“ schuf, was der Erbauer des Zeughauses Jean de Bodt, aus Paris gebürtig, leistete und manche andere, soviel das alles auch der Kunst Italiens und Frankreichs verdanken mochte: es gab, dem märkischen Boden verhaftet, der Stadt doch norddeutsch-preußische Prägung. Ebenbürtig wirkte der berühmteste Gelehrte seiner Zeit, Leibniz, den die Königin Sophie Charlotte aus ihrer Heimat Hannover rief und der zur Akademie der Künste die Akademie der Wissenschaften fügte. Ein Drittel der Mitglieder stellten die *Réfugiés*. „Durch die gelehrten Hugenotten“ — sagt Harnack in der Geschichte der Akademie — „wurde Berlin zeitweilig zum Hauptquartier der protestantischen Wissenschaft“ im Studium der Kirchengeschichte. Und im lutherischen Kirchenleben strebte der bedeutende Philipp Spener nach Versöhnlichkeit. Mochte vielleicht in dieser geistigen Welt ein edler Wettstreit walten, härter wurde er in der Wirtschaft geführt. Keine Innung nahm freiwillig einen Franzosen. Um so mehr sorgte der Staat für die Hugenotten. Manches freilich mißlang, unverschuldet und auch selbstverschuldet:

„Die *banquerouts* sind hier à la mode“ heißt es 1715. Der Verbreitung der feinen „Galanterie“-Erzeugnisse kam die Gunst des Hofes zugute, und allmählich gewöhnten sich die Berliner doch, ihre Söhne den Fremden in die Lehre zu geben. Damen und Herren des Hofes besuchten gern den französischen Gottesdienst, manche traten sogar der Gemeinde bei; zuweilen erschien auch das Königspaar. Muret rühmt diese Jahre: „Die Regierung Friedrichs I. war die Blütezeit der französischen Kolonien; nach ihm begann mit der Akklimatisation ihr Rückgang.“

Ursache ist nicht eigentlich das strenge Regiment Friedrich Wilhelms I., „der alles über einen Kamm schor und alles fremdländische Wesen haßte“. Wie groß mußte seine persönliche Achtung sein, wenn er die Erziehung des Kronprinzen in die Hände zweier Réfugiés legte, der Madame de Rocoules und des Lehrers Du Han de Jandun, denen ihr Zögling zeitlebens dankbar zugetan blieb. Aber den Unterschied der evangelischen Bekenntnisse, den er als „Pfaffengezänk“ abtat, wünschte er zu beseitigen. Doch die Réfugiés waren gegen die Vereinigung mit den deutschen Reformierten und hielten fest an ihrer Deklaration von 1689, die ihre ursprüngliche französisch-reformierte Kirchenordnung wiederhergestellt hatte und die heute noch besteht. In der Wirtschaft dagegen brachte der königliche Befehl 1716 für „sämtliche Teutsche und Französische Kauf- und Handelsleute“ eine gemeinsame Gilde zustande. Auch hier zeigt sich seine Anerkennung in der frühen „Instruktion“ für den Nachfolger von 1722. Zwar die von „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ herrührenden Pensionen will er künftig gekürzt sehen, *„indeßen sein die francosen sehr Industrieuße leutte die unsehre lender in species der stette unser Nacion Kabable gemachet zu Manufacturen denn vor eine etl. 40 Jahr in unßere lender Keine feine tücher strümpfe allerhandt Kreppe etamine und allerhandt wollene wahre fabriciret worden und wier vor dießen haben es Kommen laßen aus Engellandt Franckreich Hollandt itzo wierdt aus unsern lande sehr viell in gandts teutschlandt debittieret“*.

Gleichwohl bezeichnet die jüngste Geschichte der Hugenotten von Manoury seine Regierung als eine Folge „ununterbrochener Kämpfe mit der Gemeinde, für die der sonst so gelobte König ein böser Tyrann“ gewesen sei. Böse? Aber Tyrann war er auch für andere, selbst für seine Nächsten.

Und doch, nicht von oben kam die „Akklimatisation“, sie begann unten bei den „kleinen“ Leuten. Wir können jetzt den Vorgang Jahr für Jahr ablesen an den Protokollen des französischen Konsistoriums, die Pfarrer K. Manoury 1955 in Auszügen herausgegeben hat. 1722 erbittet öfter jemand die Erlaubnis, sich „bei den Deutschen“ trauen zu lassen, die ersten Mischehen. 1730 tauchen im Protokoll erste deutsche Ausdrücke auf: „un plan avec un anschlag“, der „lauffpaß“ eines Soldaten; Familiennamen werden verdeutscht (1756). Und nach 1760 mehren sich die Fälle, daß Kinder dem französischen Unterricht nicht mehr folgen können und die Eltern sie in deutsche Schulen geben. Selbst bei Erwachsenen läßt die Kenntnis des Französischen nach, es mangelt an „guten Meistern des Vorlesens“, die man als Kantoren braucht. 1781 müssen gar 1200 Neue Testamente mit deutscher Übersetzung neben dem französischen Text angeschafft werden. Immer stärker wird das Bedürfnis nach Gottesdienst in deutscher Sprache; in den Beratungen darüber fällt 1799 zum erstenmal der Ausdruck „Germanisation“.

Im Jahre 1781 bereits ergibt eine Umfrage: Kirchengemeinde und Kolonie sind nicht mehr derselbe Kreis, die Folge der zunehmenden Mischehen. Denn alle ihre

Kinder dürfen, wenn sie es wünschen, der Kolonie angehören, während die Gemeinde nur die eines französischen Vaters zuläßt. Unvermischt erhält sich lange die Oberschicht. Bei der Familie Jordan, deren einer als Freund des jungen Friedrichs schon in den Rheinsberger Tagen bekannt wird, kommen erst in der 4. Generation, seit etwa 1785, Heiraten mit Deutschen vor – und bei den Kindern deutsche Vornamen. Der Sohn des Predigers Jean Pierre Erman, der Physiker Paul Erman (1764–1851) – beide Mitglieder der Akademie – und seine Geschwister betrachten Französisch noch als ihre Muttersprache.

Damit haben wir kurz eine Entwicklung von annähernd achtzig Jahren durchgemessen. Naturgemäß ging das Eingewöhnen in das Berliner „Klima“ langsam, fast unmerklich, vor sich. So wurde noch 1761 für die Börse als dritter Makler ein Franzose bestellt mit der ausdrücklichen Begründung, „viele französische Mitglieder verstünden nicht deutsch“. Sie hatten es „nicht nötig“; „sie waren die geschicktesten und in vielen Fächern die einzigen“ – die feine Kundschaft, Hof, Adel und zunehmend das höhere Bürgertum, sprach ja französisch.

Seltsames Widerspiel: der zögernden Akklimatisation der Réfugiés kam die schnellere Anpassung der Berliner entgegen. Es war nicht so sehr König Friedrichs Vorliebe für die Kultur des großen Nachbarvolkes, auch nicht die Erneuerung der Akademie der Wissenschaften „auf französischen Fuß“, die Berlin stärker als andere Residenzen überfremdete. Natürlich beugte man sich dem; befremdlich berührt heute, daß der nachmals berühmte Statistiker Probst Süssmilch bei der Widmung seines ersten Werkes an den König sich entschuldigte, nicht französisch geschrieben zu haben. Nein, es war die Vorliebe der Zeit überhaupt für Mode und Sitte aus Paris bis ins kleinste, von Zeitgenossen oft gegeißelt. Schon unter Friedrich Wilhelm I. gab es einige französische „Sprach- und Schreibmeister“, und in der Folgezeit ward es üblich, statt eines deutschen Studenten einen Franzosen ins Haus zu nehmen. „Sie hatten niemals eine Universität besucht, aber sie waren Franzosen“, viele Unberufene und Unwürdige darunter, gestrandete Abenteurer, die in Berlin ihr Glück versuchen konnten, da jede staatliche Aufsicht fehlte. Gab doch der König selbst das Beispiel, der grundsätzlich französische Gelehrte oder italienische Sängern höher bezahlte als deutsche.

Besonders beliebt waren die Mädchenpensionen: ein bißchen Putzmachen, mehr oder weniger gewandtes „Parlieren“, etwas Grazie in Bewegung und Tanz – Frivolität und Oberflächlichkeit, so schildert sie die Berliner Helene Unger in ihrem mehrfach aufgelegten Roman „Julchen Grünthal“ 1784. Ja, man zürnte, die „Demoisellen“ brächten ihren Zöglingen „Verachtung gegen vaterländische Sitten und Gebräuche“ bei. So wird verständlich, was Klöden in seinen Jugenderinnerungen von seinen Verwandten, kleinen Handwerksleuten, um 1800 berichtet: „Das Ideal dieser Frauen waren die Franzosen..., wer zur Kolonie gehörte, hatte den Adelsbrief in der Tasche..., während ihnen ihre deutschen Mitbürger, ihre eigene Muttersprache als plump und bäurisch galten“. Sie kannten keinen Unterschied zwischen windigen Tanzmeistern und den ernsthaften puritanischen Hugenotten.

Gegen solche Gleichsetzung hatten die Sprecher der Kolonie sich oft genug zu verwahren. Noch ärger wurde die Mißstimmung, als der König 1765 für seine verhaßte „Regie“ sich Steuerbeamte aus Frankreich verschrieb. Sie hießen bald die „François-Français“, die nur zerstörten, was die „François-Allemands“, die Réfugiés, einst geschaffen hätten.



Gleichwohl wurde die Stadt nicht französisch. Zwar gab es um 1750 neben zehn deutschen fünf französische Buchhandlungen. Aber die vielgenannten französischen Zeitungen, so häufig der König solche Unternehmungen förderte, haben sich nie länger als ein bis zwei Jahre halten können. Die Berliner lasen die „Voß“ und die „Spenersche“. Wesentlich für das geistige Leben waren doch die Veröffentlichungen des Verlegers Nicolai, die „Briefe zur neuesten Literatur“ und die auch im „Reich“ bekannte „Allgemeine deutsche Bibliothek“, an denen Lessing und Moses Mendelssohn mitarbeiteten, wie auch in der Akademie stärker die wissenschaftlichen Leistungen der deutschen Mitglieder hervortraten. Eine Briefstelle bei Mendelssohn könnte allerdings an dem deutschen Gesicht der Stadt zweifeln lassen. 1761 mahnt er seine Verlobte in Hamburg, französisch zu lernen, denn dieses sei „hier fast zur Muttersprache geworden“. Vielleicht empfand er so, weil seine Seidenbranche ganz von Franzosen beherrscht wurde. Ein junger schwäbischer Theologe, der sich für Preußen begeisterte und um 1780 eine Pfarre nahe der Hauptstadt übernahm, fand doch in Berlin „das deutsche Athen“. Und ein „im Ganzen wohlunterrichteter“ Zeuge berichtete 1783 in der Berlinischen Monatsschrift: „Ich habe fast noch nirgends, weder in Deutschland noch in England, mit solcher Stärke gegen die Franzosen reden hören... Die angesehensten Männer hier sprechen mit jedem Fremden, von dem zu vermuten ist, daß er es versteht, deutsch... Ein Franzose zu sein, gibt bei den besten Menschen hier ganz und gar keinen Anspruch auf vorzügliche Achtung“.

Der gebürtige Berliner Balthasar König (1753–1814) tadelt in seiner Geschichte Berlins, nach 1790 erschienen, ganz offen die durch Friedrich II. geförderte Franzöisierung; nur die vom Vater stammende Kraft der „alten Friedrich-Wilhelm-Männer“ habe geholfen, die schweren Kriegsgefahren zu bestehen. Der Kolonie-Berliner Guillaume Mila (1764–1833) betont in seiner deutschgeschriebenen Geschichte Berlins von 1829 den „Kaltsinn“ des Königs gegen die deutsche Literatur, der „die besseren Köpfe wie Ramler, Ewald v. Kleist, Gleim u. a. angespornt habe, zu beweisen, daß die deutsche Sprache kein Hindernis sei für gute Geistesprodukte“. Und Friedrich selbst? Zwei Zeugnisse: 1756 erhält das französische Konsistorium eine königliche Mahnung an die Predigtamtskandidaten, sich die deutsche Sprache anzueignen – und 1783 im Gespräch mit dem Rektor des Joachimsthalschen Gymnasiums, Professor Meierotto, bezeichnet der 71jährige die Erziehung der Berliner Jugend abfällig als „weichlich, modisch und französisch“!

Urteile, Vorurteile? Die Stimmen der Zeit ließen sich seitenlang vermehren, aber nicht eine deutet auch nur an: die damals hervortretende Berliner Volksart sei von französischem Geiste beeinflußt. Erst das 19. Jahrhundert hat diese Lesart aufgebracht. Aber wie vorsichtig spricht Muret 1885 von der „Mischung, aus der, wie einige Schriftsteller behaupten, jener stets schlagfertige, oft freilich derbe Witz der Berliner hervorgegangen sei“. 1889 wendet sich Fontane in der eingangs genannten Arbeit gegen diese „zunehmenden Behauptungen“. Ludwig Geiger, der 1892 seine „Geschichte des geistigen Lebens der preußischen Hauptstadt 1688–1840“ erscheinen ließ, erhebt gleichwohl die Behauptung zur unumstößlichen Tatsache, und zwar für die Einwirkung der Franzosen wie die der Juden. Immerhin zu verstehen: „Berlins schneller (mit r, nicht mit s) Wachstum“ – so die Untersuchung von Süßmilch um 1750 – fiel schon den Zeitgenossen auf. Seine Anfänge fallen zusammen mit dem Eintreffen der ersten Franzosen und

Juden, wenige Jahre vor Fehrbellin. Was lag näher, als in der zeitlichen Folge auch eine ursächliche zu sehen. Nur daß Geiger, bei dem wir es am ehesten erwarten dürften, auch nicht einen einzigen Beleg bringt. Denn solch geistiger Vorgang läßt sich allenfalls belegen, niemals beweisen. Von der oft angeführten einzigen Zeugin Marie Anne Du Titre (1748–1827), einer Voll-Französin, sagt Hermann Kügler, der ihr Leben genau durchforscht hat: „Eher möchte man umgekehrt behaupten, daß Madames Blut seit der geschlechterlangen Ansässigkeit auf Berliner Boden von der ‚Berliner Luft‘ beeinflußt worden ist.“

Statt jener fehlenden Mischungs-Belege haben wir eine Fülle von Stimmen ganz anderer Art. Gegen das Überlegenheitsgefühl der Kolonie, von ihr — nach Fontane — damals noch „als eine Art Dogma“ betrachtet, steht das preußische Selbstbewußtsein der Berliner. Bemerkbar wird jener „verwegene Menschenschlag“, wie Goethe ihn nennt, dem gegenüber man selbst Haare auf den Zähnen haben müsse. Bereits zu Friedrichs Lebzeiten 1785 hielt die Berlinische Monatsschrift „Ein Wort über die vielen antiberlinischen Schriften“ für notwendig. Balthasar König berichtet von dem dreisten Politisieren und Rasonnieren der Berliner im Siebenjährigen Kriege. Sie waren mit ihrem Friedrich groß geworden, seit sie ihn bei der Rückkehr vom zweiten schlesischen Kriege 1745 als den Großen begrüßt hatten — vielleicht in Erinnerung an den kurfürstlichen Ahnherrn, dessen Reiterbild auf der Brücke am Schloß gleichsam zum Wahrzeichen der Hauptstadt geworden war. Goethe trifft es im Nachruf auf seinen römischen Malerfreund, den Märker Philipp Hackert, der seine Lehrjahre in Berlin zugebracht und auch in Italien sein Preußentum nicht verleugnete: „nicht zu vergessen, daß jeder als Preuße einen Teil von der Glorie des großen Königs sich zueignete“.

Nicht weniger genau trifft es Schiller, wenn er die preußischen Hochgefühle, ja Hochmutsgefühle dämpft in einem Spottvers an die Spree: „Sprache gab mir einst Ramler und Stoff mein Cäsar. Da nahm ich — meinen Mund etwas voll; aber ich schweige seitdem“.

Ebenso sprichwörtlich wie das Preußische wurde damals der „märkische Sand“, die „sandige Prosa“ Berlins, die auch nicht eine Spur französischer Einwirkungen erkennen ließ.

Selbst Ludwig Geiger zieht aus seinen Forschungen den Schluß: „Friedrich hat Berlins Weltstellung begründet“. Es ward die früheste Großstadt in Norddeutschland, aus dessen „mittlerem, blutsmäßig geschlossenen Gebiet alten sächsischen Stammes“ zu drei Viertel die Berliner kamen, zur Hälfte aus der Mark selbst. Hier in der Stadt der Arbeit und der Arbeiter mit allen frühen Großstadterscheinungen erwuchs bodenständig der Berliner Mutterwitz, kein „Abglanz gallischen Geistes“ (so Karl Scheffler), eher von fritzischer Galle, wie man denn — nach Fontane — gesagt hat, die Berliner hätten alle „einen kleinen ‚alten Fritz‘ im Leibe“, „beiläufig das Schmeichelhafteste, was je über sie gesagt worden ist“, fügt er hinzu. Darum sei es nicht zu wörtlich genommen. Als leibhafte Zeugen dieser kräftigen Berliner Art waren weit über die Hauptstadt hinaus bekannt zwei Professoren: Der Bildhauer Gottfried Schadow (1764–1850), Sohn eines Schneiders, und der Musiker Karl Friedrich Zelter (1758–1832), Mauerermeister wie sein Vater. Sie bezeugten zugleich, daß der sandige Boden Berlins nicht kunstarm oder gar kunstfeindlich war. Stellen wir ihnen zwei Weltleute gegenüber, die Brüder Wilhelm und Alexander v. Humboldt, aus Potsdam und Berlin gebürtig, von

märkischem Geschlecht, mit hugenottischem Einschlag durch den Vater der Mutter, so wird uns die ganze Spannweite dieses Berlins um 1800 sichtbar. Zugleich hat es in der Einschmelzung, in der nicht geplanten, nicht gelenkten Eindeutschung der Hugenotten eine erstaunliche Fähigkeit und Bereitschaft zur Anverwandlung bewiesen, die ihm nicht verlorengegangen ist.

Unangetastet durch solche Feststellungen bleibt die Leistung der Réfugiés als Lehrmeister einer ganzen Epoche Berlins, in der sie einen Ehrenplatz behalten. In diesem Sinne mag unser Versuch auch der Gegenwart dienen.

#### Anmerkungen:

Von der benutzten Literatur seien als wichtigste Titel genannt:

Erbe, Helmut: Die Hugenotten in Deutschland, Essen 1937.

Erman, Wilhelm: Jean Pierre Erman, 1735–1814, Berlin 1914. Ders.: Paul Erman. Ein Berliner Gelehrtenleben 1764–1851. Heft 53 der Schriften des Vereins f. d. Geschichte Berlins, Berlin 1927.

Fontane, Theodor: Aus dem Nachlaß. Herausgegeben von Josef Ettlinger, Berlin 1908.

Geiger, Ludwig: Berlin 1688–1840. Geschichte des geistigen Lebens der preußischen Hauptstadt, I., Berlin 1892.

Hort, Irmgard: Die böhmischen Ansiedlungen in und um Berlin. In: Herbergen der Christenheit. Jahrbuch f. deutsche Kirchengeschichte, Leipzig 1959.

Manoury, K.: Geschichte der französischen Kirche zu Berlin 1672–1955, Berlin 1955. Ders.: Geschichte der französischen Provinzgemeinden (Brandenburg), Berlin 1961.

Muret, Eduard: Geschichte der Französischen Kolonie in Brandenburg-Preußen, Berlin 1885.

Mila, Guillaume: Berlin oder Geschichte des Ursprungs, der Entwicklung und des jetzigen Zustandes, Berlin 1829.

Zur Charakteristik des Berliners vgl. die bei Kuhn, Berlin, Stadt und Land, Handbuch des Schrifttums, Berlin 1952, S. 84–88, genannte Literatur.

Zum Sprachgebrauch: „Kolonie“ als sich selbstverwaltende Gruppe gilt „amtlich“ nur für die Franzosen. An sich sind alle in der Friedrichstadt Neuanbauenden „Kolonisten“, daher Pfälzer und Schweizer Kolonie. Später, 1778, nennen sich auch die Juden Berlins „Kolonie“; sonst sprach man von der jüdischen „Nation“, damals = Volksart, wie man auch von einer schlesischen oder märkischen Nation liest: = Volks- und Landesart.

Durch freundliche Vermittlung unseres Bibliothekars Harry Methling erhielt ich die Schrift von Daniel Buscarlet: Das internationale Reformationsdenkmal, Genf o. J.

Fontane gibt die hugenottische Abstammung von Willibald Alexis für gewiß an. Schon Béringuier (Die französische Kolonie 1902, Nr. 10, auch Mitt. d. V. f. d. Gesch. Berlins, 24. Jg., 1907, S. 3 u. 102) hat sie bezweifelt. Auch aus den Schriften und dem Nachlaß der Willibald-Alexis-Gesellschaft (Prof. Evers) in der Amerika-Gedenkbibliothek Berlin hat sich nichts darüber feststellen lassen. (Freundl. Mitteilung des Herrn Bibliotheksrats Dr. B. Sauer.)

## Verwaltung und Selbstverwaltung in Berlin unter der ersten Städteordnung

Schon maßgebende Männer der Reformzeit waren der Meinung, daß die Größe der äußeren Verhältnisse Berlins und seine Bedeutung als Residenz eine gewisse Sonderstellung der Stadt im künftigen Verwaltungsaufbau Preußens erfordere. Altenstein trug in seiner Denkschrift vom 11.9.1807 vor, ein besonderer Zivilgouverneur oder Oberpräsident für Berlin scheine ihm höchst wichtig. „Es kann sodann der Zivilgouverneur für die Marken und Pommern seinen Sitz mehr in der Mitte beider Provinzen nehmen, und es wird von mancherlei guten Folgen sein, wenn Berlin eine ganz besondere Verfassung erhält, damit kräftig für solches geschehe, was erforderlich ist, ganze Provinzen aber nicht dieser Stadt wie es bisher der Fall war, geopfert werden.“ Es wurde daran gedacht, dem Oberpräsidenten für Berlin eine direkte Teilnahme an den Geschäften des Polizeidirektoriums zuzuweisen und ihm auch die Leitung der Geheimpolizei zu übertragen, im übrigen sollten seine Aufgaben mehr repräsentativer Natur sein. Seit friderizianischer Zeit war die eine von vier Magistratsabteilungen das Polizeidepartement gewesen, dessen jeweiliger Direktor den Titel „Stadtpräsident“ führte und dem Magistratskollegium vorstand. Im Zuge der Verwaltungsreformen wurde die Polizei verstaatlicht, den Stadtmagistraten allenfalls die örtliche Polizeiausübung als Auftragsangelegenheit zugewiesen (§ 166 der Städteordnung). Das „Publicandum vom 16.12.1808 betr. die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden“ führte das Institut der Oberpräsidenten ein: § 34 sah deren drei vor, davon einen für Kurmark, Neumark und Pommern — dieses Amt erhielt der Geh. Oberfinanzrat Sack —; der Berliner Polizeiverwaltung sollte ein Geheimer Staatsrat als Oberpräsident vorgesetzt werden, „dessen Ressort von dem der übrigen Oberpräsidenten wesentlich verschieden ist“ (§ 35). Zur Besetzung dieses Amtes kam es nicht. Eine Kabinettsorder vom 25.3.1809 entband den Stadtpräsidenten Büsching von allen Polizeigeschäften und ernannte den Kammerdirektor Gruner zum Polizeipräsidenten, der dem Ministerium des Innern unmittelbar unterstellt wurde. Nur im Falle der Abwesenheit des Ministers sollte Oberpräsident Sack als nächster Vorgesetzter des Polizeipräsidenten fungieren. Er blieb ein solcher auch, als er am 3.11.1810 die Sektion der allgemeinen Polizei im Innenministerium übertragen bekam, nachdem die Einrichtung der Oberpräsidenten vorerst wieder aufgehoben worden war.

Gruner schaffte die kollegialische Organisationsform des bisherigen Polizeidepartements ab und führte die bürokratisch-präsidiale ein. Hinsichtlich der Polizeiexekutive wurde an der Abgrenzung der bestehenden Stadtreviere gegen früher wenig geändert, doch stellte Gruner ihnen jetzt Berufsbeamte als Kommissare vor. Mit seinem Plan, die Bürgergarde durch eine Polizeitruppe zu ersetzen, hatte der Polizeipräsident jedoch keinen Erfolg. Auch Magistrat und Stadtverordnete wünschten, Berlins Bürgerschaft vom Joch des Dienstes in dieser militärischen Formation befreit zu sehen, doch ihre wiederholten Vorstellungen, selbst bei dem Staatskanzler und dem König, blieben erfolglos. Erst 1825 wurde die Bürgergarde aufgelöst, nachdem sich die Stadtverordneten bereit erklärt hatten, jährlich 8000



Taler als Beitrag für 30 Gendarmen zu zahlen. Der Umfang des Berliner Polizeidistrikts wurde 1810 weit über das Stadtgebiet hinausgedehnt: eine königliche Verordnung vom 25. 5. bestimmte, daß er sich auch über den Tiergarten, die Stadt Charlottenburg mit dem Dorfe Lietzow und einige, etwa eine Meile im Umkreis von Berlin gelegene Ortschaften der Kreise Teltow und Niederbarnim erstrecken sollte. Neben dieser Sorge für die öffentliche Sicherheit kamen der Polizei zahlreiche administrative Aufgaben zu, die somit noch für längere Zeit gemeindlicher Selbstverwaltung entzogen blieben: Lebensmitteltaxierung und -überwachung, Medizinal- und Gesundheitsangelegenheiten, Straßenreinigung und -erleuchtung, Feuerschutz, Statistik u. a. m. Ein Teil dieser Aufgaben war bis zu Beginn des Krieges 1806 Sache des Militärs gewesen, so die Sicherheit in der Stadt und die Feststellung der Baufluchtlinien, bei der Taxierung von Lebensmitteln und im Feuerlöschwesen hatte es ein Mitbestimmungsrecht besessen. Das Ministerialreskript vom 13. 6. 1809 schloß nun auch die künftige Mitwirkung der Kurmärkischen Regierung in Potsdam bei Gegenständen, die in ihre Zuständigkeit fielen, für Berlin nicht aus: man fixierte das dienstliche Verhältnis zwischen ihr und dem Polizeipräsidium nicht ausdrücklich und stellte nur fest, die Regierung habe an das Polizeipräsidium nicht zu „skribieren“ (zur Erledigung anzuweisen), dieses nicht zu „berichten“ (in der Art nachgeordneter Behörden)<sup>1</sup>. Die Kosten für die Polizei legte § 184 StO den Gemeinden auf. Angesichts der schwierigen Finanzlage Berlins war und blieb die Stadt freilich nicht in der Lage, sie allein zu tragen und die Generalstaatskasse mußte erhebliche Zuschüsse leisten: im ersten Polizeiverwaltungsetat über 65 % — die Stadtkämmerei zahlte 12 % zu, der Rest entstammte den Einnahmen der alten Polizeialärienkasse.

Die Kurmärkische Regierung, die noch bis Mitte Februar 1809 „Kurmärkische Kriegs- und Domänenkammer“ geheißen hatte, verlegte am 12. 6. 1809 ihren Sitz nach Potsdam, sehr zum Leidwesen der Berliner Bürgerschaft, deren Vertreter in einer Eingabe an den König auf die Verluste hinwiesen, die die Stadt erlitt, weshalb sie baten, die Maßnahme rückgängig zu machen<sup>2</sup>. Diese Behörde unter ihren Präsidenten v. Vincke (1809/10), Sack (interimistisch, April-Okt. 1810) und v. Bassewitz (seit 1. 11. 1810) führte die Aufsicht über den Berliner Magistrat. Sie gab diese Funktion an die Königliche Regierung zu Berlin ab, die durch die Verordnung vom 30. 4. 1815 geschaffen, am 1. 3. 1816 ihre Tätigkeit im Kleinen Jägerhof in der Niederwallstraße unter dem Präsidenten Le Coq, dem bisherigen Polizeipräsidenten, aufnahm. Das Polizeipräsidium selbst wurde in eine Polizeintendentur der Regierung umgewandelt. Die Gründe, die zur Einrichtung der neuen Mittelbehörde führten — die auch nur kurzlebig war und im Dezember 1821 ihr Dasein endete — näher auszuführen, ist hier nicht der Ort. Sie lagen in dem schon eingangs erwähnten Bestreben, der Stadt Berlin eine Sonderstellung im Verwaltungsrahmen Preußens, genauer in der durch die „Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden“ vom 30. 4. 1815 neugeschaffenen Provinz Brandenburg, einzuräumen. Zu dieser waren Kurmark, Neumark und Lausitz zusammengeschlossen und der Leitung eines Oberpräsidenten — dieses Institut kehrte wieder — unterstellt worden. Erster Oberpräsident Brandenburgs wurde der Geh. Staatsrat v. Heydebreck, dem 1824 der bisherige Potsdamer Regierungspräsident v. Bassewitz im Amte folgte. Gegen dessen Widerstand hatte Heydebreck 1815/16 die Bildung des Berliner Regierungsbezirkes durchgesetzt. Recht kompliziert schuf man einen „Engeren Regierungsbezirk“ (Stadt

und Feldmark, Tiergarten und Hasenheide) und einen „Weiteren“, in dem lediglich die Polizeitruppe der Berliner Regierung den Sicherheitsdienst versah, während die Verwaltung der Potsdamer Regierung oblag. Diese gab der neuen Schwesterbehörde alle auf Berlin bezüglichen Geschäfte ab: die schon genannte Magistratsaufsicht, das Militär-, Marsch-, Vorspann- und Verpflegungswesen, die Gewerbesteuer-Verwaltung, die Verwaltung der Königlichen Mühlen, die der Staats- und anderen öffentlichen Bauten (ohne Schlösser), die Mitwirkung an Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Darüber hinaus übernahm die Berliner Regierung diejenigen Verwaltungszweige, die bisher ausnahmsweise für Berlin vom Innenministerium unmittelbar geleitet worden waren: das Servis- und Einquartierungs-, Kasernements- und Lazarettwesen, das Armenwesen und die Charité, die Mitwirkung in Angelegenheiten gelehrter Schulen (ohne Universität), die Aufsicht über die Tierarznei-Schule.

Auch die Verwaltung der indirekten Abgaben wurde der Berliner Regierung übertragen. Die Ersparnisgründe, von denen die Kabinettsorder sprach, die unter dem 26. 5. 1821 die Berliner Regierung wieder auflöste, waren keineswegs allein entscheidend gewesen, vielmehr hing die Maßnahme mit der allgemeinen Beseitigung der Stadtkreise 1821–28 zusammen, die von den reaktionären ständischen Kräften durchgesetzt wurde<sup>3</sup>. Die Aufsicht über den Magistrat verteilte sich jetzt auf die für die verschiedenen Ressorts zuständigen Ministerien „unter fortdauernder instruktionsmäßiger Einwirkung des Oberpräsidenten“. Aber schon eine Kabinettsorder vom 2. 8. 1828 übergab die Kommunalaufsicht wieder der Bezirksregierung in Potsdam, schaltete den Oberpräsidenten aus und erklärte den Innenminister zur zweiten Instanz.

Das Polizeipräsidium entstand 1822 wieder und erhielt ein Reglement, wonach sich alle Befugnisse und Verpflichtungen einer Regierung als Provinzialbehörde und der ortspolizeilichen Obrigkeit in ihm vereinigten (Regl. v. 18. 9. 1822, §§ 2, 13). Zu seinen administrativen Aufgaben gehörten ebenso Landeshoheits-, Verfassungs- und Huldigungssachen wie Publikation der Gesetze, Landeskultur- und Wasserbauangelegenheiten, Nachtwach-, Erleuchtungs- und Reinigungswesen, Feuer- und Baupolizei, Innehaltung der Zensurvorschriften. Hinsichtlich dieses Pflichtenkataloges ressortierte das Polizeipräsidium unmittelbar vom Innenministerium, in Medizinal-, Gewerbe- und Steuerangelegenheiten von den zuständigen drei Fachministerien. Der Oberpräsident konnte dem Polizeipräsidenten Instruktionen erteilen, nicht als Zwischeninstanz, sondern als „beständiger Kommissar des Ministeriums“, als den ihn die Verordnung vom 30. 4. 1815 eingesetzt hatte. „Wo indessen das Kommunalwesen sich mit der Militär- und Bauverwaltung des Staates berührt, wendet der Magistrat sich im einzelnen zunächst an die für diese Verwaltungen bestimmten Ministerialkommissionen, und ist verpflichtet, den ... an ihn ergehenden Aufforderungen prompt zu genügen.“ Mit diesem Satz weist eine Bekanntmachung des Oberpräsidenten vom 28. 12. 1821 auf die zweite große Staatsbehörde hin, die in das Erbe der Berliner Regierung trat, die „Ministerial-, Militär- und Baukommission“, die bis 1945 bestanden hat, seit 1922 unter dem Namen „Preußische Bau- und Finanzdirektion“. Auf dem militärischen Sektor sorgte sie für den Heeresersatz und verwaltete die Marsch-, Manöver- und Vorspannangelegenheiten in Berlin; im zivilen Bereich unterstanden ihr sämtliche fiskalischen Bauvorhaben in der Hauptstadt, die Unterhaltung der staatlichen öffentlichen Gebäude und Wasserläufe sowie die Berliner Domänensachen. Im Laufe

des 19. Jahrhunderts wurden weitere Aufgaben auf verwaltungsrechtlichem und kirchlichem Gebiet (Patronatswesen) der Kommission übertragen. Berthold Schulzes Arbeit „200 Jahre staatlicher Verwaltungsbezirk Berlin“ (Jahrbuch Bd. 3/1952) verfolgt das Wirken dieser sehr wichtigen Behörde über rund 120 Jahre hinweg bis zum Untergang des preußischen Staates.

Der große Umfang der verwaltenden Tätigkeit staatlicher Behörden für den Berliner Bereich hat der Selbstverwaltung der Hauptstadt kaum Eintrag getan. Der Staatsrechtler Hugo Preuß glaubte aber in mannigfacher Hinsicht, seine Meinung bestätigt zu finden, daß das, was sich nach 1809 in Preußens Städten — und ganz besonders in Berlin — an kommunalem Leben entwickelte, von Selbstverwaltung weit entfernt sei, erst recht von Selbstverwaltung im Steinschen Sinne. In der Verstaatlichung der Ortspolizeibehörden, die den Magistraten als Auftragsangelegenheit überlassen wurden, sah Preuß einen schweren Fehler, weil hier mittels nachgeordneter Staatsorgane „die alte Misere der Behandlung der Kommunalverwaltung als einer subordinierten Staatsverwaltung auch in die neue Organisation städtischer Selbstverwaltung hineingetragen wurde“<sup>4</sup>. Residenzstädte, stellt er weiter fest, haben die stärksten Beeinträchtigungen ihrer Eigenverwaltung zu gewärtigen<sup>5</sup> und von Berlin meint Preuß, daß dessen Einfügung in den Aufbau der staatlichen Verwaltungsorganisation von vornherein für die Entfaltung kommunaler Selbstverwaltung höchst ungünstig war<sup>6</sup>. Freilich münzte er diese Feststellung mehr auf die Verhältnisse in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, als die Einwohnerzahl Berlins schnell und riesig wuchs, das Stadtgebiet eng blieb, die Randgemeinden immer dichter besiedelt wurden, eine zielstrebige Eingemeindungspolitik aber nicht getrieben wurde — jahrzehntelang wünschten die Stadtverordneten sie nicht, dann widersetzte sich ihr die Staatsregierung aus politischen Gründen —, so daß die Möglichkeit verbaub blieb, eine Großgemeinde Berlin zu dezentralisieren, worin Preuß mit Recht ein Erfordernis für gedeihliche Selbstverwaltung erkennt.

Wenn schon deren frühe Praxis bis hin zur Jahrhundertmitte nicht allen Erwartungen gerecht wurde, die sich an sie geknüpft hatten, so ist der Grund dafür weniger in der Verwaltungsorganisation zu suchen, auch nicht in den Kosten, die sich in erträglichen Grenzen hielten, sondern in den Menschen, die die neuen Gedanken praktizieren sollten. Die Bürger standen der Städteordnung gleichgültig gegenüber. Unter dem Eindruck der umfangreichen Vorbereitungen freilich, zu denen nicht zuletzt die Predigten der Pfarrer über die Bürgerpflichten gehörten, soll die Beteiligung an den ersten Stadtverordnetenwahlen Mitte April 1809 verhältnismäßig groß gewesen sein<sup>7</sup>; die Wahlfreudigkeit ließ aber in den folgenden Jahrzehnten immer mehr nach und zahlreiche zeitgenössische Schriftsteller beklagen das völlige Desinteresse der biedermeierlichen Bürgergesellschaft an Fragen des öffentlichen Lebens. Auch der Stadtverordnete Heinrich Runge fühlte sich gedrungen, in der kleinen Schrift „Mein Glaubensbekenntnis“ 1844 auf diese Indolenz hinzuweisen, wobei er auch seine Kollegen im Stadtparlament mit herber Kritik nicht verschonte.

Das Verhalten der Stadtverordneten war zwiespältig: einerseits waren sie durchaus auf Wahrung der gewichtigen Stellung bedacht, die ihnen die Städteordnung einräumte: schon 1810 entstanden Differenzen mit dem Magistrat über die Abgabe von Verwaltungsberichten an die Öffentlichkeit — der Magistrat wollte nur ein Gutachten über seine Verwaltung zugestehen, nicht aber eine Äußerung über die Lage der städtischen Angelegenheiten überhaupt —; im Herbst 1814 stellten sich die

Stadtverordneten in völliger Verkennung staatspolitischer Erfordernisse gegen das Wehrpflichtgesetz, von dem sie Berlin ausgenommen wissen wollten, und hatte schon Hardenberg das Gesuch der städtischen Körperschaft abgelehnt, so mußte sogar noch der König selbst die Hartnäckigkeit der Berliner zweimal zurückweisen, zuletzt in einer sehr ungnädigen Antwort vom 2. 1. 1817. Im Jahre 1822 kam es zu Streitigkeiten des Magistrats mit den Stadtverordneten über die Zusammensetzung der Deputationen, die zu einer Beschwerde des Magistrats beim Staatskanzler führten, dessen Antwort vom 4. 9. einer eindeutigen Klärung des Verhältnisses zwischen den beiden städtischen Körperschaften freilich auswich. Im Gegensatz zu solchem selbstbewußten Auftreten stehen die Zaghaftheit und Unbeweglichkeit der Repräsentanten der Bürgerschaft ebenso angesichts wichtiger Entscheidungen wie in Bagatellsachen. Ihre wichtigste Tätigkeit lag auf dem Gebiete der Vermögensverwaltung. Bei einer zinspflichtigen Schuldenlast von 5 Millionen Talern, die aus der Franzosenzeit übernommen werden mußte, mag das von Ausgabenfurcht diktierte Finanzgebahren der Stadtverordneten verständlich sein, aber es war auch oft genug kurzsichtig und geriet in Gegensatz zum Magistrat. Bis in die fünfziger Jahre hinein wurden Eingemeindungen konsequent abgelehnt, weil sie die Verwaltungsausgaben erhöhen, Entschädigungszahlungen an die Kreise für deren Steuerverluste erforderlich machen oder — wie etwa im Falle einer Einbeziehung Moabits und des Weddings erwartet — die Armenkasse belasten würden. Auf Wunsch des Magistrats hatte das Ministerium 1832 einen Kommissar eingesetzt, den Geheimen Finanzrat Seifferth, der einen ersten umfassenden Haushaltsplan aufstellte und den zaudernden und mit Vorbehalten operierenden Stadtverordneten Vorschläge zur Deckung des Defizits machte. In einer abschließenden Ministerialverfügung vom 11. 12. 1832 weist der Minister darauf hin, daß bisher keine der großen Städte der Monarchie die Hilfe der Staatsbehörden zur Regulierung ihres Haushalts so sehr beansprucht habe wie Berlin, das nunmehr auch die dank der Städteordnung verliehene Selbständigkeit benutzen müsse, um mit der Deckung des Defizits allein fertig zu werden. Die Sparsamkeit der Stadtverordneten bereitet dem Magistrat auch in Personalfragen viele Schwierigkeiten. Gleich im ersten Jahre ihrer Wirksamkeit beantragen sie, den städtischen Bediensteten nur ein geringes Festgehalt zu gewähren, diese im übrigen wie bisher auf die Erhebung von Kopialgebühren anzuweisen, weil sie „durch diese Art der Belohnung ihrer Arbeiten zu größerem Fleiß und größerer Anstrengung aufgemuntert werden“. Der Magistrat hält dem entgegen, daß Kopialgebühren ja mit der Abtretung der Justizpflege an den Staat praktisch fortgefallen seien. Auf Grund eines Gutachtens von Kanzleidirektor D a h r e n - s t a e d t lenken die Stadtverordneten ein<sup>8</sup>. Nach dem Tode dieses verdienten Beamten lehnen sie den Antrag des Magistrats ab, der Witwe ein Gnadenhalbjahr zu bewilligen, es sei denn, der Nachfolger im Amt sei bereit, sein bisheriges geringeres Gehalt sechs Monate lang weiter zu beziehen, auch solle während dieser Zeit das Kanzleipersonal die bisherige Arbeit des neuen Direktors — für welche Stelle übrigens ein Inspektor genüge — zusätzlich mit übernehmen. Auch die Kirchenvorsteher und Rendanten milder Stiftungen sollen nach dem Wunsche der Stadtverordnetenversammlung (1811) zu unentgeltlicher Ausübung ihrer Nebenämter aufgefordert werden; der Kämmerer O e d i n g widerspricht dem in seinem Bericht an den Magistrat und führt ironisch aus, er sei willens, seine eigene Rendantur der Werderschen Gymnasien und einer Stiftungskasse abzugeben, die Stadtverordneten möchten sich einigen, wer aus ihrem Kreise bereit sei, die Ämter ohne

Entgelt zu übernehmen und noch für jede Kasse 500 Taler Kautions zu stellen<sup>9</sup>. Etwas später (1815) erinnert der Magistrat die Stadtverordneten einmal daran, daß königliche Beamte ohnehin erheblich besser dotiert seien als städtische.

Dabei waren die Repräsentanten der Bürgerschaft froh, sich der Verwaltungspraxis erfahrener alter Staats- oder Kommunalbeamten versichert zu wissen. Mit dem früheren Präsidenten der Kurmärkischen Kammer, Leopold v. Gerlach, hatten sie 1809 einen Bürokraten alten Stils und junkerlicher Abstammung zum Oberbürgermeister gewählt. Bürgermeister Büsching und acht Syndici und Räte wurden vom alten Magistrat übernommen. Noch in den Jahren um 1830 klagte Bürgermeister Bärensprung, wie der spätere Stadtverordnetenvorsteher Kochhann in seinen Lebenserinnerungen erzählt, darüber, wie schwer es im allgemeinen sei, für jede durch die Städteordnung bedingte Stelle der Selbstverwaltung eine geeignete Person in der Bürgerschaft zu finden, da einem großen Teile derselben die nötige Bildung fehle<sup>10</sup>. Im Verein mit den immer noch recht lebendigen Vorstellungen von einem patriarchalischen Staats- oder Stadtreform, dem man sich zu subordinieren pflegte, erzeugten die Unkenntnis vieler Materien und die Unerfahrenheit in Verwaltungsdingen bei zahlreichen Stadtverordneten ein Bedürfnis nach Anlehnung. Hier stand das Innenministerium den Berlinern hilfreich zur Seite und nicht nur diesen, sondern vielen anderen Stadtparlamenten der Monarchie auch und seine Verfügungen und Reskripte bieten in ihrer Gesamtheit den denkbar besten Kommentar zur Städteordnung. In dem Rechenschaftsbericht an ihre Mitbürger von 1822 danken die Berliner Stadtverordneten für die Teilnahme und Fürsorge des Ministeriums: „hohe Beamte haben uns gütig belehrt“ (S. 2). Ein Sonderlob erhält in diesem Zusammenhang Minister v. Schuckmann, ein Mann, der gleich vielen anderen hohen Staatsbeamten vor den Befreiungskriegen von der Notwendigkeit einer Änderung des Verwaltungsaufbaus überzeugt war, ihn aber nicht im Sinne Steins betrieben, sondern von oben her restauriert wissen wollte: Schuckmann war und blieb ein bürokratischer Absolutist. Man hat auf Grund solcher Tatbestände von bürokratischer Bevormundung durch die Staatsbehörden gesprochen (Loening), die Selbstverwaltung durch absolutistische Beamtenwillkür abgewürgt geglaubt und jene eine „fromme Täuschung“ genannt (Holtze)<sup>11</sup>. Dergleichen Urteile schießen weit über das Ziel hinaus und legen sehr viel späteren Jahrzehnten entlehnte Maßstäbe an die Anfänge der neuen Verwaltungsübung an. Gewiß hat die staatliche Bürokratie die Berliner Kommunalverwaltung beeinflusst und die Zahl der Berufsbeamten hat sich in den Amtsstuben des Magistrats nicht verringert, sondern um viele juristisch vorgebildete Kräfte vergrößert: eben dieses Beamtentum hat aber mitgeholfen, die Idee der Selbstverwaltung durchzusetzen. Sie hat sich von ihrem Beginn an trotz mancher Mängel ihrer Träger bewährt und ein konstitutionelles Element in das öffentliche Leben eingeführt, das dem staatlichen Neubau nach 1848 wertvolle Vorarbeit geleistet hat. Kein Geringerer als Rudolf Gneist, der selbst im Revolutionsjahr Stadtverordneter war, hat in seiner Abhandlung „Berliner Zustände“ der bis dahin von den Berliner Bürgerrepräsentanten geleisteten Arbeit hohes Lob gezollt.

Für Berlin hatte das Innenministerium unter dem 2. 2. 1809 bestimmt, daß die Städteordnung durch eine besondere Kommission, geleitet vom Oberpräsidenten Sack, eingeführt werden sollte. Sack ernannte den Kammerrat Gruner zu deren Vorsitzenden, die Stadträte Koels und Rück zu Kommissaren. Nach Gruners Vorschlag hatte der Magistrat künftig aus 25 Mitgliedern zu bestehen, davon 15 unbe-



soldeten. Für die Stadtverordnetenwahlen wurde das Stadtgebiet in 102 Bezirke, deren jeder einen Verordneten zu wählen hatte, eingeteilt. Die Wahlen fanden vom 18.–22. April statt, leider fehlen die Unterlagen darüber gänzlich, doch kann man aus zeitgenössischen statistischen Erhebungen ein ungefähres Bild von der Zahl der Wahlberechtigten gewinnen. Berlins gesamte männliche Zivilbevölkerung betrug 1810 bei einer ersten gründlichen Volkszählung rund 73 000. Ein Anteil von 20 % daran dürfte auf Lehrlingen, Gesellen, Bediente und Knechte entfallen. In die verbleibende Zahl von mehr als 58 000 teilen sich Väter (55 % = 32 000) und Söhne (45 % = 26 000); von jenen haben etwa 40 % das Bürgerrecht besessen (13 000). Diese Zahl deckt sich mit der Angabe von Clauswitz, Städteordnung, S. 10 (für 1805) und seinen dort genannten Gewährsmännern. Nun darf Bürgerrecht nicht ohne weiteres als Voraussetzung für Wahlberechtigung angesehen werden. Berlin hatte nach der Zählung von 1810 fast 6900 Häuser, doch sind hiervon – um der Zahl der wahlberechtigten männlichen Hausbesitzer näherzukommen – staatliche und kommunale Gebäude, Kirchen und milde Stiftungen abzugiehen, auch die unter gerichtlicher Administration stehenden Häuser, vor allem aber die große Zahl der im Besitz von Frauen (Witwen) befindlichen. Es verbleiben etwa 5500 wahlberechtigte Hausbesitzer, die 40 % der Bürgerschaft (13 000) ausmachten. Von den Mietern mit Bürgerrecht war nur etwa die Hälfte „wahlfähig“, wie man damals mit einem für heutige Begriffe mißverständlichen Ausdruck sagte. Hier hatte der § 74 d StO spürbare praktische Auswirkungen, indem er das Stimmrecht an den Census eines reinen Jahreseinkommens von 200 Reichstalern band. Man wird die Zahl der Bürger, die 1809 102 Stadtverordnete wählten, mit ca. 9000 annehmen müssen. Im Durchschnitt gehörten zu jedem der 102 Wahlbezirke nur 90 Wähler. Des Vergleiches wegen sei der Blick auf das Jahr 1830 vorausgelenkt. In diesem Jahre hatte Berlin rund 28 000 Bürger, von denen 13 600 (= 48 %) wahlberechtigt waren (ca. 20 % Hausbesitzer, 28 % Mieter). Ihnen standen über 50 % Mieter ohne Wahlrecht gegenüber. Der Hausbesitz hat sich in den zwanzig Jahren von 1810–1830 nicht erheblich vergrößert (Gesamtzahl der Häuser um 1830: 7350), wohl aber die Zahl der Einwohner und die der Mieter mit Bürgerrecht<sup>12</sup>. Das Kleinbürgertum, dem sein Hausbesitz ein bescheidenes soziales Prestige verlieh, wurde folglich von den Bestimmungen der Städteordnung in zunehmendem Maße begünstigt. Laut Gesetz mußten zwei Drittel der Stadtverordneten Hausbesitzer sein, ein Drittel durfte zur Miete wohnen: diejenigen 34 Stadtbezirke, denen es vorbestimmt war, auch Mieter wählen zu können, hatten in einem 2. Wahlgang noch 34 Stadtverordneten-Stellvertreter zu wählen, von denen wiederum  $\frac{2}{3}$  Hausbesitzer sein mußten. Tatsächlich war die Zahl der Hausbesitzer im Stadtparlament noch höher als sie hätte zu sein brauchen. Die Wahlbeteiligung scheint, wie schon erwähnt, nur 1809 beträchtlich gewesen zu sein. Sie sank ab und betrug 1828/30 60 %, 1839/41 70 %. Der zeitgenössische Schriftsteller Ernst Dronke hebt für dieses Jahr 1841 ausdrücklich hervor, daß sich erstmals Interesse an den Stadtverordnetenwahlen gezeigt habe, andere Autoren wollen es freilich erst seit 1848 bemerken. Die Klausur, in der die Stadtverordneten tagten, war nicht dazu angetan, die Anteilnahme der Öffentlichkeit an ihrer Arbeit zu vertiefen. In den Vorstellungen mancher Leute lebten die Stadtverordneten wie die Patriarchen der Stadt, denen man seine Sorgen unterbreitete: zu wem solle sie anders ihre Zuflucht nehmen „als zu Ihnen, verehrungswürdige Väter!“ heißt es im Gesuch einer Witwe (1828)<sup>13</sup>.

Die §§ 87–107 StO schreiben die Durchführung des Wahlgeschäfts genau vor. Die stimmberechtigten Bürger eines Bezirkes versammelten sich in der Kirche, wo ein Magistratskommissar eine „ermahnende Anrede“<sup>14</sup> hielt, der die Verlesung der §§ 79–104 StO folgte. Aus dem Kreise der Anwesenden wurden darauf Kandidaten vorgeschlagen, über die einzeln abgestimmt wurde mittels weißer Ja- und schwarzer Nein-Kugeln, die in ein herumgehendes verdecktes Gefäß zu werfen waren. Später bediente man sich zweier Urnen, einer grünen für die Ja-Stimmen, einer schwarzen für die Nein-Stimmen. Der mit einfacher Mehrheit Gewählte wurde vom Magistratskommissar sofort verpflichtet. Die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung ist, was Berufsgruppen anbelangt, bis 1848 ziemlich konstant geblieben. Kaufleute und Händler heben sich mit 35 % heraus, gefolgt mit ca. 30 % von den Handwerkern und Meistern, die manchmal von den Fabrikanten (15 %) nicht leicht zu unterscheiden sind. Die Eigentümer und Rentiers, eine Gruppe mit relativ hohem Anteil an der Gesamtbevölkerung, machen im Stadtparlament kaum mehr als 7 % aus. Staatsdiener (Beamte, Lehrer usw.) fehlen fast völlig; 1809 wurden noch 6 gewählt, 1820 sitzt 1 in der Versammlung (1830: 2, 1842: 1)<sup>15</sup>. Erst nach der Revolution, bei den Neuwahlen Mitte Mai 1848, wurden 9 Beamte bzw. Professoren Stadtverordnete, davon 4 Juristen, unter ihnen der bedeutende Verwaltungsrechtler Rudolf Gneist, ferner die Historiker Riedel und Raumer. Die Buchhändler bildeten mit 7 Abgeordneten 1848 eine starke Gruppe: Carl Heymann, Julius Springer, C.F.W. Dunker, Georg Reimer und A.W. Hayn sind als Verleger wohlbekannt geworden. Ein paar von ihnen waren bereits seit einigen Jahren Stadtverordnete. Von Duncker sagt H.E. Kochhann, der 1839 ins Parlament einzog, er sei stets vornehm und feinsinnig gewesen und habe alle Mißbräuche der Verwaltung bekämpft; von Hayn freilich, dem Besitzer des Intelligenzblattes, heißt es, wiewohl studiert, habe er viel Roheit gezeigt und sei oft unzurechnungsfähig gewesen. Von so unrühmlicher Ausnahme abgesehen, dringt mit den Gelehrten, Juristen und Buchhändlern langsam das liberale Bürgertum in die Versammlung ein, ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer intensiveren Kontrolle der Verwaltung durch die Wählerschaft. Den Ablauf der Plenarsitzungen, die von 1814–1822 im alten Börsengebäude am Lustgarten stattfanden, dann ins Köllnische Rathaus verlegt wurden, schildert Kochhann recht anschaulich. Er sei nicht wenig überrascht gewesen von der zwanglosen Art und Weise der Beratungen. „Eine geordnete Debatte wurde selten geführt; wer von der Natur mit der lautesten Stimme und dem nötigen Mute begabt war, nahm das Wort, während der Vorsitzende durch Hammerschläge und die Senioren durch Händeklatschen sich bemühten, den Sprechern Gehör zu verschaffen“<sup>16</sup>. Wer zu spät kam, mußte 4 Groschen, wer unentschuldigt fehlte, einen Taler Strafe zahlen. Es haben trotz dergestalt mildem Nachdruck und öfteren Ermahnungen aber nur selten mehr als 70–80 Mitglieder der Versammlung an den Sitzungen teilgenommen.

Die Stadtverordneten waren befugt, zur Prüfung der „ihrer Fürsorge anvertrauten Angelegenheiten Deputationen zu ernennen“ (§§ 124, 183 f. StO). Diese sind am ehesten den heutigen Ausschüssen vergleichbar. Hingegen waren die Deputationen und Kommissionen, von denen § 175 StO handelt, Verwaltungsorgane, die sich aus Vertretern des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und der Bürgerschaft zusammensetzten. Sie verwalteten ihre Ressorts wie Armenwesen, Bauangelegenheiten, Schulsachen, Servis- und Einquartierungswesen usw. selbständig

mit eigenem Haushalt und eigenem Personal. Eine Ausnahme bildeten lediglich diejenigen Deputationen, die sich mit allgemeinen Finanzangelegenheiten der Stadt zu befassen hatten. So verwaltete die Forst- und Ökonomie-Deputation im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens die Kämmererei, übte jedoch keine selbständigen Funktionen aus – da die Leitung des Stadthaushalts beim Magistrat allein lag, war sie eine lediglich beratende Deputation und blieb es auch hinsichtlich der Verwaltung der ländlichen und Ackerbesitzungen der Kommune bis 1833, in welchem Jahr sie neu organisiert und selbständig gemacht wurde. Auch die Finanzdeputation, der man 1829 die geplante, aber nicht verwirklichte Stadtbuchhalterei übertragen wollte, um ihren Wirkungskreis auszudehnen, war nur ein beratendes Gremium aus 7 Magistratsmitgliedern, 10 Stadtverordneten und 5 Bürgerdeputierten. Wenn ein Ministerialreskript von 1842 besagt, daß die Deputationen und Kommissionen „nichts weiter als Abteilungen der städtischen Verwaltung bilden, welche sich im Magistrat konzentriert“ und daß das, „was folglich von einer Kommission oder Deputation verfügt worden, als vom Magistrat selbst verfügt zu betrachten ist“, so erhellen diese Erläuterungen scharf das Prinzip, das 1808/09 in die Verwaltung der Städte eingeführt wurde, und es bleibt unerheblich, daß die revidierte Städteordnung von 1831 – die in Berlin de jure nicht galt – die Gewichte von den Stadtverordneten und den Deputierten hinweg wieder mehr den Magistraten zuschob<sup>17</sup>. Der Berliner Magistrat spricht im schriftlichen Verkehr mit den Stadtverordneten auch stets von „seinen“ Deputationen. Nach § 177 StO konnte der Magistrat jederzeit eine Verstärkung der Zahl der Bürgermitglieder in den Deputationen verlangen. Als er 1822 von diesem Rechte Gebrauch machte, erhoben die Stadtverordneten, die um ihre Mehrheit in den Deputationen bangten, Einspruch bei der Staatsregierung, ohne freilich den erhofften Rückhalt zu finden. In ihrer Gesamtheit oblag es der Stadtverordnetenversammlung, über Erwerb und Verlust des Bürgerrechts zu beschließen, den Magistrat und die Vorsteher der Bezirke zu wählen, Besoldungen festzusetzen, das Stadtgebiet abzugrenzen, das Kassen-, Haushalts- und Rechnungswesen zu prüfen und Bedarfssummen zu bestimmen (§ 184 StO), über die Verwendung des Gemeindevermögens zu befinden, notfalls Steuern einzuführen, gutachtend tätig zu werden und den Magistrat als die eine Hälfte der „geteilten Administration“ zu kontrollieren.

Die ältesten Verwaltungsberichte Berlins aus den Jahren 1817 und 1819 stammen von den Stadtverordneten und beschäftigen sich ausschließlich mit dem dringenden Problem der Schuldentilgung und einem Überblick über die Kämmererei-Verwaltung. Die Schuldenlast Berlins hatte im Dezember 1808 nach dem Abzug der Franzosen 5 Millionen Taler betragen, die mit 250 000 Talern jährlich zu verzinsen war. Des Staatskanzlers Hardenberg Eingreifen hatte der Stadt eben eine bescheidene Erleichterung gebracht, als die zweite französische Besetzung der Jahre 1812 und 1813 erneut die Finanzlage anspannte. Eine Kabinettsorder vom 31. 3. 1813 verlieh Berlin einen Anteil an den Erträgen der Mahl- und Schlachtsteuer (Kommunalakzise) sowie der Braumalzsteuer, so daß es gelang, ohne neue Schulden durch die Kriegsjahre zu kommen. Am 1. 1. 1817 beliefen sich die Verbindlichkeiten noch auf 4 243 000 Taler, am 1. 1. 1819 auf 4 037 000 Taler. Der Tilgungsplan von 1829 bestimmte, daß die von der Stadt erhobenen Zuschläge auf die genannten zwei indirekten Steuern von 50 bzw. 25 % lediglich der Verzinsung und Amortisation der Schulden zu dienen hätten. Der Ausgleich mit dem Fiskus ließ bald die Abmachungen hinfällig werden: mit der Kabinettsorder

vom 31. 12. 1838 erließ der König der Stadt „aus Billigkeitsgründen“ die Summe von ca. 600 000 Talern, die die Staatskasse noch von der Kriegsperiode her zu fordern hatte. Damals hatte der Staat Schulden der Stadt bezahlt, Vorschüsse geleistet, sowohl zur Zinszahlung für Kommunalobligationen als auch unverzinsliche Stadtschuldscheine eingelöst und andere Erleichterungen gewährt — umgekehrt hatte die Stadt Vorschüsse für eigene und feindliche Truppen gegeben, französische Kavallerie gepflegt und auf versprochene Zuschüsse aus Staatskassen ebenso verzichten müssen wie auf zugebilligte Steuerzuschläge: alle diese Ansprüche und Gegenansprüche wurden jetzt — 1838 — bereinigt und wenngleich sich auch nicht alle ihre Wünsche erfüllten, so konnte die Stadt doch im ganzen mit dem Ergebnis des Ausgleichs recht zufrieden sein.

Gemessen an den Größendimensionen der kommunalen Verschuldung nehmen sich die Etats der Kämmererei, der eigentlichen Finanzverwaltung Berlins, bescheiden aus, wenigstens im ersten Jahrzehnt der Selbstverwaltung: noch für die Jahre 1819—1822 schließt die Bilanz mit 90 938 Talern ab; im Laufe der zwanziger Jahre steigen freilich die Einnahmen wie Ausgaben rapide an, 1840 überschreiten sie erstmals die Millionengrenze; alljährlich ergibt sich jetzt auch ein Aktivsaldo, der in den dreißiger Jahren im Durchschnitt 49 000 Taler, in den vierziger Jahren 93 000 Taler ausmacht. Im Jahre 1830 verteilten sich die wichtigsten laufenden Ausgaben der Stadt wie folgt: Schulden 25  $\frac{1}{2}$ %, Servis an die Staatskasse 19  $\frac{1}{2}$ %, Polizei- und Gerichtsverwaltung 8  $\frac{1}{2}$ %, Zahlungen an die Militärverwaltung 4  $\frac{1}{2}$ %, geistliche und Unterrichtsangelegenheiten 3  $\frac{1}{2}$ %, Armenwesen 20  $\frac{1}{2}$ %, Bauwesen 5  $\frac{1}{2}$ %, allgemeine Verwaltung 9  $\frac{1}{2}$ % — recht stiefmütterlich ausgestattet waren die Fonds für Medizinalwesen mit 0,02  $\frac{1}{2}$ % und für Stipendien mit 0,07  $\frac{1}{2}$ %. Auf wenig mehr als 4  $\frac{1}{2}$ % beliefen sich die außerordentlichen Ausgaben, die dem Ausbau zweier Schulen und dem Erwerb des Grundstücks Molkenmarkt 2 galten, mit dem man die Stadtvoigtei erweitern wollte. Der Rest der Ausgabensumme von 704 000 Talern im genannten Jahr betraf „Verschiedenes“.

Die Haupteinnahmen der Stadt entstammten zwei Steuerquellen. Die eine war die schon erwähnte, 1813 eingeführte Kommunalakzise, ein Zuschlag zu den Verbrauchsabgaben, die der Fiskus auf Getreide und Mehl, Vieh und Fleisch erhob, ergänzt durch einen Zuschlag zur Braumalzsteuer<sup>18</sup>; bei der anderen, noch reicher fließenden Quelle handelte es sich um die Haus- und Mietssteuer, deren Erhebung Berlin ausnahmsweise zugestanden wurde, nachdem jene Steuerautonomie, die die Städteordnung den preußischen Gemeinden eingeräumt hatte, durch Hardenbergs Finanzreform 1820 wieder beseitigt worden war. Die Haus- und Mietssteuer basierte auf dem Servis- und Einquartierungswesen vergangener Jahre. Dem in der Stadt untergebrachten, nicht kasernierten Militär hatten die Einwohner — nicht nur die Bürger — Naturalquartier gewähren oder statt dessen den sogenannten Servis zahlen müssen, zu welchem Zwecke eine besondere staatliche Kasse eingerichtet war. In ihren Ursprüngen ging diese Institution auf Friedrich Wilhelm I. zurück. Im Jahre 1806 waren 2626 Mann in Berliner Privathäusern eingemietet. In die Kosten teilten sich die Kgl. Generalkriegskasse (mit 57  $\frac{1}{2}$ %) und die Stadt Berlin (mit 43  $\frac{1}{2}$ %). Hausbesitzer, die kein Naturalquartier bieten konnten, mußten 3  $\frac{1}{2}$ % ihrer Mieteinnahmen an die Stadt abführen; Mieter wurden, sofern sie nicht Naturalquartier gaben, ihrem Einkommen entsprechend herangezogen. Die Servisleistungen lasteten schwer auf der Einwohnerschaft Berlins, zumal nach dem Abzug der Franzosen im Dezember 1808 die Kasernen stark verwüstet waren

und um so mehr eigene Truppen in Privathäusern untergebracht werden mußten. Das Servis- und Einquartierungswesen ging dann im April 1817 gemäß § 179 StO auf die Kommune über, war aber wenige Jahre vorher noch neugeordnet worden. Die Kabinettsorder vom 26. 1. 1815 führte, rückwirkend von Oktober 1814 an, zwar erheblich höhere Steuersätze ein, befreite aber auch die Mieter ganz von der Einquartierungsbürde: besteuert wurde nicht nur wie bisher der ganze Mietwert der Häuser, sondern darüber hinaus wurden Prozente von einer jeden Miete erhoben, sogar vom Wert der von den Hauseigentümern selbst benutzten Wohnungen. Das Abgabengesetz vom 30. 5. 1820 setzte den von Berlin aufzubringenden Servis als eine feste Quote von 131 416 Talern jährlich fest: da aber nicht nur die Zahl der Wohnungen in den folgenden Jahrzehnten stieg, sondern vor allem auch der Mietwert, wuchs das Steueraufkommen stetig in die Höhe — 1820 machte der Netto-Ertrag 281 000 Taler aus, 1830 359 000, 1840 468 000. Der Verwaltungsbericht des Magistrats 1829—1840 hat wohl nicht unrecht, wenn er in diesen Zahlen eine Spiegelung vermehrten Wohlstands der Bevölkerung in den dreißiger Jahren erkennt. Verwaltet wurde die Haus- und Mietssteuer-Kasse von der Servis- und Einquartierungs-Deputation. Eine zweite Sondersteuer wurde der Stadt Berlin von 1830 an mit der Hundesteuer genehmigt, die ihren Zweck, die Zahl der Hunde zu vermindern, aber nicht erfüllte. Man verwandte ihre Einkünfte „zur Beförderung der für alle Einwohner so bequemen Trottoir-Anlagen“<sup>19</sup>. Die Deputation zur Erhebung der Hundesteuer bestand aus einem Magistratsmitglied als Vorsitzenden, 4 Stadtverordneten und 2 Bürgerdeputierten.

Die umfangreichste und schwierigste Administration verlangte das Armenwesen. Die Städteordnung widmete ihm einen umfangreichen Absatz (§ 179 c) und empfahl die Bildung einer leitenden Kommission namens „Armendirektorium“. Das war in der Sache nichts Neues für Berlin. Schon seit längerem waren 2 Magistratsmitglieder der damals staatlichen Armendirektion zugeordnet gewesen, als der Innenminister 1809 den Oberpräsidenten Sack beauftragte, die Überleitung des Armenwesens in städtische Leitung vorzubereiten. Doch kam es zunächst zu einem zehnjährigen Interim, begründet hauptsächlich durch das Unvermögen der Stadt, die Kosten zu tragen und für die Amortisation der Schulden zu sorgen, die die Armenpflege noch aus der Zeit des Comité administratif belasteten: die Armendirektion blieb „königlich“, doch traten Polizeipräsident Gruner, 4 Magistratsmitglieder und 4 Stadtverordnete in die Geschäftsführung ein; 6 Stadtverordnete nahmen an der Aufsicht über Charité, Friedrichs-Waisenhaus, Arbeitshaus, Neues Hospital und die drei kleineren Hospitäler teil. Die Stadt mußte die Kosten tragen, doch leistete der Staat hohe Zuschüsse in Form von Geld und Naturalien. Als am 1. 1. 1819 das Armenwesen in kommunale Verwaltung übergeführt wurde — nur die Charité blieb staatlich —, gingen alle Vermögenswerte und Einkünfte der Anstalten mit an die Stadt über, dafür entfielen die Naturalleistungen des Staates und dessen Zuschuß wurde auf jährlich 75 000 Taler reduziert. „Einen höheren Beitrag gestatten die Staatsfonds nicht, und wenn man erwägt, daß die Charité hauptsächlich von der Stadt benutzt und dennoch ganz aus Staatskassen dotiert wird, so folgt von selbst, daß bei den gesetzlichen Verpflichtungen der Kommune, ihre Armen aus eigenen Mitteln zu erhalten, ein höherer Beitrag ganz unzulässig ist“ (aus der K. O. v. 3. 5. 1819)<sup>20</sup>. Die 75 000 Taler reichten zur Ergänzung nicht aus, weshalb der Magistrat die Überschüsse der Haus- und Mietssteuer mit heranziehen mußte. Die Finanzkraft der städtischen Armen-



kassen hielt mit den umfangreicher werdenden Verpflichtungen auf sozialem Gebiet nicht Schritt; Magistrat und Stadtverordnete wußten für die Geldverlegenheiten auch besondere Gründe anzuführen, die, nicht sonderlich gravierend, vielleicht die zuständigen staatlichen Stellen beeindrucken sollten: so waren die städtischen Behörden wiederholt gegen die Verordnung vom 20.3.1816 Sturm gelaufen, die den — oft unbemittelten — Teilnehmern der Feldzüge 1813–15 das freie Bürgerrecht gewährte und auf der einen Seite die Stadt der Gelder für den Erwerb des Bürgerrechts verlustig gehen, auf der anderen diese Leute, im Existenzkampf gescheitert, der Armenpflege zur Last fallen ließ; ähnlich verhalte es sich, so argumentierte man, mit den Gewerbetreibenden, die sich im Zeichen der Gewerbefreiheit selbständig zu machen wagten, ohne über ausreichende Mittel zu verfügen und ebenfalls nach kurzer Zeit am Ende wären. Auch das Musterungsverfahren des Militärs mißfiel den Stadtvätern, weil es der Kommune „gar nicht unbedeutende Kosten“ verursache, indem die zur Einstellung vorgesehenen Leute Schwierigkeiten bekämen, sich wie bisher ihren Erwerb zu verschaffen und gar brotlos werden, „weil Herrschaften, Meister usw. nicht gern Leute in Dienst nehmen oder behalten, welche ihnen in einigen Wochen doch wieder zum Militärdienst entzogen werden“<sup>21</sup>. Man konnte diese Männer aber auch nicht in ihre Heimatorte abreisen lassen, da sie sich unter solchem Vorwand dem Militär entzogen hätten und war genötigt, sie aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen bis zum Tage der Gestellung. Endlich machten die Stadtverordneten 1822 „jetzt erst entdeckte Kassendefekte“ für die Unordnung im Armen-Rechnungswesen verantwortlich, die Rechnungen seien seit 1803 nicht bezahlt und seit 1814 gar nicht mehr angefertigt worden<sup>22</sup>. Die Armendirektion ist im Laufe der Jahre eine immer größere Selbstverwaltungsbehörde geworden, die 1839 aus 11 Magistratsmitgliedern, 10 Stadtverordneten, 14 Bürgerdeputierten, 1 Vertreter der Polizei und 4 Armenkommissions-Vorstehern — insgesamt 40 Personen — bestand. Berlin war zudem in 59 Bezirke mit je 1 Armenkommission geteilt. Schon 1806 war man ähnlich vorgegangen, als die Stadt in 18 Distrikte, jeder Distrikt in 10 Reviere gegliedert und deren Leitung freiwilligen Mitarbeitern aus der Einwohnerschaft übertragen worden war. Die Armenkommissionen standen ebenso unter der Armendirektion als Oberbehörde wie die aus Stadtverordneten, Bürgerdeputierten und Ärzten zusammengesetzten Kuratorien, die die großen Anstalten (Waisenhaus, Armenhaus, Neues Hospital) leiteten, deren tägliches Verwaltungspensum freilich festangestellte Inspektoren und Kontrolleure besorgten.

Die Armenpflege blieb ein Sorgenkind der kommunalen Verwaltung. Der Bericht des Magistrats 1841–50 weist aus, daß die Ausgaben 1850 mit 416 000 Talern um 68 % höher lagen als 1841 (247 000 Taler). Der Grund hierfür wird weniger in der um 43 % gestiegenen Zahl der Almosenempfänger gesehen — die Einwohnerzahl hatte sich auch um 30 % vergrößert — als in der Erhöhung der Unterstützungssätze (1841: je Person 21 Tlr., 1850 26 Tlr., d. s. 24 % Steigerung) und in der Vermehrung außerordentlicher Beihilfen an einzelne Bedürftige. Die Cholera-Epidemien von 1831 und 1837 hatten die Hauptarmenkasse belastet, dann wirkte sich die Teuerung im Frühjahr 1843 aus, mehr noch die von 1847, die fast einer Hungersnot gleichkam und über 30 000 Taler Zuschuß allein für Brot- und Suppenverteilung erforderte; die politischen Unruhen 1848 hatten wiederum Arbeitslosigkeit im Gefolge.

Bis 1837 unterstand auch das Armen-Schulwesen der Armendirektion, wurde dann aber der Schuldeputation zugewiesen. Die Stadt bemühte sich, als sie 1820 das Armenwesen übernahm, System in die Schulverwaltung zu bringen: hatten bisher Prediger und Deputierte die Kinder, deren Eltern das Geld für Privatschulen nicht aufbringen konnten, wahllos in eine Armenschule gegeben und waren die Mittel dafür aus verschiedensten Fonds geflossen, so ließ man fortan allein das Waisenhaus die Kinder auf Grund von Attesten der Armenkommission auf die einzelnen Schulen verteilen und wies die Gelder für die Lehrer und sonstige Ausgaben einzig auf die Armenschulkasse an. Berlin hatte 1820 sechs Armenschulen, in denen 7 Lehrer 500 Kinder unterrichteten. Die Mehrzahl der Armenkinder lernte allerdings in Privatschulen Lesen und Schreiben: für sie zahlte die Armendirektion je Kind 5, dann 10 Silbergroschen einschließlich einer Holz-Naturalvergütung dem Lehrer pro Monat. Das gesamte städtische Schulwesen wurde 1826 reorganisiert. Man war überzeugt, daß die Zahl der Privatschulen in Berlin überhand genommen habe und man den damit verbundenen Übelständen mangelnder Organisation und Beaufsichtigung steuern müsse<sup>23</sup>. Der erste Stadtschulrat, Dr. Reichhelm, wurde ins Magistratskollegium aufgenommen und arbeitete Pläne aus, die im wesentlichen auf die Neugründung von 16 Schulen, 8 für Knaben, 8 für Mädchen, hinausliefen. Jetzt genehmigte das Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten auch die Errichtung einer Schuldeputation im Sinne der Städteordnung, nachdem seit 1812 ausnahmsweise in Berlin eine Schulkommission als Aufsichtsbehörde tätig gewesen war, die sich lediglich auf Konzessionierung neuer Schulen und Privatlehrer sowie Innehaltung der Disziplin beschränkt, auf Lehrpläne, Lehrmittel usw. aber keinen Einfluß genommen hatte. Immerhin besaß Berlin im Jahre der beginnenden Schulreformen 1827 schon 190 Schulen ohne die Gymnasien und die Gewerbeschule, 63 davon unterstanden der staatlichen Aufsicht des Schulkollegiums, 127 der der städtischen Behörden. Im Jahre 1840 war die Zahl der Anstalten auf 233 gewachsen: 71 unter staatlicher, 162 unter städtischer Aufsicht. In der letztgenannten Zahl sind 87 Privatschulen, 12 Armenschulen, 9 jüdische Schulen, aber auch 24 Kleinkinder-Bewahranstalten enthalten.

Die Arbeit der Forst- und Ökonomie-Deputation stand langwährend im Zeichen eines Streites mit dem Königlichen Oberbergamt. Der Bericht der Stadtverordneten von 1822 deutet geheimnisvoll an, daß „einige Differenzen nur auf dem Wege des Rechtes schienen entschieden werden zu können, doch sei der väterlichen Fürsorge von Exz. Schuckmann der Versuch zur Ausgleichung auf kommissarischem Wege zu verdanken“<sup>24</sup>. Es ging um den Vorschlag des Oberbergamtes, die städtischen Kalkbrüche in Rüdersdorf gemeinsam mit den königlichen nutzen zu lassen und der Stadt dafür eine Abfindungssumme zu zahlen. Magistrat und Stadtverordnete lehnten diesen Plan ab<sup>25</sup>. Fünfzehn Jahre später prozessierte man immer noch (oder schon wieder?). Der Verwaltungsbericht 1829–41 führt aus, der Magistrat von Berlin habe in Rüdersdorf das Recht, 40 Prahm Kalksteine jährlich zu brechen, als Magistrat zu Köln sei er berechtigt, im Köllnischen Bruch ohne Begrenzung Steine zu fördern (S. 116). Wegen des letztgenannten Rechtes kam es zu Prozeß, Entscheidung in 1. Instanz und Vergleichsverhandlungen, von denen weitere 10 Jahre später noch immer die Rede ist (Verwaltungsbericht 1841–50, S. 193): danach sollte die Stadt ihre Rechte dem Fiskus abtreten, der ihr seinerseits eine Quote des Nettoertrages der Kalkbrüche zu überlassen hatte.

Zum Geschäftsbereich der Forst- und Ökonomie-Deputation gehörte die Verwaltung vieler Kolonien, Etablissements, Acker und Wiesen, der 5 Kämmereidörfer Rixdorf, Reinickendorf, Lichtenberg, Stralau und Woltersdorf, der großen Forsten (Berlinische, Köllnische, Boxhagener Stadtheide, Woltersdorfer Heide), die allerdings infolge Separation und Parzellierung im Laufe weniger Jahrzehnte größtenteils verschwanden, um – sofern der Kommune verblieben – als Acker- und Bauland Pächterträge oder Verkaufserlöse einzubringen. Die Parzellierung der Vorwerke Treptow und Wedding hielt man für wünschenswert, weil sonst die verfallenen Wirtschaftsgebäude unter großen Kosten hätten wieder aufgebaut werden müssen. Im Wedding begann die Parzellierung 1817, gleich nachdem die Stadt das Vorwerk von einem Erben des Direktors der Seehandlung, Noelledchen, erworben hatte. Ein Urbarium führt 1840 auf dem Wedding 362 Grundstücke an, von denen 234 „vom Magistrat ressortierten“. In den diffizilen Fragen der Regulierung des Weichbildes Berlins hat die Forst- und Ökonomie-Deputation wiederholt Gutachten für den Magistrat ausgearbeitet. Gerade das Schicksal des Weddings blieb lange in der Schwebe<sup>26</sup>. Der Magistrat wollte am liebsten aus den dortigen Kolonien selbständige Landgemeinden gebildet sehen. Separation und Parzellierung hatten eine regellose Bebauung gefördert „so wie unter dem Einfluß der Nähe einer großen Stadt voreilige und mittellose Etablierungssucht sie hat hervorgehen lassen“<sup>27</sup>. Die Mehrzahl der Einwohner lebte in dürftigen Verhältnissen, reiche Steuererträge waren nicht zu erwarten. Aus diesem und noch anderen Gründen lehnten wiederum zwei Landräte des Kreises Niederbarnim die Schaffung selbständiger Gemeinden ab. Ganz ähnlich war das Plenum der Stadtverordnetenversammlung – von einzelnen vorausschauenden Männern abgesehen – jeder Vergrößerung des Stadtgebiets aus finanziellen Erwägungen heraus abhold. Es gab sogar Leute, die eine Verkleinerung Berlins auf das von den Mauern umgebene Gebiet befürworteten. Der Magistrat hat sich in seiner Weichbild-Politik, wie die Darlegungen K a e b e r s zeigen, im allgemeinen nach der Meinung der Stadtverordneten gerichtet, auch in einer Reihe anderer Angelegenheiten, in denen staatliche Behörden nicht der Ansicht der Berliner waren, so etwa beim Einspruch gegen die Organisation der unbequemen Bürgerwehr oder in dem Wunsche auf Befreiung der jungen Männer Berlins vom Militärdienst oder in dem endlosen Streit um die Nutzung der Rüdersdorfer Brüche.

Über das Verhältnis des Magistrats zu den Stadtverordneten erschien im letzten Dezennium der Gültigkeit der Städteordnung von 1808, am 3. 2. 1845, ein Aufsatz in den Berliner Zeitungen von dem Stadtverordneten, späteren Stadtrat und Stadtkämmerer, Heinrich R u n g e. Er wirft dem Magistrat vor, neben der ausführenden und der beaufsichtigenden Funktion auch noch die beschließende für sich zu beanspruchen. Die Vorlagen an die Abgeordneten enthielten „fast regelmäßig“ schon vollendete Tatsachen und ersuchten das Plenum lediglich noch, einem Beschluß beizutreten. Die Städteordnung kenne aber nur eine beschließende Versammlung und eine ausführende Behörde, den Magistrat. Vielleicht von Runge nicht erkannt, jedenfalls nicht ausgesprochen, bleibt die Tatsache, daß der monierte „Übelstand“ vom Geiste der revidierten Städteordnung von 1831 heraufbeschworen sein dürfte. Diese war in Berlin nicht eingeführt worden, aber auf Seiten des Magistrats scheint man den Umgang mit den Stadtverordneten in ihrem Sinne gepflogen zu haben, wobei man sich des Rückhalts an staatlichen Instanzen gewiß glaubte<sup>28</sup>. Die Städteordnung von 1831 verstärkte nicht nur die Aufsicht der Staatsbürokratie

über die städtische Selbstverwaltung, besonders auf dem finanziellen Sektor, sondern auch die der städtischen Bürokratie über die Repräsentanten der Bürgerschaft. Die Deputationen und Kommissionen bestehen nach § 107 rev. StO im Auftrag des Magistrats und sind ihm als untergeordnet zu betrachten; und wurden Stadtverordnete nach der Städteordnung von 1808 von ihresgleichen in die Deputationen gewählt, so können sie nach der rev. Städteordnung auch vom Magistrat hierfür ernannt werden. Ganze Deputationen können dort eingesetzt werden, wo sie nach der alten Ordnung eingesetzt werden mußten. Die Ausführungen Runge in der kleinen Schrift „Mein Glaubensbekenntnis“ (1844) schließen Zweifel daran aus, daß zu seinen Klagen die Praxis der rev. Städteordnung Anlaß gab: „36 Jahre haben leider die Aufsicht in eine Bevormundung umgewandelt. Ein großer Teil der Beschlüsse der Stadtverordneten und zwar der wichtigste bedarf der ausdrücklichen Genehmigung der Regierung oder des Ministerii, welche beiden außerdem durch Verfügungen und Reskripte einschreiten, und nur der kleinere Teil unterliegt der alleinigen Bestätigung des Magistrats. Dieser wächst mit jedem Tag mehr in jene zwitterhafte Stellung hinein, welche ihren Ursprung aus der Städteordnung herleiten will, wo er sich dem Bürger gegenüber als Staatsbehörde, dem Staate gegenüber aber als städtische Verwaltung manifestiert“<sup>29</sup>. Das Prinzip der Öffentlichkeit sei in der Städteordnung nicht zum Durchbruch gekommen, im Gegenteil, die ganze städtische Verwaltung habe sich in undurchdringliches Dunkel begraben. Man habe sogar versucht, für die Stadtverordneten die Pflicht des Amtsgeheimnisses zu beanspruchen. In dieser Hinsicht scheint der Magistrat Anfang 1837 einmal einen Anstoß gemacht zu haben, mußte sich aber vom Innenminister belehren lassen, daß Stadtverordnete keine Beamten seien und normalerweise keine Amtsverschwiegenheit zu wahren brauchten. Das Klausur-Prinzip wurde allmählich gelockert: eine Kabinettsorder vom 19. 4. 1844 bewilligte den Stadtverordneten die Herausgabe laufender Berichte, eine solche vom 23. 7. 1847 die Öffentlichkeit der Sitzungen. Auf's ganze gesehen, meint Runge, habe die Städteordnung ihren Zweck nicht erreicht. Der größere Teil der Bürgerschaft sei von Egoismus durchdrungen und vermöge den Gemeinsinn nicht zu begreifen; wenn der Zunft- und Kastengeist verschwunden sei, so sei dies nicht das Verdienst der Städteordnung, sondern der Gewerbebefreiheit. Und während § 87 StO den preussischen Städten vorschreibt, daß sich die stimmbfähigen Gemeindemitglieder in jedem Jahr zur Wahl der Stadtverordneten versammeln sollen, seien — nach Runge — Berlins Behörden anderer Meinung, „da sie dieselbe Wahlversammlung ganz gegen das Gesetz nur alle drei Jahre zusammenberufen, ohne daß es mehrmaligen Reklamationen gelungen wäre, die Wiederherstellung der gesetzlichen Anordnung zu erlangen“<sup>31</sup>. Runge wendet sich nicht gegen die Vorschrift des § 86 StO, wonach alljährlich ein Drittel der Verordneten auszuschcheiden hat, sondern glaubt gegen die in Berlin geübte Praxis angehen zu müssen, wonach lediglich die 34 Bezirke in einem Jahr zur Wahl schritten, deren in einem der Vorjahre gewählte Kandidaten termingerecht ausgeschieden sind. Er möchte die gesamte wahlberechtigte Bürgerschaft jedes Jahr an den Wahlurnen sehen.

In merkwürdigem Kontrast zu diesen Darlegungen Runge stehen die nahezu gleichzeitigen des hervorragenden Juristen und Kenners der Berliner Verhältnisse, Gneist, der — seit 1845 selbst Stadtverordneter — in seinem Büchlein „Berliner Zustände“ 1848 schreibt, die Stadtverordneten, ein junges Parlament, mißachteten oft den von ihnen gewählten Magistrat (S. 34) und wollten ver-

walten, wo sie doch nur über Grundsätze beschließen sollten. Gneist bescheinigt den Abgeordneten ihr hohes Selbstvertrauen. Die Formen der Städteordnung von 1808 seien gut, die bisherige Arbeit des Parlaments löblich, nur das Magistratskollegium sei zu groß und zu schwerfällig. Das Stadregiment sei bereits „self-government“, aber die Berliner achteten es nicht (S. 32).

Runge wie Gneist wird von Kochhann hohes Lob gezollt. Man habe den jungen Runge, der von sich aus angeboten hatte, in den Ehrendienst der Stadtverwaltung zu treten, bei seinem Eintritt in die Versammlung mit großem Mißtrauen empfangen, doch habe er sehr bald eine dominierende Stellung zu gewinnen gewußt. „Gneist, damals der beliebteste Dozent an der Universität, ... war ein Edelstein für die Versammlung. Als in den Märztagen 1848 das Staatsregiment versagte und alle Lasten auf den Schultern der Stadt ruhten, zeigte er sich als ein steter Ratgeber und Helfer; sein Urteil gab überall den Ausschlag“<sup>32</sup>. Und sie seien oft ratlos gewesen, erzählt Kochhann<sup>33</sup>. Magistrat und Stadtverordnete ließen sich von der revolutionären Stimmung und den Ereignissen treiben und wenn übereilte Beschlüsse gefaßt wurden, wie etwa der der Abberufung des Oberbürgermeisters Krausnick oder der einer Dauerunterstützung der Straßenkämpfer und der Angehörigen der Gefallenen durch die Stadt, so entsprang dies dem gelegentlich etwas ängstlichen und verkrampften Bemühen, den Forderungen der Straße Verständnis entgegenzubringen. Oberbürgermeister Krausnick war kein Avantgardist des Fortschritts und des Freisinns, aber ganz gewiß auch nicht der Reaktionär, für den ihn viele Leute hielten. Er war ein gemäßigter Liberaler und hat den erzwungenen Rücktritt als bittere Demütigung empfunden, hatte aber die Genugtuung, 1850 wieder in sein altes Amt gewählt zu werden. Ein Wortführer der radikalen Minderheit in der Stadtverordnetenversammlung war der Privatbaumeister Mertens, der am 21. 3. auf Anregung einiger Tribünenbesucher den erfolgreichen Antrag auf Auflösung der Versammlung und Neuwahlen stellte. Für sie wollte er einen neuen Wahlmodus eingeführt wissen (Antrag vom 25. 3.): alle Bürger sollten aktives und passives Wahlrecht erhalten, die Nicht-Bürger (Schutzverwandten) das passive. Das Plenum schrak vor einer schnellen Entscheidung dieser Angelegenheit zurück und schob sie an eine Deputation ab: „da ein solches Verfahren von den Bestimmungen der Städteordnung abweicht“<sup>34</sup>.

Als der Stadtverordnetenvorsteher Krutisch am 14. 8. 1820 eine Rede an die neugewählten Mitglieder hielt, schloß er sie mit der ernststen Mahnung zu regelmäßiger Sitzungsteilnahme, um den Vorwurf der Erkaltung des Gemeinsinns zu vermeiden und um „durch zahlreiche Versammlungen unseren Machtgebern zu beweisen, wie sehr das Wohl und Wehe unserer Mitbürger uns am Herzen liegt“<sup>35</sup>. Der Ausdruck „Machtgeber“ war üblich und läßt sich auch in Ministerialschreiben antreffen. Er erhellt schlaglichtartig die Grenzen, innerhalb deren man sich kommunale Selbstverwaltung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorstellte. „Der Gedanke einer öffentlich-rechtlichen Funktion der Kommune in eigenem Namen unter Geltendmachung obrigkeitlicher Gewalt fehlte. Soweit bei Betätigung der Gemeinden überhaupt von Rechtspersönlichkeit die Rede ist, werden sie allen anderen Personen als Subjekte von Rechten und Pflichten des Privatrechts gleichgestellt und stehen zum Staat im Verhältnis von Untertanen ...“<sup>36</sup>. Als städtische „Behörde“ sind die Stadtverordneten dem Magistrat neben- resp. nachgeordnet. Sie stehen nicht wie im parlamentarischen System unserer Tage als Legislative einer dieser verantwortlichen Exekutive gegenüber. Eine echte Selbstver-



waltung der Stadt hätte unabdingbar die Kontrolle des gewählten Magistrats durch die Repräsentanten der Bürgerschaft erfordert. Es war nur ein höchst fragwürdiges Surrogat für Kontrolle durch die Stadtverordneten, wenn alljährlich über jeden Beamten vom Oberbürgermeister bis zum letzten Diener geurteilt und sein Gehalt für das laufende Jahr bestimmt wurde. „Man glaubte in der Kontrolle der Tätigkeit jedes einzelnen ein Mittel zur Förderung des Pflichtethers gefunden zu haben, vergaß aber, daß niedrige Gesinnung und Schmeichelei sondergleichen dadurch großgezogen wurden“<sup>37</sup>. Die vorgeschriebenen Kontrollfunktionen lagen nicht bei den Abgeordneten, sondern beim Magistrat (§ 178 StO). Doch zeichnen sich Grundlinien der modernen Gewaltenteilung schon in der „Funktionen-Trennung“ der ersten Städteordnung ab: eindringlich statuiert sie den Satz „Der Magistrat ist die ausführende Behörde“ (§ 174 StO). Magistrat und Stadtverordnete stritten sich wiederholt um Rechte der Beschlußfassung. Solche Schwierigkeiten des vom Gesetz 1808 unscharf gezeichneten Verhältnisses zwischen den beiden Stadtbehörden hat der Freiherr vom Stein selbst noch bemerkt. „Die wesentlichen Unvollkommenheiten...“, schreibt er in einer Denkschrift für Minister Schuckmann vom 15. 3. 1829, „sind die Unbestimmtheit der Grenzen der Befugnisse des Magistrats und der Stadtverordneten, der Mangel einer Institution zur Ausgleichung der Meinungsverschiedenheiten unter ihnen, die Erhaltung geistiger und sittlicher Tüchtigkeit bei Stadtverordneten und Magistraten und Entfernung der Roheit und Unsittlichkeit aus der Bürgerschaft...“ Stein hieß die revid. Städteordnung gut, offenbar ist er sich des Schrittes zurück nicht bewußt geworden, den sie tat. Die Gefahr von Kompetenzkonflikten zwischen den städtischen Organen bannte sie nicht, vergrößerte sie eher, indem sie praktisch drei beschließende Gremien schuf: Magistrat, Stadtverordnete, staatliche Aufsichtsbehörde als Schiedsstelle. In Berlin hat sich wohl auch keine Hand gerührt, um sie offiziell einzuführen. Noch 1853, als die „Preußische Städteordnung für die östlichen Provinzen“ Gesetz wurde, haben die Berliner versucht, die der großen Reformzeit entstammende Ordnung beizubehalten. Mit Gehalt und Gestalt wies diese weit in die Zukunft hinein und gehört zu den klassischen Gesetzestexten in deutscher Sprache. Die berühmte Formulierung, mit der sie den Gedanken der Repräsentation in die deutsche Verfassungsgebung einführte, hat auch heute noch nichts von ihrer Würde und ihrem Glanze eingebüßt: Das Gesetz und ihre Wahl sind die Vollmacht der Verordneten, ihre Überzeugung und ihre Ansicht vom gemeinen Besten der Stadt ihre Instruktion, ihr Gewissen aber die Behörde, der sie deshalb Rechenschaft zu geben haben. Sie sind im vollsten Sinne Vertreter der ganzen Bürgerschaft (§ 110 StO). Das Gesetz von 1808 hat die kommunale Selbstverwaltung zu einem staatsgestaltenden Verfassungselement heranwachsen lassen. Das Berlin der Gegenwart, Staat und Stadt zugleich, hat sich 1950 eine Verfassung gegeben, die den Weg weitergegangen ist, der mit dem Werk von 1808 eingeschlagen wurde.

# Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Bassewitz, M. F. v.: Die Kurmark Brandenburg 1809/10, Leipzig 1860, S. 229.
- <sup>2</sup> Bassewitz, S. 165
- <sup>3</sup> Schulze, B.: 200 Jahre staatl. Verwaltungsbezirk Berlin. In: Jb. f. brdgb. Landesgeschichte 3/1952, S. 4.
- <sup>4</sup> Preuß, H.: Die Entwicklung des dtsh. Städtewesens, Leipzig 1906, S. 252.
- <sup>5</sup> Preuß, H., S. 283
- <sup>6</sup> Preuß, H.: Die kommunale Selbstverwltg. i. Dtschld., Hdb. d. Politik I, Berlin 1912/13, S. 209.
- <sup>7</sup> Clauswitz, P.: Die Städteordnung von 1808 und die Stadt Berlin, Berlin 1908, S. 104.
- <sup>8</sup> Stadtarchiv Berlin (Ost): Aa. d. Stadtverordneten, Bd. 27167.
- <sup>9</sup> Latendorf, O.: Die Entwicklung d. städt. Kassenorganisation Berlins von der Einführung der Städteordnung bis zur Gründung d. Stadthauptkasse (1809–1843), Berlin 1931, S. 40.
- <sup>10</sup> Kochhann, H. F.: Zeitbilder a. d. Jahren 1830–40, Berlin 1906, S. 11.
- <sup>11</sup> Holtze, F.: Geschichte der Stadt Berlin, Tübingen 1906, S. 99.
- <sup>12</sup> Mag die eine oder andere dieser Zahlen auch nicht exakt zutreffen, sicherlich werden die Verhältnisse im ganzen richtig charakterisiert. Noch ist die Statistik in der 1. Hälfte des 19. Jhs. eine recht unterentwickelte Wissenschaft. So differiert z. B. im Jahre 1840 die Einwohnerzahl Berlins (ohne Militär) in zwei Quellen, die sich beide auf amtliche Unterlagen berufen, um 43 000.
- <sup>13</sup> Stadtarchiv Berlin (Ost): Aa. d. Stadtverordneten, Bd. 26619.
- <sup>14</sup> Runge, H.: Mein Glaubensbekenntnis, Berlin 1844, S. 5.
- <sup>15</sup> Die Prozentzahlen sind das Mittel aus der Zusammensetzung der St.-V.-V. in den Jahren 1809, 1820, 1830 und 1842.
- <sup>16</sup> H. E. Kochhann, Mitteilungen a. d. Jahren 1839–1848, Berlin 1906, S. 2.
- <sup>17</sup> Rönne-Simon: Die Preuß. Städte-Ordnungen, Breslau 1843, S. 534 Anm.
- <sup>18</sup> Nach dem Abgabengesetz v. 30. 5. 1820 fiel zwar die „Kommunalakzise“ weg, doch hielt sich der Brauch, von einer solchen zu sprechen, noch lange aufrecht, auch im amtlichen Verkehr.
- <sup>19</sup> Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin 1829–1840, Berlin 1842, S. 358.
- <sup>20</sup> Zitiert bei Bassewitz, S. 536.
- <sup>21</sup> Die Stadt-Verordneten zu Berlin an ihre Mitbürger, 1822, S. 62/63.
- <sup>22</sup> Ebenda S. 118.
- <sup>23</sup> Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin 1829–1840, Berlin 1842, S. 271.
- <sup>24</sup> Die Stadt-Verordneten zu Berlin an ihre Mitbürger, 1822, S. 103.
- <sup>25</sup> Stadtarchiv Berlin (Ost): Aa. d. Stadtverordneten, Bd. 6971.
- <sup>26</sup> Im Rahmen dieses Aufsatzes kann auf die Probleme, die sich aus den gegensätzlichen Auffassungen von Stadt und Staat ergaben, nicht eingegangen werden. Es ist auf Ernst Kaebers ausgezeichnete Arbeit über das Weichbild Berlins zu verweisen (Forschungen z. Brandenburg. u. Preuß. Gesch., 40 Bd., 1927, S. 267 ff.). Sie stützt sich auf die Akten, deren Fehlen heute jede intensive Beschäftigung mit Spezialfragen der Stadthistorie fast unmöglich macht.
- <sup>27</sup> Zitiert bei Kaeber, S. 295.
- <sup>28</sup> Clauswitz, S. 149.
- <sup>29</sup> S. 7.
- <sup>30</sup> Rönne-Simon, S. 412/13.
- <sup>31</sup> Runge, H., S. 5.
- <sup>32</sup> Kochhann, H. E.: Mitteilungen a. d. Jahren 1839–1848, Berlin 1906, S. 37.
- <sup>33</sup> Ders., Mitteilungen a. d. Jahren 1848–1863, Berlin 1906, S. 7.
- <sup>34</sup> Wolff, A.: Berliner Revolutionschronik I, Berlin 1851, S. 433.
- <sup>35</sup> Stadtarchiv Berlin (Ost): Aa. d. Stadtverordneten, Bd. 6971.
- <sup>36</sup> Stier-Somlo: Handbuch d. kommunalen Vfg.- u. Vwltg.-rechts i. Preußen I, Oldenburg 1919, S. 11.
- <sup>37</sup> Kochhann, H. E.: Mitteilungen a. d. Jahren 1839–1848, Berlin 1906, S. 16.



„Bebauungsplan von den Umgebungen Berlins aus dem Jahre 1862“ lautet der Titel der hier stark verkleinert wiedergegebenen farbigen Beilage aus dem 3. Verwaltungsbericht des Kgl. Polizei-Präsidiums zu Berlin für die Jahre 1891 bis 1900, Berlin 1902.

Ernst Heinrich:

unter Mitarbeit von Hannelore Juckel

## Der „Hobrechtplan“

Vor hundert Jahren, am 18. Juli 1862, ist der „Bebauungsplan der Umgebungen Berlins“, der das bis dahin ziemlich wilde Wachstum der Stadt in geregelte Bahnen lenken sollte, vom Königl. Preuß. Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und vom Polizeipräsidenten von Berlin genehmigt worden. Dieser Plan wurde schon bald nach seiner Entstehung von vielen Seiten kritisiert<sup>1</sup>. In der sehr umfangreichen Literatur über die städtebauliche Entwicklung Berlins wird ihm bis in die neueste Zeit hinein ein großer Teil der Schuld an dem Spekulationstaumel und dem Wohnungselend der Jahre von 1860 bis zur Jahrhundertwende zugeschrieben, und der Name seines Autors, James Hobrecht, ist fast zu einem Symbol für die Fehler im Bauwesen jener Zeit geworden.

Als ich mich mit dem Stoff zu befassen begann, war es nicht meine Absicht, Hobrecht und seinen Plan zu rehabilitieren. Dazu müßten die vielen von sehr verschiedenen Standpunkten aus gefällten und oft einander widersprechenden, teils klugen, teils törichten Argumente sorgfältiger gegeneinander abgewogen werden, als ich das hier tun kann. Alle wesentlichen Fakten findet man in den Werken von Werner Hegemann<sup>2</sup> zusammengetragen, muß aber seine Erläuterungen dazu mit Kritik benutzen. Jedoch sollte der hundertste Geburtstag des Planes zum Anlaß genommen werden, noch einmal zu überlegen, wie er entstanden ist, was mit ihm beabsichtigt war und wie er sich zu dem Stadtbild verhält, das sich heute neu bildet, und dabei fällt auf ihn, wie mir scheint, allein von der Anschauung her doch ein etwas helleres Licht.

Der Bebauungsplan war eine der ersten selbständigen Arbeiten Hobrechts. Dieser war zwar schon 28 Jahre alt, als er im Jahre 1858 seine Tätigkeit im Polizeipräsidium in Berlin begann, er hatte aber seine Ausbildung erst nach mehreren Unterbrechungen und nach längerem Schwanken, ob er nicht zu seinem ursprünglichen Beruf, dem des Landwirts, zurückkehren sollte, vollendet und war im Jahre 1856 zum Baumeister für den Landbau und kurz vor seiner Übernahme in den Staatsdienst zum Baumeister für den Wasser-, Wege- und Eisenbahnbau ernannt worden. Erfahrungen auf dem Gebiete des städtischen Bauwesens besaß er damals noch nicht, auch war seine Tätigkeit als „Kommissar für die Aufstellung der Bebauungspläne für die Umgebung Berlins“ nicht seine einzige dienstliche Tätigkeit. Daneben hatte er zuerst baupolizeiliche Aufgaben zu erledigen, und von 1860 ab war er dem Geheimen Baurat Ernst Wiebe, dem „Ministerialkommissar für die mit der Stadt Berlin einzuleitenden Beratungen über eine planmäßige Entwässerung Berlins“, als Mitarbeiter zugeteilt<sup>3</sup>. Es scheint nicht so, als ob er und seine Altersgenossen diese seine erste Stadtplanung besonders wichtig genommen hätten; sie ist z.B. in Karl Meiers Gedächtnisrede auf Hobrecht<sup>4</sup> nur kurz erwähnt mit der Bemerkung, daß er sich dabei die für seine spätere Tätigkeit wichtige genaue Ortskenntnis der Stadt erworben habe. Seine Bedeutung für Berlin beruhe, so wird vielmehr an anderer Stelle in dieser Rede betont, „in der Schöpfung der Kanalisation, in der Durchführung der Spreeregulierung und in dem

durch diese bedingten Neubau seiner Brücken, sowie in dem weiteren Ausbau seiner Straßen, Plätze und Verkehrseinrichtungen“. Diese Aufgaben fielen ihm aber erst zu, nachdem er im Jahre 1869 Chefingenieur für die Kanalisation in Berlin geworden war, z. T. sogar erst nach seiner Ernennung zum Stadtbaurat für den Tiefbau im Jahre 1885.

Um seine Leistung bei der Planung sicher zu beurteilen, wäre es notwendig, den Auftrag zu kennen, den er seinerzeit erhalten hat und nach dem er sich richten mußte. Soviel ich sehe, ist der Wortlaut bisher nicht bekannt, vielleicht ist er auch gar nicht schriftlich fixiert worden<sup>4</sup>. Veranlassung für den Auftrag an ihn war jedenfalls das schnelle Anwachsen der Bevölkerung, die untergebracht werden mußte. Dazu standen zur Verfügung die durch Grenzregulierungen von 1829, 1831 und 1841 zu Berlin geschlagenen Ländereien und die Flächen, deren Eingemeindung in den fünfziger Jahren vorbereitet und im Jahre 1861 durchgeführt wurde: die „Berliner Hufen“ im Nordosten, Moabit und Wedding im Norden und Teile der Feldmarken von Schöneberg, Tempelhof und Rixdorf im Süden<sup>5</sup>. Während bisher immer nur Bebauungspläne für räumlich sehr beschränkte Gebiete aufgestellt worden waren, die untereinander keine vorbedachte und genügend funktionierende Verbindung besaßen, sollte nun durch einen Gesamtplan, in den Charlottenburg einbezogen wurde, eine geregelte städtebauliche Entwicklung eingeleitet werden. Dieser Gedanke war sicherlich nicht falsch, nur hatten die Behörden von den Aufgaben eines Bebauungsplanes eine von uns aus gesehen noch recht primitive Vorstellung. Das zeigt sich sehr deutlich in einem Entscheid des „Obertribunals“ vom 1. 7. 1869<sup>6</sup>, der die „rechtliche Bedeutung des Bebauungsplanes von 1862 dahin charakterisiert, daß er seinem Wesen nach nichts anderes sei als eine Sammlung ortspolizeilicher Anordnungen, durch welche festgesetzt wird, welche auf dem Weichbild der Stadt gelegenen Grundstücke mit Gebäuden besetzt werden können, und welche als zu öffentlichen Straßen und Plätzen bestimmt, unbebaut gelassen werden sollen“. Außerdem wird mitgeteilt, der Innenminister habe Hobrecht angewiesen, alle voraussichtlich für den Verkehr notwendigen Straßen festzulegen, wobei die auszuscheidenden Blöcke etwa so groß wie die in der Friedrichstadt werden sollten, und daß der König das Stadtgebiet durch eine Ringstraße eingefast zu sehen wünschte<sup>7</sup>. Auch dies läßt vermuten, daß Hobrechts Plan nicht mehr als ein Richtungsanzeiger für die künftige Entwicklung sein sollte und daß man sich darüber hinaus noch nicht allzu viele Gedanken gemacht hatte. Genaue Anweisung, wie die neue Stadt bebaut werden sollte, bekam er jedenfalls nicht, und so war er ganz auf die damals gültige Vorstellung, wie eine Haupt- und Residenzstadt auszusehen habe, angewiesen. Das damals höchst moderne und allgemein bewunderte Vorbild, dem nicht nur in Berlin nachgeeifert wurde und das wohl auch dem König bei seiner Forderung nach einer Ringstraße vorschwebte, war Paris. Nachdem dort auf Grund des Dekretes vom 10. März 1853 die Altstadtsanierung eingeleitet und mit dem Ausbau der Durchbrüche und Ringstraßen unter Haussmann begonnen worden war, blickten alle am Städtebau Interessierte dorthin, ganz abgesehen von dem Ansehen, das die Anlagen des 16. und 17. Jahrhunderts in Paris schon immer genossen hatten.

Zu diesem Leitbild gehörte nun die Vorstellung von geschlossenen Platz- und Straßenwänden, wie sie ja auch in Berlin vom 16. Jahrhundert bis in die Schinkelzeit hinein für jede Anlage von ausgesprochen innerstädtischem Charakter üblich gewesen ist. Unter den damaligen Berliner Verhältnissen bedeutete das die Errich-



tung von Miethäusern mindestens an den Hauptstraßen und auch in ganzen geschlossenen Gebieten. Diese Vorstellung war zweifellos vorhanden, und sie ist an und für sich kaum zu tadeln. Die ständig zunehmende Bevölkerung wäre auf keinen Fall ohne Zuhilfenahme von Miethäusern, d. h. von Häusern mit Mietwohnungen in mehreren Stockwerken, unterzubringen gewesen. Jedenfalls ist das ausschließlich für Mietwohnungen bestimmte Haus nicht wieder unmodern geworden. Wir haben inzwischen erfahren, daß nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in Kleinhäusern aller Art untergebracht werden kann, und es ist geradezu ein Glück, daß heute viele eingefleischte Städter die Mietwohnung wegen der mit ihr verbundenen Ersparnis an Hausarbeit und aus Skepsis gegenüber unbeweglichem Besitz dem Haus mit Garten und dem Eigenheim vorziehen.

Nun ist aber nur zu gut bekannt, daß die Grundstücke im Gebiet des Hobrechtplanes an vielen Stellen derart bebaut wurden, daß nur in drei oder vier Stockwerken nach der Straße zu brauchbare oder sogar nach damaligem Geschmack gute Wohnungen entstanden, im Keller aber, in den Seitenflügeln und Hinterhäusern dieser „Mietskasernen“ um die engen Höfe herum in vielen Fällen Zustände geschaffen wurden, die geradezu unerträglich waren. Kein verdammendes Urteil, das Zeitgenossen oder spätere Betrachter über dieses Wohnungselend und seine Urheber gefällt haben, ist zu hart. Ich bezweifle nur, trotz aller dafür beigebrachten Statistiken und anderer Beweise, daß dem Bebauungsplan, wie es die herrschende Meinung ist, die Hauptschuld oder wenigstens die gute Hälfte der Schuld an dem hybriden Umsichgreifen der Bodenspekulation, an der Entartung der Mietskaserne und überhaupt an dem Wohnungselend, das sich später auch über die Vororte ausdehnte, zugeschrieben werden muß. Der Augenschein spricht nicht dafür. Überbauung der Grundstücke und Steigerung der Bodenpreise gab es schon, trotz aller behördlichen Versuche, dagegen einzuschreiten, im 18. Jahrhundert; im Jahre 1786 saßen von 20 000 Berliner Haushaltungen drei Viertel in Mietwohnungen<sup>8</sup>; in den 1840er Jahren entstanden im Anschluß an das Berliner Weichbild, also außerhalb davon Mietskasernen, wobei der Bodenwert sich erhöhte; im Jahre 1860<sup>9</sup>, also vor der Genehmigung von Hobrechts Plan, kamen im Durchschnitt in Berlin 10 Wohnungen auf ein Haus<sup>10</sup>, die extremen Beispiele müssen also damals schon so übel wie nur möglich ausgesehen haben. Andererseits hat sich die „klassische“ Bodenspekulation nach 1870 durchaus nicht in der Hauptsache auf die von Hobrecht aufgeschlossenen Gebiete geworfen, sondern auf noch völlig ländliche Bezirke im Gebiet der Vororte, und sie hat auch zunächst gar nicht mit dem Bau von Mietskasernen gerechnet, sondern mit villenartigen Gebäuden in offener Bauweise, wie z. B. in Westend und in Lichterfelde. Außerhalb der alten Weichbildgrenze und in Charlottenburg gab es selbst um 1880 nur ganz wenige Mietskasernen<sup>11</sup>. Hobrechts Plan ist keineswegs die Ursache für die unglückliche Entwicklung der Vororte, die erst einsetzte, als im Jahre 1887 die Berliner Bauordnung auch für diese Gebiete verbindlich gemacht wurde. Die geltende Bauordnung, nämlich die vom 21. April 1853 mit der Nachtragsverordnung vom 12. Mai 1860, ist es, die in dem von Hobrecht aufgeteilten Gebiet das Unglück herbeigeführt hat<sup>12</sup>. Es sollen dazu nachher einige Beobachtungen mitgeteilt werden. Dem steht nun allerdings die oft wiederholte Behauptung entgegen, daß Hobrecht und seine Auftraggeber selbst am Bau von Mietkasernen interessiert waren und daß der Plan darauf mit seinen Straßenbreiten und Grundstückstiefen abziele. Eberstadt<sup>13</sup> meint, „daß die Mietskaserne eine willkürliche Schöpfung ist

und daß ihre allgemeine Durchführung im Berliner Bebauungsplan auf bewußter Absicht beruhte". Gegen die erste Behauptung spricht, daß sich die Mietskaserne Berliner Prägung aus dem normalen Haus im Laufe des 17., 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts herausgebildet hat, mit allen ihren späteren Eigentümlichkeiten, z. B. dem engen Hof und dem „Berliner Zimmer“<sup>14</sup>, und daß sie eine keineswegs auf Berlin beschränkte Zeiterscheinung ist. Für die zweite Behauptung macht Eberstadt Hobrecht selbst zum Kronzeugen, indem er einen Abschnitt aus dessen 1868 erschienener Schrift: „Über öffentliche Gesundheitspflege und die Bildung eines Zentralamtes für öffentliche Gesundheitspflege im Staat“ zitiert. Hobrecht verteidigt darin, wahrscheinlich auf Grund gegen ihn gerichteter Angriffe, die Berliner geschlossene Bauweise und stellt sie der in England geübten offenen gegenüber. Die Verhältnisse, die er dabei schildert, sind die einer Mietskaserne, und er gebraucht sogar diesen Ausdruck. Er versteht darunter nicht eine ausschließlich für die minderbemittelte Bevölkerung erfundene Bauform, sondern er setzt voraus, daß reich und arm in demselben Hause zusammen wohnen, wie das in Berlin in vielen Gegenden auch der Fall war. Er rühmt dabei die Möglichkeit des Sichkennenslernens und das daraus entstehende Verantwortungsgefühl der Reichen für die Armen mit seinen Konsequenzen auf caritativem Gebiet, und er setzt dem die Trennung der Stände in verschiedenen Wohngebieten nach englischem System als bedauerlich gegenüber. So achtbar diese Haltung im Einzelfall auch sein mag, so unmöglich war sie schon damals gegenüber der Gesamterscheinung, im Zeitalter von Marx, Engels und Lassalle, gegenüber einem Proletariat, das sein Selbstbewußtsein gefunden hatte und dem nicht gelegentlich geholfen werden, sondern dessen soziale Lage von Grund auf geändert werden mußte. Ein Sozialreformer war Hobrecht augenscheinlich nicht, aber er war auch kein schwarzer Reaktionär oder Geldmacher. So schwarz-weiß sind im Theater des Lebens die Figuren nicht bemalt. Man darf ihn vielleicht „konservativ“ nennen, wenn man dabei im Auge behält, daß ein Teil der brauchbarsten reformerischen Vorschläge dieser Zeit auch aus dem konservativen Lager kam. Er sah augenscheinlich als Techniker, der er durch und durch war, die Sache von der Seite an, die er von Grund aus verstand. Daß er dabei auf seine Weise fortschrittlich dachte, scheint mir neben dem Titel seiner Schrift eine andere Stelle daraus zu beweisen, die Meier in seiner oben erwähnten Gedächtnisrede zitiert<sup>15</sup>. Er sagt darin: „... wer aber meint, daß eine Sterblichkeit von 40 vH oder darüber eine Fügung Gottes sei, der zeigt sich nicht wert der Aufklärung, für die große Männer das Kreuz getragen haben...“ Wie sich diese beiden Stellen zueinander wirklich verhalten, könnte nur aus dem Zusammenhang erkannt werden, aus dem sie beide gerissen sind. Leider ist es mir nicht gelungen, die Schrift irgendwo aufzutreiben, sie scheint verschollen zu sein. Wahrscheinlich hat Hobrecht das Gegebene und Bestehende zwar hingenommen, wie es war, aber er hat auch das Kommende durchaus im Rahmen seiner Möglichkeiten zu bessern gesucht, und damit hat er, wie jeder weiß, auch Erfolg gehabt. Anzunehmen, daß er seinen Plan nur auf den Bau von schlechten Mietskasernen hin angelegt und geholfen habe, diese in geradezu boshafter Weise über das ganze Stadtgebiet zu verbreiten, liegt keine Veranlassung vor (siehe Nachtrag!).

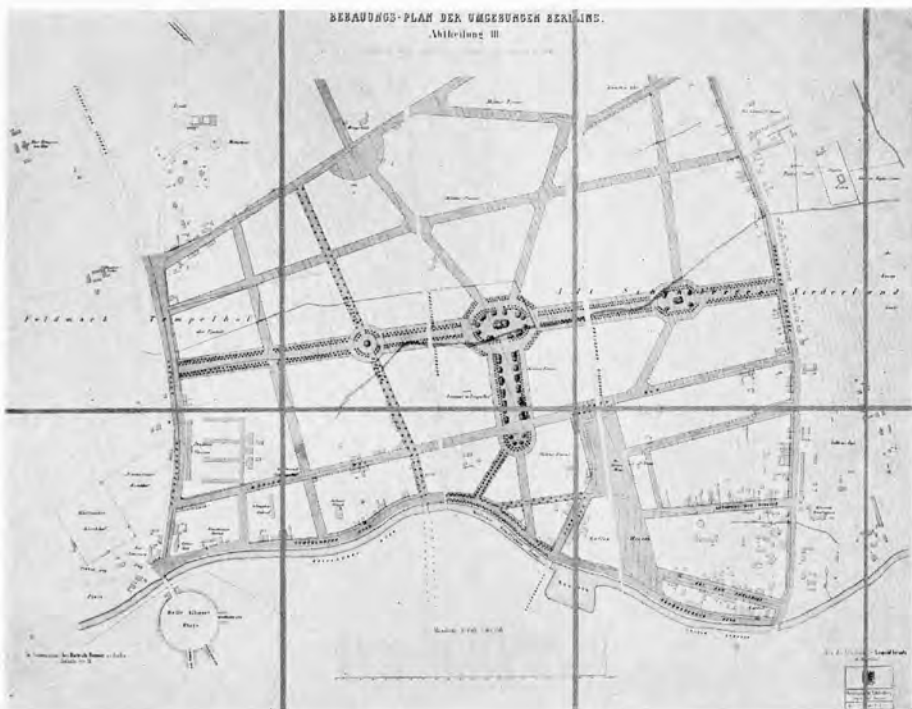
Man muß aber zugeben, daß der Plan auch nicht geeignet war, die Verbreitung der Mietskaserne zu verhindern, und es ist zu bedenken, ob er nicht auch unter Berücksichtigung aller Gegebenheiten hätte anders aussehen können und müssen; dazu soll er zunächst in einigen Einzelheiten und dann im ganzen betrachtet werden.

Hobrecht hat ihn bekanntlich auf Teilblättern in 14 Abteilungen, von denen einige noch in Sektionen geteilt sind, übrigens unter Fühlungnahme mit den städtischen Behörden, entworfen. Die Blätter wurden auch einzeln genehmigt. Für die Gesamtgenehmigung wurden sie im Jahre 1862 auf dem „Plan von Berlin und Umgebung bis Charlottenburg“, aufgenommen und gezeichnet von F. Boehm im Jahre 1852, vereint. Daß Hobrechts Entwurf keineswegs unabänderlich war, zeigt sich daran, daß dieser Plan ebenso wie die Einzelblätter zu mehreren Malen revidiert und neu aufgelegt werden mußten. Mir liegt die Ausgabe von 1865, in welcher der Bebauungsplan rot eingezeichnet war, in einer Schwarzweißwiedergabe vor<sup>16</sup>. Wir wollen zunächst einige der Abteilungsblätter vornehmen und, soweit das möglich ist, die ursprüngliche Absicht mit der Ausführung vergleichen. Einiges von Hobrechts Arbeitsweise wird dabei zu erkennen sein.

Der Plan der Abteilung IV, revidiert im Jahr 1880 (zwanzig Jahre nach der Aufstellung des Planes!), zeigt die Gegend um Nollendorf- und Wittenbergplatz. Der Norden und Osten sind schon parzelliert und z. T. bebaut, während im Süden und Westen nur die Fluchtlinien über die alte Feld- und Wegeeinteilung gelegt sind. Ein Blick auf den Übersichtsplan von 1862 zeigt sofort, daß im parzellierten Teil das Straßennetz viel enger ist, als ursprünglich vorgesehen war; der Wittenbergplatz ist erheblich verkleinert. Im Osten, im Anschluß an die schon vor Hobrecht vorhandene und bebaute Potsdamer Straße, ist die Bebauung geschlossen. In die Mitte sehr großer Blöcke sind öffentliche Gebäude gestellt, in anderen gibt es im Blockinnern große Gärten und sogar noch Felder. Daran schließen sich nach Westen Teile mit offener Bebauung. Hier sind die Blöcke mit schmalen Stichstraßen aufgeschlossen. — Im noch nicht parzellierten Teil haben die Blöcke noch die ursprüngliche Größe, aber die Aufteilung beginnt: Nollendorfstraße (hier Schwerinstraße genannt) und Eisenacher Straße („Straße A“) sind rot eingezeichnet, die Durchführung der Eisenacher Straße von der Winterfeldtstraße bis zur Grunewaldstraße ist gestrichelt. Hier also sollte die Bebauung fortschreiten, und dafür wurden die neuen Straßen angelegt. Wo die alten Wege und Feldgrenzen noch erhalten sind, zeigt sich deutlich, daß Hobrecht mit seiner Straßenführung, soweit es ihm möglich ist, auf sie Rücksicht nimmt. Die Kleiststraße liegt über einem Landweg, die Tauentzienstraße knickt ab, um den Beginn des Kurfürstendamms und den Weg an der Südgrenze des Zoologischen Gartens und des Tiergartens zu erreichen, dem dann auch (außerhalb unseres Planes) die Hardenbergstraße folgt. Ebenso schließt sich die Martin-Luther-Straße (auf dem Plan mit 17 bezeichnet) der gekrümmten Linie eines alten Hauptweges an. Die Begrenzungen des Winterfeldtplatzes (Platz C) legt Hobrecht teils parallel zu den Feldgrenzen, teils in die Flucht von Straßen, die ebenfalls den Lauf von Feldwegen benutzen; der Platz erhält dadurch seine noch heute bemerkbare trapezförmige Gestalt. Diese Fluchtlinienführung beruht vielleicht zum Teil auf dem Bestreben, die Straßenbaukosten auf möglichst viele Besitzer zu verteilen, denn wo Hobrecht nicht vorhandenen Wegen folgen kann, da legt er oft seine Straßen wenigstens über Feldgrenzen. Aber mindestens ebenso wichtig war es ihm anscheinend, dem vorhandenen natürlichen Verkehr gerecht zu werden: Nollendorfsplatz, Wittenbergplatz (besonders in der zuerst beabsichtigten größeren Form) und Breitscheidplatz (im Plan: Platz F) liegen über früheren Wegekreuzen oder Wegestern. Wo von diesem Prinzip abgewichen wird, geschieht es zugunsten der übergeordneten Ringstraßenidee. Das ist wahrhaftig keine „Reißbrettarbeit“, die sinnlos Figuren über das Gelände legt!



An unserem zweiten Beispiel, dem Plan der Abteilung III in der ursprünglichen Form, ließe sich ohne Mühe dieselbe Arbeitsweise feststellen, die wir eben gefunden haben. Man beobachte z. B., wie sich die heute unmotiviert erscheinende Neigung der Straßen zueinander aus dem alten Wegenetz erklärt! Mir liegt aber mehr daran, an diesem Blatt und dem folgenden einen der schlimmsten Vorwürfe nachzuprüfen, die Hobrecht und dem Polizeipräsidenten gemacht worden sind. Er taucht in jedem neuen einschlägigen Buch wieder auf: So borniert waren die beiden, daß sie sich nicht einmal überlegten, ob der Plan überall ausführbar sei, und z. B. ihren großartigsten Platz auf einem Gelände „träumten“, das schon längst an Eisenbahngesellschaften verkauft war. Es handelt sich um die große Anlage in der Mitte unseres Blattes, die sich aus einem achteckigen und einem langgestreckten Teil zusammensetzt und die Namen „Blücher-“ und „Wahlstattplatz“ erhalten sollte. An sie schließt rechts die spätere Bülowstraße, links die Hornstraße an. Auf der einen Seite läuft der Bahnkörper der Anhalter, auf der anderen derjenige der Potsdamer Bahn ziemlich dicht an ihr vorbei. Die Bahnhöfe liegen bedeutend weiter nördlich, außerhalb des Planes. Auf dem Plan ist nun vermerkt, daß das Gelände zwischen den beiden Bahnstrecken dem Militärfiskus und dem Kruggut in Tempelhof gehörte. Das Datum des Verkaufs ist bisher, soviel ich



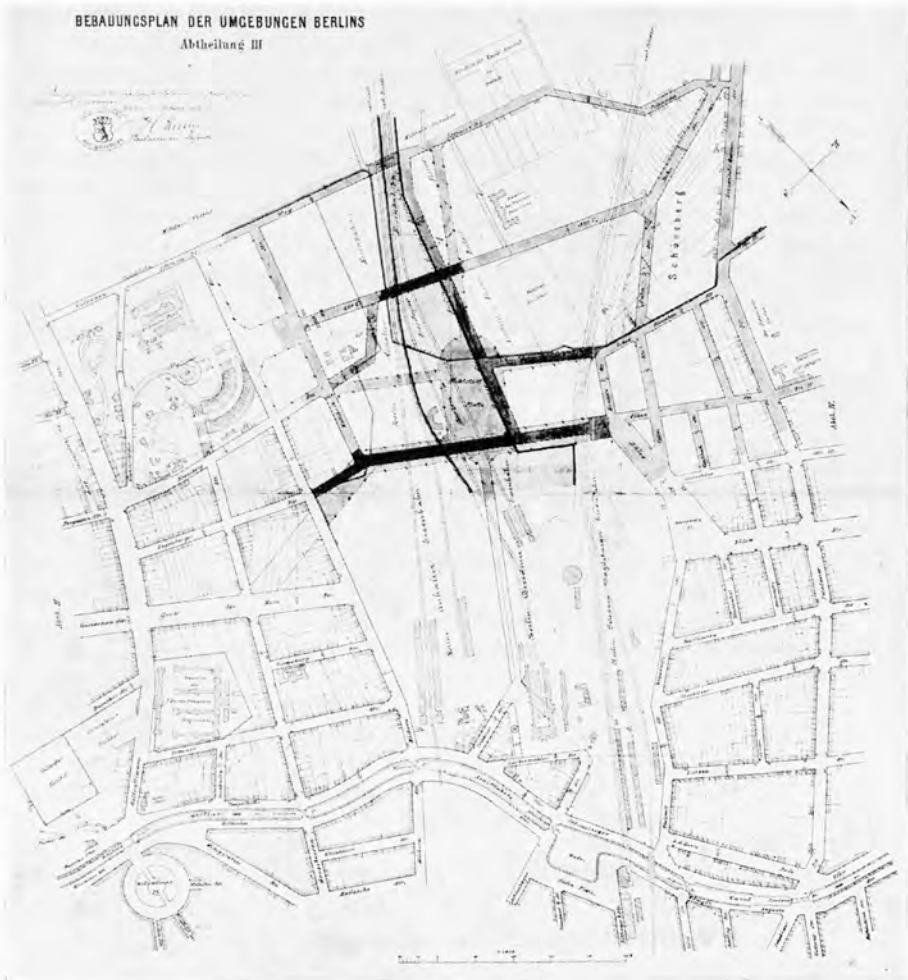
*Bebauungsplan, Abt. III. Das nach Süden orientierte Blatt zeigt zwischen dem Mehringdamm (links) und der Potsdamer Straße (rechts) die projektierte „Gürtelstraße“ mit Blücher- und Wahlstattplatz.*



sehe, nirgends erwähnt. Liegt es etwa nach 1862, so wäre Hobrecht entlastet, liegt es vorher, so waren die Pläne zwar offenbar noch nicht revidiert, aber das Polizeipräsidium muß davon gewußt haben. Dieser Fall erscheint mir gerade wegen Lage und Form des Platzes glaubhaft. Dann war nämlich das Gelände im Privatbesitz und hätte in bezug auf den Bebauungsplan ebenso behandelt werden müssen wie die übrigen Teile der Schöneberger Feldmark. Es ist Hobrecht, der sich ja hier auf seinem eigentlichen Fachgebiet befand, doch wohl zuzutrauen, daß er die Gefahr sah, die dem städtebaulichen Gefüge aus der Führung der beiden Eisenbahnlinien erwuchs und die sich ja leider nicht hat abwenden lassen: die Unterbrechung aller ost-westlichen Verbindungen zwischen der Budapester (Stresemann-) Straße und seinem neuen Ring (mit Ausnahme der Uferstraßen am Landwehrkanal). Es sieht so aus, als ob er gerade deswegen seinen größten Platz recht in die Mitte zwischen die beiden Eisenbahnlinien gesetzt und ihm die merkwürdige Form gegeben habe, die ihren schmaleren Fortsatz tief in das strittige Gelände hineinschiebt, bei ihm sonst nie vorkommt und anders nicht zu erklären ist. Er könnte doch wohl daran geglaubt haben, daß durch Verhandlungen mit den Eisenbahngesellschaften etwas zu erreichen wäre, zumal damals von dem Vorgelände eines modernen Bahnhofs mit seinen Gleisharfen kaum jemand eine Vorstellung haben konnte.

Diese Vermutung scheint mir ein revidiertes Blatt desselben Gebietes unbekannten Datums, mit handgefertigten Eintragungen vom Jahre 1878, zu bestätigen. Da zeigt sich, daß im Zuge des Ringes die Hornstraße bis an das Eisenbahngelände herangeführt ist. Die Trebbiner und die Luckenwalder Straße, die in das Eisenbahngelände hineinführen und deren Lage und Richtung nur in Verbindung mit dem Blücherplatz Sinn haben, sind sogar bebaut. Man muß also zunächst an die Durchführbarkeit des Planes geglaubt haben. Dann aber reißen diese drei Straßen, die heute allein noch im ausgeführten Straßennetz an Hobrechts ursprüngliche Absicht erinnern, unvermittelt ab.

Im Jahre 1875<sup>17</sup> war der Verkehr auf der Dresdener Eisenbahn eröffnet worden; die Vorarbeiten dafür müssen schon viel früher begonnen haben. Unser Plan zeigt, wie man versucht hat, sich der neuen Situation anzupassen, indem man den Blücherplatz aufgab und den Wahlstattplatz mit einem Teil des Ringstraßenzuges nach Süden verschob. Yorkstraße und Bülowstraße mußten dieser Verlagerung mit scharfem Knick folgen, wobei die Hornstraße stillgelegt und der Dennewitzplatz deformiert wurde. Die Verbindung zwischen dem Blücherplatz und der schon vorhandenen Trebbiner Straße sollte beibehalten werden. Aber auch dabei konnte es nicht bleiben. Die projektierten oder schon ausgeführten Gleis- und Gebäudeanlagen sind in unserem Plan eingezeichnet, und sie gehen über den neuen Wahlstattplatz hinweg. Danach sind der Platz, das Straßenstück vor ihm und eine Anzahl von Straßen südlich von ihm gestrichen und statt dessen eine äußerst ärmliche Verbindung zwischen Göben- und Hagelberger Straße geschaffen. Dies alles weist doch deutlich darauf hin, daß ein Kampf zwischen den Betreuern des Planes und den Eisenbahngesellschaften stattgefunden hat, in dem die Vertreter der Stadt eine Stellung nach der anderen aufgeben mußten und den sie endlich verloren. Für einen Aktenkundigen müßte es eine lohnende Aufgabe sein, diesen Fragen nachzugehen. Glücklicherweise ist es wenigstens gelungen, die Verbindung zwischen Dennewitzplatz und Yorkstraße nach der ursprünglichen Planung unseres Blattes durchzudrücken, wahrscheinlich sehr zum Mißvergnügen der Bahnverwaltung.



*Bebauungsplan, Abt. III, revidiert, mit handgefertigten Eintragungen vom Jahre 1878.*

gen, denen die Straßenbreite wegen der notwendigen Brückenbauten unwillkommen gewesen sein wird.

Beobachtungen von ähnlicher Bedeutung könnten wohl auf jedem Abteilungsblatt gemacht werden, aber die gezeigten Beispiele müssen genügen, und es ist nun nötig, den Plan im ganzen zu betrachten. Da zeigt sich, daß der Zug der Ringstraße die Stadt, die neu eingemeindeten Teile und Charlottenburg recht eng umschließt. Es ergab sich also der berufene „schmale Ring“, der nach Meinung vieler die Spekulation begünstigte. Die weitere Entfernung des Ringes vom Stadtkern im Norden erklärt sich aus der Lage von Wedding und Luisenbrunnen (Gesundbrunnen), die mit umfaßt werden mußten. Über den Ring geht die eingeteilte Fläche im Norden und Nordosten gar nicht und sonst nur da wesentlich hinaus, wo schon Ansied-

lungen vorhanden waren. Nur für die Planteile südlich von Charlottenburg trifft das nicht zu. Nun überzeugt der erste Blick auf den Plan, daß Hobrecht sich an die Vorschrift, Baublöcke nach Art und Größe derer in der Friedrichstadt zu schneiden, durchaus nicht gehalten hat. Die Blockaufteilung ist auch nicht gleichmäßig. Diejenigen Planteile, die an schon bebaute Flächen unmittelbar anstoßen, zeigen Blockgrößen ähnlich denen in den bisherigen östlichen Vorstädten. Nach außen zu aber werden die ungeteilten Flächen immer größer, mit Tiefenmaßen von 250 bis 350 m. Das kann nicht auf Zufall beruhen und erweckt die Vermutung, daß Hobrecht der späteren Verwendung der Flächen Spielraum lassen wollte. Ein Vergleich mit einem Stadtplan aus der Zeit vor dem letzten Kriege zeigt denn auch, daß sein Plan zwar überall in den Grundzügen, im einzelnen aber nur an wenigen Stellen zur Ausführung gekommen ist, und zwar hat man an sehr vielen Stellen die Blöcke unterteilt oder überhaupt anders eingeteilt, als vorgesehen war (abgesehen von den Änderungen, welche die späteren Eisenbahnanlagen, große öffentliche Anstalten usw., verlangten). Wo das unterblieben ist, sind Hobrechts Blöcke allerdings viel zu groß und zwingen zu der Anlage von mehreren Höfen hintereinander. Bei einer vernünftigeren Gesetzgebung hätte mindestens in den Randgebieten des Planes das Stadtbild anders aussehen können, als wir es kennen, zumal die Bebauung nicht sehr schnell fortschritt. Es wäre durchaus möglich gewesen, in den großen Blöcken solche Ideen zu verwirklichen, wie sie schon lange nach dem Vorbild englischer Zustände vertreten wurden und am überzeugendsten von V. A. Huber formuliert worden sind<sup>18</sup>. Selbst, wenn die Wirklichkeit nicht ganz dem Ideal entsprochen hätte — die von der Berliner Gemeinnützigen Baugesellschaft, einer Gründung Hubers, in der Ritterstraße lange vor Hobrecht gebauten Arbeiterhäuser konnten anscheinend auch nicht alle seine Forderungen erfüllen — so wäre der Zustand doch ein erträglicher geworden. Diese Möglichkeit ist später jedenfalls gesehen worden, wie ein von Clauswitz mitgeteiltes Beispiel beweist<sup>19</sup>: der Polizeipräsident schlägt (1897! in Weißensee) bei Beginn der Bebauung vor, die großen Blöcke mit schmalen Straßen zu unterteilen und an ihnen niedrig zu bauen, aber der Magistrat, der seit 1875 für den Bebauungsplan zuständig war, versagte der Bodenpreise wegen seine Zustimmung. Dies ist nur ein Beispiel für viele.

Auf den Abteilungsplänen lassen sich sechs verschiedene Straßenbreiten feststellen, die je nachdem, welche Rolle die Straße im Gefüge zu spielen hat, angewendet werden. Abgesehen von der Ringstraße sind am breitesten die Radian, die in Fernlandstraßen übergehen. Sie sind so weiträumig, daß sie bis in die jüngste Zeit hinein dem modernen Verkehr genügt haben, viel breiter also, als sie damals aus verkehrstechnischen oder anderen praktischen Gründen hätten sein müssen. Alle Straßen (bis auf die schmalsten, die in den wenigen Abteilungsblättern der ersten Ausgabe, die ich kenne, noch nicht vorhanden sind) lassen nach der Bauordnung von 1853 die Bebauung mit mehrstöckigen Miethäusern zu. Ganz abgesehen von dem Leitbild, das die geschlossene Straßenfront in der Stadt als selbstverständlich ansah, nicht nur in Berlin und noch lange nach Hobrecht, mußte man an diesen Straßen mit mehrstöckigen Häusern rechnen, weil es keine gesetzliche Handhabe dagegen gab. Das heißt aber noch nicht, daß man damit die Mietskaserne schlechtester Prägung mit Gewalt im ganzen Stadtgebiet einführen wollte; dagegen scheinen mir die eben beobachteten größer geschnittenen Blöcke am Rande des Ringes zu sprechen. Man braucht nur den von Sineck 1872 aufgestellten Plan von Berlin

genau anzusehen, in den Grundstücksgrenzen und Bebauung eingetragen sind, um zu erkennen, daß auch damals noch geschlossene Bebauung und Mietskaserne der schlimmsten Art nicht als identisch angesehen zu werden brauchten. Die Beziehung zwischen Straßenbreite und Gebäudehöhe, welche die Bauordnung vorschrieb, zusammen mit der Feststellung einer zulässigen Maximalhöhe, erscheint mir unter diesen Umständen als eine gesunde Maßregel. Sie verhinderte wenigstens solche Straßenschluchten zwischen viel höheren (und nebenbei viel prächtigeren) Mietskasernen, wie man sie in Wien noch heute innerhalb und außerhalb des Ringes und in vielen anderen Großstädten sehen kann. Immerhin mußte man damit rechnen, daß innerhalb der Ringstraße ein Gebiet mit vorwiegend geschlossener Bebauung von nicht weniger als 13 1/2 km größter Breite entstehen würde. Uns erscheint das heute als grotesk, damals wird man es für eine Groß- und Hauptstadt nicht für zu groß gehalten haben. War doch der größte Durchmesser in Paris innerhalb der Befestigungslinie nur um 1 km geringer, und die bedeckte Fläche ist dort größer als in Berlin. Übrigens ist diese ungefähre Übereinstimmung der Ausdehnung von Paris mit Berlin sicher nicht etwa angestrebt, sie ergab sich lediglich im Jahre 1861 aus dem Umfang der eingemeindeten Feldmarken und der Lage von Charlottenburg zum Stadtkern.

Übrigens sind im Gebiet des Bebauungsplanes nicht überall gleich schlimme Zustände entstanden. Die später von den Bauordnungen begünstigte Zusammenlegung der Höfe zweier Grundstücke ist schon ein Fortschritt, und noch besser, wenn auch aus unserer Sicht bei weitem nicht gut, ist es, wenn die Bauherren mehrerer benachbarter Grundstücke auf Seitenflügel verzichten und mit den Hinterhäusern Flucht halten, wie es sich an einigen Stellen in Moabit und in Blöcken nördlich der Urbanstraße beobachten läßt. Es entstehen dann für das Auge anstelle der Höfe und Hinterhöfe regelrechte Straßen, die aber natürlich durch die Mauern auf den Grundstücksgrenzen unterteilt sind. An manchen Stellen gibt es ganze Reihen von Miethäusern ohne Hinterhäuser. Wirklich gute Lösungen der älteren Zeit, wie Riehmers Hofgarten zwischen Hagelberger, Großbeeren-, und Yorkstraße, blieben leider vereinzelt. Daß zu Anfang unter besonderen Umständen innerhalb des Planes sogar ganz offene Bebauung möglich war, zeigt noch heute die Gegend nördlich des Nollendorfplatzes, besonders die Maien- und die Ahornstraße im sog. Kielgan-Viertel. Auch seine Entwürfe für den Albrechtshof an der Hofjägerallee im Tiergarten hat Hitzig erst vom Jahre 1863 ab, also nach der Genehmigung von Hobrechts Plan, ausgeführt. In anderen Gegenden aber hat man nicht einmal darauf gehalten, daß die aufgeteilte Fläche allein mit Wohngebäuden besetzt wurde, und hat es zugelassen, daß sich im Innern der Blöcke Industrie ansiedelte, wie es übrigens auch in der schon früher parzellierten Köpenicker Vorstadt und selbst in der Friedrichstadt geschah. Dieser Vorgang währte bis tief in das 19. Jahrhundert hinein und hat den Charakter der davon betroffenen Stadtteile verändert, obwohl von den Straßen aus gesehen nicht viel davon zu merken war. Um diese Erscheinung richtig zu würdigen, müßte man allerdings ihre volkswirtschaftliche Bedeutung, auch für die Gegenwart, genau kennen. Daß zuletzt unter dem Einfluß besserer Bauordnungen auch bessere Miethäuser entstanden, sei nur angemerkt. Die „Gartenhäuser“ im Westen und Südwesten sind zwar nach unserer Anschauung auch nicht gut und wünschenswert, man kann aber bei ihnen nicht von „Wohnungselend“ reden. Es wohnte darin allerdings auch keine ausgesprochen ärmliche Bevölkerungsschicht.

Es scheint mir also, daß der Hobrechtplan nicht die Schuld trug an der unglücklichen Entwicklung des Wohnungswesens, sondern daß eine damals allgemein verbreitete Auffassung von Eigentum und Privatwirtschaft, für deren gefährliche Wirkung die Mehrzahl der Zeitgenossen blind war, ihn in ihrem Sinne ausgenutzt hat. Die bessere Einsicht setzte sich nur langsam durch und führte erst spät zu den ersten praktischen Ergebnissen.

Die Fläche des Planes war vor Hobrechts Festsetzung der Fluchtlinien natürlich nicht ganz ohne Bebauung. Es lagen darin die Stadt Charlottenburg mit ihrem Straßennetz aus der Barockzeit und die ziemlich unregelmäßig gewachsenen Vorstadtsiedlungen Moabit, Wedding und Gesundbrunnen. Außerdem gab es entlang einiger Landstraßen bis zu einer ziemlich großen Entfernung vom Stadtkern Bebauung, auf die natürlich Rücksicht zu nehmen war, wie z. B. an der Potsdamer, an der Müllerstraße und an der Schönhauser Allee. Diese und die übrigen, wie Strahlen eines Sternes von Berlin ausgehenden Straßen, hat Hobrecht erhalten. Sie zerteilten den Plan in Sektoren, und es ist auffällig, daß diese Sektoren sehr verschieden behandelt sind. Dort, wo es schon bebaute Flächen gibt, wird an sie angeschlossen, und sie bestimmen den Charakter der benachbarten Planteile. Daß im Süden die Straßenführung so weit wie möglich den alten Landwegen folgt, sahen wir schon. Im Nordosten, wo das vorhandene Wegenetz zwischen den Landstraßen auf den sandigen Hochflächen anscheinend sehr dünn war, führte er die Straßen radial auf den Stadtkern zu und verband sie in regelmäßigen Abständen durch Querstraßen in Form von Teilkreisen. Hier war die größte zusammenhängende Fläche zu unterteilen, und das Ergebnis ist ziemlich gleichförmig, um nicht zu sagen, langweilig ausgefallen. Nur eine Anzahl durchweg rechteckiger Plätze unterbricht die Monotonie. An allen diesen Stellen hat sich Hobrecht eng an natürliche oder historisch gewordene Gegebenheiten gehalten, nur an drei Stellen ist er davon abgewichen: im Norden, südöstlich vom Luisenbrunnen (Gesundbrunnen) rechts und links der heutigen Brunnenstraße, ganz im Südosten zwischen Rixdorf (Neukölln) und Treptow und schließlich um den heutigen Savignyplatz herum. An diesen Stellen bilden seine Straßen geometrische Figuren. Nur hier und im Südteil der Ringstraße gibt es Sternplätze, während er sonst grundsätzlich rechteckige Plätze anordnet, die für Wohnviertel geeigneter sind. Es ist klar, daß er damit repräsentieren will. Im Norden und im Südosten ist sein Plan nicht ausgeführt, nur am Savignyplatz und in seiner Umgebung hat er sich durchgesetzt. Aber selbst bei den Sternplätzen ist es, wie im ganzen Stadtplan, deutlich, daß Hobrecht die Ausbildung allzu spitzwinkliger Eckgrundstücke zu vermeiden suchte. Nur am Landwehrkanal und südlich davon gibt es einige Blöcke, die viel zu klein und ungünstig geschnitten sind, ohne daß ein Grund dafür erkennbar wäre.

Der Anschluß des neuen Straßennetzes an das innerstädtische ist überall, wo es möglich war, hergestellt. An manchen Stellen sind Sichtbeziehungen über die frühere Grenze hinweg beabsichtigt, so in der Achse der Michaelskirche und des Engelbeckens, die diesseits des Landwehrkanals wieder aufgenommen wird und in einem Platz enden sollte, an dessen Stelle heute der Südsterne liegt. Die Sicht von der Michaelskirche bis zum Südsterne ist leider später durch die Hochbahn unterbrochen worden.

Fiskalisches Gelände war augenscheinlich vorläufig für ihn tabu, ebenso wie schon bebaute Grundstücke. Damit erklärt es sich vielleicht auch, daß er nicht vorschlug,



den inneren Ring im Laufe des alten „Communicationsweges“ völlig auszubauen. Zwar hat er ihn im Osten von der Warschauer bis zur Danziger Straße genügend breit angelegt, dann aber klappt in seinem Plan bis zum Stettiner Bahnhof eine Lücke, in die sich bebautes Gelände hineinschiebt. Die spätere Fortsetzung des Ringes deutet sich mit der Bernauer Straße an, die viel schmaler und vielleicht zu einem Teil schon vor Hobrecht vorhanden war. Auch der Lauf der Panke, deren spätere Verbauung zum traurigsten gehörte, was man in Berlin sehen konnte, war ihm nicht mehr zugänglich, sie floß durch fiskalisches Gelände oder war von benutzten Vorstadtgrundstücken eingefaßt. Wo ihre Ufer noch frei waren, hat er besonders breite Straßenzüge in die Richtung ihres Laufes gelegt. Hier ist eine der Stellen, wo die Kriegszerstörungen neben allem Unglück auch etwas Gutes bewirkt haben: die Panke fließt jetzt auf eine ziemlich lange Strecke hin durch schöne Anlagen.

Auf Hobrechts Plan besteht also das Stadtgebiet aus einem Gemisch von alten und neuen Teilen von sehr verschiedenem Charakter und Aussehen. Zusammenfassen und zusammenhalten sollte das Ganze der Straßenring, der auf Boehms Karte noch nicht ganz geschlossen ist und auch nie ganz geschlossen wurde. Auch hierzu benutzte Hobrecht, soweit irgend möglich, vorhandene Wege, z. B. die alte Achse Charlottenburg-Schönhausen im Verlauf der heutigen Seestraße, die er nur in ihrem letzten Teil begradigte, die Straße von Weißensee über Lichtenberg bis an die Spree dicht westlich von Stralau, im Süden ein Stück der Straße von Rixdorf nach Schöneberg und die Wegestücke, die wir schon bei Betrachtung des Abteilungsplanes IV gefunden haben. Wo es die Situation der Zeit erlaubte, ließ er die Chausseen noch unausgebaut bestehen. Die Absicht, den Ring mit der Zeit völlig zu schließen, ist aber ganz deutlich. Auch die Brücke über die Oberspree ist nicht eingezeichnet, sie hätte natürlich später gebaut werden müssen. Merkwürdigerweise ist aber hier der südliche Ringteil nur bis zum Hermannplatz gediehen, die Verbindung zum Spreeufer bei Treptow ist nicht ausgeführt. Eine andere breite Lücke klappt heute zwischen dem Mierendorffplatz in Charlottenburg und dem Beginn der Seestraße, eine kleinere ist im Nordosten zwischen Ostseestraße und Weißenseer Weg offen geblieben. Der Ring ist also sehr unvollständig ausgeführt. Ein Grund dafür mag sein, daß er, ebenso wie der innere Ring, als Verkehrsstraße nur auf Teilstrecken, etwa vom Knie (Ernst-Reuter-Platz) bis zum Hermannplatz und vielleicht auch auf den nördlichen geradlinigen Strecken, nötig war und benutzt wurde; nach einem Kreisverkehr, auch nur um die innere Stadt herum, bestand kein Bedürfnis. Das hat natürlich auch Hobrecht gewußt, und trotzdem hat er diejenigen Teile dieses Straßenzuges, die sofort ausgebaut werden sollten, für Berliner Verhältnisse außergewöhnlich breit angelegt, so daß sie zwei Fahrbahnen, Mittelpromenaden und breite Bürgersteige erhalten konnten, und hat den ganzen südlichen Halbkreis in fast gleichen Abständen durch die vorhin schon als etwas Besonderes erwähnten, recht großzügig konzipierten Plätze unterbrochen, zwischen die sich noch kleinere Straßensterne einschieben. Selbstverständlich wollte er damit Eindruck machen. Die Ringstraße sollte, mindestens im Süden, ein Wahrzeichen Berlins werden, so wie es im alten Stadtkern die Linden waren. Ich verstehe nicht recht, daß fast alle Autoren, die sich mit diesem Thema befassen, gerade über diese Absicht die Nase rümpfen. Repräsentation ist im Städtebau eine legitime Aufgabe, und man könnte Hobrecht höchstens vorwerfen, daß er hierbei nicht noch großzügiger verfahren ist und uns nicht Prachtstraßen geschaffen hat, wie sie etwa in Madrid wahrscheinlich auch Hobrechts Kritiker bewundern. Wir repräsen-

tieren heute auch, nur auf andere und manchmal etwas derbere Weise, wie am Zoo und am Ernst-Reuter-Platz jeder, der Augen hat, sehen kann. Würde man heute jemanden fragen, was denn da repräsentiert wird, so würde er wohl nach einigem Überlegen sagen: Die Hauptstadt Berlin. Genau das wollte Hobrecht, ganz ohne Überlegen, auch.

Wägt man alles, was wir an Hobrechts Plan beobachten konnten, unvoreingenommen gegeneinander ab, so wird man finden, daß er nicht nur die immer wieder hervorgehobenen Fehler, sondern auch Vorzüge besitzt. Gewiß, vom Standpunkt der Vorausdenkenden, und vielmehr noch vom heutigen Standpunkt aus, hätte man sehr vieles anders haben mögen. Hätte man nicht mit dem Plan nur Richtlinien geben, vielleicht an den Ausfallstraßen mit der Bebauung anfangen sollen, um die Flächen dazwischen späteren Zeiten mit besseren Möglichkeiten zu überlassen? Oder, wenn schon aufgeteilt werden mußte, hätte dann der Plan nicht noch detaillierter sein, durch Blockgröße und Straßenbreite die Verbreitung der Mietskaserne, das Ansteigen der Bodenpreise verhüten müssen? Hätte man nicht schon begangene Fehler (wie die Einschließung der Panke durch Grundstücke, um nur ein Beispiel zu nennen) sehen und den daraus entstehenden Schaden aufhalten können? Hätte man nicht vor allem dafür sorgen müssen, daß es Gesetze gab, die den Behörden erlaubten, eine vernünftige Bauordnung aufzustellen und für ihre Einhaltung zu sorgen? Aber alle solche Fragen verkennen, meine ich, die Situation, in der sich Hobrecht befand. Er hätte, um solche Ziele verfolgen zu können, der zu seiner Zeit doch immerhin herrschenden Meinung von dem, was erlaubt und wirtschaftlich richtig ist, den Krieg erklären müssen. Wie schwer das war, mag man daraus ersehen, daß noch sein Bruder Arthur, der als Oberbürgermeister von Berlin im Jahre 1872 einen sehr vernünftigen Vorschlag zur Reform der Bodenpolitik machte, dabei die Spekulation als eine durchaus legitime, berechnete, in der Wirtschaftsentwicklung begründete Erscheinung hinstellte. Sein Vorschlag zeigt aber auch, daß es damals schon Mittel gegeben hätte, die Spekulation in Schranken zu halten. Hobrecht hätte die besseren Zustände in Deutschland und bei anderen Völkern und die Reformvorschläge weitsehender Zeitgenossen nicht nur studieren, sondern er hätte sie auch im städtebaulichen Zusammenhang in ein System bringen müssen, das es noch nicht gab. Es wäre notwendig gewesen, über das Gelände, das ihm anvertraut war, hinaus weit in den Teltow und den Barnim hinein zu planen, wo der Polizeipräsident von Berlin nichts zu sagen hatte. Vor allem aber hätte er einen schweren Angriff gegen die Preussische Verfassung zu führen gehabt, die dem Staatsbürger ausdrücklich die freie Verfügung über sein Grundeigentum garantierte, wobei noch sehr zu überlegen ist, ob die Regierung, selbst wenn sie gewollt hätte, bei der damaligen innenpolitischen Situation in der Lage gewesen wäre, so unpopuläre Gesetze im Landtag einzubringen. Schon zehn Jahre später vielleicht wäre mehr zu erreichen gewesen. Da hatte sich vieles geändert, und man hatte Erfahrungen gesammelt, nicht zuletzt auf Grund des Hobrechtplanes. In den Jahren um 1860 aber hätten er und der Polizeipräsident Riesen an Geistes- und Willenskraft sein müssen, um eine solche selbstgestellte Aufgabe in Angriff zu nehmen. Das waren sie nicht, und wäre Hobrecht es gewesen, hätte man ihm wohl sehr bald den Auftrag entzogen. Er war ein pflichtbewußter Baubeamter mit mehr technischer als künstlerischer Begabung, dem eine Aufgabe zur sofortigen Erledigung gestellt war. Er mußte sie unter Berücksichtigung der herrschenden Verhältnisse, die weder er, noch ein anderer im Augenblick ändern konnte, lösen.

Er tat das durchaus nicht schematisch und in hergebrachtem Sinne, sondern er suchte den topographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, die er vorfand, gerecht zu werden. Er wußte, daß sein Plan nicht, wie die früheren, dekretiert werden, sondern nur in Verhandlungen mit den Eigentümern und mit deren Zustimmung durchgesetzt werden konnte, und er nahm darauf Rücksicht. Kommen den Entwicklungen sollte augenscheinlich, besonders in den Randgebieten, durch die Größe der Blöcke Raum gegeben werden. Was dabei heraus kam, war sicher keine geniale Lösung im Sinne eines modernen Städtebauers, aber eine Arbeitsgrundlage, auf der weiter gebaut werden konnte. Daß er selbst kein Künstler war, wußte er, aber er glaubte, den Architekten eine Gelegenheit zu geben, die ihnen erlaubte, ihr eigenes Licht leuchten zu lassen, und das war in einem nicht zu geringen Maße auch der Fall. Der Straßenzug vom Knie bis zum Nollendorfplatz ist, wie er es wollte, zusammen mit dem später ausgebauten Kurfürstendamm ein Nebenzentrum geworden, an dem Heimat- und Selbstgefühl der Berliner ebenso hingen, wie an Lustgarten und Linden, und das von echt Berliner Atmosphäre erfüllt war. Oft habe ich erlebt, daß Fremde, die nicht wenig in der Welt herumgekommen waren, sich gerade von dieser großzügigen Folge von Straßen und Plätzen tief beeindruckt zeigten. Ähnlich ist die Situation vom Südsterne bis zum Hermannplatz und in dessen Umgebung, und bemerkenswerte Großstadtbilder ergeben sich sonst noch an vielen anderen Stellen, in Straßen und auf Plätzen, die aufzuzählen hier nicht der Ort ist. Wenn man sich klar darüber wird, was zu Hobrechts Zeit möglich war, wird man Ressentiments verlieren, die, in der Zeit des Kampfes gegen einen gefährlichen Zustand entstanden, verständlich und gerechtfertigt waren, jetzt aber ihrerseits gefährliche Wirkungen hervorbringen und uns hindern, Aufgaben zu sehen und richtig zu lösen, die auf den Nägeln brennen.

Hobrechts Hauptstraßenzüge sind so richtig gelegt, so geräumig konzipiert und erstaunlicherweise auch in der Hauptsache ausgeführt, daß sie bis vor kurzer Zeit den modernen Verkehr haben aufnehmen können, wenn sich nun auch die vorhin erwähnten Lücken im äußeren Ring unangenehm bemerkbar machen. Daß in Berlin nicht eine solche Verkehrsnot entstanden ist wie in manchen west- und süddeutschen Großstädten, verdanken wir nicht zuletzt diesem Straßennetz (übrigens auch den breiten Nebenstraßen, die einen guten Teil des ruhenden Verkehrs absorbieren). Jetzt reicht es nicht mehr aus, und es ist ein System von Schnellstraßen im Bau, das nur zum Teil die alten Straßenzüge benutzt, zum anderen Teil sich als ein vollkommen selbständiges Netz über die alten Strukturen legt und ihren Zusammenhang zerreißt. Dieses neue Straßennetz wird das Gesicht Berlins wesentlich verändern; wenn es fertig ist, wird es Berlin zu einer der modernsten Großstädte der Welt machen. Dazu kommt, daß sich die moderne Auffassung vom Wohnungsbau mit dem alten Straßennetz nicht verträgt. Wo also zerstörte Viertel neu entstehen oder wo Erhaltenes saniert werden muß, wird sich auch vieles an der Straßenführung ändern. Oft ist das notwendig, und wenn statt des Alten etwas absolut Neues entsteht, so müssen wir uns damit abfinden, uns daran freuen, wo es uns gefällt, und das endgültige Urteil darüber unseren Enkeln überlassen. Aber bei weitem nicht alles Alte wird verschwinden, und es liegt eine sehr schwere Verantwortung auf denen, die darüber zu entscheiden haben, wieviel und was erhalten bleiben soll, eine Verantwortung, die entschieden zu leicht genommen wird. Zwei Gefahren entstehen dabei, die vermieden werden müßten. Die eine ergibt sich aus der Straßenführung, die andere aus der Form der Bebauung. Bei

aller Genugtuung über die großartige Lösung des Verkehrsproblems und den Wiederaufbau dürfen wir uns nicht so weit davon beherrschen lassen, daß das Gefälle von innen nach außen, vom Ehrwürdig-Alten zum Jüngeren und zum Neuen, das für jede Hauptstadt von europäischem Gewicht typisch ist, völlig verwischt wird. Es können auch nicht bedenkenlos Situationen und Bauwerke aufgegeben werden, die völlig erhalten oder leicht wiederherzustellen sind, die unbestrittenen Wert besitzen und durch ihre Anmut Freude machen und die außerdem aus der Zeit stammen, der Berlin den Anspruch verdankt, von dem wir heute leben! Wer würde es jemals ernstlich verteidigen, wenn die Michaelskirche mit dem Engelbecken und der ganzen Folge von Straßen und Plätzen davor bis zum Südstern, oder wenn der Mariannenplatz mit der Thomaskirche und Bethanien zerstört oder auch nur ernstlich beeinträchtigt würden<sup>20</sup>! Dies sei nur ein Beispiel für viele. Wird aber Altes erhalten, so darf es nicht verstümmelt werden und stellt Ansprüche an seine Umgebung. Um das nicht nur einzusehen, sondern auch mit gutem Willen in die Praxis umzusetzen, müßte man sich gewöhnen, auch die Zeugen des vorigen Jahrhunderts wieder unvoreingenommen zu betrachten. Dann würde man sehen, wie reizvoll oft die Raumbildung an Straßen und Plätzen ist, besonders dort, wo einzelne Häuser oder ganze Häuserzeilen noch die ruhige Zurückhaltung und die Würde der Schinkelschule besitzen. Aber auch andere Häuser, die mit stark plastischem, sehr gut und scharf geschnittenem Stuck kräftigere Wirkungen erzielen, sind erhaltenswert. Man könnte sich daran freuen, wie in vielen Straßen mehrere Bauherren mit gleich oder symmetrisch gebildeten Fassaden ein fast klassisch anmutendes Straßenbild erreichen, wie etwas später manche mit ähnlichen Mitteln, aber unter Verwendung prunkvoller Barockformen imponieren, und wie schließlich mit erstaunlicher Phantasie nach neuen Zusammensetzungen der überlieferten Formen gesucht wird.

Es wäre höchste Zeit, die Geschichte des Berliner Miethauses in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gründlich zu untersuchen, und zwar ebensowohl in bezug auf Grundrißausbildung wie auf formale Gestaltung. Es wird sich dabei, neben den dunklen Seiten dieses Kapitels, die wir kennen, auch eine erstaunliche Zahl von Zeugnissen guten Willens und hohen Könnens zeigen. Ebenso steht es mit vielen der Kirchen und öffentlichen Gebäude, die mit ins Bild gehören und deren Wert und Bedeutung sich mit dem Hinweis, daß sie eklektizistisch seien, nicht abtun läßt. Will man derartiges erhalten, so darf es sich nicht um Einzelobjekte handeln, die in moderner Umgebung sehr häufig hoffnungslos isoliert sind. Es müssen ganze Straßen und Plätze unbeeinträchtigt bleiben, was keineswegs ausschließt, daß Unhaltbares und Häßliches ausgeschnitten wird. Wo die moderne Bebauung anschließt, müßte sie sich in Anordnung und Maßstab anpassen. Geschieht das mit Liebe und Einsicht, so werden dabei weder Museen noch Reserven entstehen, sondern Altes und Neues wird sich verbinden und miteinander leben.

Es ist Zeit, sich zu besinnen. Trotz aller Freude am Wiederaufbau fragen sich viele, Einheimische und Fremde, die früher unsere Stadt kannten und liebten, wo denn dabei eigentlich Berlin bleibt. Neues sieht man ja zur Genüge auch in anderen Städten. Es könnte sein, daß unsere Enkel mit derselben Schärfe, mit der wir unseren Großvätern ihre Sünden vorhalten, von uns sagen werden: Sie zerstörten, wo es möglich und nötig gewesen wäre zu erhalten, weil sie in allzu überspanntem Selbstgefühl nur noch sich selbst zu sehen imstande waren.

## Nachtrag

Nachdem das Manuskript dieses Aufsatzes schon in Druck gegangen war, erhielt ich doch noch durch den Suchdienst (aus der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt/Main) Hobrechts Aufsatz „Über öffentliche Gesundheitspflege und die Bildung eines Central-Amtes für öffentliche Gesundheitspflege im Staate“, Stettin 1868 (s. oben S. 44). Es verhält sich damit genau so, wie ich vermutete. Hobrecht faßt den Begriff „Öffentlicher Gesundheitsdienst“ sehr weit als „*politia diaetetica*“, als Mittel zur Verhütung aller Zivilisationsschäden. In bezug auf die Wohnungsfrage verteidigt er das Beieinanderwohnen aller Stände gegenüber den damals propagierten Vorschlägen zur Anlage besonderer Arbeitersiedlungen. Er benutzt das extreme Beispiel der Mietskaserne, um das von ihm verteidigte Prinzip deutlich zu machen, und nicht, um gerade diese Erscheinungsform zu loben. Zum Beweis dafür muß ich den Schluß des von Hobrechts Gegnern nur im Auszug angeführten Absatzes wörtlich zitieren: „Wenn wir uns vor Arbeitervierteln hüten wollen, so müssen wir bei unserem Prinzip stehen bleiben, es nicht verwerfen, sondern verbessern. Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, im Speziellen anzugeben, wie und wodurch wir unsere Wohnungsverhältnisse verbessern, wie wir das empfehlenswerte Durcheinander beibehalten können, ohne dabei unseren Häusern den Kasernen-Charakter zu belassen, aber das ist als hauptsächlichstes Postulat kurzweg hinzustellen, daß mehr Luft und mehr Licht den Gebäuden zu geben ist. Fort mit den Kellerwohnungen, die gut sind für Fässer und Kartoffeln und Gemüse, aber nicht für Menschen! Das Vierfache der Dimensionen, welche die Berliner Baupolizeiordnung verlangt, das achtfache des Raumes, den die Stettiner Häuser übrig lassen, ist nicht zu viel, ist kaum genug, wenn wir für unsere Hinterzimmer noch Sonne, Licht und Luft in genügender Quantität und Güte behalten wollen. Hier helfe uns die öffentliche Gesundheitspflege zu besseren, zu erträglichen Verhältnissen! Sie kann es auch!“

Auch sonst zeigt sich Hobrecht in diesem auch heute noch lesenswerten Aufsatz als vernünftig und weitblickend. Die Art und Weise, wie von Eberstadt und denen, die ihm folgen, Teile davon zitiert werden, ohne daß der Zusammenhang kenntlich wird, ist, sehr gelinde gesagt, irreführend.



# Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Bruch, E.: Berlins bauliche Zukunft und der Bebauungsplan von Berlin und Charlottenburg. In: Deutsche Bauzeitung, 4. Jg., 1870, S. 69 ff. Auch als Sonderdruck.
- <sup>2</sup> Hegemann, W.: Der Städtebau nach den Ergebnissen der Städtebau-Ausstellungen in Berlin und Düsseldorf, Berlin 1911 u. 1913. Ders.: Das steinerne Berlin, Berlin 1930. Hierzu beachte die 14 Seiten umfassende Besprechung von E. Kaebler in: Mitt. d. V. f. d. Geschichte Berlins, 47. Jg., 1930, S. 101 ff.
- <sup>3</sup> Meier, K.: Dr. James Hobrecht. In: Architekten-Verein zu Berlin, Gedächtnisfeier f. d. verstorb. Ehrenmitglieder Dr. James Hobrecht u. Wilhelm Böckmann am 8. Dez. 1902, Berlin 1903, S. 9 ff.
- <sup>4</sup> Der in der Literatur gelegentlich genannte Erläuterungsbericht zu dem Hobrechtschen Plan ist – trotz vieler Bemühungen – weder in Berlin noch anderswo aufzutreiben.
- <sup>5</sup> Clauswitz, P.: Die Pläne von Berlin und die Entwicklung des Weichbildes, Berlin 1906, S. 100 ff.
- <sup>6</sup> Zitiert im 3. Verwaltungsbericht des Kgl. Polizeipräsidiums von Berlin f. d. Jahre 1891 bis 1900, Berlin 1902, S. 102.
- <sup>7</sup> Ebda., S. 106.
- <sup>8</sup> Voigt, P.: Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin und seinen Vororten, Berlin 1901, S. 86/87.
- <sup>9</sup> Ebda., S. 111.
- <sup>10</sup> Clauswitz, P.: Die Städteordnung von 1808 und die Stadt Berlin, Berlin 1908, Anhang 19.
- <sup>11</sup> Voigt S. 124 ff.
- <sup>12</sup> So viel ich sehe, vertritt im älteren Schrifttum nur Clauswitz in „Bau- und Bodenpolitik in Berlin in geschichtlicher Betrachtung“ (Heft 50 d. Schriften d. V. f. d. Geschichte Berlins) Berlin 1917, S. 40 ff., diesen Standpunkt. Auch sonst beurteilt er den Plan nicht so ungünstig, wie das allgemein üblich ist.
- <sup>13</sup> Eberstadt, R.: Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage, Jena 1920, S. 306 ff.
- <sup>14</sup> Ehrlich, H.: Die Berliner Bauordnungen, ihre wichtigsten Bauvorschriften und deren Einfluß auf den Wohnungsbau der Stadt Berlin, Diss. TH Berlin, Jena 1933, Abb. 10, 11 ff.
- <sup>15</sup> Meier S. 10.
- <sup>16</sup> Clauswitz, Pläne von Berlin, S. 124, Nr. 179 – Für die Überlassung der Blätter sage ich Herrn Pomplun meinen aufrichtigen Dank.
- <sup>17</sup> Voigt S. 160.
- <sup>18</sup> Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung, 1848, in: V. A. Hubers Ausgewählte Schriften über Sozialreform u. Genossenschaftswesen, Berlin 1894, S. 892 ff. – Die Stelle gibt nur ein Beispiel aus Hubers bis ins einzelne durchdachtem und in vielen Schriften niedergelegtem System.
- <sup>19</sup> Clauswitz, Bau- u. Bodenpolitik, S. 40 ff.
- <sup>20</sup> Vgl.: Hauptstadt Berlin, Ergebnis des internationalen städtebaulichen Ideenwettbewerbes, Berlin 1960, Karte im Einband.

## Die ehemalige Moritzkirche zu Spandau

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ließ die Stadt Spandau zur Linderung der Wohnungsnot durch den damaligen Stadtbaurat Elkart in der Kinkelstraße mehrere dreigeschossige Miethäuser errichten. Auf dem östlichen Teil des zwischen Viktoriaufer, Moritz- und Kinkelstraße gelegenen Geländes hatten sich bis dahin die Moritzkaserne befunden, der Torfschuppen der Strafanstalt und einige unbedeutende Wohngebäude. Durch den Abriß aller dieser Baulichkeiten gewann Elkart, der auch die Stadtmauer nicht schonen wollte<sup>1</sup> ein genügend großes Areal für die obengenannte Wohnhausgruppe (Kinkelstr. 45–48 / Viktoriaufer 20–21). Die Zeit damals war nicht zu historischen Reminiszenzen angetan und so machte man sich auch nicht die Mühe, von der zum Abbruch bestimmten Moritzkaserne etwa eine Bauaufnahme oder brauchbare Fotografien anfertigen zu lassen. So verschwand ein Bau sang- und klanglos von der Bildfläche, der so manchen wertvollen Hinweis auf die Entstehung und Entwicklung des mittelalterlichen Spandau hätte geben können, die ehemalige, 1836/37 in eine Kaserne umgewandelte Moritzkirche.

Die im Gange befindliche Inventarisierung des Verwaltungsbezirkes Spandau für die Buchreihe „Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin“ stellt den Verfasser jedoch vor die Notwendigkeit, soweit als möglich eine zuverlässige Baugeschichte der Moritzkirche zu geben. Nach dem Verlust des Objektes selbst kann sich der Bearbeiter nun lediglich an einige Zufallsaufnahmen und an den durch den Spandauer Chronisten Daniel Friedrich Schulze<sup>2</sup> überlieferten Nachrichten orientieren. Das wird insofern bereits problematisch, als Schulze sich gelegentlich selbst widerspricht; seine Angaben müssen deshalb kritischer Prüfung unterzogen werden.

Innerhalb der Spandauer Heimatforschung hat sich Albert Ludwig mehrfach mit der Moritzkirche beschäftigt<sup>3</sup> und erst in jüngster Zeit wieder versucht, Licht in das Dunkel ihrer Frühzeit zu bringen<sup>4</sup>. So aner kennenswert dieses Bemühen auch sein mag, so groß ist doch andererseits die Gefahr, daß durch voreilige Schlüsse und unbewiesene Behauptungen ein schiefes, ja ein falsches Bild entsteht. Das Verknüpfen durchaus richtiger Beobachtungen mit Wunschvorstellungen kann von der historischen Wissenschaft als Methode nicht akzeptiert werden. Die im Rechtswesen gebräuchliche Formulierung „In dubio pro re“ läßt sich hier nicht anwenden. Im Zweifelsfalle kann wohl die Vermutung nach der Richtigkeit eines Vorganges geäußert werden, aber mehr nicht. Folgerungen aus solchen Vermutungen gehören in das Reich der Fabel.

Die älteste überlieferte Nachricht über die Moritzkirche stammt aus dem Jahre 1461<sup>5</sup>. Damals stiftete der Presbyter Martinus Brunne einen neuen Altar zu Ehren der Jungfrau Maria und der Heiligen Andreas, Laurentius und Antonius, was der Bischof von Brandenburg 1467 bestätigte. Daß zu dieser Zeit die Moritzkirche schon bestand, unterliegt keinem Zweifel. Aber auch Schulze, dem mehr verbürgte Nachrichten als uns heute zur Verfügung standen, konnte über Alter und Zweckbestimmung dieses Gotteshauses nur Vermutungen äußern. Er schreibt:

*„Die Moriz Kirche . . . . ist vielleicht eine nicht weniger alte Kirche als die Nicolai Kirche, ob man nicht gleich im Stande ist, ihre Erbauungszeit zu bestimmen. Viel-*

leicht, daß sie um die Zeit, da die Markgrafen die Nicolai Kirche zur Stadt legten gebaut u. dem Kloster eingeräumt worden; da sie in alten Nachrichten zu Rathhause die Kloster Kirche heißet“<sup>6</sup>.

Um welche „Nachrichten“ es sich dabei handelt, verschweigt der Chronist. Sie standen jedenfalls Otto Kuntze Müller nicht mehr zur Verfügung, der 1881 unter Verwendung von Schulzes Chronik seine „Urkundliche Geschichte der Stadt und Festung Spandau“ herausgab und zu einer anderen Deutung neigt, auf die wir später noch zu sprechen kommen<sup>7</sup>.

Andererseits (sagt Schulze aber selbst) wird die Moritzkirche „nicht nur in einer Urkunde von 1461 *ecclesia parochialis*, sondern auch in einer alten Beschwerde der Einwohner von etwa 1500 die gewesene Pfarrkirche genannt. So nennt sie auch Joachim II. unterm d. viti 1543 die alte Pfarr Kirche“<sup>8</sup>.

War die Moritzkirche also die Klosterkirche des ehemaligen, 1239 gestifteten Benediktinerinnen-Klosters oder war sie die zweite, neben St. Nicolai errichtete Pfarrkirche des städtischen Gemeinwesens?

Für die Funktion der Klosterkirche hat Ludewig nun eine Menge Beweise anzuführen<sup>9</sup>. Er geht dabei von seiner seit Jahren betriebenen Stadtkernforschung aus, deren unveröffentlichte Ergebnisse er schon für beweiskräftig genug hält. Nach Ludewig reichte die erste um Markt- und Nicolaikirche gruppierte Stadtsiedlung des 13. Jahrhunderts im Süden zunächst nur bis zur Moritzstraße. Erst bei einer späteren Stadterweiterung sei das von der Flutrinne umzogene Gebiet bis zur Mauerstraße hinzugekommen und die ehemals vor der Stadt gelegene Kirche des Nonnenklosters sei damit hinter die Stadtmauer (von 1319) gerückt. Da entsprechend der Ordensregel das Kloster außerhalb der Stadt liegen mußte, hätten sich die Nonnen weiter südlich, in der Nähe der heutigen Klosterstraße, ein neues Kloster errichtet, das dann dort bis zu seinem Abriß im Jahre 1626 bestanden hat. Der von Ludewig als Gewährsmann sonst mehrfach zitierte Schulze berichtet aber an anderer Stelle seiner Chronik über das Kloster:

„1239 stifteten es die Markgrafen Johann und Otto, errichteten seinen Sitz, wo jetzt das Amtsvorwerk oder der Klosterhof ist, ...“<sup>10</sup>.

Diese Ortsangabe steht im Gegensatz zu der ersten. Schulze ist sich also selbst keineswegs über die Lage sicher gewesen. Man wird deshalb seine diesbezüglichen Angaben besser unbeachtet lassen.

Für die ursprüngliche Zweckbestimmung der Moritzkirche als Klosterkirche spricht nach Ludewig auch der bauliche Befund. So bemerkt er zum Grundriß: „Die Moritzkirche war ein langgestreckter Bau, etwa 28,60 × 10,60 m. Das ist eine Grundrißdisposition, wie sie mit gerade geschlossenem Chor für die Zeit um 1240 bis 1250 und die damaligen interimistischen Klosterkirchen typisch ist.“

Die angegebenen Maße des Grundrisses treffen zu. Sie lassen sich noch heute ohne Schwierigkeiten den Akten des städtischen Grundstücksamtes entnehmen. Eigenartig mutet indessen die Formulierung „interimistische Klosterkirche“ an. Entweder war das Gebäude als Klosterkirche gebaut oder nicht. Daß die Benediktinerinnen auf den Gedanken gekommen sein sollen, bewußt ein Provisorium zu errichten, leuchtet nicht ein und entbehrt jeder Logik.



*Ostwand der Moritz-  
kirche nach dem Umbau  
zur Kaserne (Aufnahme  
von 1907)*

Eine der wenigen Fotografien der ehemaligen Moritzkirche<sup>11</sup>, die zum Zeitpunkt der Aufnahme (1907) schon seit siebenzig Jahren als Kaserne diente und entsprechend umgebaut war, zeigt die östliche Chorwand (Ludewig ungenau: „den Ostgiebel“), die einige baugeschichtliche Beobachtungen zuläßt. Die Wand besteht in ihren unversehrten Teilen aus 73 im märkischen Verband aufgemauerten und auf einem kleinen Sockel von Feldsteinen ruhenden Schichten von Ziegeln im Klosterformat, wobei allerdings nicht zwei, sondern entgegen der Regel drei und mehr Läufer aufeinander folgen, ehe ein Binder dazwischen tritt. Das erstrebte teppichartige Aussehen der Fläche ist jedoch durch die Verschiebung der Stoßfugen gewährleistet. Die von der Moritzkirche erhaltenen Steine<sup>12</sup> weisen zwei Formate auf:  $7,5 \times 13,5 \times 25$  und  $10-11 \times 13,5-14 \times 30$  cm. Bei der in Rede stehenden Wand dürften die größeren Ziegel verwendet sein, so daß sich bei einer Berücksichtigung der weitfugigen Aufmauerung (je Fuge ca. 70 mm) bis zum umlaufenden Gesims eine Höhe von ca. 7,70 m ergibt. In der 58. bis 62. Schicht befinden

sich — links oben — die Reste eines Deutschen Bandes, das möglicherweise einmal den oberen Abschluß bildete, bevor ein Umbau resp. eine Erhöhung die Ostwand veränderte. Nach der Mitte und nach oben zu trägt die Wand zwar die Zeichen mehrerer Veränderungen, doch sind noch einige Fensteröffnungen oder Blenden zu erkennen. Das älteste Fenster könnte das unten links (hinter dem Baum) vermauert sichtbare sein, dessen rundbogiger Abschluß schon leicht spitzbogig ausklingt. Dieses Fenster müßte dann in die Zeit des Übergangsstiles gehören, den man in der Mark in der Mitte und der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts antrifft. An der entsprechenden Stelle auf der rechten Seite der Chorwand sind Ausbruchsspuren zu erkennen. Ludewig schließt hieraus auf die Beseitigung eines ehemals dort gewesenen Fensters, wobei man natürlich fragen muß, warum soviel Arbeit mit Ausbrechen? Einfaches Zumauern, wie beim linken Fenster, hätte doch auch genügt. Ludewig schreibt: „Da diese beiden Fenster verhältnismäßig weit voneinander angeordnet sind, ist zwischen ihnen ein drittes denkbar, das vermutlich etwas höher war, als die beiden seitlichen. Von diesem mittleren sind auf dem Foto keine Spuren mehr erkennbar, da an seiner Stelle wohl gerade das große gotische Fenster eingebaut worden ist.“ Man beachte den Weg: Von der vorsichtigen Formulierung „ist denkbar“, kommt Ludewig im gleichen Satz zu „vermutlich“, während im darauffolgenden dieses Fenster bereits als gegeben angenommen wird! Von seiner Beweisführung völlig überzeugt, schreibt Ludewig weiter: „Es ergibt sich also für den Ostgiebel (gemeint ist die Wand) der Kirche eine Gruppe von drei Fenstern, wie sie um 1240/50 bei gerade geschlossenen Chören vielfach zu finden waren.“

Es mag sein, daß tatsächlich an der Ostwand der Spandauer Moritzkirche drei Fenster in einer Dreifaltigkeitsgruppe angeordnet waren, aber schon die Frage, ob ein etwa vorhanden gewesenes mittleres Fenster größer war, als die beiden seitlichen, läßt sich heute überhaupt nicht mehr beantworten. Es wäre deshalb verfehlt, hieraus den Schluß zu ziehen, daß die Anfänge der Moritzkirche in der Mitte oder der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts gesucht werden müssen, wozu Ludewig neigt, um das Gebäude mit dem Kloster in Verbindung zu bringen, von dem man weiß, daß es 1239 gegründet wurde<sup>13</sup>. Wir werden auf die Frage des Alters der Moritzkirche weiter unten erneut zu sprechen kommen.

Die älteste Darstellung von Spandau, Merians Stadtansicht von 1652, müßte uns eigentlich die beste Vorstellung von der Moritzkirche geben. Ludewig hat sich nun vor längerer Zeit dieses Blatt vorgenommen, seine Beobachtungen gemacht und hieran einige baugeschichtliche Theorien geknüpft<sup>14</sup>, die in diesem Zusammenhang von größtem Interesse sind.

Ausgehend von der unbestritten richtigen Feststellung, daß die Moritzkirche einen flachgeschlossenen Chor besaß, während das an ihrer Stelle im Stadtbild erscheinende Gebäude einen Hallenchor aufweist, kommt Ludewig zu der Annahme, mit diesem Bauwerk sei gar nicht die Moritzkirche gemeint, „... sondern ein anderer, weit hervorragenderer Kirchenbau. .... das ehemals allgemein bekannte Kloster St. Marien ... Jenes hatte aber seine Lage weit draußen westlich von der Stadt gehabt, wäre also, an richtiger Stelle wiedergegeben, durch die starke perspektivische Verkürzung gar nicht zur Geltung gekommen. Dieses einst so berühmte Benediktinerinnenkloster ist schon 1626 abgebrochen worden und wurde hier zur Erinnerung gezeigt. Für eine Klosteranlage spricht auch noch das große, rechtwinklig nach Süden angebaute Gebäude, das also zur Klausur gehören würde.“



Der Hallenchor ist nach Ludewig eine Verwechslung mit der Nicolaikirche, die unrichtig mit eingezogenem Chor dargestellt worden ist.

So weit — so gut, und man ist geneigt, dieser Theorie vom dargestellten Nonnenkloster Glauben zu schenken. Folgt man aber Ludewigs eigener Begründung, der weitere märkische Klosterkirchen aufzählt und dabei unterstreicht, wie einfach diese in der Grundrißdisposition und im Aufbau — meistens einfache Saalkirchen — waren, so liest man dort folgenden Satz: „Mit der so rekonstruierten Spandauer Klosterkirche, die um 1239 entstanden ist... — Und diese Klosterkirche, die Ludewig hier meint, und für die er gleich weitere Einzelheiten mitzuteilen weiß, ist doch wohl die in der späteren Potsdamer Vorstadt. Damit sind wir so klug wie zuvor, und man fühlt sich unwillkürlich in die Irre geführt angesichts der emsig zusammengetragenen Vermutungen, Schlüsse und Beweise, von denen wir eingangs sprachen, da sie die Auffassung erhärten sollten, die Moritzkirche sei zunächst die Klosterkirche gewesen und typisch usw. usw. Man wird angesichts derartigen Wider-Sinnes an der Ernsthaftigkeit solcher „Bauforschungen“ nun doch einigen Zweifel haben müssen.

Kehren wir zur Moritzkirche in Spandau zurück, für die wir oben die Frage aufwarfen, ob sie, wenn nicht Klosterkirche, vielleicht die zweite Pfarrkirche der Stadt war. Die in den Jahren 1461, 1500, 1543 auftretenden Bezeichnungen „Pfarrkirche“ (*ecclesia parochialis*), ehem. Pfarrkirche, alte Pfarrkirche<sup>15</sup>, legen diese Vermutung nahe. Daß dieses Gotteshaus dem Kloster unterstand, bedeutet nichts Gegenteiliges, da ja auch die Hauptkirche St. Nicolai sich unter dessen Patronat befand.

Werfen wir aber noch einmal die Frage nach dem Alter der Moritzkirche auf, so sei an dieser Stelle auf die historischen Nachrichten des Spandauer Predigers Christian Schnee aufmerksam gemacht, die um 1640 niedergeschrieben worden sind. „Anno 1461“, heißt es dort, „hat einer Namens Martinus Brumme, Klerikus der damals neu erbauten Kirche zu St. Mauritii, all sein väterlich Erbteil nach seinem Tode in honorem altaris St. Mariae, Andreae, Laurentii et Antonii vermacht, welche Donation nachmaln Bischof Theodoricus von Brandenburg zu Berlin in aula Spirituali d. 16. Juli 1467 konfirmieret hat“<sup>16</sup>.

Nun haben chronikale Aufzeichnungen des 17. Jahrhunderts nur bedingte Beweiskraft, aber die Zweifel an der Zuschreibung der Moritzkirche ins 13. Jahrhundert werden durch die jüngsten Untersuchungen auf dem Gebiet der märkischen Baukunst des Mittelalters noch verstärkt. J. A. Sch moll gen. Eisenwerth handelt im Zusammenhang mit der Baugeschichte des Klosters Chorin eingehend die Franziskaner-Klosterkirche zu Berlin ab und kommt dabei zu der überzeugenden Datierung: „Bauabschluß um die Mitte der sechziger Jahre“<sup>17</sup>. Wenn aber dieser erste große Backsteinbau Berlins fast 30 Jahre nach dem bekannten Datum der Spandauer Klostergründung — 1239 — entstanden ist, so kann die in Backstein errichtete Moritzkirche mit den Anfängen eben dieses Klosters auch nicht in Zusammenhang gebracht werden und eine „interimistische (!) Klosterkirche“ nach diesem Zeitpunkt — also etwa nach 1270 — ist erst recht nicht denkbar.

Das 13. Jahrhundert dürfte also hinsichtlich der zeitlichen Fixierung für die Moritzkirche ausscheiden. Zieht man nun Beispiele des Backsteinbaues auf dem nahen Teltow zum Vergleich heran, wie etwa die Kirche zu Teupitz, einen im Bauegefüge rechteckigen Saalbau aus unverputztem Backstein, der dem 14. Jahrhundert an-

gehört, so kommt man der Datierung des Spandauer Kirchenbaues wohl etwas näher. Auch in Teupitz zeigt der Ostgiebel vermauerte Spitzbogenfenster bzw. -blenden, unten vier und zwischen den seitlichen noch je ein flachbogiges Fenster. Im Giebel erkennt man ebenfalls drei größere, zugesetzte spitzbogige Fenster bzw. Blenden<sup>18</sup>. Die Gesamtkonzeption und die Einzelformen stehen der Moritzkirche nahe, wobei die Frage, ob wir bei dieser Fenster oder Blenden vor uns haben, kaum noch zu beantworten sein wird.

Wir neigen deshalb dazu, die Anfänge der Moritzkirche in das ausgehende 14. Jahrhundert zu setzen, d. h. den innerhalb des langgestreckten Saalbaues etwas einspringenden Chor, der möglicherweise zunächst als Kapellenraum gedient hat, bis dann Anfang oder Mitte des 15. Jahrhunderts eine Erweiterung nach Westen stattfand. Dabei wurde das Gotteshaus etwa um das Doppelte vergrößert und der ältere, östliche Teil zum Chor. So ließe sich auch die Formulierung von Schnee als „damals neu erbaute“ Moritzkirche erklären.

Vermutungen —, für die es noch keine Beweise gibt. Aber ehe nicht Grabungen auf dem Gelände der ehemaligen Moritzkirche und des Benediktinerinnen-Klosters zwischen Havel- und Klosterstraße etwas mehr Klarheit über die bauliche Beschaffenheit dieser Gebäude zutage fördern, kann über die Frühgeschichte der ehemaligen Moritzkirche zuverlässig nichts ausgesagt werden. Die Suche nach dem Kloster ist nach unserer Meinung ohnehin ein dringliches Anliegen der historischen Forschung<sup>19</sup>. Wenn man dessen Kirche einmal gefunden haben wird, dann werden die oben aufgeworfenen Fragen sehr rasch beantwortet sein.

Vorerst sind wir einzig und allein auf die urkundlichen Nachrichten angewiesen, von denen die erste, eben die Altarstiftung von 1461, mit dem Einbau des mehrfach erwähnten großen spätgotischen Fensters bzw. der Blende in der Mittelachse der Ostwand in Verbindung gebracht worden ist. Die Aufstellung eines Marienaltars, der ja hier, in einer dem Heiligen Mauritius geweihten Pfarrkirche<sup>20</sup> nicht Hochsondern nur Seitenaltar gewesen sein dürfte, muß aber nicht notwendigerweise einen Fensterausbau und die evtl. damit verbundene Gebäudeerhöhung nach sich gezogen haben. Dieses große Fenster bzw. Blende reicht 10 Schichten über das erwähnte Deutsche Band hinaus. Ob das Mauerwerk zu diesem Behufe erhöht wurde, oder ob das Fenster in bereits vorhandenes älteres Mauerwerk eingefügt worden ist, bleibt offen.

Wenden wir uns wieder den überlieferten Tatsachen zu, so erfahren wir, daß sich im Jahre 1500 die Hufner von Spandau beim Kapitel des Nonnenklosters über den säumig gehaltenen Gottesdienst beschwerten und ihre freiwilligen Abgaben bis zur Änderung dieser Zustände verweigerten<sup>21</sup>. Erst 1539 kam es hierüber zu einem Vergleich zwischen dem Rat der Stadt und dem Kapitel<sup>22</sup>.

Aus nicht bekannten Gründen erfolgte 1545/46 der Einbau eines Kornbodens<sup>23</sup>, der sich über den bisherigen Kirchenraum erstreckt haben dürfte, denn Gottesdienst wird dort weiter gehalten. Dabei wurde sehr wahrscheinlich eine Aufstockung vorgenommen, und es ist möglich, daß damals erst das große Fenster eingebaut worden ist. Der Aufstockung fiel auch der kleine Dachreiter zum Opfer, dessen Abbruch 1546 überliefert ist<sup>24</sup>. Zum Schutze des Gebäudes wurden 1547 Gitter und Fensterläden angeschafft<sup>25</sup> und wohl an den Fenstern des Untergeschosses angebracht. An welcher Stelle bei dieser Gelegenheit vier Fenster eingebrochen wurden<sup>26</sup>, läßt sich nicht ermitteln. Die seit Schulze in der Literatur anzufindende Behauptung, daß die ganze Moritzkirche in diesen Jahren zu einem Kornhaus umgewandelt worden

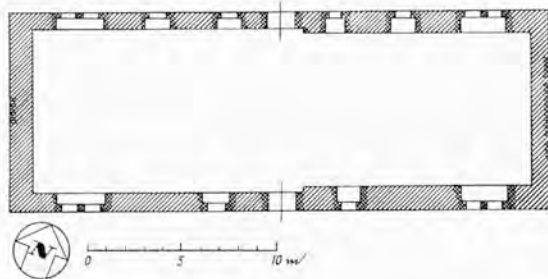
sei<sup>27</sup>, trifft nicht zu. Nach 1549 wurden dort noch Predigten gehalten<sup>28</sup>. Auch die erste Erwähnung des vor dem Gotteshaus liegenden Kirchhofes im gleichen Jahr 1547 unterstreicht diese Rolle einer in Funktion befindlichen Pfarrkirche<sup>29</sup>. Dennoch läßt sich nicht bestreiten, daß die Moritzkirche nach Einführung der Reformation immer mehr an Bedeutung verlor und wohl deshalb auch 1552 — nach Fürsprache der Kurfürstinmutter Elisabeth — auf Befehl Joachims II. eine Glocke nach Henningsdorf abgeben mußte<sup>30</sup>.

Vor allem aber wurde der Moritzkirche, die offenbar stark mit dem Nonnenkloster verbunden gewesen war, durch die Reformation die wirtschaftliche Grundlage entzogen. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts begann deshalb der Verfall, bis schließlich der Rat 1642 beschloß, anstelle der abgebrochenen Gertraudenkirche auf dem Stresow die „wüst gewordene“ Moritzkirche wieder herrichten zu lassen<sup>31</sup>, die zu dieser Zeit nur noch als Bettlerherberge diente. Er übertrug die Ausführung seinen Mitgliedern Paul Schoenfeldt, Andreas Waehle und Georg Neumeister. Die hierzu eingegangenen Spenden, an denen auch der Statthalter Graf von Schwarzenberg beteiligt war, reichten aber nicht aus, und das Vorhaben blieb in den Anfängen stecken. Außer der Bemalung der Decke „oben am (Kirchen-) Boden“ durch Pancratius Gunzel kam nichts zustande.

Der 1656 erneuerte Baubeschluß<sup>32</sup> hatte mehr Erfolg. An Spenden kamen ein: Elf Fenster (darunter eines zur rechten Hand der Kanzel, das große Rundfenster über der Kirchtür nächst dem Altar, ein Fenster der Kanzel gegenüber an der jungen Rüster sowie das dritte Fenster am Schülerchor), ferner zwei große Zinnleuchter und eine Tür mit Schloß und Hakenbändern. Der von der Gräfin Lynar gestiftete und 1604 für die Gertraudenkirche gefertigte Altar wurde nun in der Moritzkirche aufgestellt und fand auf einem vom Bauschreiber Steinhäuser gemauerten Unterbau seinen Platz. Ferner wurde für den Rat, die Prediger und den Kirchenvorstand Gestühl angebracht. Der Baumeister, der Kurfürstliche Bauschreiber Joachim Steinhäuser, in dem man wohl die treibende Kraft beim Kirchbau suchen muß, legte sich bei dieser Gelegenheit ein aus zwei übereinander angeordneten Gewölben bestehendes Erbbegräbnis hinter der Kanzel an. Am 22. September 1657, am Tage des heiligen Mauritius, einem Dienstag, wurde das wiederhergestellte Gotteshaus vom Inspektor Joachim Mauritz eingeweiht und zur Feier des Tages drei Predigten darin gehalten<sup>33</sup>.

Auch nach der Erneuerung der Moritzkirche wurde der Kornboden weiter als Magazin vermietet (erwähnt 1657, 1708, 1712)<sup>34</sup>, wodurch die oben geäußerte Vermutung bestätigt wird, daß 1546/47 kein Umbau zu einem Kornhaus stattgefunden hat. Seit 1659 durfte die in Spandau in Garnison liegende Atilerie die Moritzkirche zum Gottesdienst benutzen, ohne damit einen Rechtsanspruch zu erlangen<sup>35</sup>.

*Grundriß der Moritzkirche nach dem Umbau zur Kaserne. Trennwände und Einbauten sind weggelassen.*



Eine Öffnung der Kirche für die stark angewachsene reformierte Gemeinde, für die sich der Große Kurfürst persönlich eingesetzt haben soll, wurde vom Magistrat abgelehnt<sup>36</sup>. Die Moritzkirche erfreute sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts offenbar guten Zuspruchs. So wird 1682 berichtet, daß das ganze Jahr über, auch in der Woche, in der Moritzkirche gepredigt worden sei<sup>37</sup>.

Die 1687 erfolgte Bestattung des Leutnants Melchior Valentin von Priort in der Moritzkirche<sup>38</sup> machte Schule. Zahlreiche Offiziere der Garnison, auch Kommandanten, ließen sich, besonders im 18. Jahrhundert, in der Kirche beisetzen<sup>39</sup>. Hierzu diente vor allem das ehemalige Steinhäusersche Gewölbe, das 1731 auf Kosten der Kirche offenbar für derartige Zwecke instand gesetzt wurde<sup>40</sup>.

Die Rechnungsbücher der Moritzkirche, die stets im Verband der Nicolaikirche blieb und nie Selbständigkeit erlangte, beginnen 1692<sup>41</sup>. Die Moritzkirche hatte eigene Einnahmen aus Stiftungen in Gestalt von Äckern, durch finanzielle Zuwendungen und durch Verkauf von Grabstellen auf dem das Gotteshaus umgebenden Kirchhof.

Im Jahre 1716 mußten sich Rat und Ministerium dem Befehl des Königs beugen und auf Ersuchen des Generals Schwendy die Moritzkirche sonntags für die Garnison und für die Zuchthausgefangenen zur Verfügung stellen<sup>42</sup>. Wenn auch 1721 die letzteren in der erweiterten Zuchthauskapelle Platz genug fanden, so blieb doch das in Garnison liegende Regiment fortan sonntäglicher Mitbenutzer der Moritzkirche. Die katholischen Soldaten, für die sich 1784 der Kommandant bemühte, wurden auf die damals bereits bestehende Kirche auf dem Plan verwiesen<sup>43</sup>. Eine „starke Reparatur“ kostete die Moritzkirche 1776 über zweihundert Taler<sup>44</sup>. Die Errichtung einer Kaserne an der Südseite 1767/68 hatte das Kirchhofgelände bereits stark beschnitten. 1784 folgte an der Nordseite der Bau eines Lazaretts für das Regiment Prinz Heinrich.

Mit dem Ende der Schulzeschen Chronik um 1795 hören auch die Nachrichten über die Moritzkirche fast auf. 1806 richteten französische Truppen dort ein Schlachthaus ein. Kanzel und Stühle wurden bei dieser Gelegenheit abgebrochen. Später diente sie als Fouragemagazin, und als solche wurde die Kirche nach dem Abzug der Franzosen auch von der preußischen Militärbehörde benutzt. Zu gottesdienstlichen Zwecken hat sie bis zu ihrem Verkauf an den Militärfiskus nicht mehr gedient.

Ein Antrag der stark angewachsenen katholischen Gemeinde, die Moritzkirche käuflich zu erwerben, wurde von der Stadtverwaltung 1826 abschlägig beschieden<sup>45</sup>.

Da die Herstellung der Nicolaikirche als der Hauptkirche der lutherischen Gemeinde zu Spandau nach den Zerstörungen der napoleonischen Zeit erhebliche Mittel in Anspruch nahm, verkaufte die Stadt als Patron das im Inneren verwüstete Gebäude, dessen Fenster nur notdürftig mit Latten verschlossen waren, für 2000 Taler an den Militärfiskus<sup>46</sup>. Es hatte bis dahin schon gelegentlich als Exerzierhalle gedient und wurde nun in den an der Kinkelstraße bestehenden Kasernenkomplex einbezogen und 1837 für Mannschaften der Militärschießschule umgebaut. Dabei wurden die damals noch vorhandenen Bretter und Balken des Fußbodens und der Chöre herausgebrochen. Als Kaserne diente die ehemalige Kirche bis nach dem Ersten Weltkrieg, im August 1920 erfolgte der Abriß zugunsten der oben erwähnten Wohnungsbauten.

Über das Aussehen der Moritzkirche läßt sich durch den Mangel an zeichnerischen wie bildlichen Darstellungen kein klares Bild gewinnen. Sie erscheint grundrißmäßig zum erstenmal Mitte des 17. Jahrhunderts auf dem „plan de la ville et citadelle de Spandow“<sup>47</sup>, also etwa gleichzeitig mit der Darstellung auf Merians Stadtansicht. Sämtliche Stadtpläne des 16. und 17. Jahrhunderts geben die Moritzkirche als eine rechteckige Saalkirche wieder, die etwa seit der Mitte des 17. Jahrhunderts an der Nordseite einen rechteckigen Anbau aufweist. Dieser dürfte mit der Sakristei identisch sein, von der verschiedentlich in der Schulzeschen Chronik die Rede ist. Daß es sich um eine einfache Saalkirche handelte, ergibt sich auch aus der Baubeschreibung anläßlich der Verkaufsverhandlungen von 1836. Danach war die Moritzkirche 90 Fuß lang, 33 Fuß breit, 22 Fuß im Lichten hoch und von 3½ Fuß Mauerstärke. Das Fundament besaß 4 Fuß im Durchmesser. Die Sakristei war 29 Fuß lang, 14 Fuß breit und 8 Fuß hoch. Das heißt: an dem etwa 30 m langen und 11 m breiten Rechteckbau von 1 m Wandstärke lag im Norden die 10 m lange und 5 m breite Sakristei<sup>48</sup>.

Wo im Innenraum der Altar angeordnet war, läßt sich ebenso wenig ermitteln wie die Lage der Kanzel. Wahrscheinlich an der Westseite befand sich eine hölzerne Empore, die in der Schulzeschen Chronik als Schülerchor bezeichnet und nach der Wiederherstellung von 1656 öfters genannt wird. Die Decke in der Kirche war mit Arabesken bemalt<sup>49</sup>.

Der Kirchhof umgab ursprünglich die Moritzkirche unmittelbar und erstreckte sich im Westen bis zur Stadtmauer, im Osten bis zur Juden(heute Kinkel-)straße. Früheste Erwähnung, auch eines Totengräberhauses, im Jahre 1549<sup>50</sup>. Regelmäßige Bestattungen aber erst seit 1612, da in diesem Jahr 927 Menschen an der Pest starben und der Nicolaikirchhof nicht mehr ausreichte<sup>51</sup>. Der Moritzkirchhof wurde seitdem „Neuer Kirchhof“ genannt. Ein dort befindliches Calcanten-Haus (C. = Orgelbalgtreter) wurde 1679 ausgebessert, 1697 aber abgebrochen<sup>52</sup>.

Im Jahre 1684 gab es Klagen wegen der Überfüllung des Moritzkirchhofes<sup>53</sup>, der zu dieser Zeit seine größte Ausdehnung gehabt haben dürfte, nämlich vom Stadthof am Ende der Judenstraße bis zur Moritzgasse. Als neuer Kirchhof wurde der alte Schützenplatz vor dem Potsdamer Tor in Aussicht und seit 1684 tatsächlich dazugenommen. Trotzdem erfolgten gelegentlich noch Bestattungen, denn 1715 wurde das alte Leichenhaus abgetragen und ein neues erbaut, 1754 ein neues Gewölbe an der Mauer angefügt<sup>54</sup>.

Die Fläche des Moritzkirchhofes wurde 1767/68 durch den auf Cabinetsordre erfolgten Bau einer Kaserne an der Südseite nach dem Stadthof zu erheblich eingeschränkt. Die bei den Erdarbeiten zutage getretenen Überreste früherer Bestattungen wurden damals in ein besonderes Grab gelegt. 1779 erfolgte der Bau einer Scheune für den Leichenwagen. Durch die Errichtung des Lazarets auch an der Nordseite wurde der Kirchhof 1784 abermals verkleinert. Zu dieser Zeit fanden aber offenbar keine Bestattungen in Einzelgrabstätten mehr statt. Im Mai 1786 erbaute man, da das Gewölbe „an der Mauer“ voll war, ein neues nahe der Wasserpforte (Durchbruch der Moritzstraße durch die Stadtmauer). Diese Gewölbe lagen oberirdisch in der Mauer<sup>55</sup>.

Mit der Verwüstung der Moritzkirche 1806 dürften auch die Beerdigungen auf dem Kirchhof ihr Ende gefunden haben. Der Umbau der Kirche zur Kaserne 1836/37 brachte die Umwandlung des um das Gotteshaus gelegenen Teiles des Kirchhofes zu einem mit einem Gitter eingefriedeten Kasernenhof. Südlich des Totengräber-



hauses entstand für die benachbarte Strafanstalt ein großer Torfschuppen, der mittels einer Passage von der Judenstraße aus zu erreichen war. Lediglich an der Stadtmauer blieb zwischen der Passage und der Moritzstraße ein Stück Kirchhof erhalten, bis auch dieser Teil 1876 dem Bau der Gottfried-Kinkel-Schule zum Opfer fiel. Das vordere Stück Ecke Judenstraße/Moritzstraße war in der Zwischenzeit bereits mit Bürgerhäusern bebaut worden.

Über die Ausstattung der ehemaligen Moritzkirche enthält die Schulzesche Chronik zahlreiche Nachrichten mit Angaben über die verschiedenen Altäre, die letzte Kanzel, vorhanden gewesene Wandmalereien und Ölbilder, die Glocken, die Turmuhr und schließlich über die zahlreichen Erbbegräbnisse. Einzelheiten hierzu sollen im Inventarband Spandau mitgeteilt werden.



*Ansicht der ehem. Moritzkirche von Süden  
(Aufnahme vor dem Abbruch 1920)*

# Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Von der seit 1319 errichteten Stadtmauer hatte Elkart bereits über die Hälfte abtragen lassen, als Provinzialkonservator Blunck Einspruch erhob und die endgültige Niederlegung verhinderte.
- <sup>2</sup> Daniel Friedrich Schulze: Zur Beschreibung und Geschichte von Spandau, herausgegeben von Otto Recke, Bd. I u. II, Spandau 1913. Im folgenden zitiert: Schulze I bzw. Schulze II.
- <sup>3</sup> Albert Ludewig: Betrachtungen zu Merians Städtebildern in baugeschichtlicher Hinsicht unter besonderer Berücksichtigung des Stiches „Die Statt vnd Vestung Spandaw“. In: Monatsblätter d. Landesgeschichtl. Vereinigung f. d. Mark Brandenburg, 48. Jg., 1943, S. 17–25.
- <sup>4</sup> Albert Ludewig: Alte Nachrichten zu Rathhause. Stammte die Moritzkirche aus dem 13. Jahrhundert? In: Spandauer Volksblatt v. 19. 8. 1962.
- <sup>5</sup> Schulze II, S. 373, II S. 28; Johann Ludewig Dilschmann: Diplomatische Geschichte der Stadt und Festung Spandow, Berlin 1785, S. 30.
- <sup>6</sup> Schulze I, S. 371. Wahrscheinlich auf seine Angaben stützt sich F. W. A. Bratring: Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd. 2, Berlin 1805, S. 84. Bratring erwähnt „die Moritz-Kirche oder Kapelle, eine ehemalige Klosterkirche“, ohne nähere Angaben zu machen.
- <sup>7</sup> Die zweite, ergänzte Auflage erschien 1928 in der Bearbeitung von Friedrich Koeltze in zwei Bänden unter dem gleichen Titel. Vgl. hier I, S. 247.
- <sup>8</sup> Schulze I, S. 371; II, S. 32.
- <sup>9</sup> Spandauer Volksblatt v. 19. 8. 1962.
- <sup>10</sup> Schulze I, S. 475; II, S. 2.
- <sup>11</sup> Bezirksbildstelle Spandau Nr. 20; dort ferner Nr. 295: Westseite während des Abbruchs, Nr. 296: Südseite vor dem Abbruch u. Nr. 297: Nordseite vor dem Abbruch.
- <sup>12</sup> Beim eingangs erwähnten Abbruch der Stadtmauer durch Stadtbaurat Elkart, wurde nach dem Einspruch des Provinzialkonservators offenbar „Historizismus“ notwendig. So entstand an der Stephanbrücke als Abschluß der Mauerfragmente ein Rundtürmchen „im mittelalterlichen Stil“, wobei Steine im Klosterformat von der abgetragenen Moritzkirche Verwendung fanden. Sie weisen zum Teil Näpfchen und Rillen auf.
- <sup>13</sup> Einzige wissenschaftlich korrekte Abhandlung in: Germania Sacra, Historisch-statistische Darstellung der deutschen Bistümer, Domkapitel, Kollegiate und Pfarrkirchen, Klöster und sonstigen kirchlichen Institute. Hrgb. vom Kaiser-Wilhelm-Institut für deutsche Geschichte. 1. Abt.: Die Bistümer der Kirchenprovinz Brandenburg. Bd. 1: Das Bistum Brandenburg, bearb. v. Gustav Abb und Gottfried Wentz, Berlin–Leipzig 1929, S. 232–252: Das Benediktinerinnenkloster in Spandau. Dort auch sämtliche bis dahin erschienene Literatur.
- <sup>14</sup> Vgl. Anm. 3.
- <sup>15</sup> Schulze I, S. 373, 374; Schulze II, S. 28, 32, 57. Über die Beschwerde der Spandauer Hüfner etwa 1500 heißt es bei Schulze I, S. 373: „ihre Vor Väter und vorige Hüfener hätten gesehen, daß der Gottesdienst zu St. Moriz um Schwachheit u. Unvermögen des Capitels ganz säumig u. gar nichts gehalten würde u. deshalb aus guter Andacht u. Wohlmeinung dem Capitel gelobt, nebst andern Begabungen, von jeglicher Hufe einen Scheffel Roggen zu geben, unter der Bedingung, daß das Capitel vermittelst des Probstes verschaffen sollte, daß in gedachter Mauritius Kirche um aller Gedechniß (zum Gedenken), daß sie ehemals einmahl die Pfarr Kirche gewest war, Salz u. Wasser sollte gewahrt werden und nach derselben alten Pfarr Kirchenweise u. Gewohnheit um Hof gegangen und alle Woche zwey Messen, nemlich des Mittwochs u. Freytags gehalten werden; welches noch, wie sich viele erinnern könnten, von den vorigen Probsten des Capitels so gehalten worden . . .“
- <sup>16</sup> Handschrift in der Deutschen Staatsbibliothek Berlin. Hier zitiert nach Kuntzemüller-Koeltze I, S. 247.
- <sup>17</sup> J. A. Schmoll gen. Eisenwerth: Das Kloster Chorin und die askanische Architektur in der Mark Brandenburg 1260–1320 (= Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission Band 2). Berlin 1961, S. 85–86.
- <sup>18</sup> H. E. Kubach u. J. Seeger: Die Kunstdenkmäler des Kreises Teltow, Berlin 1941, S. 194–195, Abb. 552.
- <sup>19</sup> Es ist eigenartig, daß das reichste Kloster der Mittelmark bisher so wenig Interesse gefunden hat. Dabei besteht in Spandau auf noch unbebautem Gelände die einzigartige

- Möglichkeit, eine Grabung vorzunehmen. Vielleicht ergeben sich dann sogar Anknüpfungen an die jüngsten Ausgrabungen auf dem benachbarten Burgwall.
- <sup>20</sup> Über die Patrozinien-Frage, die im Bereich der Mark Brandenburg fast ausschließlich von katholischer Seite bearbeitet worden ist, können hier wegen der Einseitigkeit dieser Untersuchungen keine Feststellungen getroffen werden. Vgl. hierzu Karl Heinrich Schäfer: Märkische Kirchenpatrozinien und ihre kulturgeschichtliche Bedeutung. In: Wichmann-Jahrbuch, Jg. 2/3. Berlin 1931/32, S. 117–124.
  - <sup>21</sup> Schulze I, S. 371, 373, 374; Schulze II, S. 32.
  - <sup>22</sup> Ders. I, S. 374.
  - <sup>23</sup> Ders. II, S. 58: „Die Stresower halben Balken in der Moriz Kirche aufbringen zum Kornboden.“
  - <sup>24</sup> Ders. I, S. 374; II, S. 59.
  - <sup>25</sup> Ders. II, S. 60.
  - <sup>26</sup> Ders., S. 61.
  - <sup>27</sup> Ders. II, S. 59.
  - <sup>28</sup> Ders. I, S. 374; II, S. 62.
  - <sup>29</sup> Ders. II, S. 62.
  - <sup>30</sup> Ders. I, S. 371; II, S. 65.
  - <sup>31</sup> Ders. I, S. 374; II, S. 198.
  - <sup>32</sup> Ders. I, S. 374–375; II, S. 209–210.
  - <sup>33</sup> Ders. I, S. 374.
  - <sup>34</sup> Ders. S. 376; II, S. 211, 305, 314.
  - <sup>35</sup> Ders. I, S. 375; II, S. 214.
  - <sup>36</sup> Archiv der Nicolaikirche Spandau, K 17 b Bl. 3.
  - <sup>37</sup> Schulze I, S. 375.
  - <sup>38</sup> Ders. II, S. 271.
  - <sup>39</sup> Ders. S. 361, 380, 388, 394 f., 401, 406, 411, 418.
  - <sup>40</sup> Ders. I, S. 376; II, S. 352.
  - <sup>41</sup> Ders. I, S. 376.
  - <sup>42</sup> Ders. S. 376; II, S. 320.
  - <sup>43</sup> Ders. S. 376; II, S. 442–443.
  - <sup>44</sup> Ders. I, S. 376.
  - <sup>45</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 7, Spandau neu, Abt. C Tit 2 Nr. 15, Bd. 731, Bl. 13, 14.
  - <sup>46</sup> A. Krüger: Chronik der Stadt und Festung Spandau, Spandau 1867, S. 407.
  - <sup>47</sup> Plan de la ville et citadelle de Spandow, ca. 1650, Deutsche Staatsbibliothek Berlin X 33 857.
  - <sup>48</sup> Akten des Bezirksamts Spandau (Grundstücksamt).
  - <sup>49</sup> Schulze I, S. 372.
  - <sup>50</sup> Ders. II, S. 62.
  - <sup>51</sup> Ders., S. 142–143.
  - <sup>52</sup> Ders., S. 252.
  - <sup>53</sup> Ders., S. 265.
  - <sup>54</sup> Ders., S. 370, 394 f.
  - <sup>55</sup> Ders., S. 446, 449–450.

Ekhart Berckenhagen:

## Bildnisse der Gräfin Lichtenau

Über Leben und Schicksale der königlich preußischen Mätresse Diderica Friederica Wilhelmina Bernhardina Encke, welche mit Wirkung vom 28. April 1794 zur Gräfin Lichtenau erhoben wurde, berichten zahlreiche Schriften, die eigene Apologie<sup>1</sup> als weitgehend zuverlässige Quelle, Briefe der Zeitgenossen und mehr oder minder ernsthafte Darstellungen der Nachwelt<sup>2</sup>. Mancherlei findet sich darin über Wilhelminas Aussehen, ihre reizvolle Gestalt und das sinnlich schön geprägte Antlitz. Seinen besonderen Zauber bildeten ausdrucksvolle blaue Augen. „Nie, nie wird ein Maler die(se) entzückenden Augen wiedergeben können“, rühmte 1796, und wohl ohne Übertreibung, einer ihrer eifrigsten Bewunderer, der Chevalier de Saxe.

Wilhelmine, am 19. Dezember 1753 als Tochter des Musikers Elias Encke zu Dessau geboren, wuchs in Berlin auf, wo sie öfter bei ihrer Schwester weilte. Dort lernte Preußens damaliger Kronprinz die etwa Dreizehnjährige kennen und bemühte sich alsbald sehr ernsthaft um eine vielseitige Ausbildung seines Schützlings. Zugleich gewann Friedrich Wilhelm in ihr aber auch eine Geliebte von bestrickendem Charme. Dieser mit einem förmlichen Treuegelöbnis 1770 besiegelten und bis zur Mitte der 1780er Jahre fast ungetrübt anhaltenden gegenseitigen Zuneigung entsprossen fünf Kinder, unter denen jener am 4. 1. 1778 geborene Alexander



1. Gräfin Lichtenau von Anna  
Dorothea Therbusch, 1774

Graf von der Mark besondere Popularität erlangte; denn für den früh, 1787, Verstorbenen schuf Gottfried Schadow 1790 eines der hervorragendsten Grabmäler Berlins<sup>3</sup>.

Einige Jahre nach der Geburt der Gräfin Marianne von der Mark (29. 2. 1780) wandelte sich das intime Verhältnis zwischen Friedrich Wilhelm und Wilhelmine Encke insofern, als fortan freundschaftliche Bande stärker in den Vordergrund traten. Diese überdauerten nicht nur eine 1782 geschlossene Scheinehe Wilhelmines mit dem Geheimkammerer Johann Friedrich Ritz (1755–1809), sondern auch alle späteren ernsteren Liebesbeziehungen Friedrich Wilhelms II., des nunmehrigen Königs von Preußen, zu Julie Gräfin von Ingenheim, geborene von Voß, 1786–89, und zu Sophie Juliane Friderike Gräfin von Dönhoff 1790–93. Deswegen konnte Wilhelmine, gewiß mit einem Hauch von Wehmut, aber auch mit Stolz, in ihrer Apologie bekennen: „blos die geistige Liebe und das Vertrauen der Freundschaft blieb übrig“ – beides jedoch in einer Leidenschaft, die uns zu echter Bewunderung dieser letztlich charakterfesten Frau nötigt.

Ihr Bildnis haben Maler und Bildhauer immer aufs neue in Farbe und Form gebändigt. So tritt sie uns, geprägt vom Stil ihrer Zeit, als zartes Mädchen oder hinreißende Geliebte, als wissend verstehende Frau oder weltgewandt elegante Dame entgegen. Ihr wahrscheinlich frühestes gemaltes Porträt schuf Anna Dorothea Therbusch (Abb. 1).

Diese geborene Lisiewska (1721–1782), Tochter eines biedereren Berliner Bildnis-malers und Schwester der nachmaligen Braunschweigischen Hofmalerin Anna Rosina de Gasc, geb. Lisiewska (1713–1784), wie des Mecklenburgischen Hofmalers Christian Friedrich Reinhold Lisiewski (1725–1794), begann ihre Studien vor den Bildern Antoine Pesnes<sup>4</sup>. Jahre über wirkte sie danach an den Höfen zu Stuttgart und Mannheim. In Paris erreichte sie 1767 sogar ihre Aufnahme in die dortige berühmte Akademie und erfüllte, 1769 nach Berlin heimgekehrt, Aufträge für Friedrich den Großen, den preußischen Adel und für Berlins aufstrebendes Bürgertum. Unter den einhundertdreißig heute bekannten Werken der Therbusch<sup>5</sup> sind vor allem Bildnisse Jakob Philipp Hackerts, der Henriette Herz, Friedrich Nicolais, des Prinzen Heinrich, Zietens und Friedrich Wilhelms II. bemerkenswert. Alle spiegeln sie mit der Raffinesse süßer Farbigkeit und brillierender Technik, in sinnenfroher Verspieltheit und schwermutgeladenem Ernst den unvergleichlichen, schwerelosen Reiz des langsam verwehenden Rokoko wider.

Wilhelmine Enckes 1774 (nicht 1776!) datiertes (jetzt im Neuen Palais zu Potsdam hängendes, 142 × 105 cm messendes) Bildnis – es zählt zu den besten der Therbusch – erweist sich nicht nur im Kolorit, dem differenzierten Rot des Kleides beispielsweise, als Meisterwerk, sondern auch in der Charakterisierung der Persönlichkeit und ihrer Stimmung. Eine durchaus elegante, à la mode gekleidete Dame, jung, reizvoll, mit Jagdglück, worauf die Flinte am linken Bildrand und die unten links liegende Beute anspielen, in Liebesdingen erfahren, allegorisch angemerkt mit den sich schnäbelnden Tauben, wartet scheinbar gelassen und dennoch voller Spannung, ihre Augen bezeichnen es wie die Diagonale des geschmeidigen Körpers, erwartet in romantischer Waldeseinsamkeit, oder besser, in Rousseaus „Natur“ niedergelassen, den Menschen, der ihr treu ist wie sie für ihn unablässige Treue empfindet. Was sonst hätte das Sinnbild der Treue, der Hund, noch dazu das königliche Windspiel, das sie anblickt, zu bedeuten?





2. *Joh. Christoph Wohler d. Ä., um 1775*



3. *Joh. Christoph Wohler d. Ä., 1793*

Wie äußert sich dazu Wilhelmine in ihrer Apologie? Er, Friedrich Wilhelm, gab „mir die heiligste Versicherung, daß er mich nie verlassen werde... Die Worte, die ich mit meinem Blute niederschrieb, waren die Erwiderung seiner eigenen, nämlich, daß ich ebenfalls bis zu seinem Tode seine unveränderliche Freundin bleiben und ihn nie verlassen wolle“. Dieses Versprechen haben beide gehalten.

Wahrscheinlich zur gleichen Zeit als Anna Dorothea Therbusch Wilhelmine porträtierte, dürfte Johann Christoph Wohler d. Ä. (1748–1799), bekannt durch Bildhauerarbeiten am Neuen Palais in Potsdam, die Marmorbüste der etwa zweiundzwanzigjährigen Geliebten des Prinzen von Preußen geschaffen haben (Abb. 2)<sup>6</sup>. Früher im Schloß Monbijou beziehungsweise im Marmorpalais zu Potsdam bewahrt, scheint das ansprechende Bildwerk jetzt verloren zu sein.

In ihm paaren sich liebliche Anmut mit lebendiger Zielstrebigkeit, die besonders im Profil deutlich hervortritt. Haarsträhnen und Falten des Kopftuches weisen beinahe parallel gezogen in eine Richtung. Härten sind dabei vermieden.

Weniger geschlossen im Gesamtkontur und unruhiger, aber von der ersten Büste sicherlich abhängig, erschließt sich uns eine zweite, mit Rundsockel 36,6 cm messende, die sich ehemals in Breslauer Privatbesitz befand<sup>7</sup>. Hinzu kommt noch eine dritte, 40 cm hohe, die das Städtische Museum in Potsdam besaß (Abb. 3)<sup>8</sup>. Dieses Rundbild aus Marmor trägt die Signatur „Wohler seni(or) fec(it) Potsdam 1793“<sup>9</sup>. Damit steht es, zeitlich gesehen, dem lebensgroßen 1794 von Gottfried Schadow gemeißelten Brustbild in der Nationalgalerie Berlin nahe. Schon von Mackowsky und Haase-Faulenorth<sup>9</sup> als Porträt der Gräfin Lichtenau angezweifelt, ergibt sich nun aus dem Vergleich beider Büsten, daß die der Nationalgalerie wegen völlig anders geformter Mund- und Nasenpartien als Lichtenau-Bildnis ausscheiden muß.

Unter den weiterhin zu betrachtenden, gemalten Darstellungen Wilhelmines gehört das von Haase-Faulenorth reproduzierte Ölgemälde<sup>10</sup>, ein Brustbild im Profil nach links, der Zeit um 1780 an. Als Maler des verschollenen Stückes kann man mit einiger Berechtigung Johann Christoph Frisch (1738–1815), den nachmaligen Direktor der Berliner Akademie der Künste, nennen. Seiner Hand entstammen nicht nur zahlreiche beachtliche Deckenbilder in den königlichen Schlössern zu Berlin, Potsdam und auf der Pfaueninsel wie mythologische und historische Staffeleibilder, sondern auch verschiedene, keineswegs qualitätslose Bildnisse, so von Friedrich Wilhelm II., von Daniel Chodowiecki und der Porzellanmalergattin Clauce, von Lessing, Kant, Moses Mendelssohn und anderen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Berlin. Einzelne daran feststellbare Kompositionselemente und malerische Details in der Behandlung von Gesichtszügen, Locken, Falten und Stoffbahnen kehren entsprechend im verlorenen Bild Wilhelmines wieder.



4. Miniatur von Isaac Jacques Clauce oder Charles Townley, um 1780



5. Miniatur von Jean-Baptiste-  
François Carteaux, 1787

Etwa gleichzeitig, gegen 1780, ist auch die Bildnisminiatur der Encke anzusetzen, die zum Bestand des Märkischen Museums in Berlin zählte und gewisse Ähnlichkeiten mit den gesicherten Bildnissen aufweist (Abb. 4). Carl Atzenbeck<sup>11</sup> veröffentlichte dazu noch eine zweite Fassung dieses ovalen Medaillons. Unterschiede zeigen sich lediglich in den Frisuren, von denen unsere hochtoupirt, während die andere, bei entsprechendem Lockenfall, niedriger gehalten ist. Vermutlich gehen beide auf Isaac Jacques Claude (1728—nach 1798), den Porzellan- und Miniaturmaler der Berliner Porzellanmanufaktur, zurück, möglicherweise aber auch auf Charles Townley, welcher von 1776 bis 1790 in Berlin als Hofkupferstecher und Miniaturmaler wirkte.

Einen festeren Ausgangspunkt gewinnen wir dagegen mit dem kleinen, 6,3 cm im Durchmesser betragenden Doppelbildnis von Wilhelmine und ihrem etwa zweijährigen Sohn (Abb. 5). Diese entzückende, gewiß dem Zeitstil angepaßte, auf Elfenbein gemalte Aquarellminiatur ist zwar signiert<sup>12</sup> und datiert „Carteaux P. D. R. (Peintre Du Roi) 1787“, also 1787 vollendet, jedoch begonnen oder im Entwurf konzipiert wohl schon um 1781, als Jean-Baptiste-François Carteaux (1751—1813), ein französischer Offizier und Hofmaler, auch ein Miniaturmaler, schuldenhalber Frankreich verließ und über Berlin, wo er ein Bildnis Friedrichs des Großen verfertigte, nach Rußland weiterreiste. Im Verlauf seiner Rückfahrt nach Paris, 1786/87, wird Carteaux erneut in Berlin gewesen sein und dabei jenes Bildchen abgeliefert (und wahrscheinlich erst signiert) haben. Jetzt befindet es sich im Schloßchen auf der Pfaueninsel, dessen Ruinencharakter und ganze Gestalt maßgeblich auf Intentionen der Gräfin Lichtenau zurückgehen.

In jenem Jahr 1787 starb am 1. August Wilhelmines Sohn Alexander. Daß die trauernde Mutter danach dunkle, hoch geschlossene Kleidung anlegte, darf vorausgesetzt werden. Nun existiert in süddeutschem Privatbesitz ein Damenbildnis, das, unzweifelhaft von Anton Graff (1736—1813) gemalt, aus stilistischen



6. Anton Graff, 1787

Gründen in den Zeitraum 1787/88 gehört (Abb. 6). Im Februar 1788 aber reiste Graff, damals des deutschen Sprachgebiets bedeutendster Porträtist, von Berlin nach Dresden, seiner jahrzehntelangen Wirkungsstätte, zurück.

Wir kennen seine einprägsamen Bildnisse von den Vertretern des geistigen Deutschland, von Lessing, Schiller, Herder, Rabener, Ramler, Sulzer, Gellert bis zu Nicolai und Mendelssohn. Weniger bekannt sind dagegen alle jene Porträts, welche die Gesichter und Gestalten des preußischen Hofes wiedergeben: Friedrich den Großen, den Prinzen Heinrich, Friedrich Wilhelm II., dessen zweite Gemahlin Friederike Luise, seine Tochter aus erster Ehe Friederike (die nachmalige Herzogin von York) und auch seine Geliebte, die Gräfin Ingenheim. Diese drei Friedrich Wilhelm II. nahestehenden Frauen und den König selbst malte Graff nachweislich 1787/88 in Berlin<sup>13</sup>. Es liegt daher nahe, daß er gleichfalls die Mutter des soeben verstorbenen königlichen Sohnes, Wilhelmine Encke, porträtiert hat.

Auf dem zur Diskussion stehenden, 73 × 56 cm großen Bildnis Graffs erscheint in schwarzem Kleid eine etwa fünfunddreißigjährige blauäugige Dame, deren liebreizend verhaltene Gesichtszüge frappant mit denen des Lichtenau-Porträts von



7. *Angelica Kauffmann, 1796*



Angelica Kauffmann (1741–1807) (Abb. 7) übereinstimmen: derselbe Schnitt der Augen und Brauen, hier wie dort das gleiche stärker geöffnete linke Auge, derselbe leicht schwellende Mund, die gleiche runde Weichheit in Kinn und Wangen. Selbst die kaum abstreitbare Ähnlichkeit der Nasen (deren Schwinkel leider etwas differiert) erlaubt es, in dem Graffschen Bild der bisher Unbekannten Wilhelmine zu sehen.

Am 13. Mai 1795 brach sie nach Italien auf und machte im Verlauf dieser Bade- und Bildungsreise die Bekanntschaft vieler bedeutender Persönlichkeiten. Darunter befanden sich Lavater wie Jakob Philipp Hackert, dessen Malerleben Goethe beschrieb, Lady Emma Hamilton (um 1765–1815, Gattin des englischen Gesandten in Neapel und spätere Geliebte Nelsons), Angelica Kauffmann und Aloys Hirt. Dieser nachmals in Berlin wirkende Archäologe und glühende Verehrer Wilhelmines schrieb ihr am 19. April 1796, sicherlich darin auf vorangegangene Gespräche Bezug nehmend, „Und dies Bildnis! möchte es doch werden, wie ich es in meiner Phantasie vor mir sehe! Doch hierfür wird schon die vortreffliche Angelika sorgen. Nur eins bäte ich dabei: erstlich ganze Figur, zweitens ganz einfach weiß gekleidet, drittens bloße Arme, viertens einfach sitzend in einsamer Landschaft, wo etwa im Mittel- oder Hintergrunde eine merkwürdige Ruine von Rom erscheint“.

Zwar nicht sitzend, sondern an ein antikes Postament stehend gelehnt hat Angelica Kauffmann die Vertraute des Königs von Preußen gemalt<sup>14</sup>. Ein (am 16. 4. 1796 begonnenes) Frauenbild von nobler Größe entstand damit — dem Besten zur Seite zu stellen, was damals europäische Malerateliers verließ. Um so rührender wirken die Zeilen, welche Angelica Kauffmann ihrer Auftraggeberin



8. Johann Gottlieb Puhlmann, um 1795



9. Heinrich Sintzenich, um 1800



10. Eduard Peter Ströbling, 1801



11. Lichtenau-Büste eines unbekannten Künstlers

am 24. September 1796 aus Rom schrieb: „Gnädigste Frau Gräfin! Ich erühne mich mit diesen wenigen Zeilen vor Ihnen zu erscheinen, um selben zu danken für die mir erwiesenen Gnaden. Das Porträt wie auch das historische Gemälde ist von hier schon seit einigen Tagen wohl konditioniert abgegangen und will hoffen, daß diese zwei Bilder ohnegeschädigt zu Ihnen kommen und daß mein angewandeter Fleiß in dieser meiner Arbeit Dero gnädigsten Beifall verdienen möge.“

Im Besitz der Nachfahren der Gräfin Lichtenau befand sich ein inzwischen verscholtenes, angeblich in Pastellfarben gemaltes Bildnis (Abb. 8), das nicht — wie von Haase-Faulenorth angenommen<sup>15</sup> — von Angelica Kauffmanns Porträt abhängt, sondern höchstwahrscheinlich eine gleichzeitige, selbständige Arbeit des seit 1787 in Potsdam nachweisbaren königlichen Galerie-Inspektors und ab 1789 auch als Lehrer der „praktischen Mahlerey“ an der Berliner Akademie der Künste tätigen Johann Gottlieb Puhlmann (1751–1826) darstellt. Denn wenn man sein im Märkischen Museum zu Berlin hängendes Selbstbildnis<sup>16</sup> und das gleichfalls von Puhlmann signierte Knabenbild des Canonicus Friedrich Wilhelm Ritz (1785 bis 1837)<sup>17</sup> mit dem Lichtenau-Porträt zusammenbringt, ergeben sich dieselben stilistisch übereinstimmenden Merkmale: eine etwas rustikale Stämmigkeit der Figuren, plastisch hart betonte Körper- und Gewandteile wie die klassizistische Strenge in Beiwerk und gemaltem Raum.

Nicht mehr zu Lebzeiten Friedrich Wilhelms II. und damit nach dem am 16. November 1797 erfolgten jähen Sturz seiner Favoritin wird der Stich mit ihrem Profilbildnis von Heinrich Sintzenich (1752–1812) gefertigt worden sein (Abb. 9). Die verhärmten Gesichtszüge der Dargestellten entsprechen bereits weitgehend denen auf der „Ströly fecit“ signierten, ehemals in Breslauer Privatbesitz befindlichen Miniatur (Abb. 10). Da Eduard Peter Ströhling (1768– nach 1826) mit Porträtaufträgen von 1796 bis 1801 in Petersburg beschäftigt war und wahrscheinlich auf dem Weg über Breslau erst gegen 1802 in Berlin eintraf, wo er hochgestellte Berliner Persönlichkeiten porträtierte, wird das ovale, beinahe karikaturhaft anmutende, bemalte Elfenbeintäfelchen mit der Lichtenau als Reisigholz-sammlerin um 1801 in Breslau entstanden sein. Aus ähnlich karikierender Absicht leitet sich wohl auch jene kleine, 1950 erworbene, jetzt im Schloßchen auf der Pfaueninsel bewahrte sogenannte Lichtenau-Büste her (Abb. 11). Wenn es die — altgewordene — Gräfin wirklich ist!

Wir betrachteten damit eine interessante Reihe von Bildnissen<sup>18</sup> dieser immerhin für Berlin, auch wegen der dort von ihr bewohnten Häuser und Palais<sup>19</sup>, bedeutsamen Frau. In demselben Berlin verstarb sie am 9. Juni 1820.

✱

Ernst Lemberger<sup>20</sup> veröffentlichte 1909 eine aus Privatbesitz (jetzt in Timmen-dorfer Strand) stammende und „peint par Isaac Jaques Claude 1793“ bezeichnete, ovale Bildnisminiatur (Abb. 12), die er als Porträt der Gräfin Lichtenau ansah. Vergleicht man jedoch deren Gesichtszüge mit dem von Johann Friedrich Bolt gezeichneten und 1796 von ihm gestochenen Brustbild der bekannten Schauspielerin Rahel Henriette Baranius, geborene Husen (1768–1853)<sup>21</sup>, die damals kurzfristig sogar Geliebte Friedrich Wilhelms II. gewesen sein soll, so erweist sich allein aus den Übereinstimmungen Lembergers falsche Bestimmung. Zieht



12. Fälschlich als Lichtenaubildnis bezeichnete Miniatur von Isaac Jacques Clauce 1793



13. Rahel Henriette Baranius, Pastell von Joh. Friedr. Aug. Darbes, 1793

man dazu noch das 1793 von Joseph Friedrich August Darbes geschaffene, im Märkischen Museum befindliche Pastell-Porträt der Baranius heran (Abb. 13), erledigen sich letzte Zweifel von selbst. Nicht Wilhelmine Gräfin von Lichtenau, vielmehr Rahel Henriette Baranius haben wir vor uns, dieselbe, welche am 5. Februar 1799 in zweiter Ehe den Geheimkämmerer Johann Friedrich Ritz heiratete. Ritz hatte aber vormals schon in näherer Beziehung zu Wilhelmine Encke gestanden.

# Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Apologie der Gräfin Lichtenau gegen die Beschuldigungen mehrerer Schriftsteller, Leipzig-Gera 1808.
- <sup>2</sup> Eduard Vehse: Preußische Hofgeschichten, neu hrsg. v. Heinrich Conrad, München 1913, Bd. 4, S. 16 ff. – Carl Atzenbeck: Die deutsche Pompadour. Leben und Briefe der Gräfin von Lichtenau, Leipzig 1925. – Bertold Adolf Haase-Faulenorth: Gräfin Lichtenau, Berlin 1934 (mit Lichtenau-Bibliographie). – Hans Branig: Aus den späteren Lebensjahren der Gräfin von Lichtenau. In: Jb. f. brandenburgische Landesgeschichte, 6., 1955, S. 19 ff. mit 2 Abb.
- <sup>3</sup> Hans Mackowsky: Die Bildwerke Gottfried Schadows, Berlin 1951, Kat.-Nr. 17.
- <sup>4</sup> Ekhart Berckenhagen, Pierre du Colombier, Margarete Kühn und Georg Poensgen: Antoine Pesne, Deutscher Verein für Kunstwissenschaft, Berlin 1958, S. 89 f.
- <sup>5</sup> Ekhart Berckenhagen: Die Malerei in Berlin vom 13. bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert; in Vorbereitung (u. a. mit Oeuvre-Katalog der Anna Dorothea Thierbusch).
- <sup>6</sup> Vorderansicht bei Haase-Faulenorth, Büste I, Abb. nach S. 40.
- <sup>7</sup> Vorderansicht bei Haase-Faulenorth, Büste II, Abb. nach S. 40.
- <sup>8</sup> Keine „Erstveröffentlichung“ von Haase-Faulenorth (und ohne Angabe der Signatur, Büste II, Abb. nach S. 40), sondern vorher schon reproduziert von Hans Ostwald: Das galante Berlin, Berlin (um 1925), Abb. S. 61.
- <sup>9</sup> Mackowsky, Kat.-Nr. 39 – Haase-Faulenorth, Abb. vor S. 41.
- <sup>10</sup> Dem Titel gegenüber, ohne Angabe des Malers und leider auch ohne Besitzvermerk.
- <sup>11</sup> Auf der Tafel nach S. 16, bedauerlicherweise ohne Besitznachweis.
- <sup>12</sup> Was Hans Branig, S. 21, nicht vermerkte. Auch Max Osborn veröffentlichte die Miniatur ohne Künstlernamen in Velhagen u. Klasings Monatsheften Dez. 1921, Farb-Abb. S. 407.
- <sup>13</sup> Ekhart Berckenhagen: Anton Graff, mit kritischem Oeuvre-Katalog, Deutscher Verein für Kunstwissenschaft Berlin, in Vorbereitung.
- <sup>14</sup> Das in mitteldeutschem öffentlichem Besitz erhaltene, aus dem Schloß zu Stolberg stammende Original wurde bereits mehrfach aufgeführt, u. a. von Lady Victoria Manners und G. C. Williamson: Angelica Kauffmann, London 1924, S. 168 f; zuletzt sogar reproduziert von Hans Branig, Tafel I.
- <sup>15</sup> vermerkt unter der Abb. vor S. 201. Ob und wo der letzte Besitzer des Bildes, Herr von Ritz auf Lichtenow bei Friedeberg in der Neumark, noch lebt, war nicht zu ermitteln.
- <sup>16</sup> Neue Erwerbungen des Märkischen Museums, Heft 6, Berlin 1932, Abb. 19.
- <sup>17</sup> Haase-Faulenorth, Abb. vor S. 97.
- <sup>18</sup> Der Vollständigkeit halber sei hier noch das von Johann Carl Dornheim im Jahre 1800 gestochene Bildnis der Gräfin Lichtenau erwähnt sowie jenes von Haase-Faulenorth, Abb. nach S. 152, publizierte Lichtenau-Porträt auf einer Porzellanvase.
- <sup>19</sup> Zu ihrem Landhaus in Charlottenburg vgl.: Inventar der Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin, Stadt und Bezirk Charlottenburg, bearbeitet von Irmgard Wirth, Berlin 1961, S. 356 ff., Abb. 436 ff. – Zum Niederländischen Palais, Unter den Linden 36, vgl.: Herbert A. Frenzel: Brandenburg-Preußische Schloßtheater, Berlin 1959, S. 145 ff. „Das Theater der Gräfin Lichtenau“.
- <sup>20</sup> Die Bildnis-Miniatur in Deutschland, München (1909), Tafel 56, Nr. 228. – Eine zweite, sich geringfügig unterscheidende, nur qualitativ bessere Fassung ist abgebildet in Hans Ostwald: Das galante Berlin, Berlin o. J. (1925), Abb. S. 68.
- <sup>21</sup> Mitt. d. Ver. f. d. Gesch. Berlins, 20., 1903, Abb. S. 40. – Gerhard Wahnrau: Berlin, Stadt der Theater, I, Berlin 1957, Abb. S. 175.



## Die ältere Geschichte der Stadt Dahme bis zum Dreißigjährigen Krieg

Ursprünglich war Dahme ein sorbisches Fischerdorf, aus dem sich im Anfang des 11. Jahrhunderts ein Burgflecken und schließlich 1265 eine Stadt entwickelt hat. Sie gehörte zur Niederlausitz und wurde erst 1815 Bestandteil der Mark Brandenburg. Bis zu dieser Zeit hat das Städtchen seine Besitzer oftmals gewechselt und dieses Schicksal mit vielen anderen Städten, besonders im 15. und 16. Jahrhundert, geteilt. Vielfach waren es die geistlichen Fürsten, die recht eigensüchtig mit Land und Leuten umgingen und sie wie nutzbares Eigentum behandelten. Sie versetzten es je nach Bedarf oftmals zum großen Nachteil der verpfändeten Orte und gestatteten sich tiefe Eingriffe in die inneren Verhältnisse der einmal erworbenen Länder oder Städte. Schicksale dieser Art hat Dahme in reichem Maße erlebt.

Die ältesten urkundlichen Nachrichten weisen die Burg Dahme als Sitz eines Geschlechtes aus, für das das Flößchen Dahme namensgebend geworden ist. Die Schreibart ist wechselnd: Tham, Damen, Damna, lateinisch Dama oder Damae. Schon im 12. Jahrhundert dürfte die Familie unter diesem Namen bestanden haben urkundlich läßt es sich freilich nicht beweisen. Ob die Herren von der Dahme als Dynasten wie etwa die Gänse von Putlitz in der Prignitz oder die Plotho in der Altmark zu gelten haben, erscheint fraglich, keineswegs teile ich aber die Auffassung W. Reinholds<sup>1</sup>, daß sie nur „milites“ gewesen seien. Geboten sie doch außer der Burg und Stadt über 19 Dörfer, d. h. über ein Areal von 30 km in der Länge und 20 km in der Breite.

Obgleich die Herren von der Dahme in ihrer Herrschaft unabhängig walteten, suchten sie wohl in jenen fehdereichen Zeiten Anschluß an größere Fürsten, wie es scheint, an die brandenburgischen Markgrafen. Darauf könnte die Tatsache hindeuten, daß in einer Urkunde von 1300, in der Markgraf Otto IV. mit dem Pfeile den Brüdern v. Strele ihre Güter zurückgibt, Henricus de Dame als zweiter unter den Zeugen auftritt<sup>2</sup>. Aus einer Urkunde, dat. Dahme 12. Juli 1265, geht ferner eindeutig hervor, daß Dahme als Stadt mit Markt und Zollrechten existiert hat und die Herren von der Dahme lehnsunabhängig waren. Richard der Ältere und sein Sohn Richard der Jüngere, equites in Damis, erklärten nämlich, sie hätten vernommen, ihre Untertanen würden durch die Erhebung des Zolles in der Stadt Dahme und den dazu gehörigen Dörfern sehr beschwert. „Divino pulsati instinctu“ (aus göttlicher Eingebung) hätten sie darum beschlossen, ihre Untertanen in der Stadt und den dazu gehörigen Dörfern von diesem Zolle gänzlich und für immer zu befreien. Diese freundlichen Herren dehnten die Vergünstigung auch auf die Einwohner des Dorfes Kemenitz, das zum Kloster Dobrilugk gehörte, aus. Auch sie durften ihre Waren zollfrei in Dahme verkaufen<sup>3</sup>.

Im Jahre 1300 wird allerdings eine Lehnsabhängigkeit des Hans von der Dahme vom Markgrafen Dietrich von Meißen berichtet. Er erhielt nämlich das Dorf Villikau (vermutlich Wildau) zu Lehen<sup>4</sup>. Im nächsten Jahre wurde in Dahme ein Vertrag geschlossen<sup>5</sup>, demzufolge ein Landgraf Tiezman (Ticemannus) als damaliger Besitzer der Niederlausitz<sup>6</sup> diese Provinz an den Erzbischof von Magde-

burg verkaufte. In diesem Vertrag wird also Dahme ausdrücklich zur Lausitz gerechnet. Es ist aber zu berücksichtigen, daß aus dem Vertrag nicht geschlossen werden darf, daß die Lehnshoheit des Erzbistums sich auf diesen Kauf gründet; denn geraume Zeit später haben der Erzbischof und das Domkapitel zu Magdeburg urkundlich bezeugt, daß dieser Kauf nie zu einem wirklichen Abschluß gelangt ist. Er konnte mithin keine Rechte begründen. Laut Urkunde vom Dienstag nach Laetare 1361 schenkte Friedhelm, Herr zu Dahme, dem Nonnenkloster zu Jüterbog zwei Hufen Land: „unum mansum situm foris civitatem, alium situm in campis Damiytz“. Die Schenkung erfolgte zu immerwährendem Eigentum, doch mit dem Vorbehalt der Zustimmung des Erzbischofs von Magdeburg. Als Zeugen der Urkunde: nobilis Tymo patruus noster, dominus in Koldytz, d. tms capellanus noster, Johannes Hentzeslebe, noster advocatus, et quamplures alii fide digni. Die Urkunde<sup>7</sup> ist die erste, in der die Lehnabhängigkeit der Herrschaft Dahme vom Erzbistum Magdeburg erwähnt wird. Denn diese muß man notwendig voraussetzen, wenn der Herr von der Dahme das Kloster anweist, die ihm geschenkten Güter, die vordem sein Besitz gewesen waren, sich von dem Erzbischof von Magdeburg als solchem bestätigen zu lassen. Jüterbog und Luckenwalde waren bereits vom Erzbischof Wichmann (1154–1192) — der genaue Zeitpunkt ist nicht festzustellen — in Besitz genommen worden<sup>8</sup>. Seit wann die Lehnabhängigkeit der Herren von der Dahme bestanden hat, ist unbekannt. Vermutlich hielten sie es nach dem Aussterben des askanischen Hauses, 1319, für geraten, sich unter den Schutz der Erzdiözese zu stellen. Daß ihre Machtstellung durch diese Maßnahme nicht sonderlich beeinträchtigt wurde, beweist die Tatsache, daß der Erzbischof Peter, als er mit den Rittern Friedrich und Gerhard v. Wederden in Fehde lag, Heinrich von der Dahme bat, die Rolle des Friedensstifters zu übernehmen. Der Vertrag wurde am Mittwoch in den Ostertagen 1376 auf dem Pfarrhofe zu Haldensleben abgeschlossen<sup>9</sup>. Heinrich von der Dahme besaß noch einen Bruder Richard. Dieser starb vor Heinrich, hinterließ aber einen Sohn Hans, während Heinrich keine männlichen Erben besaß. Deshalb verkaufte Heinrich mit Einverständnis seines Neffen Hans die ganze Herrschaft Dahme, d. h. Schloß und Stadt nebst 19 Dörfern<sup>10</sup> und anderen Gütern, an den Erzbischof Albrecht zu Magdeburg am Palmsonntag 1388 für 8000 Schock böhm. Groschen und 1000 Schock Kreuzgroschen. Ein Schock Kreuzgroschen galt nach der in der Verkaufsurkunde enthaltenen Bestimmung soviel wie ein Schock und vier böhmische Groschen. Da der Erzbischof von dieser Kaufsumme nur 1000 Schock Kreuzgroschen und 2000 Schock böhmischer Groschen sogleich zu zahlen in der Lage war, verpfändete er den Verkäufern für die übrigen 6000 Schock das Schloß Calbe a. d. Saale mit den dazugehörigen Einkünften. Daran war noch die Bedingung geknüpft, daß innerhalb der nächsten drei Jahre die Restsumme nicht angemahnt werden dürfe, und nach Ablauf dieser Frist auch noch eine Kündigungsfrist von einem Jahr innegehalten werden müsse. Sollte innerhalb dieser Sperrfrist ein Krieg ausbrechen, hätten die Herren von der Dahme dem Erzbischof das Schloß einzuräumen.

Damals schienen die Tage der Herrschaft der Dahmes gezählt, es kam jedoch anders. Der Verkauf wurde aus Gründen, die nicht klar zu erkennen sind, im Jahre 1390 rückgängig gemacht. Die Bürger und Untertanen der Herrschaft Dahme wurden von dem dem Erzbischof geleisteten Eide entbunden, das Schloß Calbe ihm wieder zur Verfügung gestellt. Die Herren von der Dahme mußten jedoch versprechen, die Herrschaft künftig nicht ohne Zustimmung des Erzbischofs zu ver-

äußern, insbesondere nicht an weltliche Fürsten oder Städte. Außerdem behielt sich der Erzbischof das Vorkaufsrecht vor, mit der Maßgabe, daß im Falle das Kaufgeld nicht voll entrichtet werden könne, eines der beiden Schlösser Giebichenstein oder Jüterbog verpfändet werden würde, die Lehnsoberhoheit durch die Besitzänderung jedoch unberührt bliebe<sup>11</sup>. Heinrich starb jedoch bald und hinterließ seinen Neffen Hans als alleinigen Erben. Ihm hat damals auch das Schloß Jüterbog gehört, das der Erzbischof einige Jahre zuvor noch besessen hatte. Ob Hans es pfandweise oder nur amtsweise innegehabt hatte, ist nicht mehr festzustellen. Hans hat übrigens dem Nonnenkloster zu Jüterbog viele Spenden zukommen lassen, hauptsächlich an guter Prager Münze. Von dem aus dem Kapital aufgelaufenen Zinsen sollte jährlich zu Weihnachten in Jüterbog eine Tonne Heringe aus Schonen gekauft und an die Klosterjungfrauen zu gleichen Teilen verteilt werden<sup>12</sup>. Dem Hans v. der Dahme gehörte übrigens auch ein Dorf Schwemendorf, dessen Erträge er an Jüterboger Bürger verkauft hat. Es scheint Wüstung geworden zu sein. Hans ist dann bald darauf, nämlich 1405, gestorben, und mit ihm erlosch die männliche Linie seines Hauses. 150 Jahre, kann man rechnen, hat sie Dahme beherrscht, und, wie es scheint, hat sich das Städtchen unter ihrer Obhut wohl befunden. Aus den Urkunden ist jedenfalls ersichtlich, daß die Stadt eine Verfassung und gewisse Vorrechte besessen haben muß. Ihr Magistrat schreibt sich: „Rathmanne und Geschworene der Stadt zur Dahme.“

Dahme besaß zu jener Zeit bereits eine eigene Stadtschule, deren sich die Herren v. der Dahme durch eine besondere Stiftung annahmen. Sie haben es auch verstanden, in den wirren Zeiten nach 1319 und während des Auftretens des falschen Waldemars 1347 die Stadt vor Gewalttätigkeiten zu schützen, obgleich sie selbst als Angehörige des rechtmäßigen Markgrafen Ludwig des Bayern mit diesem zugleich vom Papst Clemens VI. in den Bann getan worden waren<sup>13</sup>. Das Stadtsiegel an einer Urkunde von 1399 zeigt eine Mauer mit einem Tor, auf dem in der Mitte ein großer Turm steht, an dem eine Leiter angelehnt ist; an den Seiten zwei kleinere Türme. Legende: S.(igillum) Civitatis Damen. Otto Hupps Beschreibung des Stadtwappens<sup>14</sup> zeigt Abweichungen von diesem Siegel: „In Silber eine rote Burg mit drei Zinntürmen, offenem Tor und Fallgatter auf dem höheren Mittelturm eine wachsende blau bekleidete weibliche Figur, die in der Rechten einen grünen Palmzweig hält. An der linken Seite des Mittelturms lehnt eine schwarze Leiter.“ Ein kleines Siegel des 17. Jahrhunderts hat schon die von da an stets wiederkehrende „Dame“.

Ist nun das Geschlecht der Herren von der Dahme im Mannesstamm wirklich ausgestorben? Man könnte Zweifel hegen, weil noch zu Anfang des 18. Jahrhunderts eine Familie von der Dahme existierte, die das Rittergut Zierke in der Lausitz besaß und ihren Ursprung von den alten Edelherren von der Dahme ableitete. Es ist freilich nicht ausgeschlossen, daß diese Familie von einem Heinrich von der Dahme, Herrn zu Golßen abstammt, von dem Johannes Schultze<sup>15</sup> berichtet, er habe sich am 4. Dezember 1348 verpflichtet, vom Markgrafen Ludwig dem Bayern abzufallen und sein Lehen von der Krone Böhmen zu empfangen. Denn am 2. Oktober 1348 hatte Kaiser Karl IV. aus Feindschaft gegen die Wittelsbacher den falschen Waldemar als echt anerkannt, nachdem dieser die Lausitz an Böhmen abgetreten hatte. Wie schon erwähnt, hatten aber die Brüder Richard und Heinrich treu zu dem Markgrafen Ludwig gehalten. Jener Apostat Heinrich konnte auch nicht zu den Erben gehört haben, da urkundlich nur solche weiblichen Geschlechts

bezeugt werden. Es hat freilich Personen adligen und bürgerlichen Standes gegeben, die sich „von der Dahme“ schrieben, die aber dennoch nicht als Nachkommen des alten Dahmer Geschlechtes zu gelten haben. Dafür einige Beispiele: In einer Urkunde dat. Berlin 1340, in der Markgraf Ludwig der Bayer der Ehefrau Mechthild seines Hauptmannes Johann v. Buch ein Dorf verschreibt, befindet sich Richard von der Dahme unter den Zeugen, der zweifellos kein Herr von der Dahme, sondern ein Mann geringeren Standes war, da vor ihm ein Johann Husener, also ein Bürgerlicher, unterschrieb. Und in zwei anderen Urkunden befinden sich ein Hans von der Dahme, Bürger zu Jüterbog, und zwei Brüder Franz und Ambrosius genannt von der Dahme, Bürger zu Oschatz. Diese Oschatzer Bürger führten ein von dem der edlen Herren ganz verschiedenes Wappen, nämlich einen Tierkopf im Schilde<sup>15</sup>. An den Urkunden der Herrschaft Dahme ist nur das Siegel der bereits erwähnten Urkunde für das Kloster Jüterbog vom Freitag vor Pfingsten 1399 erhalten. Es zeigt einen im Ellbogengelenk aufwärts gebogenen Arm, der in der Hand eine Kugel hält.

Die Erben der Herrschaft Dahme waren nur die weiblichen Nachkommen der letzten Herren, nämlich die Witwe des Hans, ihre Tochter Margaretha, Gemahlin des Siegmund v. Schönburg, Herrn zu Krimmitschau, Anna, die sich 1406 mit einem Herrn v. Weyda vermählte, und zwei entferntere weibliche Verwandte, von denen die eine, Margaretha, 1410 Heinrich d. Jüngeren, Herrn zu Plauen und späteren Burggrafen zu Meißen heiratete. In die Erbschaftsregelung schaltete sich, wie zu erwarten war, der damals regierende Erzbischof Graf Günther von Schwarzburg, Herr zu Arnstadt und Sondershausen ein, indem er seine Ansprüche als Lehnsherr geltend machte. Der Streit wurde schließlich durch einen Vertrag<sup>16</sup> beigelegt, der am Gründonnerstag 1405 zwischen dem ältesten Schwiegersohn, dem Herrn v. Schönburg als Vertreter der Erbgemeinschaft, und dem Dompropst zu Magdeburg, Hermann v. Werberge, als Vertreter des Erzbischofs geschlossen wurde. Demnach versprach der Erzbischof den Erben 4500 Schock böhmischer Groschen für die Übereignung des Schlosses, der Stadt und der ganzen Herrschaft Dahme zu zahlen. Tatsächlich leistete der Erzbischof vertragsmäßig eine Abschlagszahlung von etwa 252 Schock böhm. Groschen an verschiedene Bürger von Jüterbog, die Hans von der Dahme diesen schuldete. Darauf wurde die Herrschaft Dahme mit allem Zubehör dem Erzbischof übergeben. Indessen scheint sich die Zahlung der Restsumme sehr verzögert zu haben; denn der Erzbischof stellte in den Jahren 1406–1408 drei Schuldverschreibungen über 500, 825 und 900 Schock böhmischer Groschen an die Erben aus, unter der damals üblichen Bedingung des Einlagers. Wenn nämlich der Schuldner seine Verbindlichkeiten nicht pünktlich erfüllte, mußten die Bürgen, in diesem Falle waren es sehr vornehme Herren: Albrecht, Burggraf zu Leißnig, Graf zu Rochberg, Graf Albrecht zu Mansfeld, Graf Friedrich zu Beichlingen und weitere sieben Edelleute, mit einer bestimmten Anzahl Pferde in ein ihnen angewiesenes Wirtshaus ziehen und dort auf Kosten des Schuldners so lange liegen, bis der Gläubiger befriedigt war. Eine sehr drastische Methode, die dem Gläubiger ziemlich sicher zu seinem Gelde verhalf, auch in diesem Falle. Jedenfalls wurde 1410 dem Erzbischof eine Quittung von über 2000 Schock böhmischer Groschen ausgestellt. Es blieb freilich immer noch eine Restsumme übrig, die der Erzbischof erst zahlen konnte, nachdem er das Schloß Plothe 1429 an Heinrich v. Alvensleben für 1000 rheinische Gulden verpfänden mußte, die ihm dieser zur Bezahlung des Schlosses Dahme vorgeschossen hatte.

Kaum hatte Günther das Schloß in Besitz genommen, kam es zu einer Privatfehde mit den Brüdern Heinrich, Thilo, Albrecht und Caspar von Isenburg, die vermutlich auch Erbensprüche an den Nachlaß der Herren von der Dahme geltend gemacht hatten. Sie setzten sich mit Gewalt in den Besitz des Schlosses, und der Kampf hätte wahrscheinlich noch lange gedauert, wenn es den erzbischöflichen Truppen nicht gelungen wäre, das Schloß zurückzuerobern und den ältesten der vier Brüder gefangenzunehmen. Sie mußten nun insgesamt Urfehde schwören und sich verpflichten, falls sie mit den Untertanen des Erzbischofs in Streit gerieten, die Entscheidung auf rechtlichem und gütlichem Wege zu suchen. Die Urkunde hierüber wurde in Magdeburg am Donnerstag nach Johannis 1411 ausgestellt<sup>17</sup>.

In der Folgezeit verhielten sich auch die Isenburgs friedlich, die Brüder Heinrich und Caspar verkauften sogar dem Erzbischof das 15 km südöstlich Dahme gelegene Schloß Bornsdorf mit allen Rechten für 1200 Schock böhmischer Groschen. In der Kaufurkunde, die im Kloster Zinna am Thomastage 1415<sup>18</sup> abgeschlossen wurde, ist das Wiederkaufsrecht für den König Wenzel IV. von Böhmen aus dem Hause Luxemburg oder die Landstände der Lausitz innerhalb eines Jahres vorbehalten. Die Lausitz wie auch die Mark Brandenburg gehörten seit der Regierung des Kaisers Karl IV. zu Böhmen. 1348 hatte er bereits die Ober- und 1364 die Niederlausitz erworben und schließlich die Schwäche des letzten brandenburgischen Markgrafen Otto des Faulen aus dem Hause Wittelsbach benutzt, um durch den Vertrag von Fürstenwalde i. J. 1373 für 500 000 Goldgulden die Mark an das luxemburgische Haus zu bringen.

Wegen der räumlichen Entfernung des Schlosses von der erzbischöflichen Residenz setzte Günther Schloßvögte ein, die er der sogenannten ehrbaren Mannschaft entnahm, und verlieh ihnen 1414 das erste Privilegium. Die Angehörigen dieser ehrbaren Mannschaft stammten von Dienstmannen ab, denen Heinrich der Vogler 927 vor Beginn des Krieges gegen die Wenden auf dem Landtage zu Stendal den Adel erteilte. Zu diesen gehörten die Hake, Seelen, Klitzing, Rochow, Schönermark, wohl auch die Trotha u. a. Bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts zählten das Schillingsche Gut, das Klitzingsche Gut, das Schlomachsche Freigut und das Raschkausche Lehn- und Freigut, sämtliche innerhalb der Stadt gelegen, zur ehrbaren Mannschaft<sup>19</sup>.

Den Vögten, es waren 1411 vier Trothas, war untersagt, die Bürger der Stadt mit Abgaben und anderen Bedrückungen zu plagen. Auch durften sie ohne erzbischöfliche Genehmigung keine Fehden anzetteln. Ihre Amtszeit war auf drei Jahre festgesetzt. Falls der Erzbischof bauliche Veränderungen am Schloß wünschte, sollten die Arbeiter von den Vögten beköstigt, der Lohn aber vom Erzstift gezahlt werden. Falls der Erzbischof während ihrer Amtszeit stürbe, sollte ihre Dienstpflicht auf das Domkapitel übergehen. Das klang alles sehr verheißungsvoll, doch sah die Wirklichkeit anders aus. Gewiß hat die Stadt sich unter den früheren Herren weit besser befunden, sich auch eines bescheidenen Wohlstandes erfreut. Der nun einsetzende ständige Wechsel der Herrschaft, der auf den dauernden Geldmangel der Erzbischöfe zurückzuführen ist, fügte der Stadt großen Schaden zu. Es fing damit an, daß Erzbischof Günther in große und kostspielige Schwierigkeiten mit der Stadt Magdeburg und anderen seiner Städte geriet. Es handelte sich in Magdeburg um einen schon seit langem entbrannten Streit zwischen Erzstift und Stadt wegen der Befestigung der Stadt gegen die Hussiten, der 1432



zu einem Aufstand der Bürger führte, worauf der Erzbischof das Interdikt über die Stadt verhängte, das er erst 1435 aufhob. Diese Wirren führten zu so großen Zahlungsschwierigkeiten, daß Günther sich genötigt sah, mehrere Schlösser zu verpfänden. Dazu gehörte auch Dahme, das er an Christian v. Witzleben verpfändete. Erst nach Günthers Tode (1445) löste sein Nachfolger Friedrich III. Burg und Herrschaft Dahme wieder ein, doch nur, um sie gleich wieder für 5500 rheinische Gulden an die Brüder Friedrich und Hans v. Hoym, sowie an Hans v. Quast und noch vier andere Edelleute zu verpfänden. Sie durften frei über den Besitz verfügen, u. a. besaßen sie die Gerichtshoheit und konnten nach Belieben Zölle erheben. Über die ehrbare Mannschaft besaßen sie keine Rechte. Eine gegenseitige Kündigungsfrist von drei Monaten war festgesetzt. Kündigten also die Pfandinhaber das Pfand und der Erzbischof konnte nicht zahlen, so hatten sie das Recht, Burg und Stadt an andere Vasallen des Erzbischofs zu verpfänden, nicht aber an Fürsten, Herren, Städte oder offenbare Feinde des Erzbischofs<sup>20</sup>.

Schon vorher, 1429, hatten die Hussiten Dahme erobert und gebrandschatzt. 1455 waren es wiederum fünf Hoym, denen der Erzbischof Schloß und Stadt zu erblichem Mannslehen gab mit Wiederkaufsrecht, von dem er einige Jahre später wirklich Gebrauch gemacht hat. Eine neue Gefahr drohte nun von Böhmen aus. Georg Podiebrad, nach dem Tode des Ladislaus Posthumus 1458 zum König gewählt, erhob als Herr der Lausitz Anspruch auf die Herrschaft Dahme und gab sie seinem Landvogt der Lausitz Albrecht Kostka von Postupitz 1464 zu Lehen. Erzbischof Friedrich leistete anfangs Widerstand und ließ es zur Belagerung des Schlosses kommen, das schließlich von den Böhmen eingenommen wurde. Nun legte sich aber der brandenburgische Kurfürst Friedrich II. Eisenhahn (1440 bis 1470) ins Mittel und brachte 1464 einen Vergleich zustande, demzufolge Dahme zwar dem König verbleiben, dieser aber dem Erzbischof 6000 rheinische Gulden zahlen sollte. Noch im selben Jahre überließ jedoch der König großmütig Dahme dem Erzbischof und entsagte allen seinen Ansprüchen auf die Herrschaft, jedoch unter der Bedingung, daß der Erzbischof sich mit seinem Landvogt vergleichen mußte. Dieser Vergleich kam sehr bald zustande, der Landvogt erhielt 2500 rheinische Gulden und entsagte dafür allen Ansprüchen. Kaum hatten die Dahmer ihre von den Hussiten fast ganz zerstörte Stadt notdürftig wiederhergestellt, als 1441 in der Hauptkirche ein Brand ausbrach, wodurch nicht allein die Kirche, sondern auch die ganze Stadt eingeäschert wurde. Es zeugt von dem unbegrenzten Lebenswillen ihrer Bürger, der sie in den folgenden Jahrhunderten nie verließ, daß es ihnen verhältnismäßig schnell gelang, die größten Schäden wieder zu beseitigen. Um diese Zeit wurde hier schon Wollhandel getrieben, der durch die Lage der Stadt begünstigt war. Zwei alte Heerstraßen führten durch sie, die eine von den Hansestädten nach Böhmen, die andere von Schlesien nach Magdeburg<sup>21</sup>. Die deutschblütigen Einwohner der Stadt brauchten auf Grund eines Privilegiums des Erzbischofs Friedrich aus dem Jahre 1452 in ihre Gilden und Innungen keine Wenden aufzunehmen. Als man nach den Hussitenkriegen zum Wiederaufbau der Stadt ging und zusätzliche Arbeitskräfte dringend benötigt wurden, hat Erzbischof Johann von Bayern 1467 die nahe um Dahme wohnenden Wenden als Handwerker zugelassen<sup>22</sup>. Eine schwere Heimsuchung bedeuteten für die Bürger um 1470 herumstreifende und räubernde Zigeunerbanden. Obgleich die Dahmer sich ihrer mit drastischen Mitteln zu erwehren suchten, konnte man der immer zahlreicher auftretenden Horden nicht Herr werden und kapitulierte 1478

förmlich vor ihnen, indem man durch Geldzahlungen die ungebetenen Gäste von der Stadt fernhielt. Im 15. Jahrhundert verzeichnet das Schöppenbuch noch einen schweren Brand. Am Abend Mariae Himmelfahrt 1498 brach bei einem Schmied Feuer aus, wodurch ein Brand entstand, der sich von einem Tor zum anderen wälzte und nicht mehr als neun Häuser der ehrbaren Mannschaft verschonte.

Während der Regierung des Erzbischofs Ernst von Sachsen (1476–1513) nahm das Verpfänden von Schloß und Stadt seinen Fortgang. So hatten eine Zeitlang Hugold v. Schleinitz und sein Sohn Heinrich Schloß und Amt pfandweise im Besitz, 1487 ließ der Erzbischof sie wieder ablösen und durch den Hauptmann von Giebichenstein, Otto v. Dieskau, die Huldigung für sich leisten. 1504 wiederum in Geldschwierigkeiten, verschrieb Ernst die Herrschaft an Heinrich Stammer und an den Baumeister des Domkapitels zu Magdeburg, D. Johann v. Thümen, für 4000 Goldgulden<sup>23</sup>. Der Nachfolger, Albrecht von Brandenburg, zweiter Sohn des Kurfürsten Johann Cicero, seit 1513 als Dreiundzwanzigjähriger bereits Erzbischof von Magdeburg und Administrator des Bistums Halberstadt, 1518 Kardinal, setzte diese Pfandverschreibungen fort. 1524 verpfändete er für 4000 rheinische Gulden die Herrschaft auf 6 Jahre an Thilo Knebel, der die Herrschaft bis 1528 verwaltete und sie dann mit Genehmigung des Erzbischofs an einen eifrigen Papisten, Caspar v. Lindenau, abtrat. In dem Vertrag, dat. Mainz am Weihnachtstage 1528, waren alle Lehen, Lehnfolge und Steuern von der Pfandschaft ausgenommen, der Pfandinhaber aber verpflichtet, dem Erzbischof auf Anfordern mit wenigstens vier gerüsteten Pferden und Knechten zu dienen, das Schloß in Kriegszeiten dem Erzbischof zu öffnen, Fehden ohne erzbischöfliche Zustimmung zu unterlassen und die Untertanen nicht über Gebühr zu belasten. Michaelis 1530 brachte der Bruder des Pfandbesitzers, Sigismund v. Lindenau, Domdechant und später Bischof von Merseburg, einen neuen Vertrag mit dem Erzbischof zustande, demzufolge dem Bruder des Sigismund der Besitz des Amtes auf 35 Jahre zugesichert wurde, nachdem er dem Erzbischof weitere 2000 Gulden geliehen und die Verpflichtung übernommen hatte, das Schloß in gutem baulichen Zustand zu erhalten.



*Dahme, Hauptkirche  
von Süden, Zeichnung  
K. Pomplun, 1950*

Seite 1524 hatte sich die Reformation im benachbarten Sachsen sehr schnell verbreitet und fand auch bald Eingang in Dahme. Offen durfte man sich freilich noch nicht zu der neuen Lehre bekennen; denn der katholische Burghauptmann Caspar v. Lindenau hätte sie mit allen Mitteln unterdrückt, was damals auch ganz im Sinne des Erzbischofs gewesen wäre. So gingen die Dahmer heimlich zu dem eifrigen Verfechter der evangelischen Lehre und Schüler Luthers und Melanchthons, dem Prediger in Kolpin und Schöna, Georg Buchholzer, und nahmen dort bei ihm das Abendmahl in beiderlei Gestalt. Buchholzer war 1503 in Dahme geboren, hatte in Wittenberg Theologie studiert, war erst in Hohenbucko und seit 1527 in Schöna Pfarrer, bis er 1537 Oberpfarrer in Arnswalde wurde. 1539 berief ihn Kurfürst Joachim II. als Propst der Nikolaikirche nach Berlin. Als solcher war er mitbeteiligt an der Abfassung der brandenburgischen Kirchenordnung und an der Errichtung des Konsistoriums. Sein kämpferischer Geist verwickelte ihn leider in einen jahrelangen Streit mit dem Generalsuperintendenten Johann Agricola, der schließlich den Kurfürsten 1565 zu seiner Entlassung veranlaßte. Der Kardinal und Erzbischof Albrecht hat in den letzten Jahren seiner Herrschaft den Lutheranern gegenüber größere Nachsicht geübt, so daß ein aus Hessen eingewandeter Pfarrer Philipp Pancrätius von 1542 bis 1550 ungehindert im lutherischen Geist in Dahme Gottesdienst halten konnte<sup>24</sup>. Durch die Reformation erfuhren auch die Klöster eine tiefgreifende Umgestaltung. Es war nicht immer ein inneres geistiges Anliegen, das die Klosterinsassen veranlaßte, sich der Reformation anzuschließen. Vielfach war es das Verlangen, in bessere materielle Verhältnisse zu kommen und dem lästigen Klosterzwang zu entfliehen. So ließ die Klosterzucht in Dahme zu jener Zeit viel zu wünschen übrig. Dafür zeugt ein im Ort kursierendes Sprichwort: „Du bist deinem Herrn ebenso gehorsam wie die Mönche dem Prior.“ Das wußte man auch in Magdeburg. Darum entsandte Erzbischof Albrecht den Prior des Karmeliterklosters in Madgeburg-Sudenburg, Theodericus de Wagenigk, 1535 nach Dahme, um das dortige Kloster wieder in seinen alten Zustand zu versetzen. Wie übel es dort aussah, geht aus dem Bericht des Theodericus hervor. Darin heißt es: „Der vorige Prior sei ein rechter Schlemmer und Biersäufer gewesen.“ Er habe Wiesen, Türen, Schlösser und anderen Hausrat des Klosters für etliche Tonnen Bieres halb umsonst an den Richter und andere Bürger verkauft. Der Visitator schlug daher dem Erzbischof eine strenge Verordnung vor, die Käufer zur Rückgabe der veräußerten Güter und Hausgeräte zu veranlassen, die offenbar aber wirkungslos blieb<sup>25</sup>. In den vierziger Jahren des 15. Jahrhunderts war viel Not und Elend über die Stadt gekommen, die der Rat nicht zu steuern vermochte, da er nicht über die nötigen Geldmittel verfügte. Der Erzbischof beschloß daher, der Stadt zur Hebung der Wirtschaft einige Jahrmärkte zu verleihen. Nun geriet aber der Rat in Streit mit dem Amtmann und Pfandinhaber Caspar v. Lindenau, der seinerseits Anspruch auf das Städtégeld aus den Jahrmärkten erhob. Als nun auch der Bruder des Amtmannes, der damalige Bischof von Merseburg Sigismund v. Lindenau, eifrig Partei für Caspar nahm, wies der Erzbischof in einem an den Bischof gerichteten Schreiben (dat. Mainz, den 11. Sept. 1542) dessen Verwendung für den Bruder als völlig ungerechtfertigt sehr energisch zurück. Der Stadt verblieben somit die Einkünfte aus den Märkten.

Nach dem Tode des Caspar v. Lindenau war das Amt Dahme so stark verschuldet, daß die Söhne des Caspar die Gläubiger nicht zu befriedigen vermochten und daher dem Erzbischof die Herrschaft wieder zufiel, nachdem er mit geliehenen

9000 rheinischen Gulden die Verpflichtungen abgegolten hatte. (Die Quittung darüber ist Freitag nach Marien Magdalenen 1545 zu Jüterbog ausgestellt.) Der Geldgeber war diesmal ein Herr Friedrich Brandt v. Lindau, dem nun wiederum das Amt Dahme auf sechs Jahre verpfändet wurde. Noch im selben Jahre übertrug Brandt von Lindau mit Zustimmung des Erzbischofs die Verwaltung und später auch das Pfandrecht auf den damaligen Amtmann zu Jüterbog, Lippold v. Klitzing. Dieser Mann sollte der Stadt zum Verhängnis werden<sup>26</sup>. Er begann seine Laufbahn als Kammerjunker bei dem Erzbischof Albrecht, wurde 1533 Hauptmann zu Jüterbog und 1545 auch zu Dahme. Nach dem Tode des Erzbischofs Albrecht war er bei dessen Nachfolgern Friedrich IV. und Sigismund, den Söhnen des Kurfürsten Joachim II. von Brandenburg, Rat und Hofmeister. Meist hielt er sich aber in Jüterbog und in Dahme auf, wo er das schöne Freigut auf der ehrbaren Mannschaft besaß. Von Friedrich IV. hatte er 1552 bereits die Zusicherung erhalten, daß ihm die pfandweise überlassenen Schlösser Jüterbog und Dahme in den nächsten 40 Jahren verbleiben würden, und der Nachfolger Sigismund hat 1554 diese Frist noch auf 50 Jahre verlängert. In der Tat hat die Stadt fast ein halbes Jahrhundert die Mißwirtschaft dieser Familie ertragen müssen. Nach des alten Klitzing Tode folgten ihm 1561 seine beiden Söhne Leopold und Friedrich Tristand als Amtmänner von Jüterbog und Dahme. Als 1593 das Erzstift die Ämter gegen Zahlung von 15 000 Gulden einziehen wollte, erhoben sie Widerspruch mit der Begründung, die Wiederkaufszeit sei erst 1604 abgelaufen, sie dürften daher eine höhere Abfindungssumme beanspruchen. Es kam zu einem Prozeß vor dem Kammergericht in Speyer und erst 1612 zu einem für die Klitzings günstigen Vergleich. Sie erhielten die beiden im Amtsbereich Jüterbog gelegenen Dörfer Fröden und Markendorf erb- und eigentümlich zugesprochen. Während der Regierung des Erzbischofs Sigismund (1552–1566) wurde die Stadt am 12. März 1563 durch einen schweren Brand heimgesucht. Eine Magd, die sich von ihrer Dienstherrin um einen Lohn von fünf Gulden betrogen glaubte, hatte ihn aus Rachsucht angelegt. Zwölf Häuser, das Karmeliterkloster, die Nikolaikirche samt Geläute und Turm fielen den Flammen zum Opfer. Ein Jahr später schenkte der Erzbischof dem Rat das abgebrannte Karmeliterkloster mit allen dazugehörigen Gebäuden, Äckern, Wiesen, Mühlen, Pachten und anderen Nutzungen zum Bau eines Hospitals. 1587 brach wiederum ein Brand auf einem Gut der ehrbaren Mannschaft aus, das völlig in Asche gelegt wurde, auch die Kirche und Schule erlitten starke Schäden<sup>27</sup>.

Der Niedergang machte sich unter den Klitzings mehr und mehr bemerkbar. Auch das Schulwesen, das die Herren von der Dahme sehr gefördert hatten, lag im argen. So berichtete der Rat in einem Schreiben vom 24. Februar 1599 dem Domkapitel, es sei nach einer für ewige Zeiten errichteten Stiftung der Herren von der Dahme üblich gewesen, daß die Schullehrer auf dem Amt verpflegt würden, der alte Klitzing habe sich jedoch nur bereit erklärt, den Lehrern jährlich neun Gulden zu geben, „damit sollten sie sich versorgen, wo sie wollten“. Der Rat bat darum das Domkapitel, die Besoldung der Schullehrer durch etwas Getreide aus dem Amte zu verbessern, „damit sie ihren Unterhalt desto besser haben und gelehrtere Gesellen gefordert, auch die Jugend desto besser informiret und in Gottes Wort erzogen werden möge“. Erfolgt ist darauf zwar nichts. Einige Jahre danach wurde die Stadt wiederum von einem Brand schwer heimgesucht. In der Nacht vom 16. zum 17. März 1603 brach nämlich durch Nachlässigkeit beim Brauen ein Feuer aus, das innerhalb von 3½ Stunden die ganze Jüterboger Vorstadt nebst einem

ansehnlichen Teil der Stadt, zusammen 34 Wohnhäuser mit Zubehör und 15 außerhalb der Stadt gelegene Scheunen in Asche legte, und die ganze Stadt verwüstet haben würde, wenn nicht der Amtsschreiber Johann Gottstrig sogleich die ganze Bürgerschaft nebst vier benachbarten Dörfern zur tätigen Hilfe aufgeboten hätte. Angesichts der Not der Abgebrannten und der ganzen Stadt bat der Rat der Stadt das Domkapitel um eine Unterstützung mit Lebensmitteln, Brot und Saatkorn, um Erlaß der Pachten, Steuern und anderen Abgaben auf einige Jahre, ferner um Lieferung von einigen 100 Stück Bauholz aus der Heide bei Zinna und um Verwendung bei Kursachsen um vorschußweise Lieferung von 1000 Stück Bauholz auf zwei Jahre. Darüber hinaus wurden Abgeordnete zum Domkapitel geschickt, um die Vorstellungen mündlich noch ausführlicher und eindringlicher zu gestalten. Im großen und ganzen wurden die Wünsche berücksichtigt. Das Feuer war ausgekommen bei einer Witwe, die ein eigenes Brauhaus besaß; einmal wird sie die Richter, ein anderes Mal die Schneiderin genannt. Wegen ihrer Leichtfertigkeit, die so schwere Folgen hatte, wurde ihr vom Domkapitel der Wiederaufbau ihres zerstörten Hauses verboten. Sie aber ignorierte das Verbot und begann mit dem Wiederaufbau, indem sie erklärte, das Feuer sei ohne ihr Verschulden ausgebrochen. Darüber empörten sich nun die übrigen Brandgeschädigten, so daß zur Schlichtung eine Kommission eingesetzt werden mußte. Die entschied, daß die Witwe zwar den Wiederaufbau fortsetzen, jedoch kein eigenes Brauhaus wieder errichten dürfte<sup>28</sup>.

1598 war der Sohn des Kurfürsten Joachim Friedrich, Markgraf Christian Wilhelm, zum Erzbischof gewählt worden. Am 15. Juli 1609 nahm er in Dahme persönlich die Erbhuldigung entgegen, zu einer Zeit, als die Stadt sich in schwerer wirtschaftlicher Not befand. Vier Jahre nach dem letzten großen Brand waren die meisten Häuser noch nicht wieder aufgebaut, Stadtmauer und Rathaus im höchsten Maße baufällig. Täglich erwartete man den Einsturz des Glocken- und des Räderuhrwerks. Da es gänzlich an gebrannten Steinen mangelte, war man nicht in der Lage, Ausbesserungen vorzunehmen. Auch Mühlen, besonders Wassermühlen, wurden dringend benötigt. Groß war auch das Elend der Lehrer. Aber wieder gingen die braven Bürger mit bewunderungswürdiger Energie an den Aufbau ihrer Stadt, und es schien ihnen auch zu gelingen. Am 31. Oktober 1617 wurde mit großer Freude das Reformationsfest gefeiert. Es sollte für lange der letzte glückliche Tag für die Dahmer sein; denn mit dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges sahen sie neuen schweren Prüfungen entgegen, und dieses Geschick sollten sie mit ihrem obersten Lehnsherrn, der sich jetzt Administrator nannte, teilen. Christian Wilhelm verbündete sich nämlich mit Dänemark, und als der niedersächsisch-dänische Krieg 1625 gegen den Kaiser ausbrach, übernahm er ein Kommando im niedersächsischen Heer und kämpfte am 25. April 1626 unglücklich an der Dessauer Brücke, wurde von Wallenstein verjagt, am 28. Januar 1628 vom Domkapitel abgesetzt und in die Acht erklärt. Er flüchtete 1629 nach Schweden zu Gustav Adolf, mit dem er dann 1630 nach Deutschland zurückkam, mit der Absicht, sich gewaltsam wieder in den Besitz des Erzstifts zu setzen. Bei der Eroberung Magdeburgs durch Tilly geriet er schwer verwundet in Gefangenschaft und wurde nach Österreich gebracht. Dort gelang es 1632 den Jesuiten, ihn zum Übertritt zur katholischen Kirche zu überreden, ein Schritt, den er, unter Druck gesetzt, durch eine in seinem Namen erschienene Schrift „Speculum veritatis“ rechtfertigte. Im Prager Frieden 1635 wurde ihm aus den Einkünften des Erzbistums eine jähr-



liche Pension von 12 000 Talern gewährt und ihm als Residenz das Kloster Zinna zugewiesen, wo er 1665 ohne männliche Erben verstarb. Die ursprünglich feindliche Haltung Christian Wilhelms dem Katholizismus gegenüber sollte für Dahme nach Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges schlimme Folgen haben. Plünderungen und Brandschatzungen waren an der Tagesordnung. 1626 mußte die Stadt vom 7. Juli bis 21. August eine starke kaiserliche Einquartierung erdulden. Die beiden Bürgermeister Johann Lehmann und Christoph Jerigko wurden verschleppt, lediglich aus dem Grunde, für ihre Freilassung Geld erpressen zu können<sup>29</sup>. Im selben Jahre brach nun auch noch die Pest aus, die viele Menschen hinwegraffte. 1631 brachen Kroaten in die Stadt ein, plünderten sie gründlich aus, verjagten die Einwohner und legten 170 Bürgerhäuser, Kirche, Schule und Rathaus, in Schutt und Asche. 1633 waren es die Kaiserlichen, die 10 Häuser im Winkel am Kirchhof in Brand setzten. Von seiten der Gegner des Kaisers erfuhr die Stadt keinerlei Hilfe. Im Gegenteil, der schwedische Statthalter der Magdeburgischen und Halberstädter Lande, Fürst Ludwig von Anhalt, verschonte die schwergeprüfte Stadt nicht mit Kontributionen und Einquartierungen. Die Bitten der Bürger, der Fürst möge auf die bittere Notlage der Stadt Rücksicht nehmen, blieben unberücksichtigt, auch eine Verwendung der in Zinna residierenden Gemahlin Christian Wilhelms, Markgräfin Dorothea, geb. Prinzessin von Braunschweig-Wolfenbüttel, beim Fürsten von Anhalt hatte keinen Erfolg. Vermutlich befand sich der Fürst selbst in großer Notlage; war doch die Stadt Magdeburg von 1631–32 im Besitz der Kaiserlichen gewesen und von Tilly und Pappenheim aufs schwerste heimgesucht worden. Das war wohl auch der Grund, weshalb ein erneuter Hilferuf der Markgräfin im Mai 1633 an den Fürsten keine Erhörung fand, obgleich sie in ihrem Brief bezeugte, wie sie mit eigenen Augen das furchtbare Elend der Stadt, das noch durch einen am 30. April erneut ausgebrochenen Brand vermehrt worden war, wahrgenommen habe<sup>30</sup>.

Bald sollte nun Dahme gänzlich von Magdeburg losgelöst werden. Durch den zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten Johann Georg I. von Sachsen am 30. Mai 1635 zustande gekommenen Prager Frieden wurde dem zweiten Sohn des Kurfürsten, Herzog August, das Erzstift Magdeburg auf Lebenszeit zugesprochen. Außerdem sollte Herzog August die zu dem Erzstift gehörenden Ämter Burg, Dahme, Jüterbog zur eigenen Verfügung erhalten. Im Westfälischen Frieden von 1648 wurde dieser Vertrag erneut bestätigt und dem Großen Kurfürsten als Entschädigung für das von ihm vergeblich beanspruchte Vorpommern mit Stettin neben anderen geistlichen Gebieten lediglich die Anwartschaft auf das Erzbistum Magdeburg zugesprochen. Der Große Kurfürst besaß daher vor dem Ableben oder Abgang des Administrators Herzog August keinerlei Rechte, um in die Regierungsgeschäfte eingreifen zu können. Die dem Herzog August zur eigenen Verfügung zugesprochenen Ämter Burg, Dahme, Jüterbog und Querfurt, die ein Areal von 468 qkm ausmachten, bildeten das Fürstentum Querfurt und blieben vom Erzstift völlig losgelöst. Die Drangsale nahmen auch nach dem Prager Frieden ihren Fortgang. In den Jahren 1636–1638 waren es die Schweden, die unmenschliche Grausamkeiten an der Bevölkerung verübten. Aber auch die Bayern, die 1637 eine Zeitlang in Dahme in Quartier lagen, erwiesen sich als üble Mordbrenner, denen das fürstliche Vorwerk, das Klitzingsche Gut und 51 Häuser zum Opfer fielen. Die Folgen dieser Untaten äußerten sich in Teuerung und schrecklicher Hungersnot. Für eine Seite Speck oder ein Paar Tauben gab man eine Hufe Land (etwa 30 Mor-

gen) her. Pferde und anderes Vieh gab es kaum noch, sie waren von den einquartierten und durchmarschierenden Truppen geraubt oder mutwillig getötet worden. So mußte der Bauer sich und die Seinen selbst vor den Pflug spannen, um den Acker notdürftig zu bestellen. Daß unter solchen Umständen Epidemien ausbrachen und die Bevölkerung dezimierten, war kein Wunder. Diese Zustände nahmen erst nach dem Westfälischen Frieden ein Ende. Aber eine Blütezeit war der Stadt auch späterhin nicht beschieden, als Dahme 1746 nach Aussterben der Weißenfelder Linie an Kursachsen fiel. Erst nach dem Wiener Frieden von 1815, als das Städtchen mit dem preußischen Staat vereint und ein Bestandteil der Mark geworden war, gestaltete sich sein Schicksal freundlicher.

# Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Reinhold, W.: Chronik der Stadt Dahme und Umgegend, Dahme 1845/46, Bd. I, S. 7.
- <sup>2</sup> Ludwig: Reliq. Manusc. omnis aevi diplom. etc. abgedruckt bei Heinr. Aug. Erhard: Überlieferungen zur vaterländischen Geschichte alter u. neuer Zeiten, H. 3, Magdeb. 1828, S. 110 f.
- <sup>3</sup> Ebda., S. 11 f.
- <sup>4</sup> Reinhold, Bd. I, S. 12.
- <sup>5</sup> Kaufurkunde bei I. G. L. Wilkuis, Ticemannus, sive vita Theodorici jun. Thuring. Landgr. etc., Lips. 1754.
- <sup>6</sup> Diezmann, (Dietrich III., der Jüng.) war der Sohn Albrechts des Entarteten und der Margarete, Tochter Kaiser Friedrichs II. (1260–1307). Nach dem Tode seines Großvaters Heinrichs des Erlauchten erbte er einen Teil der Marchia orientalis (Osterland) u. die Niederlausitz.
- <sup>7</sup> Abgedruckt bei Erhard (Anmerk. 2) S. 111 f.
- <sup>8</sup> Schultze, J.: Die Mark Brandenburg, Berlin 1961, Bd. I, S. 81.
- <sup>9</sup> Urkunde bei Erhard, S. 112.
- <sup>10</sup> Es waren die Dörfer Swemendorff (Schwebendorf), Boldinstorff (Bollensdorf), Nuwendorff (Niebendorf), Ylow (Ihlow), Hoen Seinfeld (Hohen Seefeld), Nannenstorff (Nonnendorf), Grefendorff (Gräfendorf), Kerwicz (Körbitz), Algerstorff (? wahrscheinlich Wüstung), Werbig, Eylmerstorff (Illmersdorf), Rytdorff (Rietdorf), Gebhardstorff (Gebersdorf oder Görsdorf), Perdinstorff (Prensdorf), Bukow, Lype (Liepe), Kaldinhusin (Kaltenhausen), Dybestorff (aus der Urkunde falsch abgeschrieben, muß Diedersdorf heißen und ist Wüstung geworden, jetzt Stadtforst) und Wentdorff.
- <sup>11</sup> Kaufurkunde abgedruckt bei Erhard, S. 113 ff.
- <sup>12</sup> Kaufurkunde ebda, S. 124 f.
- <sup>13</sup> Hupp, O.: Die Wappen und Siegel der deutschen Städte, Flecken und Dörfer, 1. Heft, Frankfurt/Main 1896, S. 31.
- <sup>14</sup> Die Mark Brandenburg, Bd. I, S. 83.
- <sup>15</sup> Erhard, S. 91 ff.
- <sup>16</sup> Ebda., S. 126 ff.
- <sup>17</sup> Ebda., S. 96. Reinhold (Anmerk. 1) verlegt die Fehde ins Jahr 1414, indem er diese unrichtige Datierung von J. C. Brandt; Geschichte der Kreisstadt Jüterbog u. ihrer Umgegend bis auf die neuesten Zeiten, Torgau 1826/27, Bd. I. S. 127, übernimmt.
- <sup>18</sup> Erhard, S. 130 ff.
- <sup>19</sup> Reinhold, S. 26 f. u. 71 ff.
- <sup>20</sup> Erhard, S. 96 ff.
- <sup>21</sup> Wald, M.: Heimatbuch der Stadt Dahme, 4. Aufl., Dahme 1926, S. 19.
- <sup>22</sup> Reinhold, S. 28.
- <sup>23</sup> Reinhold, I., 35 berichtet, daß Erzbischof Ernst 1503 das von Hans v. Minckwitz auf die Herrschaft Dahme geliehene Geld zurückgezahlt und sie von neuem wiederkäuflieh für 4000 Goldgulden an Georg und Hans v. Köckeritz auf sechs Jahre verliehen habe. Sie wären auf sieben verlängert worden, und während dieser Zeit habe Hans v. Köckeritz Hauptmann zu Dahme geheißen, bis K. 1516 das Amt Dahme wieder abgetreten und darauf Georg v. Thümen an seine Stelle getreten sei. Reinhold hat indessen diese Angaben nicht urkundlich belegt. Die Abtretung an Stammer und Joh. v. Thümen wird aber in der Urkunde dat. Neue Burg zu Halle, am Sonnabend in der Pfingstwoche 1504 bezeugt.
- <sup>24</sup> Reinhold, S. 214.
- <sup>25</sup> Erhard, S. 102 f.
- <sup>26</sup> Ebda, S. 104 ff.
- <sup>27</sup> Reinhold, S. 44.
- <sup>28</sup> Erhard, S. 105 ff.
- <sup>29</sup> Reinhold, S. 45.
- <sup>30</sup> Erhard, S. 108 f.

## Die Menzer Heide

*Beiträge zur Geschichte eines märkischen Waldes*

### Die natürlichen Verhältnisse

Die Menzer Heide ist ein Teil des großen Waldgebietes, das den ganzen Norden des Landes Ruppín ausfüllt und seine fernere Fortsetzung in den anschließenden Waldungen der östlichen Prignitz und des südlichen Mecklenburg findet. In geologischer Hinsicht handelt es sich um ein Endmoränengebiet des Frankfurter Stadiums mit wechselvollem Relief; niedrige Kuppen wechseln ab mit tiefen Mulden, in denen meist klare Seen oder nährstoffarme Moore liegen. Der größte und bekannteste dieser Seen ist der Große Stechlinsee, mit einer Tiefe von 65 m über 5 m unter den Meeresspiegel hinabreichend. An diese Endmoränenlandschaft schließen sich nach Süden hin mancherorts flache Sanderkegel an, stellenweise geht sie aber auch unmittelbar in die heute vorwiegend ackerbaulich genutzte Grundmoränenlandschaft der Granseer Platte über. Der Boden dieses Gebietes besteht überwiegend aus Sanden mit einem wechselnden Anteil von Kies und Steinen, die jedoch meist reich an Nährstoffen sind und nur in den eigentlichen Sandergebieten einen ärmeren Charakter aufweisen. Lehmige und lehmbeeinflusste Standorte haben nur einen geringen Anteil, sie treten hauptsächlich an manchen Stellen des Endmoränengebietes nordöstlich von Neuglobsow auf. Den vorherrschenden nährstoffreichen Sanden entspricht bodentypologisch die weite Verbreitung von Braunerden, wobei es sich meist um mehr oder minder gebleichte (podsolierte) Braunerden handelt, die auf den ärmeren Sanden in echte Bleicherden (Podsole) übergehen. Grundwasserbeeinflusste und grundwassernahe Standorte sind auf die Ränder der Seen und Senken beschränkt. Die vermoorten Senken sind von nährstoffarmen Moos- und Bruchwaldtorfen ausgefüllt. Infolge des durchlässigen Untergrundes fehlt eine natürliche oberflächliche Entwässerung völlig und ist für einige Gebiete erst durch künstliche Anlagen von Menschenhand geschaffen worden.

Klimatisch gehört die Menzer Heide zu der Übergangszone zwischen atlantischem und kontinentalem Klimaeinfluß. Sie ist ausgezeichnet durch relativ hohe Niederschläge (um 615 mm), erhöhte Luftfeuchtigkeit und verhältnismäßig kühle Frühjahrs- und Sommertemperaturen mit starker Neigung zu Spätfrösten. Bemerkenswert ist insbesondere die gegenüber der wärmeren Mittelmark langsamere Erwärmung des Gebietes im Frühjahr, die sich in der um rund 14 Tage verzögerten Blüte von Obstbäumen, Flieder und Roßkastanie augenfällig äußert. Diese kühlfeuchte Klimasituation spiegelt sich pflanzengeographisch in dem gehäuftten Auftreten borealer Arten wider, die vor allem in den Mooren und Seen, aber auch in den ärmeren Buchen- und Kiefern-mischwäldern zu finden sind<sup>1</sup>. Auf die natürliche Vegetation dieses Gebietes wird im Abschnitt „Waldvegetation“ näher eingegangen werden.

### Siedlungsgeschichte

In slawischer Zeit gehörte das Gebiet der Menzer Heide zu dem slawischen Siedlungsgau Riacióni, der das Seengebiet der oberen Havel umfaßte<sup>2</sup>. Das Waldgebiet

im Norden des früheren Kreises Ruppín, im Westen bis zur Dosse reichend, führte den Namen Lietze und stellte vielleicht eine slawische Kleinherrschaft dar<sup>3</sup>. Der Name Lietze geht nach Trautmann<sup>4</sup> zurück auf nordwestslaw. *lysij* = „kahl“ und bedeutet hier wohl ein aufgelichtetes, heideartiges Waldland. In späterer Zeit erfuhr diese Bezeichnung eine Einengung. Im 16. Jahrhundert verstand man unter der Lietze nurmehr das Gebiet der Menzer Heide und den westlich anstoßenden Landstrich bis zum Rhin. So wurde 1569 der See Zechow (Zechow-See) als auf der Lietze (Lietzow) liegend genannt, und in demselben Jahre verkaufte der churfürstliche Kanzler Diestelmeier seinen Mitbesitz an der Lietze mit den 5 wüsten Feldmarken Niemitz, Tutzen, Degebrot, Darow (Dagow) und Kauratz (Karad)<sup>5</sup>. Heute ist der Name Lietze auf das gleichnamige Forstrevier der früheren Lindower Heide zwischen Rheinhagen, Dierberg, Gudelack-See und Rhin beschränkt.

In diesem Wald- und Seengebiet lagen zur spätslawischen Zeit mehr Ortschaften als heute. Von den auf der Karte 1 dargestellten urkundlich genannten Wüstungen dürften die meisten der in den heutigen Waldgebieten gelegenen bereits zur spätslawischen Zeit bestanden haben, da fast alle der aus diesem Raum untersuchten ehemaligen Dorfstellen auch spätslawische Keramikscherben aufweisen. Es ist sogar damit zu rechnen, daß die Zahl der Ortschaften noch größer war als die der später bekanntgewordenen Wüstungen, da manche slawische Siedlung vielleicht schon frühzeitig verschwunden ist und in der erst relativ spät einsetzenden schriftlichen Überlieferung keinen Niederschlag mehr gefunden hat. Bisher sind, nach der Karte bei Vogel<sup>6</sup> zu urteilen, erst zwei derartige Siedlungen bekanntgeworden, von denen die eine östlich des Törn-See, die andere östlich von Menz an der Polzow liegt, beide also außerhalb des eigentlichen Waldes. Im Waldgebiet selbst ist mit Forschungslücken zu rechnen, konnte doch selbst ein großer Teil der urkundlich genannten Wüstungen bisher noch nicht genau lokalisiert werden.

Die slawischen Siedlungen, wahrscheinlich von jeweils nur geringer Größe, dürften in erster Linie auf den Fischfang orientiert gewesen sein, wie schon die Lage an den Seen augenscheinlich macht. Es ist jedoch auch mit einem kleinflächigen Ackerbau in der näheren Umgebung der Siedlungen sowie mit Waldweide zu rechnen. Die deutsche Siedlungsbewegung setzte in der 1. Hälfte des 13. Jahrhunderts ein<sup>7</sup>. Das durch ärmere Böden und vielfach stärker bewegtes Relief für die auf Getreidebau basierende Landwirtschaft der deutschen Siedlungen weniger günstige Endmoränen- und Sandergebiet wurde dabei wahrscheinlich nicht wesentlich berührt. Hierfür spricht auch das fast völlige Fehlen von deutschen Ortsnamen in diesen Gegenden<sup>8</sup>. Die deutschen Siedlungen dürften sich wahrscheinlich auf die in slawischer Zeit offensichtlich nur in geringem Maße durchsiedelten Grundmoränenplatten beschränkt haben, die den Anforderungen der deutschen Siedler weit besser entsprochen haben. Diese Moränenplatten wurden damals vollständig von Plansiedlungen durchsetzt, die überwiegend deutsche Namen führen und wahrscheinlich nur in wenigen Fällen an slawische Vorgänger anknüpfen, zumeist aber aus wilder Wurzel entstanden sein dürften.

Auch Menz ist sicher erst in dieser Zeit entstanden, wobei der (slawische) Ortsname sehr wahrscheinlich, wie andere Ortsnamen der Umgebung auch (Woltersdorf, Dierberg, Lindow, Grieben), aus dem Raum südöstlich von Magdeburg übertragen worden ist, dem Herkunftsland der damaligen Landesherren, der Grafen von Arnstein<sup>9</sup>, und wohl auch eines Teiles der deutschen Siedler. Die von den Grundrissen dörflicher Siedlungen völlig abweichende Anlage mit rechtwink-



lig sich kreuzenden Straßen und einem großen quadratischen Platz, auf dem noch bis in das 17. Jahrhundert hinein Märkte abgehalten wurden, die Lage im Kreuzungspunkt mehrerer mittelalterlicher Fernstraßen sowie das Vorhandensein von landwehrartigen „Markscheiden“ sprechen dafür, daß Menz ursprünglich als Stadt oder zumindest als Marktflecken geplant und angelegt worden war. Wahrscheinlich war der Ort als Hauptort einer selbständigen Grundherrschaft vorgesehen, welche die Dörfer um Menz einschließlich der Menzer Heide umfassen sollte<sup>10</sup>. Ein miles Johannes de Mentiz, vielleicht Besitzer dieser Herrschaft, wird 1290 in einer Radenslebener Urkunde als Zeuge genannt. Der auf einer Halbinsel im Roofen-See unmittelbar westlich von Menz gelegene Wallberg, auf dem ein frühdeutscher Turmhügel nachgewiesen ist<sup>11</sup>, dürfte der Sitz dieses Grundherren gewesen sein. Die ursprüngliche Planung ist aber entweder von vornherein nicht zum Zuge gekommen oder hat ihr Ende durch den im 14. Jahrhundert einsetzenden Wüstungsprozeß gefunden. Das Menzer Gebiet gelangte in den Besitz des um 1250 gegründeten Zisterzienser-Nonnenklosters Lindow. Die Erwähnung eines Ritters Heinrich von Mentze 1362 als Ratsherr in Neuruppin scheint darauf hinzuweisen, daß es zu diesem Zeitpunkt eine selbständige Herrschaft Menz nicht mehr gegeben hat und deren frühere Inhaber in der Stadt ansässig geworden waren. Die Dörfer Altglobow (Globetzow) und Gr. Menow (Menow) gelangten 1418, damals anscheinend schon wüst, durch eine Schenkung der Gebrüder v. Dewitz an das Kloster Lindow.

Die mittelalterliche Wüstungsperiode brachte im Gebiet einen außerordentlich starken Siedungsverlust (Karte 1). Von den auf dem Kartenausschnitt enthaltenen 46 mittelalterlichen Ortschaften lagen gegen Ende des 15. Jahrhunderts 41 wüst, was einem Wüstungsquotienten von 89 % oder einer Wüstungsdichte von 13 Wüstungen auf 100 Quadratkilometer entspricht. Die im Wald-Seengebiet zwischen Rheinsberg und Fürstenberg gelegenen Dörfer wurden ohne Ausnahme wüst. Der Wüstungsprozeß machte jedoch auch nicht vor den Siedlungen auf der südlich angrenzenden Grundmoränenplatte halt, wo (z. T. außerhalb unseres Kartenausschnittes) auch eine ganze Reihe mittelalterlicher Plansiedlungen dem Wüstungsprozeß anheimfiel (z. B. Hindenberg, Schulzendorf, Sonnenberg). Während aber die Wüstungen auf der Grundmoräne vom 16. bis zum 18. Jahrhundert zumeist wieder besiedelt wurden, blieben die im Endmoränen- und Sandergebiet gelegenen Orte für dauernd wüst. Über den Wüstungsprozeß selbst ist nichts bekannt<sup>12</sup>. Nach Ausweis der in den bisher untersuchten Wüstungen aufgefundenen Keramik<sup>14</sup> haben diese Orte bis in die deutsche Zeit hinein bestanden, der Wüstungsvorgang dürfte etwa für das 14. Jahrhundert zu veranschlagen sein. Eine Reihe von Herkunftsnamen in späteren Einwohnerverzeichnissen läßt vermuten, daß die restlichen Bewohner der wüst gewordenen Ortschaften in den verbleibenden Orten Aufnahme gefunden haben. So erscheint z. B. 1592 ein Georg Degebrot in Neuruppin, 1725 wird in dem Dorfen Krangen ein „Degebrodts Hof“ genannt, und in Dollgow gibt es noch heute den Familiennamen Degebrodts, der ganz zweifellos einen Herkunftsnamen nach der Wüstung Degebrodts darstellt.

Für den Wald im Bereich der Menzer Heide war der Wüstungsprozeß von großer Bedeutung. Auch unter der Annahme, daß die Feldmarken der hier gelegenen Wüstungen nur klein und zwischen den einzelnen Ortschaften noch Waldreste verblieben waren<sup>15</sup>, muß doch mit einer relativ starken Auflockerung des Waldes während des hohen Mittelalters gerechnet werden. Durch die Aufgabe der



8 Scheffel Roggen-Aussaat zur Heidereiterei, die Dorfstätte Stechlin war Ende des 18. Jahrhunderts Pachtland des Dietrichschen Teerofens am Teufelssee.

Einige der mittelalterlichen Wüstungen im Bereich des Amtes Lindow waren bereits im 16. Jahrhundert wieder besiedelt worden, so Zernickow, das jedoch im Dreißigjährigen Krieg wieder zeitweise völlig verödete, Schulzendorf und Sonnenberg. In der unmittelbaren Nachbarschaft der Menzer Heide kam es jedoch erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts zu einer Wiederbesiedlung wüster Dorffluren. In den Jahren 1747–1759 entstanden die Orte Beerenbusch, Roofen, Dagow, Burow, Menow, (Alt-)Globow und Steinförde neu als friderizianische Kolonien, Feldgrieben als Gut<sup>18</sup>, wobei die neuerrichteten Siedlungen nicht in allen Fällen wieder genau auf der Dorfstelle des alten Ortes zu liegen kamen<sup>19</sup>. Die Kolonie Steinförde, die das mittelalterliche Dorf Steinfurt fortsetzte, bestand nur aus einer Erweiterung des Dorfes Dollgow und ging später völlig in diesem auf. Bei der Anlage dieser Kolonien wurden die verwachsenen Feldmarken der betreffenden Wüstungen geräumt und der Wald an diesen Stellen wieder zurückgedrängt. Eine völlige Neugründung ist der Ort Neuglobow, die 1778 im Zusammenhang mit der Verlegung der (Alt-) Globower Glashütte an den Dagow-See erfolgte. Seit dieser Zeit ist der Ortschaftenbestand konstant geblieben. Veränderungen ergaben sich seitdem nur bei kleineren Siedlungstellen wie Teeröfen und Forsthäusern, worauf in den einschlägigen Abschnitten hingewiesen werden soll. Seit 1900 entwickelte sich Neuglobow, dessen Glashütte 1880 stillgelegt worden war, zu einem Kurort und erfuhr durch den Bau von Landhäusern und Erholungsheimen eine starke Vergrößerung. Der Ort wurde 1930 durch die Stechlinsee-Bahn, deren Bau sich von 1914 bis 1930 hingezogen hatte, an das Eisenbahnnetz angeschlossen<sup>20</sup>. In der neuesten Zeit brachte der Bau eines Atomkraftwerkes am Südwestufer des Stechlin-Sees einen völlig neuen Zug in das Bild der Menzer Heide. Die dadurch hervorgerufenen Veränderungen der Waldfläche sind allerdings nur gering, zumal die zum Atomkraftwerk gehörige Wohnsiedlung außerhalb des Waldgebietes in Rheinsberg errichtet wurde<sup>21</sup>.

### Besitzgeschichte und forstliche Einteilung

Zu Anfang des 16. Jahrhunderts befand sich die Menzer Heide im Besitz des Klosters Lindow. Wann und auf welche Weise sie einst in den Besitz des Klosters gelangte, ist unbekannt<sup>22</sup>.

Im Jahre 1541 wurde das Kloster säkularisiert und aus seinen Besitzungen das Amt Lindow gebildet. Das Gebiet der Menzer Heide war danach zeitweise an den kurfürstlichen Kanzler Diestelmeier und Andreas v. Klitzing belehnt. Ersterer übergab 1565 seiner Ehefrau u. a. seine Hälfte der Besitzungen auf der Lietze mit den vier wüsten Feldmarken Dagow, Degebrot, Tutzen und Nimitz als Leibgedinge, trat aber schon 1569 seinen Mitbesitz an der Lietze (wobei diesmal 5 Wüstungen genannt werden, vgl. oben S. 97) für 6000 Taler an Andreas v. Klitzing auf Demertin und Walsleben ab. Noch im gleichen Jahre scheint der Kurfürst dieses Gebiet zurück erworben zu haben, denn auf der Rückseite einer Radenslebener Urkunde über die Beilegung von Grenzsteitigkeiten vom Jahre 1536 heißt es erläuternd über den Zechow-See „Dieser See liegt auf der Lietzow, welche 1569 verkauft worden an den Churfürsten“<sup>23</sup>.

In der Folgezeit verblieb die Menzer Heide im Staatsbesitz. Als das Amt Lindow 1764 aufgelöst und an die Ämter Zechlin und Altruppin aufgeteilt wurde, ge-

langte sie an das Amt Zechlin, bei dem sie bis zur Aufhebung der Ämterverfassung verblieb. Sie war dann als selbständiger Gutsbezirk Teil des Kreises Ruppin und gehört seit 1952 zu dem damals neugebildeten Kreis Gransee. Der Sitz der forstlichen Verwaltung befand sich in Menz. Bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts war hierfür jeweils ein einziger Forstmann ausreichend, der bis dahin Heidereiter, ab 1730 etwa Förster genannt wurde. 1780 unterstand dem Förster noch ein Heideläufer. Eine erste Vermessung der Menzer Heide wurde kurz nach dem Siebenjährigen Kriege durchgeführt, die Vermessungskarte stammt aus dem Jahre 1767. Damals hatte die Menzer Heide eine Gesamtgröße von 26 802 Morgen (rd. 6700 ha). Es erfolgte zugleich eine Einteilung in 4 mal 70 und 4 mal 30 Schläge. Eine erneute Vermessung und zugleich Abschätzung und Einteilung gelangte 1798/99 zur Durchführung, wobei es zu der Errichtung von 116 Jagen kam, von denen 114 Jagen den Wald, die Jagen 115 und 116 aber das bei Menz gelegene Forstdienstland umfaßten. Diese Jageneinteilung war bis zum Jahre 1872 in Kraft (vgl. Karte 2). Im Jahre 1828 erfolgte die Unterteilung in die 4 Reviere (damals Beläufe genannt) Sellenwalde, Bärenbusch, Boberow und Globow. Das Revier Boberow wurde kurze Zeit später in Stechlin umbenannt, nachdem man die Revierförsterei entgegen der ursprünglichen Absicht in der Nähe der alten Dorfstele Stechlin errichtet hatte. Die Revierförster führten zunächst die Dienstbezeichnung Unterförster, der bisherige Förster rückte zum Oberförster auf. 1872 kam es zu einer Neueinteilung in die 6 Reviere („Schutzbezirke“) Dollgow, Sellenwalde, Stechlin, Beerenbusch, Neuglobow und Altglobow, welches letztere ab 1877 infolge Verlegung der Revierförsterei den Namen Dagow führte. Zugleich wurde eine neue Jageneinteilung durchgeführt, indem die alten quadratischen Jagen jeweils halbiert und somit 206 Jagen mit einer durchschnittlichen Größe von 28 ha geschaffen wurden. Aber schon 1890 wurde diese Jageneinteilung wieder aufgegeben und die Menzer Heide jetzt in 243 Jagen mit einer durchschnittlichen Größe von 23,67 ha zerlegt, welche in dieser Form auch heute noch bestehen.

Bereits im Jahre 1846 war eine Fläche von 300,43 ha vom Rittergut Gr. Zerlang angekauft worden. Im Jahre 1896 erfuhr die Menzer Heide eine erneute Vergrößerung durch den Ankauf eines Teiles des Gutes Neuroofen in Größe von 260,5 ha. Daraufhin erfolgte 1897 eine erneute Betriebsregulierung. Am 1. Juli 1897 wurde die Oberförsterei Zechliner Hütte neu gebildet, die außer Teilen der Oberförsterei Zechlin auch Teile der Menzer Heide übernahm, und zwar vom Revier Beerenbusch die Jagen 179–182, 184–189, 192, 193, 196–203, 228–235 mit 646,61 ha, dazu die Zerlangische Aufkauffläche, zusammen 947,04 ha. Diese Veränderungen führten zu einer Umbildung der Reviere. Das Revier Beerenbusch wurde wieder aufgefüllt durch Teile der Reviere Stechlin und Sellenwalde, das Revier Dollgow aufgelöst, das Revier Roofen neu gebildet. 1898 wurden die Anfang des 18. Jahrhunderts veräußerten, zuletzt (seit 1788) im Besitz der Gemeinde Menz befindlichen Seen wieder zurückerworben<sup>24</sup>. 1899 erfolgte der Aufkauf der Restfläche des Gutes Neuroofen in Größe von 390,5 ha, zugleich wurde die Oberförsterei aus dem Dorfe Menz in das Gutshaus von Neuroofen verlegt. Die Neuroofener Aufkauffläche bestand zu einem Teil in Ackerland, das in den folgenden Jahren mit Kiefern aufgeforstet wurde; sie erhielt die Jagennummern 244 bis 274<sup>25</sup>.

In der Folgezeit fanden nur noch unwesentliche Flächenveränderungen statt. 1922 wurden der Roofen-See, 1929 der Wulwitz-See und der Gerlin-See zurückge-

kauft. Im Jahre 1938 wurde auf Betreiben des damaligen Provinzialkommissars für Naturdenkmalpflege Dr. Hans Klose das Gebiet um Stechlin-, Nehmitz- und Krukow-See in einer Größe von 1774 ha zum Naturschutzgebiet erklärt. Nach den heutigen Richtlinien entspricht dieses, vorwiegend als Erholungslandschaft in Betracht kommende Gebiet mehr einem Landschaftschutzgebiet, doch ist eine Umstufung bis jetzt noch nicht erfolgt.

Nach dem 2. Weltkrieg erhielt die Oberförsterei Menz Zuwachs durch Teile des früheren Hofkammerreviers Köpernitz und der Gutsforsten Burow, Zernickow, Schulzenhof und Ludwigshorst, außerdem wurde ihr das bisher zur Oberförsterei Himmelfort gehörende Revier Wolfsluch mit einer Größe von 1200 ha sowie die rd. 90 ha große Stadtforst Gransee zugewiesen. Dafür kamen die Seen, die jetzt der Fischereiverwaltung unterstellt wurden, und der größte Teil der Nichtholzbodenflächen (Wiesen), welche im Zuge der Bodenreform aufgesiedelt wurden, in Abgang. Das Revier Stechlin wurde 1951 aufgelöst, da die Revierförsterei durch Kriegseinwirkungen zerstört war, und auf die benachbarten Reviere aufgeteilt. 1957 hatte die Oberförsterei Menz eine Gesamtgröße von 7317 ha, davon 7205 ha Holzbodenfläche. Sie war zunächst dem Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Rheinsberg, nach dessen Auflösung dem Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Gransee in Fürstenberg unterstellt.

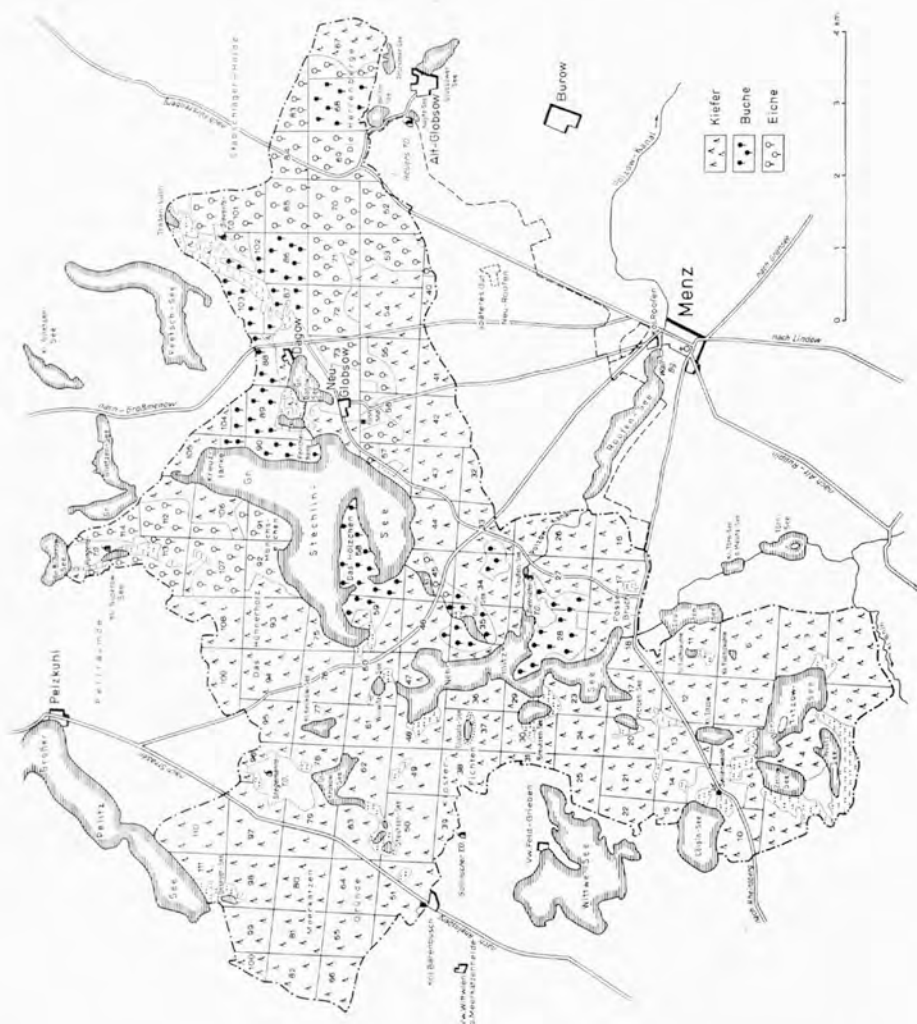
An dieser Stelle mögen vielleicht einige personelle Nachrichten aus älterer Zeit interessieren. Im Jahre 1574 wird ein Heidereiter Burkhard genannt, 1664 ein Heidereiter Jürgen Schwartz. 1697 amtiert ein Heidereiter Gottfried Haase, der 1701 ertrinkt. In den folgenden Jahren werden die Menzer Heidereiter Wolff, Berger und Schlundt erwähnt. 1730 stirbt der Heidereiter Rosinski. Sein Nachfolger ist ein gewisser Müller, der aber weder lesen noch schreiben kann, von forstlichen Dingen nichts versteht und von den Holzhändlern dauernd betrogen wird, so daß er 1731 wieder abgesetzt wird. An seine Stelle tritt der Förster Kummer, der die Verwaltung der Menzer Heide bis 1769 versieht, in welchem Jahre er am 25. Januar in der Flachen Heide erschossen aufgefunden wird. 1769–1779 amtiert der Förster Mootz, 1779–1800 der Förster Schulze, auf diesen folgt der Förster Magnie.

Die Bauernwälder der umliegenden Dörfer waren, wie zumeist in Brandenburg, aus bewachsenen Feldern hervorgegangen, wie es auch 1816 ausdrücklich in einem Bericht des Dollgower Schulzen betont wird: „Was unsere Vorfahren zu Acker nicht mehr brauchen können haben sie aufwachsen lassen zu Heide“. Diese Gemeindeholzungen waren ursprünglich von sehr geringer Größe und erfuhren erst durch die Separation eine mehr oder minder umfangreiche Vergrößerung. 1816 besaßen Dierberg 10–12, Hindenberg 9 und Dollgow 30 Morgen zumeist aus jungem Kiefernaufwuchs bestehende Waldfläche. Lediglich die Menzer Bauernheide war von größerem Umfang, da in sie offensichtlich Teile der wüsten Feldmark Roofen eingegangen waren. 1816 hatte sie eine Größe von 1388 Morgen 7 Quadratruten. Einer Grenzbegehung von 1766 zufolge herrschte auf dieser Fläche die Kiefer vor, doch waren Laubhölzer, insbesondere Eichen und Buchen, stellenweise reichlich beigemischt.

#### Die Waldvegetation und ihre Wandlungen

Da pollenanalytische Untersuchungen aus dem Gebiet der Menzer Heide nicht vorliegen, stützen sich die Angaben über die natürliche Vegetation in erster Linie





Die Menzer Heide im Jahre 1831. Ortschaften, Wege und Gewässer außerhalb der Forstgrenzen unter Berücksichtigung der Erstausnahmen der Meßstichblätter aus dem Jahre 1825, ergänzt nach der Forstkarte von 1912

auf die heutige Vegetation selbst sowie auf die Ergebnisse der forstlichen Standortserkundung<sup>26</sup>. Trotz umfangreicher menschlicher Eingriffe haben sich stellenweise noch recht naturnahe Bestände erhalten, die eine Aussage über die natürlichen, nur von Boden und Klima bestimmten Vegetationseinheiten gestatten. Die vorherrschende natürliche Waldgesellschaft der Menzer Heide ist der Buchen-Traubeneichenwald (*Fago-Quercetum*), der je nach den Bodenverhältnissen in verschiedenen Untereinheiten auftritt. Hauptholzarten sind Rotbuche und Traubeneiche, zu denen in geringem Maße Stieleiche, Weißbirke, Zitterpappel und Vogelbeere treten. Ob und in welchem Maße die Kiefer von Natur aus in diesem Wald vertreten ist, soll weiter unten noch weiter erörtert werden. In der Krautschicht des Rotbuchen-Traubeneichenwaldes finden sich durchgehend Schlängel-Schmiele (*Deschampsia flexuosa*), Behaarte Simse (*Luzula pilosa*), Wald-Habichtskraut (*Hieracium silvaticum*), Schattenblümchen (*Majanthemum bifolium*), Echter Ehrenpreis (*Veronica officinalis*), Berg-Platterbse (*Lathyrus montanus*), Sauer- klee (*Oxalis acetosella*) und Schönes Widertonmoos (*Polytrichum formosum*). In den reicheren Ausbildungsformen treten dazu vor allem Flatterhirse (*Milium effusum*) Wald-Veilchen (*Viola silvatica*), Nickendes Perlgras (*Melica nutans*), Busch-Windröschen (*Anemone nemorosa*), Leberblümchen (*Hepatica nobilis*), Eichenfarn (*Gymnocarpum dryopteris*), Finger-Segge (*Carex digitata*), Hain-Rispengras (*Poa nemoralis*) und Sternmoos (*Mnium hornum*). Die ärmeren Ausbildungsformen dieses Waldes sind meist recht artenarm und werden durch Blaubeere (*Vaccinium myrtillus*), Wiesen-Wachtelweizen (*Melampyrum pratense*), Adlerfarn (*Pteridium aquilinum*), Weißmoos (*Leucobryum glaucum*) und Gabelzahnmoos (*Dicranum scoparium*) gekennzeichnet.

Reichere Buchenwälder (*Eu-Fagion*) sind in der Menzer Heide nur kleinflächig auf den reichsten Endmoränenstandorten im Gebiet zwischen Neuglobsow und Fürstenberg vertreten. In diesem Buchenwald bedeckt der Waldmeister (*Asperula odorata*) in dichten Teppichen den Waldboden, außerdem finden sich hier Christophskraut (*Actaea spicata*), Frühlings-Platterbse (*Lathyrus vernus*) und Waldgerste (*Elymus europaeus*).

An wenigen Stellen nur ist ein wärmeliebender Kiefern-Traubeneichenwald vorhanden, der warme und trockene, nach Süden geneigte Abhänge besiedelt und z. B. am Fenchelberg bei Neuglobsow, auf den Hängen am Roofen-See und am Nehmitz-See vorkommt. Traubeneiche und Kiefer bilden hier die natürlichen Holzarten, an Sträuchern kommen Weißdorn, Kreuzdorn und Wacholder vor und in der Krautschicht wachsen Fieder-Zwencke (*Brachypodium pinnatum*), Pfirsichblättrige Glockenblume (*Campanula persicifolia*), Nickendes Leimkraut (*Silene nutans*), Ästige Graslinie (*Anthericum ramosum*) und zahlreiche andere wärmeliebende Arten. Weitere nur kleinflächig auftretende Waldgesellschaften sind der Erlenbruchwald und der Sumpforst- Kiefernmoorwald auf verlandeten Mooren. An die ärmeren Ausbildungen des Buchen-Traubeneichenwaldes schließt sich der Blaubeer-Kiefernwald (*Myrtillo-Pinetum*) an. Er besitzt in der Menzer Heide keine allzugroße Verbreitung und ist im wesentlichen auf arme und trockene Sanderstandorte bei Menz, Sellenwalde und Bärenbusch beschränkt. Die Bodenvegetation dieses Kiefernwaldes mit dichter Blaubeerdecke ähnelt sehr der des armen Buchen-Traubeneichenwaldes, doch ist die Kiefer hier natürliche Hauptholzart, während Traubeneiche und Buche nur als Mischhölzer in Erscheinung treten. Die natürliche Verbreitung dieses Kiefernwaldes ist heute schwer zu

bestimmen, da durch die forstliche Förderung der Kiefer die natürlichen Grenzen stark verwischt sind. Es kann jedoch als sicher angenommen werden, daß der Kiefernwald im ursprünglichen Waldbild der Untersuchungsgebiete nur eine geringe Rolle gespielt und insgesamt nur kleine Flächen eingenommen hat.

Heutzutage ist die Kiefer im Untersuchungsgebiet weit verbreitet und auf sämtlichen grundwasserfernen Standorten vertreten. Besonders die ärmeren Ausbildungsformen des Buchen-Traubeneichenwaldes sind heute in starkem Maße von der Kiefer durchsetzt, vielfach überhaupt in reine Kiefernforsten übergeführt. Auch die reicheren Ausbildungsformen zeigen heute an vielen Stellen eine mehr oder minder starke Beimischung der Kiefer. Angesichts dieser weiten Verbreitung der Kiefer erhebt sich die Frage nach dem natürlichen Ausmaß ihres Vorkommens. In den reicheren Ausbildungsformen des Buchen-Traubeneichenwaldes hat die Kiefer zweifellos von Natur aus gefehlt, die heutigen Kiefernorkommen auf diesen Standorten sind durchweg künstlich. Für die ärmeren Ausbildungsformen des Buchen-Traubeneichenwaldes rechnet Scamoni mit einer natürlichen Beteiligung der Kiefer und nennt diesen Wald geradezu „Kiefern-Buchenwald“<sup>27</sup>. Nach seiner Karte der Hauptorkommen der Buchenwälder in Brandenburg<sup>28</sup> soll dieser Kiefern-Buchenwald die vorherrschende Waldgesellschaft im Raum zwischen Neuruppin und Fürstenberg darstellen. Für das Gebiet der Menzer Heide ist diese Auffassung wahrscheinlich stark einzuschränken. Die Wuchsfreudigkeit von Buche und Traubeneiche auch auf ärmeren Standorten des Buchen-Traubeneichenwaldes, die starke Schattenwirkung der Buche und das Fehlen von Kiefern-Naturverjüngung in derartigen Beständen selbst bei reichlichem Anteil älterer Kiefern lassen vielmehr erkennen, daß die Kiefer hier keine natürlichen Vorkommen mehr hat. Lediglich auf besonders trockenen Standorten, an Abhängen und in der Kontaktzone zum natürlichen Kiefern-mischwald ist eine natürliche Beimischung der Kiefer im Buchen-Traubeneichenwald anzunehmen.

Wie ist es aber nun zu erklären, daß durch die archivalischen Quellen schon vor der Mitte des 18. Jahrhunderts, bevor also Kiefern-saaten und -pflanzungen in größerem Umfang durchgeführt wurden, ein reichliches Auftreten der Kiefer in der Menzer Heide bezeugt wird? Auch die Existenz von 6 Teeröfen in dieser Zeit, welche auf größere Mengen von Kiefernalthölzern angewiesen waren und somit größere Kiefernorkommen belegen<sup>29</sup>, deutet ja auf einen hohen Kiefernanteil in der gesamten Menzer Heide. Zweifellos sind die Gründe für diese starke und im Gegensatz zu den natürlichen Gegebenheiten stehende Beteiligung der Kiefer bei den Wüstungsvorgängen des späten Mittelalters zu suchen. Im hohen Mittelalter war ein großer Teil der Menzer Heide landwirtschaftliche Nutzfläche, andere Teile waren durch Waldweide und unregelmäßige Holznutzung aufgelichtet. Nach der Auflösung dieses Siedlungslandes konnte die sich schnell verbreitende, lichtliebende Kiefer, zusammen mit der Birke, als Pionierholzart hier Fuß fassen, ehe das Laubholz nachrückte<sup>30</sup>. Unter ihrem Schirm drangen dann wieder Rotbuche und Traubeneiche vor, konnten die vorwüchsigen Kiefern und Birken aber vorerst nicht verdrängen. Während der Anteil der relativ kurzlebigen Birke nach gegebener Zeit wieder auf das normale Maß zurückging, hatte die langlebige Kiefer in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts noch nicht ihre natürliche Altersgrenze erreicht, so daß uns zu dieser Zeit ein hoher Kiefernanteil entgegentritt. Der für die Folgezeit zu erwartende Rückgang der Kiefer aber wurde durch die jetzt einsetzende stärkere Holznutzung mit ihren großen, der Naturverjüngung überlas-

senen Schlägen nicht nur verhindert, sondern es trat dadurch zugleich eine erneute Förderung der Pionierholzarten Kiefer und Birke ein. Später hat dann die forstliche Begünstigung der Kiefer durch Kiefernreinanbau zu ihrer heutigen starken Verbreitung geführt.

Eine erste Waldbeschreibung der Menzer Heide liegt vom Ende des 17. oder dem Anfang des 18. Jahrhunderts vor. Genauere Angaben, insbesondere über die Größe der einzelnen Forstorte, fehlen, von den Holzarten werden wahrscheinlich nur die für einen Verkauf in Frage kommenden aufgeführt. Im einzelnen heißt es:

- „1. Die Mehrkattengründe haben Eychen- und Kienenholtz
2. Der Bärenpusch hat Kienenholtz
3. Stamm Stechlin hat Kienenholtz
4. Hünepusch hat Kienenholtz
5. Bauerort hat Eychen- und Kienenholtz
6. Münchorth an der Walslebenschen Grenze hat Kienenholtz
7. Groß Hölztchen hat Eychen- und Büchenholtz
8. Klein Hölztchen hat Eychenholtz
9. Hennigswerder hat Eychenholtz
10. Gerwigswerder hat Eychenholtz
11. Dollische Heide hat Kienenholtz.“

Bei dem Dorfe Dollgow (Dollin) bestand eine Sägemühle; die darauf geschnittenen Sägeblöcke wurden dem Gehege beim Bärenbusch entnommen.

Der Holzverkauf aus den Wäldern des Amtes Lindow war in der damaligen Zeit nur sehr gering, da die Abgelegenheit der Gegend und die schwierigen Transportverhältnisse einem Holzverkauf in entferntere Gebiete hinderlich waren, der örtliche Holzbedarf aber zumeist im Rahmen der bestehenden Gerechtsame gedeckt wurde. So heißt es 1703 für das Amt Lindow: „Die Mentzische Heyde brächte noch einigen Nutzen, die Lindauische Heyde aber träge kaum den 4. Theil so viel ein, alß selbiger Heydereuther jährlich kostete“. Aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts ist Holzverkauf aus der Menzer Heide an Hamburger Kaufleute belegt. Hierbei dürfte es sich überwiegend um Eichenholz gehandelt haben, das beim Schiffsbau Verwendung fand. Zur Erleichterung des Holztransportes hatte man um diese Zeit den Kleinen Rhin zu einem Floßgraben ausgebaut, der „Zeuten-Kanal“ genannt wurde und bis zum Nehmitz-See führte. Aber im großen und ganzen blieb die Holznutzung gering, und 1739 mußte der damalige Förster Kummer berichten, „daß das massenhafte Lagerholz den Wald für das Vieh der Unterthanen ganz unzugänglich mache und daß bisher noch kein Groschen für Brennholz außer durch Heidemiethe aufgekomen sei“. Um diese Holzvorräte der Menzer Heide besser nutzen zu können, erwog man jetzt die Anlage eines Kanals von der Havel nördlich Zehdenick bis zum Stechlin-See. In einem Voranschlag vom Jahre 1739 versprach der Förster Kummer für die Dauer von vorerst 20 Jahren eine jährliche Lieferung von:

- 1000 Stück Kiefern- Zimmer- und starkem Bauholz
- 300 Stück Sägeblöcken
- 2000 Stück kiefernem Bauholz
- 30 Ringen Eichen-Stabholz
- 2000 Ringen Kiefern- und Buchen-Salztannenholz
- 2000 Haufen Kiefern-Klafterholz

*Rotbuchen-Trauben-  
eichenwald*



100 Haufen Eichen-Klafterholz  
100 Haufen Buchen-Klafterholz  
300 Haufen Birken- und Erlen-Klafterholz

Nach einem 1744 vorgelegten Anschlag rechnete man für die Dauer von 20 Jahren jährlich mit 18 000 Klaftern Kiefernholz und 2000 Klaftern Buchen-, Birken- und Erlenholz, woraus sich ein jährlicher Ertrag von 9083 Talern ergeben sollte. 1745 wurde mit dem Bau des Kanals begonnen, der bis zum Roopen-See dem Lauf des Polzow-Fließes folgte und von hier aus weiter zum Nehmitz-, Stechlin- und Dagow-See führte<sup>31</sup>. 1750 war der Bau dieses Polzow-Kanals vollendet. Der Menzer Förster erhielt die Anweisung, aus seinem Revier so viel Holz als irgend möglich abzugeben. Daraufhin kam es in den nachfolgenden Jahren zu umfangreichen Einschlägen, die in relativ kurzer Zeit zu einer nahezu völligen Entnahme der älteren Hölzer führten. Wie insbesondere die Altersklassenverhältnisse um die Mitte des 19. Jahrhunderts ausweisen<sup>32</sup>, müssen damals die zu Stabholz tüchtigen Eichen, wertvolle Kiefern-Bauhölzer und Sägeblöcke, das zu Salztonnen geeignete Kiefern- und Buchenholz, vor allem aber Kloben-Brennholz in solchem Maße entnommen worden sein, daß neben dem unverwertbaren Material lediglich einige einzelne Eichen und Kiefern als Samenbäume erhalten blieben. Bereits bis 1752 war aus der Menzer Heide für 81 074 Taler Holz verflößt worden. Dazu kam dann noch der Holzbedarf der 1752 angelegten Globower Glashütte, welcher jährlich 600–700 Klafter betrug. So mußte schon 1771 der Förster Mootz melden,



daß kein Holz mehr entnommen werden könne und dürfe, „weil alles noch junges Holz ist, und ist absonderlich die Klobsowsche Glashütte diesem Revier sehr nachtheilig“. Da für den Wiederaufbau nach den Hieben wenig getan wurde, erfolgte die Verjüngung nur langsam. Auf den vielen Schlagflächen kam es zu einer starken Ausbreitung der Kiefer, die dadurch nicht nur ihren bisherigen Anteil erhalten, sondern sich durch Anflug auch in solche Bestände ausbreiten konnte, die bis dahin rein von Buchen und Eichen bestanden waren. Die 1780 angefertigte Morgenländersche Forstbeschreibung berichtet von der Menzer Heide, daß sie zum größten Teil „ist meliert mit Eichen und Büchen, Birken, Kienem ausgenommen die Herrenberge, Fenchel-Berge und Sieberts-Gründe gegen der Mitternächtlichen Seite an dem Mecklenburgischen, bestehen in Eichen und Büchen, doch aber zeigt sich etwas weniger junger Aufschlag von Birken und Kienem darunter“. Der Vorrat an nutzbaren Althölzern war damals nur sehr gering, Kaufmannsgut war weder an Eichen noch an Kiefern vorhanden, die Kiefern bestanden zum größten Teil aus jungem Aufschlag und Stangenhölzern und aus einzelnen Sägeblöcken, kleinen und mittleren Bauhölzern. Seit einigen Jahren schon war weder Brennholz an die „Brennholz-Octroy“ noch Bauholz an das Magazin abgegeben worden. Durch die Erschöpfung der Holzvorräte verlor der Polzow-Kanal an Bedeutung. 1786 wurde seine Auflassung vorgeschlagen, 1789 beschlossen. Der ehemals mit Holz verschaltete und durch Stauschleusen auf einer bestimmten Wasserhöhe gehaltene Kanal wurde nicht weiter unterhalten und fiel mit der Zeit; er trägt heute den Charakter eines flachen Grabens bzw. Baches.

In den nächsten Jahrzehnten war die Holznutzung wegen des Vorherrschens jüngerer Bestände relativ gering. 1800 bestand die Menzer Heide größtenteils aus Jungholz, in dem das haubare Holz eingesprengt war. Von 1798–1800 fand erstmalig eine genaue Abschätzung und die Aufstellung eines Planes für eine nachhaltige Nutzung statt. An haubarem Holz war vorhanden und konnte während der folgenden 18 Jahre jährlich mit Nachhalt verabfolgt werden:

Kiefern:	vorhanden	jährliche Nutzung
extra stark	202 Stück	20 Stück
ordinair	3 996 Stück	199 Stück
mittel	9 062 Stück	216 Stück
klein	7 957 Stück	91 Stück
Sägeblöcke	1 955 Stück	78 Stück
Brennholz	37 164 Klafter	929 Klafter
Eichen:		
Nutzholz	12 995 Klafter	109 Klafter
Brennholz	76 120 Klafter	546 Klafter
Buchen:		
Nutzholz	1 001 Klafter	22 Klafter
Brennholz	6 618 Klafter	144 Klafter
Birken:		
Nutzholz	648 Klafter	36 Klafter
Brennholz	5 016 Klafter	315 Klafter
Erlen:		
Brennholz	90 Klafter	2 Klafter
Hasel	182 Fuder	15 Fuder
Summe an Klaftern:	148 216	2406

Die nächste Abschätzung erfolgte 1828–1831. Der damalige Zustand der Menzer Heide aufgrund der noch erhaltenen farbigen Revierkarten ist auf der Karte 2 wiedergegeben. Auf der Karte sind jedoch nur die jeweils vorherrschenden Holzarten angegeben, nicht dagegen die Anteile der Mischbestockungen. Anhand der vorliegenden Beschreibungen ergibt sich folgendes detailliertes Bild: Im Revier Sellenwalde herrscht überwiegend die Kiefer vor, die meist mit Birken, z. T. mit Birken und alten Eichen gemischt ist. Nur am Ostufer des Nehmitz-Sees befinden sich rd. 75 ha schlechtwüchsige mit Kiefern, Birken und alten Eichen gemischte Buchenbestände. Im Revier Bärenbusch dominiert gleichfalls die Kiefer, vielfach mit Birken, Buchen und alten Eichen gemischt. Das Revier Buberow zeigt auf der Halbinsel im Stechlin-See und um den Gerlin-See Buchen, westlich des Stechlin-Sees bis hinauf zum Boberow-See Eichen als vorherrschende Holzarten. In den übrigen Teilen dieses Revieres herrscht die Kiefer vor, die aber meist mit Buchen, Birken und Eichen gemischt auftritt. Im Revier Globosow dagegen ist die Kiefer, ebenfalls meist mit Birken, Buchen und alten Eichen gemischt, nur auf kleineren Flächen an der Grenze zur Menzer Bauernheide und östlich der Nordspitze des Großen Stechlin-Sees tonangebend. Die Buche findet sich als vorherrschende Holzart zwischen Neuglobsow und der mecklenburgischen Grenze um Dagow und nördlich Altglobosow. Auf den übrigen Flächen herrscht die Eiche. Insgesamt zeigt sich also auf den besseren Standorten im Norden der Menzer Heide ein Vorherrschen der Laubhölzer, wobei je nach der Wirtschaftsführung teils die Traubeneiche, teils die Rotbuche dominiert. Auf den ärmeren Standorten im Südtail herrscht zwar die Kiefer vor, doch deuten die zahlreich eingestreuten Laubhölzer darauf hin, daß es sich dabei zu einem großen Teil nur um Kiefernforstgesellschaften auf Standorten des Buchen-Traubeneichenwaldes handelt.

War bis dahin die Verjüngung der Bestände überwiegend der Natur überlassen worden, setzte sich in den dreißiger Jahren die künstliche Verjüngung in größerem Maßstabe durch. Zunächst begann man mit einer Förderung der Kiefer. So wurden



*Nehmitz-See*

die Eichen- und Buchenbestände der damaligen Jagen 67, 68 und 83 in reine Kiefernbestände umgewandelt. Nach dem Jahre 1838 jedoch findet sich das Bestreben, das Laubholz zu begünstigen. Durch Aushieb der Kiefern und alten Eichen war man bemüht, aus den gemischten Buchen-Eichen-Kiefernbeständen möglichst reine Buchenbestände herzustellen, so z. B. in den damaligen Jagen 27, 34, 59, 89 und 105 (vgl. Karte 2). Im Betriebswerk von 1853 wird es geradezu als leitendes Prinzip bezeichnet, der Forst ihre früheren durch die Kiefer verdrängten Laubholzbestände wieder zu verschaffen. Es wird daher nicht nur der Aushieb von Kiefern aus allen Buchenbeständen in Aussicht genommen, sondern sogar vorgeschlagen, die Bestände, in denen die Buche als Unterholz vorkam, kahl abzutreiben und die Buche, mit Eiche gemischt, aus den Stockausschlägen hochzuziehen. Die Folge dieser Maßnahmen war eine leichte Zunahme der Buchenbestände. Aber diese Tendenzen hielten nicht lange an. Markt- und Absatzverhältnisse verlangten nach einer Orientierung auf die Kiefer, die dann alsbald wieder in den Vordergrund trat. Bereits 1862 heißt es, daß die Kiefer fast ausschließlich Gegenstand der Kulturen gewesen sei. Das Betriebswerk von 1874 sieht eine zukünftige Wirtschaft vor allem auf die Kiefer vor. Die Nachzucht der Buche sollte nur da versucht werden, wo Aussicht auf günstige Naturverjüngung vorhanden ist. Bei Fehlschlägen derartiger Versuche wird eine Aufforstung durch Kiefer vorgesehen. Seit 1865 wurde auch die Fichte vielfach als Unterbau oder auf Lücken ausgepflanzt, oft zusammen mit der Lärche, doch kam man von ihrem Anbau bald wieder ab, um ihn in der neueren Zeit wieder aufzunehmen. 1892 steht die Kiefer völlig im Vordergrund. Als Betriebsziel werden nur Kiefernbestände, und zwar auf reicheren Böden mit Eichenbeimischung und Buche als Füllholz, auf den ärmeren Böden als reine Kiefernbestände vorgesehen. Auf die Erziehung von Eichen- und Buchenbeständen sollte überhaupt verzichtet werden. Diese Auffassung besteht im wesentlichen auch 1912 mit der Einschränkung, daß auch wieder die Eiche als Hauptholzart in Aussicht genommen wird. 1926 werden gleichfalls Kiefer und Eiche als Betriebsziele genannt, während der Buche lediglich eine Rolle als Misch- und Unterholz zugeacht wird. Von einem Reinanbau der Kiefer ist man jedoch wieder abgekommen, für die reinen Kiefernbestände wird ein Unterbau mit Buche vorgeschrieben. Das Betriebswerk von 1938 hat ähnliche Richtlinien.

Als die Folge dieser waldbaulichen Maßnahmen ist eine stete Zunahme der Kiefer bei gleichzeitigem Rückgang der Laubhölzer, vor allem der Buche, festzustellen (vgl. hierzu die Tabelle). Daß dieser Rückgang nicht noch größere Ausmaße angenommen hat, ist auf die starke Wüchsigkeit des Laubholzes in diesem Gebiet zurückzuführen. Besonders auf den etwas besseren Böden dringen Buche und Traubeneiche durch natürliche Ausbreitung in die Kiefernauaufforstungen ein und vermögen sich hier in solchem Maße durchzusetzen, daß diese Bestände nach einer gewissen Zeit auch ohne besonderes Zutun des Menschen den Charakter von Mischbeständen annehmen und nach Nutzung der Kiefern sogar wieder in reine Laubholzbestände übergehen. Die verstärkte Holznutzung vor allem von Kiefernalthölzern in den 30er Jahren sowie während und nach dem 2. Weltkrieg hat auf diese Weise zu einer nicht unbeträchtlichen Zunahme der Buchenbestände geführt.

Der Anteil der einzelnen Holzarten in der Menzer Heide aufgrund der Angaben in den einzelnen Vermessungs- und Abschätzungswerken. Die älteren Angaben sind einheitlich auf ha umgerechnet (siehe Tabelle auf S. 111):

Der Anteil der einzelnen Holzarten in der Menzer Heide aufgrund der Angaben in den einzelnen Vermessungs- und Abschätzungswerken.  
Die älteren Angaben sind einheitlich auf ha umgerechnet.

Jahr	Kiefer	Buche	Eiche	sonst. Laubholz (Bi, Erl)	Fichte und Lärche	Räumen u. Blößen	Summe Holzboden	Gestelle, Wege	Nidtholzboden (Acker, Wiesen, Seen)	Gesamtgröße
1767	3264	1040	385	29	.	214	4932	101	1664	6697
1798	.	.	.	.	.	.	4985	.	.	6733
1831	3521	1361			.	.	4883	.	664	5546
1846	3586	899	337	15,5	.	.	4837,5	.	762,5	5600
1852	3625	956	335	14,0	.	45	4975	.	615	5590
1874	3969,6	734,6	533,6	12,8	.	24,1	5250,8	.	500,1	5750,9
1892	4006,9	675,1	530,4	14,8	.	22,2	5249,4	.	503,2	5751,9
1904	4175,4	641,4	540,0	23,2	.	9,5	.	.	.	.
1912	4289,8	596,4	481,6	31,5	.	.	5399,2	.	1198,8	6598,0
1926	4404	526	462	13	.	.	5394,2	.	1256,3	6650,5
1938	4038,9	721,1	448,4	60,0	107,0	.	5406,2	30,8	1254,0	6660,2
1957 <sup>*)</sup>	4741	816	459	85	130	.	6232	.	104	6336

<sup>\*)</sup> Ohne Revier Wolfsluch und ehem. Stadforst Gransee

## Holzberechtigungen

Seit altersher besaßen die umliegenden Ortschaften Berechtigungen zum freien oder verbilligten Bezug von Bau- und Brennholz. Diese Holzberechtigungen wurden auch den im 18. Jahrhundert neu angelegten Siedlungen verliehen.

1780 waren Holzungsberechtigte gegen  $\frac{1}{3}$  Bezahlung die Dörfer und Kolonien Dollgow, Banzendorf, Dierberg, Schulzenhof, Dagow, Burow, Altglobow, Steinfurt und Hindenberg. Außerdem erhielten die Dörfer Rönnebeck, Leegow, Schulzendorf und Kehlendorf ihr Bau- und Reparaturholz gegen  $\frac{1}{3}$  Bezahlung auf Anweisung aus der Menzer Heide. Nur gegen Stammgeld bekamen Holz der Prediger und der Meierhof zu Banzendorf und das Dorf Woltersdorf, ganz frei die Pfarreien, Küster und öffentlichen Gebäude in den Amtsdörfern. Freies Raff- und Leseholz stand den Dörfern und Kolonien Menz, Dollgow, Altglobow, Burow, Kehlendorf, Schulzendorf, Steinfurt und Dagow sowie den 6 Teerbrennern zu. Eine Reihe weiterer Orte war Heidemieter und hatte jährlich für die Holznutzung 16 Groschen Holzgeld und 2 Groschen Stammgeld  $\frac{1}{3}$  Bezahlung, 1780 waren es die Dörfer Banzendorf, Sonnenberg, Dierberg und Groß-Woltersdorf. In späterer Zeit (1831 und 1846) werden außer den genannten auch noch die Orte bzw. Vorwerke Wittwien, Feldgrieben, Bärenbusch, Zernickow und Groß-Zerlang als Holzungsberechtigte aufgeführt. Die Lieferung von Deputatholz war dagegen nur sehr gering, 1780 erhielten lediglich das Erbzinnsut Gühlen jährlich 1 Fuder Nutzholz und die Klostermühle in Lindow jährlich 1 Fuder Schirrhholz. Bei der Größe der Forst haben sich diese Holzberechtigungen nicht nachteilig ausgewirkt. Mit der Einführung einer geregelten Wirtschaftsführung zu Beginn des 19. Jahrhunderts war man zunächst um eine Einschränkung dieser Berechtigungen bemüht. Ab 1823 wurden nur noch solche Berechtigten zur Holznutzung zugelassen, die ihre Berechtigungen auch wirklich nachweisen konnten. 1835 wird die Benutzung von Beil und Axt bei der Raff- und Leseholzentnahme untersagt. 1853 wurden die Raff- und Leseholzberechtigungen nicht mehr in vollem Umfange ausgeübt, weil die Berechtigten jetzt größtenteils über eigene Waldbestände verfügten. Im Betriebswerk von 1853 wird vermerkt, daß diese Berechtigungen einer zweckmäßigen Bewirtschaftung der Forst nicht wesentlich entgegenstünden, und daß daher für den Fiskus kein Grund vorläge, ihre Ablösung anzustreben, da die zu zahlenden Entschädigungen in keinem Verhältnis zum Erlös durch Verkauf der Hölzer stehen würde. Dennoch begannen schon kurze Zeit später die Verhandlungen zur Ablösung der „für das Revier höchst lästigen Servitute“ (Betriebswerk 1874), die jedoch nur langsam vorankamen, da die Berechtigten übermäßige Forderungen stellten. Bis 1892 jedoch waren, bis auf einen Fall, sämtliche Berechtigungen abgelöst, wobei die Berechtigten zumeist mit Geld, z. T. aber auch mit kleineren Landabtretungen abgefunden wurden.

Da die angrenzenden Ortschaften ihren Holzbedarf meist aus ihren Berechtigungen, teils aber auch durch eigenmächtige Holzentnahmen<sup>38</sup> deckten, war der Lokalbedarf an Holz in früheren Zeiten nur sehr gering. Um 1780 wurden jährlich etwa 300–400 Klafter an die Stadt Rheinsberg und 100 Klafter an verschiedene Dörfer der Umgebung sowie an die Stadt Gransee abgesetzt. Zur besseren Ausnutzung des Holzanfalls hatte man in der Mitte des 18. Jahrhunderts in den Waldgebieten des Ruppiner Landes mehrere Glashütten errichtet. In der Menzer Heide wurde 1752 eine Glashütte in (Alt-)Globow erbaut, die 1778 weiter in das Innere des Waldes an den Dagow-See, an die Stelle des heutigen Neuglobow, verlegt



wurde. Die Glashütte verbrauchte jährlich 600 bis 700 Klafter Kiefern- und Buchen-Scheitholz, wofür nach dem Pachtvertrag für Buchen einschließlich des Stammgeldes 18 Groschen und für Kiefern 13 Groschen 6 Pfennig für den Klafter zu bezahlen waren. Außerdem wurde auch Brennholz an die Weiße Glashütte im heutigen Ort Zechlinerhütte geliefert, und zwar um 1780 jährlich 200 Klafter. Noch 1853 waren die Neuglobsower und die Zechliner Hütte die Hauptabnehmer für Brennholz. Später trat Kohle an die Stelle des sich ständig verteuernenden Holzes, doch gestaltete sich aufgrund der schwierigen Transportverhältnisse der Betrieb so wenig rentabel, daß die Neuglobsower Glashütte 1880 ihren Betrieb einstellen mußte<sup>34</sup>. Von den Fabrikationsgebäuden ist nichts mehr erhalten. Eine Neusilberschmelze in Beerenbusch, zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingerichtet und ebenfalls Abnehmer von Brennholz, bestand nur kurze Zeit und ging 1852 wieder ein. Daneben gab es in Rheinsberg eine Porzellan- und Steingutfabrik, die 1853 gleichfalls als einer der Hauptabnehmer für Brennholz aufgeführt wird.

## Forstnebennutzungen

### *a. Waldweide und Mastnutzung*

Zwecks Erhöhung der geringen Einkünfte aus den Forsten war man in älteren Zeiten bemüht, möglichst viele Nebennutzungen in den Wald zu ziehen. So wurden seit Ende des 17. Jahrhunderts Teile der Menzer Heide als Hutungsreviere verpachtet. 1716–1718 hatte das Gut Meerkatzenheide (heute Wittwien) die Hütung im Westteil der Menzer Heide, den sog. Meerkatzengründen, gegen jährlich 24 Taler gepachtet. Als der Pachtvertrag 1719 von seiten des Pächters nicht verlängert wurde, bot das Amt Lindow das Hutungsrevier lange Zeit hindurch vergeblich aus. Unter Hinweis darauf, daß die Hütung „nur in purem Heydekraut besteht“ und „wegen der großen Dürre wenig zu gebrauchen“ wurden nur 8 Taler an Pacht geboten. Da diese Summe am Amt zu niedrig erschien, kam keine Verpachtung zustande. Erst 1721 wird ein neuer Pachtvertrag abgeschlossen, wobei die jährliche Pachtsumme auf 10 Taler ermäßigt werden muß, da „die Weyde sehr schlecht ist und nichts dabey zu profitieren“. Bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts wurden die Meerkatzengründe um diese Pachtsumme alljährlich als Hutung benutzt. Ebenso hatte das Gut Feldgrieben seit dem 18. Jahrhundert ein Hutungsrevier zwischen Wittwe-See, dem Rheinsberger Weg, Beerenbusch und Steutzen-See gegen jährlich 9 Taler 12 Groschen gepachtet. 1780 hatte außerdem noch das Dorf Menz neben der ihm zustehenden Erbhütung um jährlich 28 Taler Hutung in der Menzer Heide gepachtet.

Neben diesen zeitweisen Verpachtungen hatte aber eine Anzahl von Ortschaften der näheren Umgebung althergebrachte und unentgeltliche Hutungsrechte ohne Beschränkung auf einen bestimmten Bezirk. 1780 bestanden derartige Hutungsgerechtsame für Rheinsberg, Dollgow, Menz, Burow, Dagow, Schulzenhof, Globow, Steinfurt, Neuglobsow, die Rittergüter Gr. Zerlang und Zernickow und die 6 Teerschweler. Hierfür hatte nur das Rittergut Zernickow jährlich 1 Wispel 4 Scheffel Weidehafer zu entrichten. Das mecklenburgische Dorf Straßen besaß gegen jährliche Lieferung von 6 Weide-Hühnern die Hutungsberechtigung in dem Forstort Hühnerbusch. Im Jahre 1846 bestanden Weideberechtigungen für folgende Ortschaften, die in folgendem Umfang ausgeübt wurden:

Weideberechtigter	Pferde	Kühe	Zug- u. Mastvieh	Schafe	Schweine
Menz	80	100	250	1200	—
Dollgow	68	67	110	1158	—
Altglobow	—	36	52	—	—
Burow	—	30	38	500	—
Vw. Kehlendorf	—	40		200	—
Vw. Schulzenhof	—	40	—	200	—
Gut Zernikow	unbestimmte Zahl und Art des Viehs				
Stadt u. Vw. Rheinsberg	nicht bekannt				
Gut Wittwien	—	—	22	500	—
Vw. Grieben	—	—	20	450	—
Gut Gr. Zerlang	—	—	45	600	—
Neuglobow	—	—	40	—	40
Gut Dagow	—	—	60	—	20

Zusammen mit den anderen Servituten wurden auch die Weidegerechtsame in dem Zeitraum von 1862–1890 abgelöst, die Verpachtungen von Hutungsdistrikten eingestellt.

Wenn auch die Waldweide in der Menzer Heide nicht wie anderswo zu ausgesprochenen Waldverwüstungen geführt hat, so ist sie doch auf die Zusammensetzung des Waldes nicht ohne Einfluß geblieben. Durch den ständigen Verbiß des Laubholz-Nachwuchses hat sie eine große Rolle bei der Förderung der Kiefer auf den Standorten des Buchen-Traubeneichenwaldes gespielt. Das Vorherrschen der Kiefer gerade in den randnahen und in besonderem Maße der Hutung unterlegenen Waldteilen dürfte sicher zu einem großen Teil auf den Einfluß der jahrhundertelangen Waldweide zurückzuführen sein.

Im Gegensatz zur Waldweide war die Schweinemast nur von geringer Bedeutung. Im allgemeinen erfolgte ein Eintrieb von Schweinen nur während günstiger Mastjahre und wurde jedesmal an Interessenten verpachtet. 1703 wurden in gesamten Amt Lindow 217 Schweine „vermastet“. Mastberechtigungen bestanden in der Menzer Heide nur für das Stift und das Waisenhaus in Lindow, die je 12, und den Superintendenten, der 3 Schweine unentgeltlich eintreiben durfte, doch sind diese Gerechtsame wohl niemals wirklich ausgeübt worden. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde eine Mastnutzung nicht mehr ausgeübt. Während des 1. Weltkrieges jedoch fand ein erneuter Eintrieb von „Heeresschweinen“ statt, der aber viele Abgänge mit sich brachte und 1918 sogar zu einem völligen Mißerfolg führte.

#### *b. Streu- und Harznutzung*

Auch die Streunutzung hat in der Menzer Heide nur eine untergeordnete Rolle gespielt und daher auch keinen größeren Einfluß auf Standort und Waldvegetation gehabt. 1844 nutzten die Orte Dollgow mit Steinfurt, Altglobow, Hindenberg, Menz und Roofen Streu, doch scheinen Streunutzungs-Privilegien nicht bestanden zu haben. Im Betriebswerk von 1853 wird die Vermutung ausgesprochen, das Zurücktreten des Laubholzes und der geringe Wuchs der Kiefern in den Revieren Beerenbusch und Sellenwalde sei auf eine frühere umfangreiche Streunutzung in diesen Gebieten zurückzuführen. Belege für diese Annahme haben sich jedoch nicht finden lassen. Seit 1892 wurde Waldstreu in kleinerem Umfang an arme Leute abgegeben.

Die Harznutzung ist in der Menzer Heide erstmalig 1916 in kleinem Umfang durchgeführt worden. Sie erfuhr dann in den 30er Jahren eine starke Ausdehnung. Heute werden nahezu alle älteren Kiefernbestände durch Harzung genutzt, wobei die im Naturschutzgebiet befindlichen Kiefern ausgenommen werden.

### *c. Teerbrennerei*

In der Menzer Heide bestanden von der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts 6 Teeröfen. Der genaue Zeitpunkt ihrer Errichtung ist nicht bekannt, er dürfte jedoch in allen Fällen erst nach dem Dreißigjährigen Kriege liegen. Im Erbregister des Amtes Lindow von 1574 ist noch kein Teerofen aufgeführt. 1664 werden erst 2 Teeröfen bei Beerenbusch und „an dem nothsteig im gehege an der Mecklenburgischen Gränze“ genannt, die vierteljährlich je 3 Taler 9 Groschen an Pacht zu zahlen hatten. Die übrigen Teeröfen tauchen erst in der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts in den Akten auf, haben damals aber schon eine Zeitlang bestanden. Sie wurden jeweils nach ihren Pächtern benannt, wobei die Namen später fest wurden, und lagen stets am Rande eines Sees oder Luches. Im folgenden sind der zuletzt gebräuchliche Name und die Lage der Teeröfen zusammengestellt (vgl. hierzu auch Karte 2):

1. Gollins Ofen am Luche östlich von Beerenbusch
2. Stegemanns Ofen im Neuen Tiergarten an einem Luch nördlich des Gr. Krukow-Sees
3. Rungens Ofen am Kleinen Boberow-See
4. Dietrichs Ofen am Teufelssee
5. Sieverts Ofen am Tradenluch östlich Dagow
6. Heuers Ofen im Alten Tiergarten am Kujitz-See bei Altglobsow.

Die Teeröfen waren eingerichtet worden, um die vorhandenen, durch Verkauf nicht zu verwertenden Kiefernstubben im Wege der Teerschwelerei nutzbar zu machen. Die Teeröfen waren bienenkorbartige, etwa 4–5 m hohe aus Ziegelsteinen aufgeführte Anlagen, in denen durch trockene Destillation aus kienreichen Kiefernstubben Teer, Pech, Kienöl und andere Teerprodukte gewonnen wurden. Sie waren zunächst auf 6, später auf jeweils 12 Jahre an Teerschweler verpachtet. Die Pacht wurde nach der Anzahl der Brände, meist 7 bis 9 im Jahr, berechnet und lag im Jahre 1760 zwischen 21 und 27 Talern, 1779 zwischen 23 Taler 1 Gr. 6 Pfg und 34 Taler 16 Gr. 6 Pfg (Ofenpacht). Dazu kamen noch Pachtgelder für Ländereien (Ackerpacht) und Vieh (Kuhpacht). Die Kienstubben zum Schwelen waren frei, das zum Heizen des Ofens benötigte Brennholz war zunächst ebenfalls in der Pacht miteinbegriffen, mußte jedoch seit 1779 nach der Holztaxe mit 6 Gr. 9 Pfg für das Fuder bezahlt werden. Der Verkauf von Teer in das „Ausland“ war verboten. 1792 wurde daher der Teerschweler Stegemann angeklagt, 11 Tonnen Teer nach Mecklenburg verkauft zu haben, kam aber mit einer Verwarnung davon, da er den Teer nicht selbst nach Mecklenburg geschafft hatte. Seit 1781 ersuchten die Teerschweler zu verschiedenen Malen um die Umwandlung der bisherigen Zeitpacht in eine Erbpacht, da, wie sie erklärten, „die Kien-Stubben immer mehr und mehr abnähmen und bey den wenigsten Theer-Öfen noch soviel davon vorhanden wären, daß sie die contractsmäßigen Brände annoch auf Sechs Jahre schwelen könnten“. Der Kienmangel sei in allen Revieren schon so groß, daß sie „den Kien mit weit mehreren Kosten nicht Stämme, sondern wurzeln weise nachsuchen müssen“. Obwohl auch der Förster die Abnahme der Kienstubben bestätigte, wurden

die Anträge von Amt aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abgelehnt. Man wollte innerhalb des Waldes keine nichtkündbaren Ansiedlungen haben. Jedoch kam man 1798 den Teerbrennern insofern entgegen, als die bisher 6jährige Pachtzeit in eine 12jährige umgewandelt wurde.

Infolge der Erschöpfung der Kienstubben konnten in den ersten vier Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts immer weniger Brände durchgeführt werden, so daß sich die Teerschweler mehr und mehr der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung ihrer Pachtländereien und der Waldarbeit zuwandten und die Teerbrennerei nur noch nebenher betrieben, z. T. sogar überhaupt einstellten. Eine derartige Entwicklung aber lag nicht im Sinne der Forstverwaltung, die dann auch die Verträge aufkündigte und die Teerbrenner aufforderte, im Jahre 1841 ihre Anlagen abzubauen und sich außerhalb der Forst anzusiedeln, weil sie, wie es im Betriebswerk 1853 hierzu heißt, „dem Forst durch Consumtion des Stubbenholzes daher nicht mehr nutzen und weil sie, begünstigt durch die isolierte Lage ihrer Etablissements der Versuchung nicht widerstehen, um unerlaubte Nutzung aus der Forst zu ziehen“. Ihre heftigen Einsprüche erwirkten aber noch mehrfach Aufschübe, doch wurden die Verträge jetzt nur noch um jeweils 3 Jahre verlängert, wobei sich die Teerschweler verpflichten mußten, jährlich mindestens einen Brand durchzuführen. Nur dem Teerbrenner Lorenz in Altglobsow, dessen Ofen von Eichen- und Buchenbeständen umgeben war und alter Kienstubben jetzt völlig entbehrte, wurde von dieser Verpflichtung entbunden. Den Teerschwelern wurde nahegelegt, sich in der Zwischenzeit um einen anderen Beruf zu bemühen, auch wurden Teile der Teerofen-Ländereien eingezogen. Doch sollte es noch 20 Jahre dauern, ehe die Absicht der Forstverwaltung endgültig verwirklicht werden konnte. In den Jahren 1857–63 wurden die Teeröfen, von denen 1853 nur noch 2 in Betrieb waren, sowie die Wohn- und Wirtschaftsgebäude der Teerschweler abgebrochen, nachdem man diese z. T. zwangsweise exmittiert hatte; die Teerofen-Ländereien wurden aufgeforstet. Heute erinnern nur noch einige niedrige, von Gras und Holunderbüschen überwachsene Schutthügel sowie verwilderte Flieder- und Stachelbeersträucher mitten im Wald an die frühere Existenz dieser Teeröfen.

# Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Man vergleiche hierzu die Verbreitungskarten charakteristischer Florenelemente bei W. Fischer: Pflanzenverbreitung und Florenbild in der Prignitz. In: Wiss. Z. Päd. Hochschule Potsdam 5., S. 49–84 (1959).
- <sup>2</sup> Herrman, J.: Zamcici-Zemzici. Ein Beitrag zum Problem der Wohnsitze der slawischen Stämme zwischen Elbe und Oder. In: Märk. Heimat, Sonderheft 1, Potsdam 1960, S. 56–60.
- <sup>3</sup> Heinrich, G.: Die Grafen von Arnstein. Mitteldeutsche Forschungen 21, Köln/Graz 1961.
- <sup>4</sup> Trautmann, R.: Die Elb- und Ostseeslawischen Ortsnamen, Teil II, Berlin 1949, S. 28.
- <sup>5</sup> Riedel, A. F.: Diplomatische Beiträge zur Geschichte der Mark Brandenburg. Berlin 1833, IV. Teil: Das adlige Gut und Dorf Radensleben im Ruppinschen Kreise betreffende Urkunden.
- <sup>6</sup> Vogel, W.: Der Verbleib der wendischen Bevölkerung in der Mark Brandenburg. Berlin 1960. Karte 2, Slawische Siedlungsfunde im Land Ruppin.
- <sup>7</sup> Krenzlin, A.: Dorf, Feld und Wirtschaft im Gebiet der großen Täler und Platten östlich der Elbe. Forsch. z. dt. Landeskunde 70, Remagen 1952.
- <sup>8</sup> Auch die hier befindlichen Gewässer tragen, bis auf einige wenige kleine Seen, slawische Namen. Hierzu: J. Bilek, Die Gewässernamen des Stechlinsee-Gebietes. In: Limnologica, 1., Heft 4, Berlin 1962.
- <sup>9</sup> Heinrich, G. (Anm. 3).
- <sup>10</sup> Für eine frühere Selbstständigkeit des Menzer Gebietes spricht auch, daß dieses ein abgerundetes Gebiet für sich darstellt und nur durch einen schmalen Streifen mit dem eigentlichen Lindower Raum verbunden ist. Man vgl. hierzu die Karte S. 54 bei Schulze (Anm. 18).
- <sup>11</sup> Herrman, J.: Die vor- und frühgeschichtlichen Burgwälle Groß-Berlins und des Bezirkes Potsdam, Berlin 1960, S. 139/140, Nr. 90.
- <sup>12</sup> Riedel: Codex dipl. brandenb. A 4, S. 444.
- <sup>13</sup> An die endgültig wüst gebliebenen Dörfer erinnern heute z. T. noch Flur- und Forstortsnamen sowie die mündliche Überlieferung. So erzählen die Stechlinsee-Fischer, in Stamm-Stechlin (einer Bucht im Stechlinsee nahe der Dorfstele Steinstechlin) hätte das Schloß des Grafen Stechlin gelegen, das im Wasser versunken sei. Der Fischzug an der Dorfstele Stechlin heißt noch heute „die Dorfstele“. Ein Viehhirte aus Strasen berichtete, er habe von älteren Leuten seines Dorfes gehört, daß in der Nähe des Boberow-Sees einst ein Dorf gelegen habe. In Dollgow konnte man noch genau die Stellen der Dörfer Steinförde und Pritzkow angeben, auf letzterer soll man mehrfach Knochenreste ausgepflügt haben.
- <sup>14</sup> Der Verf. hat folgende wüste Dorfstele selbst gesehen (in Klammern Zeitstellung der geborgenen Scherben): Pritzkow (frühd.), Steinfurt (frühd.), Roofen (slaw. u. frühd.), Dagow (slaw. u. frühd.), Stechlin (slaw. u. frühd.), Steinstechlin (slaw. u. frühd.), Wittwien (frühd.). Die von H. Scheffler (Beiträge zur Besiedlungsgeschichte der Herrschaft Ruppin, Diss. Würzburg 1936) angegebene räumliche Trennung von slawischen und frühdeutschen Scherben auf der Wüstung Roofen konnte nicht bestätigt werden.
- <sup>15</sup> Hochäcker, wie sie anderswo auf bewaldeten Wüstungsfluren zu finden sind, konnten trotz eingehender Geländebegehungen nicht festgestellt werden. Es wurden jedoch bei einigen Bodeneinschlägen der forstlichen Standortserkundung im Bodenprofil Anzeichen früheren Ackerbaus beobachtet.
- <sup>16</sup> Jäger, H.: Zur Entstehung der heutigen großen Forsten in Deutschland. Ber. z. dt. Landeskunde 13 : 156–171, 1954. Für Brandenburg hierzu H.-D. Krausch: Wüstungsforschung in Brandenburg. In: Märk. Heimat Nr. 4/1960, S. 151–160.
- <sup>17</sup> Schultze, Joh.: Die Herrschaft Ruppin und ihre Bevölkerung nach dem 30jährigen Kriege. Veröff. d. Hist. Vereins Grafsch. Ruppin, Neuruppin 1925. Vgl. auch Bratring 1799, S. 50.
- <sup>18</sup> Schulze, B.: Besitz- und siedlungsgeschichtliche Statistik der brandenburgischen Ämter und Städte 1540–1800. Einzelschriften d. hist. Kommission f. d. Prov. Brandenburg u. d. Reichshauptstadt Berlin 7, Berlin 1935. – Ders.: Neue Siedlungen in Brandenburg, ebendort 8, Berlin 1939.
- <sup>19</sup> Die Dorfstele des alten Roofen liegt etwa 250 m westlich der heutigen Kolonie Roofen. Auch die Wüstung Beerenbusch kann nicht an der Stelle der jetzigen Siedlung gelegen haben, da mittelalterliche Scherben dort nicht vorhanden sind.



- <sup>20</sup> Sie verkehrt heute nur noch bis Gr. Woltersdorf (Amtliches Kursbuch der Deutschen Reichsbahn, Fahrplan 121 d.).
- <sup>21</sup> Steenbeck, M.: Energiequelle Atom. In: Bergakademie, Zeitschr. f. Bergbau, Hüttenwesen und verw. Wiss. 10., 1958, S. 459–467.
- <sup>22</sup> Die ältere Geschichte des Klosters Lindow ist überhaupt in Dunkel gehüllt, da die Klosterurkunden bei der Zerstörung des Klosters im Dreißigjährigen Krieg 1638 verbrannt sind.
- <sup>23</sup> Riedel 1833. Vgl. Anm. 5.
- <sup>24</sup> Krausch, H.-D.: Nachrichten über Abfluß- und Seespiegelveränderungen des Stechlinsee-Gebietes. In: Limnologica (Berlin) 1, 1962.
- <sup>25</sup> Diese Numerierung nahm keine Rücksicht auf die 28 an die Oberförsterei Zechlinerhütte abgetretenen Jagen, deren Nummern seitdem in der Zählung der Oberförsterei Menz fehlen.
- <sup>26</sup> Schultz, K.: Ergebnisse der Standortserkundung im Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Rheinsberg. Erläuterungen zur Standortskarte, 2. Hauptteil. Reviere Bärenbusch, Neuglobsow, Adamswalde. 1954. (Manuskript im Institut f. Forsteinrichtung u. Standortserkundung Potsdam.) Burkert, M.: Dass., Revier Menz. Potsdam 1957 (ebendort).
- <sup>27</sup> Scamoni, A.: Waldgesellschaften und Waldstandorte, 3. Aufl., Berlin 1960.
- <sup>28</sup> Scamoni, A.: Der Buchenwald in Brandenburg. In: Märk. Heimat Nr. 4/1960, S. 168–176.
- <sup>29</sup> Scamoni, A.: Teeröfen als Nachweis eines ursprünglichen Vorkommens der Kiefer. In Archiv f. Forstwesen Nr. 4/1955, S. 170–183.
- <sup>30</sup> Derartige Verhältnisse lassen sich auch heute bei der Bewaldung der rings von Buchen-Traubeneichenwald umgebenen aufgelassenen Ackerflächen an der Revierförsterei Neuglobsow beobachten.
- <sup>31</sup> Schultze, Joh.: Wasserwege und Wasserweg-Probleme im Lande Ruppín (Ruppiner Heimathefte 5), Neuruppín 1935.
- <sup>32</sup> Abschätzungswerk der Oberförsterei Menz de 1853.
- <sup>33</sup> In früheren Zeiten war die Menzer Heide in ziemlich hohem Maße Diebstählen ausgesetzt. In den Jahren 1868–1873 z. B. wurden jährlich durchschnittlich 6 Kriminalfälle, 356 Diebstähle an Nutz- und Brennholz, Raff- und Lesholz und Streu sowie 95 Kontraventionen zur Anzeige gebracht (Betriebswerk 1874).
- <sup>34</sup> Schultz, L.: Die Glasindustrie unserer engeren Heimat. In: Märkische Heimat, Beil. z. Märkischen Zeitung (Neuruppín), 14. Jg. Nr. 1, Jan. 1941.

## Quellen:

Ehem. Preuß. Geh. Staatsarchiv, heute Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg:  
I. Hauptabteilung, Rep. 55. Amts-, Jagd- und Holzsachen, Ämter Lindow und Zechlin. Rep. 99, Generalverwaltung der Domänen und Forsten, B. Forstsachen.  
II. Hauptabteilung, Generaldirektorium, Abt. 14, Ämtersachen Kurmark Abt. 33, Forst-department, B. Kurmark.  
Ehem. Preuß. Geh. Staatsarchiv, heute Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam:  
Pr. Br. Rep. 7, Amt Lindow, Amt Zechlin.  
Pr. Br. Rep. 2, 1. u. 2. Forstregistratur, 1. u. 2. Domänenregistratur.  
Pr. Br. Rep. 2 a, Regierung Potsdam, Abt. III a, Forsten.  
Abschätzungs- und Betriebswerke der Oberförsterei Menz von 1831, 1853, 1874, 1892, 1912, 1926, 1938.  
Ehem. Preuß. Geh. Staatsarchiv, heute Berliner Hauptarchiv Berlin-Dahlem:  
Forstatlas der Kurmark.  
Bibliothek der Forstwissenschaftlichen Fakultät Eberswalde:  
Forstbeschreibung von der Churmark, angefertigt im Jahre 1780 von dem Kgl. Preuß. Geh. Ober-Finanz Krieger und Domänen Rath Morgenländer. S. 319 ff. Mentzsche Forst. Oberförsterei Menz in Neuroofen:  
Taxations-Notizbuch der Oberförsterei Menz, ab 1862.

Auch an dieser Stelle möchte ich allen denen danken, die mir durch Auskünfte und Hinweise behilflich waren. Die Reinzeichnung der vom Verfasser entworfenen Karten finanzierte dankenswerterweise das Institut für Landesforschung und Naturschutz Halle/Saale.

Hermann Fricke:

## Theodor Fontanes Wanderungen durch die Mark Brandenburg als Vorstufe seiner epischen Dichtung

Um große Geister kreist, immer wieder erforscht und immer wieder in scheuer Ehrfurcht unergründet gelassen, das Geheimnis der Doppelexistenz, der Existenz im irdischen Sein und der Existenz im Geist, jenes Geheimnis, das einst der Reichsfreiherr Karl vom Stein seinem Freunde, dem Minister von Schön, in einem Zitat anvertraute:

Macht und Güter gehören der Erde,  
Er ist ein Fremdling, er wandert aus  
Und sucht ein unvergänglich Haus.

Dieses unvergängliche Haus hat Theodor Fontane in seinen Romanen gefunden, die in den Rang der Weltliteratur erhoben wurden und denen die Bedeutung einer entscheidenden Entwicklungsstufe zwischen Goethes „Wilhelm Meister“ und Thomas Manns „Zauberberg“ zugewiesen wurde.

Wie alle Großen hat auch Fontane einen steilen, steinigen Weg durch das Schmerzliche der Welt gehen müssen; aber in tiefster innerer Erniedrigung verließ ihn nicht die Zuversicht. Aus einer expressionistisch-chaotisch wirbelnden Vision steigt in Lewin von Vitzewitz das Gedicht empor:

Auch das Schlimmste kann nicht weilen  
Und es kommt ein andrer Tag.

Die Verwirklichung einer Existenz in der Welt des Geistes erfordert einen immer stärkeren Verzicht auf eine Existenz in der Welt. Der Realist Fontane wählte sich zu seinem Lieblingsspruch nicht ein Wort aus der Welt des Historisch-Romantischen, sondern ein Wort aus der klaren Verstandeswelt des 18. Jahrhunderts, die Weisheit des François Marie Arouet Voltaire „*On ne vient pas à la postérité avec tant de bagage*“ — Man gelangt nicht auf die Nachwelt mit soviel Ballast“. Das rührt an das Problem seiner schriftstellerischen, seiner dichterischen Existenz schlechthin.

Die „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ haben, abgesehen von den freundlich ermunternden Worten Theodor Mommsens, bei den Historikern von Fach, besonders bei den offiziellen „Historiographen der brandenburgischen Geschichte“ Preuss und Riedel wenig Gegenliebe gefunden. Mit um so größerer Bewunderung und Hingabe haben die touristisch interessierten Laien und Freunde der brandenburgischen Lande die Bände der „Wanderungen“ aufgenommen.

Das umfassende Romanwerk Fontanes haben seine Zeitgenossen gerne unter rühmender Hervorhebung der märkischen Wanderungen als eine wenig bedeutsame Leistung herabzusetzen gesucht. Beim Erscheinen des „Schach von Wuthenow“ beklagte sich der Dichter darum bitter: „Die gesamte deutsche Presse verfolgt mir gegenüber beständig den Zweck, einen bestimmten Schriftsteller an einer bestimmten Stelle festnageln zu wollen. Es ist das Bequemste. Mein Metier besteht darin, bis in alle Ewigkeit hinein ‚märkische Wanderungen‘ zu schreiben. Alles andere

wird nur gnädig mit in Kauf genommen.“ 1888 äußerte er sich in einer Besprechung des Wildenbruchschen Dramas „Die Quitzows“ noch drastischer, daß es nichts Langweiligeres gäbe als immer wieder Straußberg und Liebenwalde, als immer wieder Bötzow und Köpenick, als immer wieder „auspochen“ und Kühe wegtreiben und Schulmeister totschiessen. Ihm ging schon damals „das Donnerwetter und Schockschwerenot einiger biederer Märkischer mit oder ohne Adel“ über alle Historik. Und als 1894 bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Berlin der Dekan der philosophischen Fakultät das Schwergewicht der Gründe für diese Ehrung auf den *narratorem ingeniosum terrae nostrae*, auf den genialen Schilderer unseres Landes legen wollte, meinte der Dichter in humorvoll lächelnder Ironie: Mit seiner historischen Schriftstellerei sei es eigentlich nicht weit her, seine echte Leistung läge doch mehr auf dem Felde der Dichtung! Ihm selbst galten die „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ im wesentlichen als Vorstufe und Übungswerk zu seinem epischen Oeuvre, zum Stilistischen, Kompositorischen, Künstlerischen. Denn hier lag die innere Verbindung zwischen den beiden Existenzen Fontanes.

Historische Touristik und epische Dichtung gehen seit 1856 bis an Fontanes Tod 1898 nebeneinander durch des Dichters Leben und Schaffen. Am 12. September 1851 gesteht Fontane dem Freunde Theodor Storm, daß er zwar einiges gearbeitet habe, „doch steht von Schill und Wolsey noch nichts auf dem Papier“. Der hier erwähnte Plan eines Schill-Romans ging unter dem Einfluß der Wanderschriftstellerei alsbald in den Plan eines Romans „Lewin von Vitzewitz“ auf. Als Fontane 1866 diese Pläne vor der Kriegshistorik der im Verlag von Decker erschienenen Bände über die Feldzüge 1864, 1866 und 1870/71 zurückstellen mußte, versicherte er seinem freundwilligen Verleger Wilhelm Hertz: „Es ist nun zehn Jahre, daß ich mich mit dem Stoff trage“ und fügte ahnend hinzu: „und wenn ich nach abermals zehn Jahren (was Gott verhüten wolle) erst an die Fortsetzung der Arbeit herantreten könnte, so würde das weder meinen Eifer erlahmt noch die Ausführung altertümlich haben. Das Feuer flackert nie hoch auf, aber es brennt still weiter . . . Der Roman darf nicht ungeschrieben bleiben.“

In diesem entscheidenden Jahre 1856 zeichnete Fontane sich im Tagebuch am 19. August auch den ersten Gedanken zu seinen „Wanderungen“ auf: „Einen Plan gemacht: die Marken, ihre Männer und ihre Geschichte. Um Vaterlands- und künftiger Dichtung willen gesammelt und herausgegeben von Th. F. – Wenn ich noch dazu komme, das Buch zu schreiben, so habe ich nicht umsonst gelebt und kann meine Gebeine ruhig schlafen legen.“ Daraus erhob sich im August 1859 die erste Arbeit an Skizzen „Zwischen Elbe und Oder“. Ende November 1861 erschien im Berliner Verlag von Wilhelm Hertz der erste Band der „Wanderungen“ mit dem vordatierten Erscheinungsjahr 1862: an dieses Jahrhundertgedenken sei erinnert. Durch eine vom preußischen Kultusminister und später vom Innenminister für landesgeschichtliche Forschungen bewilligte Beihilfe wuchsen sich Fontanes Pläne für die „Wanderungen“ alsbald zu einem 20bändigen Werk aus, dem ein gleich umfangreiches Parallelwerk „Geschichten der Mark“ zur Seite treten sollte. Noch in seinem Todesjahr kehrte der Dichter, wie er in leicht ironischer Umschreibung des „*Et l'on revient toujours à ses premiers amours*“ aus der Romanze des Charles Guillaume Étienne sagt, zu den alten Göttern zurück und arbeitete neben dem Likedeeler-Roman an einem

„Ländchen Friesack und die Bredows“. Um das Nebeneinander von historischer Forschung und epischer Phantasie deutlich zu überblicken, seien die Abfassungszeiten der Wanderungs- und Romanbände gegenübergestellt:

August 1859 –Juni 1861	Grafschaft Ruppin	Jan. 1862–Früh- jahr 1863	Beginn der Arbeit am Roman „Lewin von Vitzewitz“
Sept. 1863	Das Oderland beendet	Winter 1863/4	Erste Kapitel des „L. v. Vitzewitz“
Nov. 1864	Gfsh. Ruppin, 2. Aufl.		
Febr. 1864 bis Sommer 1872	Havelland	November 1865	Vertrag mit W. Hertz über L. v. Vitzewitz
Nov. 1874	Gfsh. Ruppin, 3. Aufl. Oderland, 2. Aufl.	Juni 1866 Spätherbst 1875 bis April 1878	Bd. 1 „Vor dem Sturm“ abgefaßt Bd. 2 bis 4 „Vor dem Sturm“ abgefaßt.
August 1878 –Dez. 1881	Spreeland		„Grete Minde“
Nov. 1879	Oderland, 3. Aufl.		
April 1880	Havelland, 2. Aufl.	1880	„L'Adultera“
Jan. 1881 –Juni 1888	Fünf Schlösser	1882	„Schach von Wuthenow“
1883	Grafschaft Ruppin, 4. Aufl.	1884	Graf Petöfy
	Havelland, 3. Aufl.	1885	Unterm Birnbaum
		1887	Cecile
1887	Spreeland, 2. Aufl.	1888	Irrungen, Wirrungen

Seit 1892 erschienen die „Wanderungen“ als wohlfeile Ausgabe. Die deutsche Romantik hatte bereits zahlreiche „Malerische Wanderungen“ durch die Rheinlande, die Alpen u. a. hervorgebracht. Die Kunstwanderungen der Romantiker waren durch die moderne Kunsthistorik ins Wissenschaftliche gewandelt worden. Fontanes Tunnelbrüder Waagen, Kugler, Lübke gingen voran, so etwa Franz Kugler mit seinen „Studien in Berlin und der Umgegend“ (Kleine Schriften und Studien, Berlin 1853, S. 101–119). Fontanes „Wanderungen“ standen im Gesamtbereich der touristischen Literatur jener Epoche nicht vereinzelt da. Auch Frankreich hatte schon früh in seiner Literatur den Schritt vom Statistisch-Topographischen zum Historisch-Touristischen getan. Fontane erlebte diese Literatur, wie er 1859 in einer Rezension des v. Etzelschen Ostseebuches mitteilt, als wichtigen Schrifttumszweig in England in voller Blüte. Die Fortentwicklung des Historisch-Touristischen in die dichterische Epik war vorbildlich durch Walter Scott geschaffen worden.

Die Rezensenten haben sofort gemerkt, daß auch in dem Roman „Vor dem Sturm“ gewandert wird, aber erst 1882 entdeckte der Kritiker des „Grenzboten“: „Schon die ‚Wanderungen durch die Mark Brandenburg‘ zeigen, wie aus dem Balladendichter allmählich ein Novellist hervorgeht. Gewisse Kapitel dieser Heimatschilderungen sind noch Balladen in Prosa, andere weiten sich nach Anlage und Kern zu Novellen aus, denen nur die Detaillierung versagt wird. Die Über-

gänge zu dieser Wandlung sind fein, doch ist für den Schärferblickenden die Begabung Fontanes zur Erzählung rasch ersichtlich.“ Die Entwicklung ging bei Fontane viel komplizierter und geheimnisvoller in jenem Grenzgebiet, in dem sich die besondere Phantasie des erzählenden Dichters entfaltete. Sie erfüllt dramatisch sein Leben vom 40. bis zum 60. Lebensjahr. Als er 1879 den nicht ausgeführten Roman „Allerlei Glück“ dem Zeitschriften-Redakteur Gustav Karpeles anbot, bezeichnete er ihn als den Roman seines Lebens „oder richtiger die Ausbeute desselben“. In Heimat und Fremde war diese Ausbeute des Lebens gesammelt worden. So wenig es übersehbar ist, daß die englische Balladenwelt Fontanes Abkehr von der zeitgebundenen jungdeutschen Sozialdichtung und Hinwendung zur Tradition bewirkt hat, daß die im Zeichen von Shakespeare, Ossian, Burns und Scott unternommene Schottlandfahrt von 1858 den Anstoß zur Darstellung der brandenburgischen Lande gegeben hat, so deutlich ist, daß die Freisetzung der Begabung zum Plaudern und die Geburt der besonderen Art seiner epischen Phantasie aus dem modernen und weiteren Bereich der epischen Kunst von Scott, Dickens und Thackeray erfolgte. Aus der Rückschau des Fontaneschen erzählerischen Spätwerkes ist die Beobachtung der ersten Keime seiner dichterischen Hellsicht, seines neuen realistischen Stils, das Aufsteigen neuer dichterischer Romanform aus einer spezifisch fontanisch organisierten schöpferischen Phantasie eine der reizvollsten Aufgaben aus dem Grenzgebiet zwischen Fontanes historischer Touristik und seiner epischen Kunst. Am 4. Juni 1857 hatte der Dichter in seinem Tagebuch notiert: „Ein Buch intendiert unter dem Titel ‚Brandenburgische Geschichten‘ (z. B. also: Der Falsche Waldemar, Die Hussiten vor Bernau, Die schöne Gießerin, Die weiße Frau, Die alten adeligen Geschlechter und ihre Sagen, Derfflinger, Sidonie von Borke (pommersch), Die kurfürstlichen Schlösser, Rheinsberg, Kohlhaas, Prinz von Hessen-Homburg).“ Dieser nicht ausgeführte Plan eines Novellenbuches ist bezeichnend für das schon von Anbeginn an wirksame Vorwiegen der Macht dichterischer Phantasie gegenüber dem Historisch-Touristischen. Hunderte von Studienblätter zu diesem Buch blieben im Schreibtisch „reponiert“ und fanden als „Ausbeute des Lebens“ vielfach in den späten Romanen ihre Verwendung. Fontanes Verzicht auf dieses Novellenbuch geht zweifellos auf die Erkenntnis zurück, daß Scotts Kunst des historischen Romans zu eng sei, um Fontanes Lebensausbeute, die zweifache Daseinssicht aus Vergangenheit und Gegenwart, einzufangen. „Nicht die verwitterten Steine fesseln uns, aber die Männer, die unter ihnen ruhen.“ Dieses Wort aus „Jenseit des Tweed“ wird im Vorwort zur 2. Auflage der „Grafschaft Ruppin“ ausgeweitet zur größeren Erkenntnis: „Das Beste aber, dem Du begegnen wirst, das werden die Menschen sein, vorausgesetzt, daß Du Dich darauf verstehst, das rechte Wort für den ‚gemeinen Mann‘ zu finden.“ Und im Schlußwort zum letzten Wanderungsband von 1881 nennt Fontane auch den Mann, der ihn bei den „Wanderungen“ aus der Historik in die Epik zurückgeführt und ihn unbewußt dahin beeinflusst habe, daß er „den ursprünglichen Plauderton in sein ihm zuständiges Recht wieder einsetzte: Garnisonsschullehrer Wagener in Potsdam. Er war die Quelle der ‚ernsten und heiteren Geschichten“ aus der Umgegend von Potsdam. Schade, daß das vom märkischen Wanderer intendierte Kapitel über Potsdam ungeschrieben blieb.

Fontanes dichterische Phantasie bewirkte es, daß er als einer der ersten europäischen Geister das Zeitalter des Historismus überwand. Die Wanderer werden allzeit Fontanes Heimatforschungen um ihres „Frachtwagens“ an Stofflich-Neuem



lieben, aber ihr Herz wird stets mehr gebannt bleiben durch die Hinwendung vom Zeitlich-Bedingten zum Ewig-Menschlichen. Als Fontane im Juli 1874 mit der „Sphinx“ seine Fahrt auf der wendischen Spree macht, greift er an die tiefen Wurzeln großer Epik: „In dem Berührtwerden von etwas Unwandelbaren, in der Wahrnehmung von dem ewigen Eingereichtsein des Menschen in den Haushalt der Natur, liegt der Zauber dieser Einsamkeitsdörfer.“ Überall in den „Wanderungen“, wo es nicht nur um das „Historische“ als einen feststellbaren Vorfall geht, sondern um „tüchtige Kerle“ und um das lebendig Fortwirkende, da entwickelt Fontane seine dichterische Phantasie. Die gesellschaftliche Schichtung ist auch in den „Wanderungen“ zeitgebunden an die Welt der bürgerlichen Anschauung, vornehmlich an Adel, Generäle, Kaufleute und nur ab und zu an den „gemeinen Mann“. Schon hier wird die Diskrepanz sichtbar, die zwischen Fontanes Wanderungshistorik und der viel breiteren Lebensausbeute seines Daseins bestand und die zur Entscheidung für die ursprünglich dichterischen Kräfte drängten. Mit hellem, unbestechlichem Blick und immer kritischem Ohr für Menschenworte durchwanderte Fontane den großen Menschengarten. Dieses Hellsehen und Hellhören waren seine Begnadung, die Grundlage für seine kompositorische Konzentrationskraft und dichterische Wortgewalt.

Der preußische Kultusminister Moritz August von Bethmann-Hollweg (Onkel des späteren Reichskanzlers), dem Fontane im November 1861 den ersten Band seiner „Wanderungen“ sozusagen als Nachweis seiner für die empfangene Beihilfe geleisteten Arbeit überreicht hatte und dabei den besonderen Stil des Buches als „wandernd, plaudernd, reisenovellistisch“ gekennzeichnet hatte, nannte in souveräner Weise das Werk eine landeshistorisch völlig unzulängliche Leistung. Dem Verleger Hertz, der im Februar 1861 den reisenovellistischen Stil in ähnlicher Weise verworfen hatte, versprach der Dichter, im zweiten Band der „Wanderungen“ seine „kleinen Reiseabenteuer so gut wie ganz verschwinden“ zu lassen. Damit mußte Fontane wieder einmal vor seiner Lebensaufgabe, der epischen Dichtung, resignieren. Weit stärker als Scott hat Fontane über jene Grundkräfte verfügt, aus denen sich die dichterische Phantasie des modernen Romanciers als nicht weiter deutbares Wunder erhebt: die ursprüngliche Mächtigkeit im Aufnehmen von Eindrücken aus dem Leben und aus den Gestaltungen der Dichter, das hervorragende Gedächtnis, um aus diesem Lebensvorrat Erde, Menschen und Begebenheiten genial zu formen, und schließlich das tiefe innere Mitleben bei der schöpferischen Gestaltung. Fontane selbst sah in tiefer Ehrfurcht auf das Geheimnis seiner Begabung und das Erlebnis der Inspiration. „Vielleicht ist mir Effi Briest so gelungen, weil ich das Ganze träumerisch und fast wie mit einem Psychographen geschrieben habe.“ Daher auch die Erkenntnis: „Der Roman soll ein Bild der Zeit sein, der wir selber angehören, mindestens die Widerspiegelung eines Lebens, an dessen Grenze wir selbst noch standen, oder von dem uns unsere Eltern noch erzählten.“ In diesem Wort aus einer Rezension der Gustav Freytagschen „Ahnen“ von 1870 hat Fontane nicht nur den Grundsatz des „sixty years ago“ aus Scotts Erstling „Waverley“ als zukünftsträchtig bestätigt, sondern auch das über Scott hinausgehende neue Ziel der Erzählkunst bezeichnet: *Bilder der Zeit!* Es ist der Schritt zum Gesellschaftsroman, der über den Goetheschen Bildungsroman und den Scottschen Geschichtsroman hinaus getan wird.

Man muß sich einmal die Gesamtmasse der frühesten Entwürfe, Brouillons, Pläne und Studien Fontanes zu seinem ersten Erzählwerk vor Augen halten, um diese

epochale Fortentwicklung in der Kraft seiner dichterischen Phantasie zu überblicken. Die in Tausenden von Manuskriptblättern aufgestapelte „Ausbeute des Lebens“ kreiste im wesentlichen um vier Kristallisationspunkte: Schill-Roman, „Vor dem Sturm“ (ursprünglich: Lewin-von-Vitzewitz-Roman), Brose-Roman (um Fontanes Lehrherrn, den Apotheker Rose komponiert) und schließlich „Allerlei Glück“. Deutlich ist das Vorhandensein einer doppelten Zielrichtung auf Historie und Einzelheld einerseits, Zeitbild und Gesellschaft als Held andererseits erkennbar. Dieses Nebeneinander besteht schon in dem Erzählwerk des jungen Fontane. Fontane suchte in allen tiefen Brunnen der Erzählkunst, im Werk der sozialkritischen Cornlawrimer wie Robert Nicoll, Ebenezar Elliott oder in den Romanen von Catherina Grace Gore, von Walter Scott, Charles Dickens und William Makepeace Thackeray.

Mit Dickens, dem Bürojungen aus der bunten Welt des Advokatenhauses, hatte Fontane, der Laborjunge aus dem Apothekenkeller, die große Begnadung der Menschenerforschung gemeinsam, die Genauigkeit der Beobachtung und die Aufspeicherung der Lebensausbeute in einem unerhört treuen Gedächtnis. Darin war er dem Jean Paul verwandt. Die Romane Thackerays besaß er als kostbares Geschenk seiner Gattin.

Es erschien ihm ungewöhnlich, daß man in England den Verfasser von „Vanity fair“ höher einschätzte als den Meister des „David Copperfield“. Beide waren Gestalter der Schau bürgerlicher Gesellschaft, wie sie England bis zur Verfallserscheinung ausgebildet hatte. Wie einst Cervantes im Don Quichote die Feudalwelt zu Grabe gelacht hatte, so wirkten die beiden großen Briten am Grabgesang der bürgerlichen Gesellschaft. „Thackeray“, sagt Fontane gelegentlich von dessen Wahlniederlage 1857, „Thackeray geißelt auch, aber er geißelt mehr die Gesellschaft überhaupt als irgend eine bestimmte Klasse daraus... Er weiß mehr und ist ernster und tiefer... Eines freilich fehlt auch ihm: Er sucht nach Wahrheit, aber seinem Suchen und Finden fehlt die Liebe“. Die Wahrheit, die Selbstkritik der bürgerlichen Welt erhebt sich aus der Wirklichkeit. „Der Realismus“, so sagte Fontane 1853 in seinem Aufsatz über lyrische und epische Poesie, „schließt nichts aus als die Lüge, das Forcirt, das Nebelhafte, das Abgestorbene... Er liebt das Leben je frischer je besser, aber freilich weiß er auch, daß unter den Trümmern halbvergessener Jahrhunderte manche unsterbliche Blume blüht“.

An der niederdrückend-pessimistischen Gesellschaftskritik im bürgerlichen Roman der englischen Dichter fand Fontanes dichterische Phantasie kein Genüge. Die Liebe zur Menschheit begeisterte den deutschen Dichter dazu, schon im Niedergang des Bürgertums den Aufgang einer neuen Gesellschaftsform zu erschauen. So steigt vor dem inneren Auge des Sohnes der Genfer Konfession und des Nachfahren der französisch-reformierten „Kirche in der Wüste“ die Phantasmagorie jener „Wanderung durch die Wüste vom Winter 1812“ auf, von der Willibald Alexis im Vorwort zum „Isegrim“ gesprochen hatte. Ehe jedoch dieser „andre Tag“ heraufleuchtete, drohte die Schaffenskraft Fontanes unter dem Eindruck der negativen Kritiken über seinen ersten Wanderungsband zu erlöschen. Das Historische als Beflügler der epischen Phantasie versagte seinen Dienst. „Ich bin innerlich tief müde, seit Monaten, vielleicht seit dem Monat schon, wo ich von England als eine geschlagene Truppe zurückkam... Ich kann nicht mit, mir fehlt ein Stück Lungenflügel“, schrieb er Ende November 1861 seinem Verleger und am 13. Dezember unterzeichnete er als „Ihr ganz erschöpfter, abtragener (worn

out sagen die Engländer) Th. Fontane“. Ihn rettet aber ein trotzdem vorhandenes „beständiges innerliches Engagiertsein“, ihn richtet die dichterische Phantasie wieder auf. Die Visionen seiner Gesellschaftsromane, der märkischen und der berlinischen, erfüllen sein Schaffen. Im Alexis-Aufsatz von 1873 hob er den Grundgedanken heraus. „Die ‚Gesellschaft‘ taugte nichts, aber das Volk war gesund.“ Am 17. Juni 1861 hatte Fontane sein Manuskript des ersten Wanderungsbandes abgeschlossen, am 17. November übersandte er den Band dem Freunde Paul Heyse mit der Ankündigung: „Über unser Berliner Leben, groß und klein, ließen sich selber wieder Bücher schreiben (und werden gewiß geschrieben werden).“ Am 25. Januar 1862 begann Fontane mit den ersten Vorarbeiten zum märkischen Roman. Mit „Allerlei Glück“, dem Berliner Roman, der unvollendet der Steinbruch wurde, aus dem später die Ecksteine zu Fontanes großen Romanen gewonnen wurden, und mit „Vor dem Sturm“, dem Roman seines „sixty years ago“, begann der Dichter seinen Weg in die große Epik:

In dem ew'gen Kommen, Schwinden,  
Wie der Schmerz liegt auch das Glück  
Und auch heitre Bilder finden  
Ihren Weg zu dir zurück.

Im Winter 1862/63 hat Fontane die ersten Kapitel seines zunächst „Lewin von Vitzewitz“ betitelten Romans geschrieben. Entzündet durch die Kritik an Alexis' „Isegrimm“ steht über Fontanes erstem epischen Werk von Anbeginn an die doppelte Sicht des Dichters auf Gesellschaft und Volk. Als die drei wichtigsten Romanelemente notierte er sich:

„Personen. Figuren.  
Dialoge. Gespräche.  
Situationen.“

Zu den Vorarbeiten schrieb er sich eine Vielzahl von Literatur und Helfern auf: „Marwitz. Zeitungen 1812/13. Kalender. Rang- und Quartierliste. Welche franz. Regimenter in Küstrin etc. Märkische und norddeutsche Sagen. Wendische Altertümer. Larochevoucauld. Voltaire. Die Briefe der Rahel. Biographie Tiecks. Biographie Johannes v. Müllers. Die Reden Fichtes. Die Vorlesungen Humboldts und A. W. v. Schlegels (über Literatur). Biographien, die jene Zeit berühren (wie z. B. Harnisch, Hitzig über Chamisso, La Motte Fouqué in seiner Autobiographie und viele andere. Gedichte aus der Zeit (Arndt, Schenkendorff, Staegemann, lieber aber Volksweisen und Volkssprüche). Auch Achim von Arnim, Brentano, die dänischen Volksballaden von W. Grimm. Jahns Volkstum. Arndts Geist der Zeit. Pfeil, Sumpf und Sand. Arndt, Erinnerungen aus dem äußeren Leben. Arndt, Wanderungen und Wandlungen mit dem Freiherrn v. Stein. Bei den Büchern zu Rate ziehen: Oberlehrer Holtze, Geh. Rat. Metzel, College Adami, Eggers, Roquette, v. Ledebour, K. Bibliothek, Gsellius, Sommerfeldt (Küstrin), Pertz, Leben des Feldmarschall Gneisenau.“

Aus diesem riesenhaften Material seiner Studien erhob sich alsbald die erste Schicht der Romanplanung von 1862/63.

Eine Studien-Notiz, bereits mit dem ursprünglichen, dem „Isegrimm“, dem Übernamen von v. d. Marwitz, nachgebildeten Romantitel: „Vitzewitz“ überschrieben, läßt die Phantasiegebilde an Personen und Situationen sichtbar werden:

„Vitzewitz auf Hohenvietz. Lewin v. Vitzewitz. Marie v. Vitzewitz.  
Pastor Koepernitz. Die alte Herrenhuterin. Schulze Kniehase. Seine Frau.

Marie Kniehase. Man sah sie war eine vornehme, eine leidenschaftliche und eine phantastische Seele. Der Förster, der Müller, der Krugwirt, die Bauern, das arme Volk auf dem Forstacker. Hoppen-Marieken.

Der alte Prinz Ferdinand im Johanniter-Palais. Seine Reise, seine Ansichten über Napoleon und dies Meteor.

Tante Ameliè. Reich. Prince Henri. Preußisch u. französisch. Fast nur im Zimmer und Garten. Alles Gesellschaft und Lektüre. Gar keinen Natur- und Landschaftssinn. Die Gesellschaft bei Tante Amelie. Sie liebte nur Originale, solche von denen was zu erzählen war, die einen Stich hatten, entweder ins Komische oder ins Bedenkliche. 1. nach Landrat von Zieten 2. nach v. Rohr (Capernaum) 3. nach Finkenstein.“

Schon diese ins einzelne gehenden Planungen zeigen zwei große Gruppen um „Gesellschaft“ und „Volk“. Aber Fontane strebte ja zur Vereinigung beider im Vieltheitsroman des Zeitbildes und so notierte er sich Gruppen der sozialen Schichten:

- „1. Die Militair-Gruppe. v. Schack, v. Jürgass, v. Bumcke.
2. Die kameralistische Gruppe. v. Ladalinski, v. Vitzewitz, v. Phul (Württemberg).
3. Die Lehrergruppe. Gundermann, Hanisch Naturwissen Turnen, Erdman Geograph, Dr. Sassenbloom Germanist, Rode Maler u. Zeichenlehrer.
4. Die Kaufmannsgruppe. Lohmeyer Kaufmann u. Lederhändler, Biene Wachsfabrikant, Robattski Buchhändler.
5. Die Künstlergruppe. Hühnchen Musiker und Sänger, Zierold Schauspieler, Ariels Sänger, Rode Maler.
6. Die Theologengruppe. Emanuel Himmelreich Stud. d. Theologie, Detleff (Hansen) Grell Cand. d. Theologie.

Dies ist der Stock der Gesellschaft. Häufig Gäste. Ladalinski, Vitzewitz, Jürgass, Bumcke, Dr. Sassenbloom, Hühnchen u. Hansen-Grell bilden engeren Kreis und treffen sich auch wo anders . . .

Bau des Würst'schen Lokals (auf dem Windmühlenberg) 1. Cap. Yorks Kapitulation. Der Tag wo die Nachricht in Berlin eintrifft. Die Freude. Die Deprimiertheit über den Erlaß des Königs. Wie man sich dann dessen getröstet und es als unvermeidlich ansieht.

Frau Hulen.“

Hier sehen wir bereits, wie die alten Elemente des historischen Romans durch die neuen Kräfte des modernen Berliner Gesellschaftsromans überdeckt werden. Die Gesellschaftsgruppen laufen fast genau mit den durch Julius Petersen publizierten Entwürfen zum Roman „Allerlei Glück“ parallel. Lewin von Vitzewitz sollte ursprünglich „ein alter Herr von beinahe 70“ sein. Er wurde später als Berndt von Vitzewitz gegenüber dem jungen Lewin an die zweite Stelle gerückt. Die Diskussionen eines „engeren Kreises“ (unverkennbar Transformation von Tunnel-, Ellora- oder Rytli-Erlebnissen) sollten sich auf die Malerei in Rußland, Indien, China und Japan erstrecken. Das satirische Abbild des Tunnelfreundes Prof. Dr. Friedrich Eggers schreitet noch als „Professor“ einher. Für die Militärdiskussionen wurden Heinrich von Bülow's Erinnerungen studiert. Auch für die Situationen werden unter dem Stichwort „Material“ umfassende Aufzeichnungen gemacht:

„Die Zeit von Weihnachtsheligabend 1812 bis Osterheiligabend 1813. Winter- und Schneelandschaft. Predigerhaus. (Lokalität: gemischte Züge, Wuthenow, Kränzlin etc.).

Eine halbe Meile entfernt ein anderes Dorf mit dem Schlosse eines alten Adligen. Etwa Friedersdorff oder Marwitz. Charakter Marwitz, aber gemäßiger, viel Züge von Knesebeck. Namentlich auch das Strategische.

In der Stadt (Lewin) ein Bürgerhaus in der Brüderstraße.

In der Klosterstraße ein *Chambre garnie* für die 2 Freunde vom Lande (Predigersohn und Adelssohn) und Zusammenkunftsort für den literarischen Club, (halb die Lokalität aus Dresden, halb Jüdenstraße).

Die eingeführten Gäste: der blasse, hagre, häßliche *Comptoirist* (der Begeisterungsmensch), *andre Figures à la Faucher*, Maron etc. Schill, Erzherzog Karl, Fichte, Schleiermacher — die Helden des Tages. Andere — die bloß geistreichen — mit der Hinnneigung zu Johann von Müller.

Als Besuch auf dem Lande ein verwandter oder verwundeter Offizier von den „blauen Reitern“, andre Gestalten die vom russischen Feldzug erzählen. Dorffiguren: der wahnsinnige Tischler, der den Geldtopf auf dem Kirchhof sucht, oder der, der den Leichenwagen fahren sieht. — Die gespenstischen Mäher. — Der Pukerstock in Claus Groth. — Die schwarze Frau (vielleicht eine bessere Figur).

Die Szenen in der Prima des grauen Klosters. Der alte Bellermann oder wie sonst er hieß.

Etwas Colonie-Leben; ihre Verteidigung, warum sie so französisch waren. Eine Szene auf dem Eise. Ertrinkende. Rettung.

Drei Monate später: überschwemmtes Sumpfland in der Oderbruchgegend, vorher durch Eis gedeckt.

Das Erscheinen der Franzosen in Frankfurt. Versuch zur Aushebung aller. Scheitert zum Teil. Eine Franzosenjagd im Walde. Bedenken dagegen, weil sie jetzt gar so elend sind. Ihr wiedererwachender Übermut.

Die Geschichte von Herrn v. Schack benutzen. Die Geschichte von Künfestler. Einzelne Züge von Frau Prof. H. im Colonie-Hause benutzen.

Das adlige Haus, aus alter Zeit, ein Haus der Liebestragödien aller Art. Bei der Hochzeit (die Barfußgeschichte) einer den anderen niedergestochen, bei einem andern die Scheringgeschichte benutzen; die Töchter, ohne aktiv aufzutreten, wurden Ursach zu blutigen Fehden aller Art und wurden dann Stiftsdamen. Der jetzt lebende hatte seinen Bruder niedergehauen. Sie hatten alle Liebesherzen; sie waren alle ernst, keusch, nie war eine lüderlich gewesen, aber ihre Herzen nahmen eben alles zu ernst und zerstörten oder wurden zerstört. Dieser hatte 2 Söhne und 1 Tochter. Es ging eine Sage, wie der Fluch gelöst werden könne.“

Im vollendeten Roman sind eine Reihe dieser Situationen nicht benutzt worden. Im Winter von 1863 auf 1864 hat der Dichter die ersten Kapitel des Romans bereits ausgearbeitet. Fast der ganze 1. Band muß schon auf diesen in Quartformat gehaltenen Manuskripten vorgelegen haben. Im Jahre 1865 erfolgte auf Grund einer sehr ernsthaften Selbstkritik eine umfassende Umarbeitung, bei der mancher Abschnitt fiel und einige neu hinzugefügt wurden. Vor allem erhielt der Stil eine dichterisch vollendetere Form. Am 4. November 1865 wurde mit Wilhelm Hertz der Verlagsvertrag über den Roman abgeschlossen. An Stelle des vom Dichter vorgeschlagenen Titels „Lewin von Vitzewitz, ein Zeit- und Sittenbild aus dem Winter 1812/13“ wurde auf Wunsch des Verlegers, der auf sein gutes Absatzgebiet in den Leihbibliotheken Rücksicht nehmen mußte, der Titel „L. v. V., ein Roman aus dem Winter 1812/13“ eingesetzt. Es waren drei Bände vorgesehen. Über die allgemeine kompositorische Absicht gibt eine weitere Notiz Auskunft, die noch nicht den bei Fontane sonst üblichen *brouillonartigen* Charakter aufweist:

„Lewin v. Vitzewitz.

Die drei Abtheilungen sind

1. Berlin und Hohen-Vietz bis 3. Februar.



2. Hohen-Vietz, die Oder, die Nachbardörfer, die verschiedenen Gestalten und Typen, eine Überschwemmung. Eine Überrumpelung der Franzosen in Frankfurt oder Seelow oder Lebus. Nur teilweises Gelingen. Die Gefangennahme von Lewin. Der Tod des blassen.
3. Berlin. Hohen-Vietz. Küstrin. Der Versuch Lewin zu befreien. Das Scheitern. Lewin's Tod. Die Umwandlung der Gemüter. Des alten Liebe zu Gavain. Das Gottesgericht des Krieges. Das Erlöschen des Geschlechts um in Glück wieder aufzublühen. —  
Vossische oder Spenersche Zeitung. Fichtes Reden an die deutsche Nation. Die Spezialgeschichten von Frankfurt a. O., Lebus, Seelow, Küstrin, Landsberg etc. Vor allem Marwitzbuch und Büchse's Buch (wegen der Volkscharaktere). Kloeden über Oderbruch, Droysen über York, Das Leben Steins.“

Nur bewundernd kann man dieses gewaltige Quirlen und Brodeln der dichterischen Phantasie beobachten, aus dem sich immer mehr jene feste kompositorische Kraft heraushebt, die wir bei den „Wanderungen“ so oft vermissen und die nur in den balladesken und novellistischen Kapiteln sich ans Licht rang.

Der Abschluß des Verlagsvertrages hatte Fontanes Schaffenskraft neuen Auftrieb gegeben, aber ihm zugleich eine höhere dichterische Verantwortlichkeit auferlegt. Im Juni 1866 hatte der Dichter mit Hertz mehrfach den Roman durchgesprochen. Der kräftigen Kritik des Verlegers ist Fontane mit einer scharfen Konzentration seiner weitschweifenden Phantasie auf das Wesentliche gefolgt. Am 17. Juni teilte er Hertz seine neuen Richtlinien für den Roman mit, aber: „Mein Manuskript stottert“ und nun soll der Vortrag elegant und graziös werden. Ganz klar wird das Grundproblem „Gesellschaft und Volk“ in den Ideenmittelpunkt gerückt: „Es war mir nicht um Konflikte zu tun, sondern um Schilderung davon, wie das große Fühlen, das damals geboren wurde, die verschiedenartigsten Menschen vorfand, und wie es auf sie wirkte. Es ist das Eintreten einer großen Idee, eines großen Moments in an und für sich einfache Lebenskreise.“ Aus dieser zweiten Spanne der dichterischen Arbeit stammt zunächst ein richtiges Brouillon Fontanes, ein fest umrissener Arbeitsplan für den 1. Band des Romans:

*„Erster Band.“*

I. Weinachtsnacht. Schnee. Sterne. Schlitten. Lewin. Träumereien. Landschaftliches. Ankunft. Lokalität. Nachtstille. Alles still im Hause. Das Zimmer. Metas Grüße u. kleine Aufmerksamkeiten. Er packt seine Geschenke aus und legt sie auf den Tisch. Schläft.

II. Der Morgen. Der alte Diener, der die Stiefel putzte. Das Einheizen von außen in den alten Kachelofen; das Bummeln der großen Scheite und Torfstücke. Der alte Diener weckt ihn. Kurzes Gespräch aus der Welt. Erkundigt sich kurz nach allem: Vater, Schwester etc. Trägt die Pakete nach unten. Lewin steht auf, zieht sich an. Meta klopft; holt ihn ab, herzliche Begrüßung. In der Halle. Weihnachtsbaum. Der Alte auf dem Sopha. Seine kurze Ansprache. Besichtigung der Geschenke. Die Büchse etc. etc. Der Kaffee am Kamin. Der Alte dampft seine kurze Pfeife. Plaudereien. Lewin und Meta über die Leute im Dorf. Der Tischler. Pukerstock, die Tante etc.

[Späterer Zusatz:] III. In der Kirche. Die Kirche. Der Geistliche. Die Predigt. Der patriarchalische Inhalt der Predigt als Übergang. Meta ab. Lewin mit dem Vater in dessen Arbeitsstube. (Nun erst, nach der Kirche Lewin in des Vaters Cabinet. Einschöpfung. Vertrautmachung. Politisches Gespräch. Lewin bringt Mitteilungen von den Patrioten.)

III. Die Fahrt zur Tante. Lewin und Meta im kleinen Schlitten. Plaudereien. Metas Traum. Ankunft. Das Rococco-Schloß. Die Rococco-Gesinnung. Der Charakter und die Besatzung des Hauses noch unbestimmt.

IV. Die Jagdpartie jenseits der Oder; übers Eis; die Heiterkeit; die Zusammenkunft: Bürger, Philister, Adel, alles zusammen, aber einig in einem Gefühl. Die Leute aus der kleinen Stadt: Bürgermeister, Gastwirt, Apotheker u. Leihbibliothekar. Jagdspezialitäten. Rückkehr übers Eis. Die animierte Gesellschaft. Die Gefahren.

V. (oder VI.) Die Rückkehr von der Jagd. Verirrung auf dem Eise. Der erschlagene Jude. Die Rune am Schlitten. Am andern Tag das Begräbnis. Die Treue des Judensohnes.

V. Die Bauernhochzeit oder irgend eine andere Festlichkeit mit möglichst viel Lokaltou.

VI. Der Abend in der Pfarre. Die Unterbrechung. Die Leute aus dem Krug, die Meldung machen. Das Suchen nach der Leiche. Das Finden. Die Bestattung am andern Morgen. Die Rede des Geistlichen. Die Stimmung der Leute. Lewin kehrt nach Berlin zurück.“

Für den ursprünglich 2., jetzt 3. Band wurde ebenfalls schon eine feste Kapitel-folge aufgestellt:

- „1. Stimmung, Zustände in der Hauptstadt. Die Wirkung des Bulletin; die Hoffnungen.
2. Windmühlenberg. Die Kneipe. Philister. Kaffee. Bier, das Lied.
3. Elisabeth Chrysander.
4. Das Haus Ladalinski.
5. Das Johanniter-Palais. Prinz Ferdinand.
6. Die Nachricht von Tauroggen.
7. Das Offizier-Diner.
8. Der literarische Abend.
9. Die phantastische Fahrt nach Lietzen oder Lehnin oder Rheinsberg.
10. Die weiße Frau.“

Aus dieser Entwurfsschicht leuchtet uns ein sehr tiefer und großer Satz entgegen:

„Der einzig wahre Luxus des Lebens ist die Freiheit.“

Noch am 21. Juni 1865 hatte Fontane mit dem Kadettenlehrer Prof. Friedrich Wilhelm Holtze (1820–1908) ein Gespräch über den Roman verabredet, am 6. Dezember von ihm zahlreiche Bücher und Zeitschriften aus den Bibliotheken erbeten, auch Auskünfte über die literarischen Kontroversen erhalten, die um den „Wagen Odins“ gingen. Am 17. Juni 1866 war der 1. Band in der neuen Fassung beendet. Dann führten die Autorenverträge mit dem von Deckerschen Verlag über die Kriegsbücher 1866 und 1870/71 zu einer radikalen Beiseiteschiebung der Roman-dichtung. Am 11. August 1866 versicherte der Dichter seinem Romanverleger: „Der Roman darf nicht ungeschrieben bleiben. Die Welt würde es freilich verschmerzen, aber nicht ich... Ich möchte das Kriegsbuch schreiben, weil der Roman, wenn Gott mich leben läßt, doch unter allen Umständen geschrieben wird.“ Die von Holtze entliehenen Bücher und Schriften wurden restlos zurückgegeben und erst Ende Juni 1876 erneut beschafft. Bezeichnend für diese im Grunde tragische Zurückdrängung des Dichterisch-Schöpferischen ist eine ironische Bemerkung an den Freund Bernhard von Lepel von 1868: „Wenn mir ein Privatmann 1000 Rth geben wollte, würd' ich sie ohne Weiteres nehmen und meinen Roman mit Lust und Liebe fertig schreiben.“ Die Visionen ließen den Dichter nicht los. Die Freunde erkannten die immer machtvoller werdende epische Phan-

tasie und mahnten zunehmend: Schreibe deinen Roman. Wesentlich ist in dieser Phase des Schaffens das Herauskristallisieren des zweiten berlinischen Romans. Der Plan des Brose-Romans geht auf in den Plan zu „Allerlei Glück“. Zum dritten Male nahm Fontane im April 1870 seinen Roman wieder hervor: „Ich möchte die Sommer- und Herbstmonate an eine ernste Förderung meines so lange beseite geschobenen Romans setzen.“ Hertz bestätigte dazu das Fortbestehen des Autorenvertrags von 1865. Den inzwischen gewonnenen, noch strengeren schriftstellerischen Anforderungen des Dichters genügten viele Teile des „Lewin von Vitzewitz“ nicht mehr. Als die Militärzüge der Mobilmachung gegen Frankreich am Hause Fontanes vorbeirollten, verdichtete er seinen allzu breit angelegten Plan einer Zusammenschau von Gegenwart und Zukunft zu einer Zusammenfassung einer berlinisch-märkischen Gesellschaftsdarstellung. Das Motiv der Berliner Gesellschaft der Gegenwart, transponiert in den Winter 1812/13, blieb jedoch zu wesentlichen Teilen erhalten, Zeugnisse der eigenen „Lebensausbeute“, der eigenen Gesellschaftserlebnisse aus der Bürgerzeit von 1840 bis 1870. Als Beispiel mögen einige Zeilen aus dem ursprünglichen, ganz nach dem Modell des Tunnelfreundes Eggers verfaßten und später verworfenen 29. Kapitel dienen:

„Professor Faulstich. Mittelfigur, intelligentes Gesicht, kluge Augen aber aus denen nichts Hohes leuchtete, wenig Wimpern und Mund und Kinn, wiewohl er sonst einen kleinen Kopf hatte, ausgebildet wie bei allen sinnlichen Naturen. Er hatte Geschichte, Sprachen, schöne Wissenschaften studiert, hatte einiges drucken lassen und stand auf dem Punkt, sich in Göttingen, wo er lebte, zu habilitiren, als Graf Ascheborn seine Reise antrat. Vermittlung durch diesen oder jenen. Er begleitet ihn, wiewohl nur wenig älter, halb als Gesellschafter, halb als Beaufsichtiger. Zu jenem war er trefflich präformiert, zu letzterem gar nicht. Er bedurfte weit mehr der Aufsicht als jener. Für den Grafen hatte er ein Stück aufrichtiger Anhänglichkeit, aber eigentlich lag ihm daran die Welt zu sehen, zu genießen und nebenher zu lernen. Italien war wichtig für ihn, fast noch mehr Paris. Er machte gute Kunststudien, das Französische lernte er perfekt. So kam er in die Heimath zurück. Trennte sich von Ascheborn, wiewohl ihm dieser Anerbietungen machte. Ostpreußen war ihm zu kalt. Er blieb in Berlin, kam in das Haus der Rietz, führte daselbst ein wunderbares Leben, erlebte viel, machte ihren Sturz mit durch und saß auf dem Pfropfen. Dies war dieselbe Zeit, wo Ascheborn in die Mark kam. Er war gelegentlich auf Schloß . . . Dann kam die Katastrophe mit dem Tode der Frau und der Umgang brach wieder ganz ab. Etwa um 1800 oder später, als der Graf wieder Menschen sah, wurde er wieder aufgenommen und seitdem lebte der Professor auf dem zweiten Gute Ascheborns, das ein Herrenhaus, eine Bibliothek hatte. Diese Trennung hielten beide Teile für klug. Aber sie sahen sich oft, täglich, dann wieder 8 Tage nicht, daneben war er auf Wochen in Berlin (wo er im Aschebornschen Palais ein Zimmer hatte), dann wieder wochenlang auf Schloß Guse, wo er wegen seiner Kenntnisse u. seines Französisch fast in gleichem Ansehn stand wie Ascheborn selbst. Eigentlich stand er der Gräfin näher, denn ihre Naturen waren sich verwandter.

Er war nicht böse geartet, auch nicht von niederer Gesinnung, aber einer jener Leute, die sehen und lernen und wissen, ohne daß die läuternde Flamme über sie kommt. Fast gegentheils, ihr Geschmack verfeinert sich aber nicht ihre Sitte, ihre Gesinnung wird immer kümmerlicher, immer

frivoler, sich um das Schöne kümmernd, ist ihnen das Schöne ein von Recht, Sitte losgelöstes. Sie sind sinnlich, begehrlieh, aber die ästhetische Schulung trägt keine ethische Frucht. Im Kirchlichen war er ungläubig, Atheist, im Sittlichen war er Libertin (nicht viel anders wie Bammé), im Politischen war er ganz französisch, auch jetzt noch: Unbedingter Bewunderer des Kaisers. Die Gräfin mit der er hierin viel Ähnlichkeit hatte, hatte Gegengewichte ihre adlige Abstammung, ihre Beziehung zum preußischen Hofe, ihr Gefühl, daß sie unter einem fremden Herrscher nichts gewesen wäre. Nicht so Faulstich. Er war Altmärker (die jetzt französisch westfälisch war) und bezeichnete sich freilich halbspöttisch als französischen Unterthan.

Seine glänzendste Zeit in Guse hatte er etwa vor 8 Jahren gehabt, als deutsche und französische Stücke aufgeführt wurden, als Prologe und Epiloge (für die Wiedenbachs Muse nicht ausreichte) gedichtet werden mußten, als er Director, Dichter, maitre de plaisir etc. war. Aber auch jetzt noch stand er in hohem Ansehn.“

Nach Fontanes damaligen Intentionen sollten nach dieser Charakteristik Plaudereien über gewagte Themen folgen, besonders „Über die Ehe und ihre Heiligkeit“, für die treffende Worte aus Goethes Wahlverwandtschaften und aus Smolletts Werk aufgezeichnet wurden. Wir erkennen, welch ein weiter Weg noch bis zur Vollendung des Romans zurückzulegen war, welche Unmenge von Visionsänderungen, Kompositionsverdichtungen, ja Ausscheidungen des Berlinisch-Gesellschaftlichen, die zum „zweiten Roman“ sich zusammenfügten, bewältigt werden mußten.

Zu den Arbeitsnotizen aus der zweiten Schaffensstufe gehörte auch die Aufzeichnung des „Schach von Wuthenow“-Stoffes, den Fontane später als selbständige Novelle entwickelt hat und aus dem „Lewin von Vitzewitz“ ausschied. Dagegen läßt ein Brouillon des 3. Bandes aus der dritten Spanne, in dem noch der Tod des Berndt von Vitzewitz enthalten ist, erkennen, daß hier expansive Kräfte der Phantasie am Werke waren, die einen völlig anderen Schluß des Romans forderten:

### „III.

1. Situationskapitel, etwa am 10. Februar.
2. Die Einquartierung in den Dörfern (siehe Marwitz, auch die vorzüglichen Schilderungen in Georges Buch).
3. Holländer und Westfalen etc. in Quartier. Die Erzählung des Brandes von Moskau. Die rothe Frau.
4. Der Überfall (s. G. Baersch bei Pyritz)  
(5. Tante Ameliens Tod. später!).
5. Das Eintreffen all der Berliner Freunde.
6. Der Überfall in Gusow.
7. Die Unternehmung gegen Frankfurt.
8. Major v. A. sieht sich selbst im Spiegel und der Abschied, den er nimmt.
9. Schilderung Frankfurts. Die Katastrophe. Der Cantorssohn tot, Levin gefangen.
10. Schilderung Küstrins. Levins Gefangenschaft. Berndts Haltung.
11. Szene mit Hoppen-Marieken.
12. Elses Eintreffen.
13. Die Befreiung. Pertubals Tod. Boncolms Verwunderung. Marie Kniehases Haltung.
14. Hoppen-Mariekens Tod.
15. Die Bestattung Pertubals. Conrector Othegrave spricht; der große

Eindruck davon auf Marie. Zugleich Hoppen-Marieken auf ihrem Paradebett. Die Vögel um sie her.

16. Ein Jahr später.

17. Schluß. Siebzehn Jahre später im Herbst 1830. Wieder ist ein Wehen durch die Welt gegangen. Wir halten Umschau. Wir beginnen oben auf dem Hügelkirchhof bei den Toten. Berndt ruht auch und hat sein Monument; draußen ruht Koepernick, Tante Schorlemmer. Nun ins Dorf. Kniehase lebt noch. Im Herrenhaus. In der Pfarre. Berlin: Hauptmann v. Bumke. Lindow: Renate.“

Zu diesem Brouillon des dritten Bandes verzeichnete sich Fontane noch eine ganze Anzahl von „Figuren“, so einen Typ nach dem Vorbild von Burgsdorff; einen Dosen-Sammler, der „damit die Menschen, wie mit Rebus, vergnügt“; den „Herben, Trübsinnigen, der die Geschichte erlebt hat (mit den verbrannten Briefen) die P. erzählt“:

„Jürgass, der die Stiefelgeschichte ausführte; die Figur, von der Massow erzählte; der Geizhals (Blankensee und der Zieten, der nie wieder einlud) der Tischler, der Erfinder, der Perpetuummobile-sucher; Major v. Arnim, der den Tod auf den Gesichtern sah; eine Gestalt, die ihre Teilnahme mit ‚John Morton‘ ausspricht. Die feine Organisation, die vor allem Heldischen erschrickt; Pastor Dames.

Die Adligen aus der Umgegend. Darunter einer wie Landrath v. Zieten, der andre wie der von dem Massow erzählte. Ferner Erinnerungen an den Park anlegenden Finkenstein (Drosselstein) und an Burgsdorff.

Das Dachsgraben in der Göritzer Haide. Sylvesterabend in Göritz. Schon vorher einige Göritzer Gestalten.“

In diesem Roman „Lewin von Vitzewitz“ war nicht nur der alte Plan des „Schill“-Romans aufgegangen, vielmehr ist auch das Politisch-Historische, ja selbst die zündende Marwitz-Gestalt vor den Visionen des Gesellschafts-Zeitbildes noch weiter zurückgedrängt. In kritischen Auseinandersetzungen mit den Romanen von Lawrence Sterne „Tristram Shandy“ und „Yoricks sentimental journey“ hat Fontane das Dichterisch-Geniale dieser Gesellschaftskritik und der systemlosen Romankonzeption bewundert, aber er ließ den Ausfluß solcher dichterischen Phantasie ebenso wie die von Jean Paul nur als einmalige Dokumentation des Genies gelten, nicht als Vorbild und Weiterführung der Entwicklung der epischen Dichtkunst. Fontane rührte hier bereits an die Probleme der poetischen Metaphysik.

Zu dieser dritten Schicht der schöpferischen Arbeit gehört eine starke Konzentration der dichterischen Visionen auf die drei geplanten Bände:

„I. Band.

Spielt in Hohen-Vietz. Zeitraum vom 24. bis 31. Dezember 1812. Kapitel-Einteilung im Wesentlichen wie oben angeführt, wenigstens dieselben Elemente. Vielleicht Schluß anders; nämlich eine größere Treibjagd des ganzen Adels, um die Verbrecher aufzufinden. Werden auch wirklich gefunden. (Später im 2. Bande, Flucht, der Judensohn folgt ihnen, entdeckt sie im Walde, wo sie das Vergrabene herausbuddeln; von da ab gesteigerter Haß).

II. Band.

Spielt in Berlin, etwa vom 1. Januar bis gegen Ende des Monats. Die Wirtsleute, wo Lewin lebt. Prima im grauen Kloster. Das Gedicht. Das literarische Kränzchen. Der blasse Kaufmann. Das Ladalinskische Haus. Vater, Mutter, Sohn, Tochter. Details. Abendgesellschaften. Lisa flieht mit einem Colonel. Vater kommt zu Lewin und erzählt es. Schlussszene des 2. Bandes.



III. Band.

In Hohen-Vietz. Zeit Anfang Februar bis Mitte Februar. Szene zwischen Peter und Meta. Die Vorbereitungen zum Überfall in Lebus. Der Überfall. Lewin wird gefangen genommen und nach Küstrin geschafft. Weiteres Leben in Hohen-Vietz. Neue Szene zwischen Peter und Meta. Dorfleben. Versammlung. Der Judensohn, der Hilfe schafft. Das Wagnis gegen Küstrin. Lewin wird gerettet. Peter und der blasse Kaufmann fallen als Opfer. Peter's Leiche in der Halle von Hohen-Vietz. Bruder und Schwester. Sie sagte: sie sei die glücklichere. Der Aufruf des Königs (im März). Auszug. Rückkehr. Die Geschwister."

Nach Abschluß der ihm völlig verleiteten Kriegshistorik strebte Fontane zu neuen Ufern für sein dichterisches Schaffen. Er hoffte bei seiner Tätigkeit als Sekretär der Berliner Akademie der Künste die äußere Sicherheit und innere Muße für seine epische Kunst zu gewinnen. Er holte die 1865 und 1870 reponierten Entwürfe und ausgearbeiteten Kapitel seines in Anlehnung an den Titel eines schwachen Romans von George Heseckel, des ehemaligen Kollegen von der Kreuzzeitungsredaktion, nunmehr „Vor dem Sturm“ betitelten Romans zum vierten Male hervor, den er angesichts der neu gewonnenen Schlußwendung nunmehr von drei auf vier Bände umgliederte.

Dem großen Hoffen folgte die noch größere Enttäuschung. Aus der Abwendung von einem letzten Versuch beruflicher Existenzsicherung erhob sich die innere Berufung, aus der äußersten Not wurde Fontanes entscheidender Entschluß geboren, sein Leben der epischen Dichtung zu weihen. Im Spätherbst 1875 nahm der Dichter seine Arbeit am Roman wieder auf. Der Freund Wilhelm Hertz sagte für die Buchausgabe ein Honorar von 1000 Talern zu, den gleichen Betrag Dr. Robert Klein für den Vorabdruck in der Zeitschrift „Daheim“. Gleichzeitig nahm Fontane auch den Berliner Gesellschaftsroman „Allerlei Glück“ in Arbeit. Auch für diesen Roman bemühte er sich 1876 in einem Brief an Dr. Heinrich Kruse um einen Vorabdruck in der Kölnischen Zeitung:

„Gestatten Sie mir eine ganz ergebenste Anfrage. Nachdem die Darstellung unserer drei Kriege mich zwölf Jahre lang friedlichen literarischen Arbeiten entzogen hat, stehe ich jetzt auf dem Punkte, manches Belletristische, bei dem ich 1864 unterbrochen wurde, wieder aufzunehmen. Es sind das zunächst zwei Romane, der eine halbfertig, der andre nur geplant und in Einzelheiten begonnen, jener die Epoche von 1812 auf 13, dieser die Jetztzeit, zumal unser modernes Berliner Leben behandelnd. Den historischen Roman hat mir W. Hertz erlaubt, vorher in der Vossischen abdrucken zu lassen. Er würde auch Vorabdruck des zweiten, also des Gesellschaftsromans, in dieser oder jener deutschen Zeitung gestatten, und richtet sich deshalb meine ganz ergebenste Anfrage an Sie dahin, ob Sie mir von Ostern 1879 ab die Feuilleton-Spalte der Kölnischen zu diesem Behuf zur Verfügung stellen möchten. Die Ausdehnung des Romans würde etwa dem Heyneschen „Im Paradiese“ gleichkommen. Daß ich so früh deshalb anfrage, wollen Sie gütigst aus dem Umstande erklären, daß ich der Sicherheit in solchen Abmachungen durchaus bedarf, um mit Ruhe schaffen zu können. Und ohne diese Ruhe kein Gedeihen.“

Dieser zweite Roman blieb ungeschrieben. Die Arbeit an „Vor dem Sturm“ lag im Februar 1876 bereits „auf vollen Touren“, im März 1877 waren der 2. Band, im Juli der 3. Band und im April 1878 der Schlußband beendet. Die Nahtstelle

zwischen der alten dreibändigen und späteren vierbändigen Komposition ist im Kapitel „Genesen“ noch erkennbar. Aus den ursprünglich intendierten 54 Kapiteln waren 82 geworden. Die Wanderungskapitel, die in den ersten beiden Bänden ebenso prävalieren wie die „Porträtgalerien“ in den ersten drei Bänden, sind im vierten Band völlig verschwunden, auch darin den endgültigen sieghaften Durchbruch der Phantasie und Kunst des epischen Dichters bekundend. Das Leitmotiv seines Lewin-von-Vitzewitz-Gedichtes hatte auch des Dichters innere Befreiung ausgesprochen:

Hoffe, harre nicht vergebens  
Zählst du der Stunden Schlag,  
Wechsel ist das Los des Lebens  
Und es kommt ein andrer Tag.

Einige wenige Beispiele mögen dartun, wie der Dichter auch in der letzten vierten Schaffensspanne eine erneute machtvolle Steigerung seiner epischen Phantasie erlebte. Da ist die tiefenpsychologische bedeutsame Einfügung des Lebenslaufes des Telldichters Antoine Marin Lemierre (1723–1793), mit dem Fontane sein früheres Hansen-Grell-Selbstbildnis durch ein rätselhaft transparentes Selbstbildnis bereicherte. Auf einer Rückseite des Kathinka-Kapitels erfahren wir noch einmal von der Mühsal minutiöser Vorstudien und der Hilfe gütiger Freunde:

„Von Geh. R. Metzel.

1. Beckmann, Mark Brandenburg.
2. Marwitz, Memoiren.
3. Kuhn und Schwartz, Norddeutsche Sagen.
4. Dr. Cramer, Denkwürdigkeiten der Gräfin Aurora von Königs-  
mark.
5. Cosmar, Untersuchung gegen Graf Adolf v. Schwarzenberg.
6. Haupt, Wendische Volkslieder.
7. Bärsch, Ferdinand v. Schills Zug.
8. Adresskalender 1786 und 1806.
9. Rang- und Quartierliste von 1806 oder irgend eine frühere.

Von Herrn Bath jr.

1. Pückler, Semilasso.
2. Köpke, aus Tiecks Leben.
3. Schlacht bei Borodino. Meerheimb. Reiterangriff.
4. Leben Derfflingers.

Von dem Buchhändler in der Wilhelmstraße.

Missionsberichte.

Aus den Äußerungen des Prinzen Ferdinand über den König im Kapitel „Im Johanniter-Palais“ hat Fontane nach den Worten über das Verhalten des Königs zur Volksmasse bezeichnenderweise den Absatz gestrichen:

„(Heute ist sie mit ihm, morgen gegen ihn) und jeden Augenblick empfindet er die Möglichkeit die Wogen über sich zusammenschlagen zu sehen. Er hat keine ruhige Stunde. Ich sagte Ihnen schon, daß er das Kaisertum einen Gewittersturm genannt habe, den man austoben lassen müsse.

Dem napoleonischen Gewitter gegenüber, das nun seit Jahren über ihm steht, hat er das Gefühl, daß es ihn treffen, aber auch, daß es ihn schonen kann. Dieses Gefühl einer erwünschten halben Sicherheit entbehrt er der entfesselten Gewalt gegenüber und wenn es die seines eigenen Volkes wäre. In jeder entfesselten aber sieht er nur das Meer, das durch die schützenden Dämme bricht.“

Und als letztes Beispiel sei der alte gestrichene Schluß des Romans hier mitgeteilt:

„Renate †

Das Leben in Romanen schließt mit Verlobung oder Hochzeit, aber nicht alle feiern Verlobung oder Hochzeit und da schließt das Leben wie sonst wohl erst mit dem Tod. Und so war es mit Renate. Und da sie mein Liebling war, auch der Verfasser hat seine Lieblinge, so geleit ich sie bis an ihren Ausgang. Und indem wir dies tun, erfahren wir noch allerhand. Es ist eine Guttat, die uns belohnt wird und wir hören noch dies und das. Wir können das mit Hilfe eines Tagebuchs, das bis diesen Tag im Hohen-Vietzer Herrenhause als ein teures Vermächtnis gehütet wird.“

Mit dieser Streichung entfernte Fontane auch sein dichterisches Herzensbekenntnis, um dadurch der endgültigen Fassung zwar eine künstlerisch zisierte Form zu geben, zugleich aber auch das Geheimnis schöpferischer Phantasie in bezeichnender Pietät hinter einem tiefen Schleier genauso bergend wie seine epische Grunderkenntnis hinter der plaudernd hingeworfenen Bemerkung der Tante Amelie: „Le Choix, c'est l'invention.“

Wer einen Blick in das Gesamtmanuskript tun durfte, in die kleinen Oktavblätter seines Meditationsbuches, in die mit sorgfältiger Flammenschrift geschriebenen Quartblätter der ersten Reinniederschrift, mit ihren zahllosen späteren Korrekturen und Umwandlungen, und schließlich in die großen Foliobogen mit der charakteristischen Dichterhandschrift des Sechzigjährigen, der sieht ergriffen in dieses zwanzigjährige Ringen eines inneren Seins um seine Verwirklichung inmitten immer wieder andrängender äußerer Gewalten.

1. Entwurf zum Schill-Roman.  
Zeit von 1806 u. 9.

Entwurf zum „Schill-Roman“. Seite aus Fontanes Meditationsbuch der 50er Jahre (in Bleistift, 8 × 16 cm), aufgeklebt auf Umschlagbogen (21 × 34 cm).

Der Entwurf zum Schill-Roman ist  
der Zeit von 1806 u. 9. aus  
dem ersten Entwurf des Schill-Romans  
entnommen. Er ist in Bleistift  
auf einem Bogen aus dem  
Meditationsbuch von 1806 u. 9.  
aufgeklebt. Der Entwurf ist  
in Bleistift auf einem Bogen  
aus dem Umschlagbogen des  
Schill-Romans.

## Neuruppiner Bilderbogen

Dem Historiker ist Neuruppin geläufig durch die Grafen von Lindow als Besitzer der Herrschaft Ruppín, durch die Hohenzollern, insbesondere durch Friedrich den Großen und Friedrich Wilhelm III., dann durch Theodor Fontane und Friedrich Schinkel, durch den Maler Wilhelm Gentz und Propst Andreas Fromm, durch Joachim Hans von Zieten aus dem unweit Ruppíns gelegenen Wustrau, durch General von Günther und Feldmarschall von dem Knesebeck und viele andere mehr. Was aber weiß der Laie von allen diesen Persönlichkeiten? Wohl leben, zumindest im Munde der älteren Generation, noch heute die Anekdoten um den „Alten Fritz“ und um Zieten, aber über die brandenburgischen Landesgrenzen hinaus verbindet sich mit diesen Namen kaum mehr der Name des märkischen Landstädtchens Neuruppin. Und doch ist wohl kaum eine märkische Stadt in Deutschland und weit darüber hinaus so bekannt geworden wie Neuruppin. Wenn Neuruppin im Gespräch erwähnt wurde, konnte man früher oft den Zusatz hören: „Neuruppin zu haben bei Gustav Kühn“.

Mit dieser Wendung waren jene bunten Bilderbogen signiert, die in Millionenzahl aus der Werkstatt des Hauses Kühn hervorgegangen sind und sich in alle Welt verbreiteten. Mit Texten in der jeweiligen Landessprache versehen, gingen sie nach Skandinavien, Belgien, Holland, Ungarn, Spanien, Finnland und Rußland und nach fernen Erdteilen. Mit liebenswürdiger Anerkennung sagt Theodor Fontane, selbst ein Neuruppiner Kind, in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ (1. Teil): „Was ist der Ruhm der Times gegen die zivilisatorische Aufgabe des Ruppiner Bilderbogens. Die Times, die sich mit Recht das Weltblatt nennt, gleicht immer nur dem anglikanischen Geistlichen, dem hochkirchlichen Bischof, der an den schmalen Küstenstrichen entlang, in den großen reich bevölkerten Städten der andern Hemisphäre seine Wohnung aufschlägt und seines Amtes wartet, der Gustav Kühn'sche Bilderbogen aber ist der Herrnhut'sche Missionar, der überallhin vordringt, dessen Eifer mit der Gefahr wächst und der die eine Hälfte seines Lebens in den Rauchhütten der Grönländer, die andere Hälfte in den Schlammhütten der Fellahs verbringt... Gebiete, die Barth und Overweg, die Richardson und Livingstone erst aufgeschlossen, der Kühn'sche Bilderbogen war ihnen vorausgeeilt und hatte längst vor ihnen dem Innersten von Afrika von einer Welt da draußen erzählt“<sup>1</sup>.

Bilderbogen wurden in vielen Orten des In- und Auslandes hergestellt. Ihre Geschichte läßt sich bis in die Anfänge des Holzschnitts und Kupferstichs, also bis in den Anfang des 15. Jh. zurückverfolgen<sup>2</sup>. Ohne des Bilderbogens ist das Andachts- und Heiligenbild, wie uns landschaftliche volkstümliche Bezeichnungen verraten: das flämische „Zantjesblaars“, das hamburgische „Hilligens“, das alt-schwäbische „Helgle“ oder „Hogle“ sind Worte, die den Ursprung verraten und die den ganzen Begriff vom Heiligenbild bis zum Soldatenbilderbogen umspannen. Die buntkolorierten Holztafeldrucke fanden schnell Eingang ins Volk sowohl als kleine Gebetbucheinlagen wie als größere Haus- und Stallsegen, mit denen man Schrank und Truhe schmückte, die man auf Haus- und Stalltüren nagelte oder auch gerahmt im Herrgottswinkel der guten Stube aufhing, immer in der Absicht,

daß diese Bilder den Besitzer, seine Familie und sein Anwesen schützten. Freilich schrieb man diese apotropäische und amulettmäßige Bedeutung nur den alten religiösen Bilderbogen zu. Die Hauptmasse der volkläufigen, älteren Bilderbogen galt der Übermittlung wahrer oder erfundener, erregender und seltsamer Tagesereignisse oder später der politischen Satire. Die weitere Entwicklung führt mit der Bildung zahlreicher größerer und kleinerer Bilderbogenverlage<sup>3</sup> zum Kinderbilderbogen und zum rein ländlichen Abnehmerkreis. Heute hat die illustrierte Wochenzeitung den größten Teil der Aufgaben des alten Bilderbogens übernommen.

In der Erforschung der Geschichte des Bilderbogens führt noch immer Rußland mit dem Werk von D. A. Rovinsky „Russkije narodnyje kartinki“ 1881 (5 Textbde. u. 4 Alben). In Frankreich erschien bereits 1869 Champfleury's „Histoire de l'imagerie populaire“, 1910 folgten Émile van Heurck und G. I. Boekenooen mit ihrer „Histoire de l'imagerie populaire flamande et de ses rapports avec les imageries étrangères“ und 1925 Pierre Louis Duchartre und René Saulnier mit dem Standardwerk „L'imagerie populaire. Les images de toutes les provinces françaises etc.“. Die deutsche Bilderbogenforschung<sup>4</sup>, die mit Goedekes Pamphilus-Gengebach-Ausgabe einsetzt, wendet sich der Geschichte der Bilderbogentexte zu. Johannes Bolte verdanken wir meisterhafte Untersuchungen zur Text- und Motivgeschichte. Wilhelm Fraenger erst stieß mit seinen Studien in die Tiefe volkskundlicher Betrachtungsweise vor, indem er am konkreten Beispiel die Auseinandersetzung über die Formenwelt des Volkskunstwerkes mit den Gebilden moderner Stilkunst führte<sup>5</sup>. Eine Gesamtdarstellung der Geschichte des deutschen Bilderbogens, deren Aufgaben Fraenger umrissen hatte<sup>6</sup>, liegt noch immer nicht vor.

Das Interesse für Neuruppin begann gegen Ende des 19. Jhs. Nach Fontanes begeisterter Schilderung hatte erst im Jahre 1891 die Papier-Zeitung einen Bericht über die „Bilderbogen-Fabrikation und Chromolithographie in Neu-Ruppin“<sup>7</sup> gebracht. Doch ist es das Verdienst des märkischen Sagenforschers Wilhelm Schwartz, die Öffentlichkeit nachdrücklich auf die Neuruppiner Bilderbogen und insbesondere auf die volkstümliche Tätigkeit der Firma Gustav Kühn aufmerksam gemacht zu haben<sup>8</sup>. Friedels Berichte über die von der Firma Kühn dem Märkischen Museum geschenkten zahlreichen Bilderbogen<sup>9</sup> und Peter Paul Steins Mitteilungen über den Neuruppiner Bilderbogen<sup>10</sup> folgten, bis Wilhelm Fraenger der entscheidende Vorstoß in die Frühgeschichte des Neuruppiner Bilderbogens gelang<sup>11</sup>.

Was Neuruppin besonders auszeichnet, ist die umfangreiche Produktion. Etwa 22 000 verschiedene Bogen gingen in alle Welt, die aktuellsten von ihnen in einer Auflagenhöhe bis zu 3 000 000 Exemplaren. Das Geheimnis eines solchen Umsatzes lag darin, daß man in Neuruppin alle nur denkbaren Arten von Bilderbogen pflegte und sich stets den Wünschen der kleinstädtischen und bäuerlichen Kunden anzupassen wußte. Die Bogen dienten als Andachtsbilder, als Schmuck für Truhen, Kammer- und Stalltüren, an Spinden, in Werkstätten und Schlafstellen. Die Dorfkinde warteten sehnsüchtig auf den „Lumpenmatz“, der, wie Hermann Kügler berichtet, noch um 1900 mit seinem Hundewagen umherzog und bei dem sie für ein paar abgetragene Kleidungsstücke oder eine Handvoll Knochen eine ganze bunte Welt eintauschten<sup>12</sup>.



Neben Gustav Kühn gab es noch zwei andere Bilderbogenhersteller: Die Firma Oehmigke und Riemschneider und den Verleger F. W. Bergemann. Oehmigke und Riemschneider, ein jüngerer, aber ebenfalls ein bedeutendes Unternehmen (gegründet 1831), hat etwa 10 000 verschiedene Bilderbogen geschaffen, die auch überallhin exportiert wurden. Doch steht ihre Breitenwirkung weit hinter der von Kühn zurück. Eine Vorstellung vom Umfang der Neuruppiner Produktionskapazität gibt uns die Mitteilung, daß Kühn und Oehmigke-Riemschneider zusammen auf 17 Schnellpressen arbeiteten<sup>13</sup>. F. W. Bergemanns Bilderbogen, etwa 1500 an der Zahl, sind zum größten Teil lediglich Kopien von Blättern der Firma Oehmigke und Riemschneider. Sie besitzen keinerlei Originalität und können deshalb übergangen werden.

Die Kühnsche Fabrik ist die älteste und berühmteste<sup>14</sup>. Der Urgroßvater Gustav Kühns, Johann Mathias, (getauft am 13. 12. 1675) kam als Buchbinder aus Havelberg, nachdem sein Vater dort 1682 als Fährmann verstorben war. Sein Leben verging in harter Arbeit und Not. Sein Sohn Johann Christian (getauft am 8. 7. 1724) hatte es bereits leichter. Er konnte die Ruppiner Lateinschule besuchen und wurde dann wie sein Vater Buchbinder. Auch er mußte unter Mühen und Sorgen um seine Existenz ringen. Eine Anekdote ist über seine Brautwerbung in der Chronik des Hauses Kühn überliefert. Als der arme Buchbinder sich um die einzige Tochter des reichsten Bürgers der Stadt, eines Böttchers und Brauers, bewarb und dieser ihn verwundert fragte, was er denn besitze, antwortete Johann Christian: „Zweitausend Taler“. Auf die Gegenfrage, wo er die denn habe, zeigte er seine beiden Hände vor und erwiderte: „Hier! ... mit dieser Hand kann ich tausend Taler verdienen, und mit dieser Hand kann ich tausend Taler verdienen“. Daraufhin erhielt er das Jawort. Aber seine Braut wollte nichts von ihm wissen, bis er einmal in ihrer Begleitung auf dem zugefrorenen See hinschlug. Die Perücke flog weg, sein bloßer Kopf lag auf dem Eise. Sogleich faßte sie Mitleid, das sich bald in Liebe verwandelte. „Also, Ihr Enkel und Urenkel“, sagte Johann Christian später, „bewegt Eure spröden Bräute, wenn Ihr solche habt, nur zum Mitleid. Schlagt hin, daß Euch die Knochen krachen, und Ihr erringt dadurch Zuneigung und Liebe. Ist probat!“

Auch in dieser Generation gab es nichts als Arbeit. Mit seiner Frau, seiner Tochter und nur einem Gesellen stand Johann Christian Kühn von früh bis spät in der Werkstatt, um für die Märkte und Messen Fibeln, Kalender und Gesangbücher zu binden. Von seinen neun Kindern ist Johann Bernhard (\* 1750), das zweitälteste, der Begründer der Firma geworden. Trotz seiner Begabung, die er auf der Lateinschule bewies, konnte er ein dringend angeratenes Studium nicht verwirklichen, denn das Geschäft ging den Eltern vor. Selbst seine Schwester Mariken, die eine unentbehrliche und billige Arbeitskraft war, durfte deshalb nicht heiraten. Johann Bernhard wurde ebenfalls Buchbinder. Auf seiner Wanderschaft erlernte er in Berlin und Leipzig die eigentliche Feinarbeit der Binderei. In Heilbronn erwarb er gründliche Kenntnisse in Holzschnitt und Metallstich, die er nach seiner Rückkehr im väterlichen Geschäft anwenden konnte. Obwohl er durch Kenntnisse und Fleiß viel Geld einbrachte, gab es Differenzen mit dem Vater, besonders als die von Johann Bernhard gegründete Lesebibliothek aufzublühen begann. Um den Zwistigkeiten zu entgehen, faßte er den Plan, nach Amerika auszuwandern. Jedoch auf Zureden der Großmutter blieb er, machte sein Meisterstück und gründete 1775 ein eigenes Unternehmen. Bald hatte er die



wo er bei Friedrich Wilhelm Gubitz seine Fachausbildung im Holzschnitt, Stahl- und Kupferstich erhielt. Er fand in Gubitz einen Lehrer, der nicht nur alle Fragen der Technik beherrschte, sondern auch durch seine innere Haltung dem jungen Kühn zum Vorbild wurde. Mit seinem künstlerischen Schaffen wollte er den praktischen Bedürfnissen des Lebens dienen. Sein „Deutscher Volkskalender“ war darauf abgestellt, die „hohe“ Kunst mit dem Geschmack der breiten Volksschichten zu verbinden. In seiner Berliner Studienzeit wird er vermutlich auch mit der neu erschlossenen Kunst des Steindrucks bekannt geworden sein, die für die zukünftige Entwicklung des Neuruppiner Bilderbogens bedeutsam wurde. Schon in den zwanziger Jahren wandte er sie selbst an. Mit Ausbruch der Befreiungskriege kehrte Gustav nach Neuruppin zurück und erteilte an der Lateinschule Zeichenunterricht. Im Jahre 1815 übergab ihm sein Vater das Geschäft. Er übernahm den Druck von Formularen für die Verwaltungen aller benachbarten märkischen Städte, von literarischen Erzeugnissen der Neuruppiner Lehrer und Rezitationsprogrammen des Gymnasiums, ferner den Druck der „Ruppiner Zeitung“. Daneben lieferte er zahllose Programme für die Schaubudenbesitzer und Artisten der Jahrmärkte, er gab Volkskalender heraus, vor allem aber seine Bilderbogen. Ihre Herstellung entwickelte sich bald zum wichtigsten Geschäftszweig. Auch eine Glashandlung, vermutlich mit Schmuckglas, gliederte er als selbständige Abteilung dem Hause an, wie die eigenhändigen Eintragungen im Geschäftsbuch erweisen. Seit 1825 erscheint der Umsatz der Bilderbogen als eigener gewichtiger Faktor. Welche großen Mengen hergestellt wurden, zeigen folgende Zahlen: 1830 waren es 600 000 Bilderbogen, 1832 1 200 000, in den sechziger Jahren wurde jeder Bogen in 40, 60 oder 80 000 Stück vertrieben, und die Kriegsbilderbogen von 1870/71 erreichten sogar Umsatzziffern von 3 Millionen. Der Versand der Bilderbogen bewegte sich um 1823 noch innerhalb des Städtedreiecks Stendal – Salzwedel – Perleberg. Seit 1825 gingen größere Lieferungen nach Berlin zu Bruder Carl, der sie im Kommissionshandel vertrieb. 1828 erreichte der Versand im Westen schon die Linie Hamburg – Hildesheim, im Osten Guben – Grünberg – Liegnitz. 1829/30 wurde die Linie Lübeck – Wismar – Rostock – Greifswald – Wolgast – Stolp – Danzig mit den Bilderbogenlieferungen erreicht, im Osten kam Frankfurt/Oder hinzu, während sich der Handel nach Süden hin bis zu der Linie Erfurt – Görlitz erweiterte. 1832 und 1833 dehnte er sich bis Göttingen – Bremen, Breslau – Bromberg aus, etwas später bis ins Rheinland, wo die sog. „Wimpel“, Bilderbogen zum Andenken an rheinische und nordbrabantische Wallfahrtsorte, ein begehrter Artikel waren. Von Züllichau aus wurde der Osten beliefert, während die Hansa- und Küstenstädte die Bogen nach Übersee vermittelten.

Wie sahen nun die Neuruppiner Bilderbogen aus? Von den frühesten sind uns nur sehr wenige erhalten. Daß Johann Bernhard Kühn schon eigene Bogen angefertigt hat, steht fest. Doch ist keins seiner Blätter mit seinem Druckvermerk versehen. Seine eigenen Arbeiten verbergen sich unter den Beständen, die von Gustav Kühn übernommen wurden und unter seinem Firmennamen neu erschienen sind. Die frühen Bilderbogen waren Holzschnitte, die in Stil und Technik unmittelbar an die alte Holzschnitttradition anknüpften. Die Abzüge wurden von den Druckstöcken mit der Hand auf Büttenpapier hergestellt und mit der Hand koloriert. Einer der frühen Bilderbogen trägt den Titel „Weibermühle, oder die Kunst, alte Weiber jung zu machen“<sup>15</sup>. Aus Bernhards Werkstatt kamen der äl-

teste Bogen „Das Leiden Christi“, der weit verbreitete „Himmelsbrief genannt Gredoria“, aber auch jene für Kinder bestimmten Bogen mit vielen kleinen Einzelbildern: „Die neuste Lotterie für Kinder mit 90 Losen“ oder „Die verkehrte Welt“, eine Folge von 28 Bildchen mit Text, in denen z. B. der Ochse mit seinem Beil sich anschickt, den Schlächter zu töten, oder der Hase mit seiner Flinte den Jäger schießen will.

Wie Bernhard Kühns Bogen tragen auch die von Gustav Kühn geschaffenen Blätter keine Signatur. Nur ein seit etwa 1825 in Kühns Werkstatt beschäftigter Zeichner und Lithograph pflegte seine Arbeiten mit W. G. oder W. Grbrgr. zu kennzeichnen. Die Einstellung von ausgebildeten Zeichnern — auch der königliche Hofmaler Bülow zu Berlin lieferte für Gustav Kühn Lithographien — und die Einführung der Lithographenpresse bewirkten ein rasches Anwachsen der Bilderbogenproduktion. Die frühe künstlerische Stufe, die in den westeuropäischen Bilderbogenzentren noch lange beibehalten wurde, wurde bald durch den Einfluß der „hohen Kunst“ von beweglicheren Gestaltungen abgelöst. Doch ist damit ein erheblicher Wertverlust verbunden gewesen. Und das Volk hat diese moderneren Bildauffassungen abgelehnt und seine alten derben, farbenfreudigen Ruppiner Bilderbogen wieder verlangt<sup>16</sup>.

Eine Zeitlang pflegte Gustav Kühn noch den Typ des Lesebildes, einer von Versen begleiteten Bildfolge, wie man sie vom „Halleschen Stiefelknechts-Galopp“, von



„Himmels-Brief, . . . wird genannt Gredoria“ Nr. 202, um 1820

dem Bogen „Das hübsche Jettchen und ihre Freier“ oder vom „Disch-bra-zi-ohns oder sanften Heinrichs-Walzer“ her kannte<sup>17</sup>. Die Verse wurden fast alle von Gustav Kühn selbst geschmiedet. Für die Kinder in Stadt und Land gab es Märchenbilderbogen, Tier- und Pflanzenbilder, Bogen mit Gesellschaftsspielen, Tuschbogen in Schwarz-Weiß mit farbiger Vorlage, Ankleidefiguren zum Ausschneiden, Modellierbogen, Theaterbilderbogen, Parkkulissen, Drachenbilder, Krippelbilder, Laubsägevorlagen, Riesenziehfiguren, Soldatenbilderbogen mit ganzen Schwadronen und ihren Waffen<sup>18</sup>.

Ein Massenartikel waren die Bogen mit Bildern berühmter Persönlichkeiten und die phantasievollen Darstellungen aktueller zeitgenössischer Ereignisse. In den Bildern zum Jahre 1848, die Oehmigke einer Serie von Schulheftumschlägen aufdruckte, vertrat er energisch die Sache der Revolution. Einer der beiden erhaltenen Umschläge stellt den „Barrikadenkampf vor dem Köllnischen Rathaus in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848“ dar, das andere „Kugelgießer hinter einer Barrikade“<sup>19</sup>. Gustav Kühn dagegen war ein preußisch-königstreuer, konservativer Mann, der sogleich nach Ausbruch der Revolution eine „Neue Bilderzeitung: das merkwürdige Jahr 1848“ auf den Markt warf und sie bis zum Zusammenbruch in Bildfolgen begleitete<sup>20</sup>. Wesentlich für den großen Umsatz war, daß die Bilderbogen nicht den neuesten Tagesnachrichten nachhinkten, sondern zuweilen eher ausgegeben wurden, als die Berliner Morgenblätter die Neuigkeit meldeten. Es ist sogar vorgekommen, daß die Bogen vor dem Ereignis fertig waren. Ein Bogen stellt das Bombardement Konstantinopels mit all seinen Schrecknissen dar. Granaten schlagen ein, der Himmel ist blutigrot. Aber der Streit zwischen den Franzosen und Türken wird im letzten Augenblick wider Erwarten beigelegt, obwohl schon dreißig Ries des fertigen Bogens in die Welt geschickt werden sollen. So muß in letzter Minute die Unterschrift geändert werden: „So hätte Konstantinopel bei einem Bombardement ausgesehen“. Und — der Bogen findet reißenden Absatz. Man war eben in Neuruppin darauf eingestellt, in jedem Falle der Aktualität Rechnung zu tragen. Eine andere Bilderbogengruppe behandelte das Menschliche und Allzumenschliche in humorvoller Karikatur. Da gibt es die „Berliner Redensarten“, die „Berliner Witze“, „Die zehen Wirtshaus-Gebote“, die „Berliner Hökerinnen“, „Hans Immerdurst und Frau Kaffeelieb“.

Handwerkerbilderbogen<sup>21</sup> riefen den im Kampf mit der neuen Gewerbefreiheit stehenden Handwerkern ihre alten Bräuche und Preislieder ins Gedächtnis zurück. Fast alle damals umlaufenden Gassenhauer, aber auch Themen mit einem für jene Zeit deutlichen sozialkritischen Einschlag wurden illustriert, wie z. B. „Der prassende Altersrentner“.

Die Bogen wurden in der Regel laufend numeriert. Um 1825 finden wir Nr. 432, um 1845 Nr. 1800, um 1850 Nr. 2800, um 1856 Nr. 3100, um 1870 ist die Nummer 5000 erreicht, im Jahre 1885 Nr. 8000, und zu Beginn des Ersten Weltkrieges ist die Zahl der Bilderbogen bereits auf 10 000 angewachsen.

Diese ganze Bilderbogenherrlichkeit ist Gustav Kühn und seinem Sohn Bernhard zu verdanken. Was sie durch das unscheinbare Mittel des Bilderbogens dem Volk an schlichten Werten der Aufklärung, Belehrung und Erheiterung spendeten, ist nicht abzuschätzen.



## Ein Handstreich gegen Lüttich.



Eine unbedeutende Truppenabteilung hat einen Handstreich auf Lüttich mit großer Kühnheit verübt. Einzelne Reiter sind in die Stadt gedrungen und wollten sich des Kommandanten bemächtigen, der sich nur durch schmachvolle Flucht entziehen konnte.

1914.

Kommun. v. Lüttich 1914.

*Bilderbogen Nr. 9996 aus der Zeit des Ersten Weltkrieges*

Im Jahre 1858 wurde der Maschinenfarbdruck eingeführt, der jedoch der Herstellung von hochwertigen Bilderbüchern, von Spielen und Zauber-, Traum- und Wahrsagekarten vorbehalten blieb. Die Bilderbogen wurden weiterhin mit der Hand koloriert. Den in schwarzer Farbe vom Stein abgezogenen Blättern hauchte erst die mit der Schablone aufgetragene Malerei das farbensprühende Leben ein. 1850 waren in zwei Sälen etwa 30 Erwachsene und 30 Kinder beschäftigt. Diese „Malerbatzen“, wie der Volksmund die Schulkinder nannte, ermöglichten eine billige Herstellung der Bogen. Der Absatz stieg derart, daß bald Malerwerkstätten in den Nachbarorten Rheinsberg, Lindow, Altruppin, Kyritz, Wusterhausen und Frankendorf eingerichtet werden mußten. Überall saß ein Mann der Firma Kühn, der die Kinder beim Schablonieren anleitete. Außerdem malten Sträflinge im Gefängnis und Maurer in der Zeit der winterlichen Arbeitslosigkeit. Erst als in den neunziger Jahren die Kinderarbeit gesetzlich verboten wurde, mußte Kühn den Buntdruck für Bilderbogen einführen. Da er alle diese Möglichkeiten nutzte, konnte der Neuruppiner Bildermann und Versemacher sein Geschäft vom schlichten Handwerksbetrieb zum Großunternehmen entwickeln.

Gustav Kühn hat in seinen bunten Bogen breiten Kreisen des Volkes den „bunten Guckkasten, Welt genannt“ (Wilhelm Raabe) erschlossen. Mit bescheidenem, aber berechtigtem Stolz schaut er auf sein Bilderwerk zurück:

„Rufe mich, wenn's dir gefällt;  
 Sie wird mir immer enger,  
 Die wunderliche Welt!  
 Und wenn ich von ihr scheide,  
 Sterb' ich vielleicht nicht ganz:  
 Es blüht wohl noch ein Weilchen  
 Mein Bilderbogenkranz.“

Die Bilderbogenmacherei ist zu Ende gegangen. Die wertvollen Steindruckplatten der 1904 von den Enkeln Gustav Kühns an Meusel u. Gumprecht verkauften Firma wurden in den Wirren nach Ende des Zweiten Weltkrieges, wie man mir berichtete, zu Pflasterarbeiten in Neuruppiner Straßen verwendet und damit restlos vernichtet. Doch hat das Märkische Museum in Berlin einen großen Schatz von Bilderbogen aller Gattungen aufbewahrt.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Fontane, Theodor: Wanderungen durch die Mark Brandenburg. 1. Teil: Die Grafschaft Ruppin, 20.–22. Aufl., Stuttgart und Berlin, 1921, S. 126 f.
- <sup>2</sup> Vgl. Schottenloher, Karl: Flugblatt und Zeitung. Berlin 1922 (= Bibliothek für Kunst- und Antiquitätensammler Bd. 21), S. 21 ff., S. 128 ff., S. 178 ff., S. 275 ff., S. 331 f., S. 400 ff., S. 430 ff. – Spamer, Adolf: Die deutsche Volkskunde, Bd. 2, Berlin 1935, S. 477–487.
- <sup>3</sup> Hier sei nur auf Paulus Fürst in Nürnberg, den ersten großen „Bildermann“ (†1666), und Friedrich Campe, Nürnberg, die Münchener Bilderbogenfirma von Braun und Schneider, den Wiener Bilderbogenverleger Löschenkohl sowie auf die Firma Robrahn & Co., in Magdeburg, hingewiesen. Von den ausländischen Bilderbogenwerkstätten seien die flämischen in Turnhout bei Antwerpen, in Caen, Épinal, Chartres und in Weissenburg i. Elsaß sowie die kunstgeschichtlich bedeutsamen russischen Bilderbogen des Moskauer Großverlegers Loginow genannt.
- <sup>4</sup> Spamer, Adolf: Arbeitsstand und Problemstellung der deutschen Bilderbogenforschung. In: Volkskunde-Arbeit. Festschrift für Otto Lauffer. Berlin und Leipzig 1934, S. 109–132.
- <sup>5</sup> Fraenger, Wilhelm: Deutsche Vorlagen zu russischen Volksbilderbogen des 18. Jhs. In: Jb. f. histor. Volkskunde, Bd. 2, Berlin 1926, S. 126–173.
- <sup>6</sup> Ders. in: Jb. f. histor. Volkskunde, Bd. 2, S. 195–197.
- <sup>7</sup> Auszug aus der Papier-Zeitung, Jg. 1891, Nr. 31, S. 781 ff.; Nr. 32, S. 812 ff. (Dieser Auszug ist ein Druck von Gustav Kühn.)
- <sup>8</sup> Vortrag von Geheimrat W. Schwartz am 23. 10. 1895 in der Gesellschaft für Heimatkunde und Heimatschutz in der Mark Brandenburg; vgl. Brandenburgia 4, 1895, S. 220.
- <sup>9</sup> Brandenburgia 9, 1900/01, S. 484; ebda. 10, 1901/02, S. 8–12.
- <sup>10</sup> Stein, Peter Paul: Die Neuruppiner Bilderbogen. In: Daheim-Kalender 1925.
- <sup>11</sup> Fraenger, Wilhelm: Materialien zur Frühgeschichte des Neuruppiner Bilderbogens. In: Jb. f. histor. Volkskunde, 1, 1925, S. 232–308.

- <sup>12</sup> Aus einem Brief Hermann K ü g l e r s an Wilhelm Fraenger vom 13. 1. 1925: [Der Lumpenmatz sprach bzw. sang um das Jahr 1900 in Lieper Schleuse bei Nieder-Finow, Kreis Niederbarnim, folgende Verse:]

„Der Lum – pen – matz is da!  
[gedehnte, singende Stimme. Wiederholung]  
Kinner, kummt ji all mal ran!  
Kuckt mal mine Sachen an!  
Ei, wat sind hier schöne Dinge,  
Grote Parlen [Glasperlen], kleene Ringe!  
Hier een Halsduch vor de Meechens,  
Zinnsoldaten for de Jungens.  
Ick hew dusend schöne Sachen,  
Die de Görn Vergnügen machen.  
Hier is etwas vor de Kleinen,  
Damit se lachen und nich mehr weinen.  
Dieses kleene Aas [etwa ein Hampelmann]  
Macht vor'n Dahler Spaß.  
Dieses kleene Åseken [etwa eine Badepuppe]  
Macht vor'n Dahler Spåseken.

Immer wech von de Bilder! Kooff'n ollen Fritzen doch nich! – Doch? Na, denn hebb ick hier 'ne schöne Schlacht [irgendein Bild aus dem Burenkrieg, bei uns Jungen besonders beliebt].“ Dann kramte er seine grellen Neuruppiner Bilderbogen aus, und wir Kinder trieben einen regen Tauschhandel damit. Sie waren so beliebt und begehrt, daß wir in unserer damals abgelegenen Gegend den Mann gar nicht schnell genug wieder zu sehen bekamen, damit wir seine Schätze erhielten. Er erschien alle Woche. Unse Eltern mußten alles an alten Sachen hergeben, was sie konnten und – haben den Lumpenmatz auf diese Art zu einem wohlhabenden Manne gemacht. Er kaufte sich endlich einen Esel und dann ein Pferd.

Vgl. Fraenger, Materialien, S. 245, Anm. 6 (Bericht O. Monkes).

- <sup>13</sup> Papier-Zeitung 1891, Nr. 12, S. 282. Ebda. Mitteilungen über Preise und Löhne.
- <sup>14</sup> Vgl. Fraenger, Materialien etc., s. Anm. 11. – Stein, Neuruppin etc., s. Anm. 10. – K ü g l e r, Hermann: „Zu haben bei Gustav Kühn.“ In: Deutsche Allgem. Ztg. (Berlin) Nr. 150/151 v. 31. 3. 1925. — Jubiläumsschrift der Firma Gustav Kühn zur 150-Jahr-Feier im Jahr 1925.
- <sup>15</sup> Wiedergabe dieses Bogens bei Adolf Spamer, Die deutsche Volkskunde Bd. 2, S. 480.
- <sup>16</sup> Vgl. Brandenburgia 9, 1900/01, S. 484.
- <sup>17</sup> Vgl. T e i c h m ü l l e r, Wilhelm: „Neuruppin, zu haben bei Gustav Kühn.“ In: Märkische Zeitung (Neuruppin) v. 27. 5. 1939.
- <sup>18</sup> Ein „Verzeichnis der hauptsächlichsten Artikel aus den Fabriken von Gustav Kühn, Hoflieferant, Neu-Ruppin“ aus den 90er Jahren verzeichnet über 9000 verschiedene Nummern!
- <sup>19</sup> Fraenger, Wilhelm: Zwei Neuruppiner Schulheft-Umschläge des Jahres 1848. In: Bildende Kunst, 1., 1956, S. 19–26 und Deutsches Jahrbuch für Volkskunde, 7., 1961, S. 41–45 (mit 4 Abb.). Die Umschlagbilder der Schulhefte sind nur in den „Acta des Kgl. Polizei-Präsidii zu Berlin“ im Brandenburgischen Landesarchiv Potsdam erhalten. Eine landrätliche Recherche bei der Firma Oehmigke und Riemschneider v. 20. April 1853 ergab, „daß sich daselbst weder etwas Ungesetzliche noch politisch Verdächtiges vorfand“.
- <sup>20</sup> Vgl. Blatt 77 von Hofmalers Bülow: „Entwaffnung der Insurgentenbesatzung von Rastatt (1848)“ und Bogen Nr. 2199: „Die Preußen und Sachsen machen Kameradschaft miteinander im Kampf wider die Dresdener Aufrührer.“
- <sup>21</sup> Vgl. B o l t e, Johannes: Handwerkerleben auf Neuruppiner Bilderbogen. In: Brandenburgia, 34, 1925, S. 43–44.



## Bücherschau

**Adriaan von Müller: Fohrde und Hohenferchesar.**

Zwei germanische Gräberfelder der frühen römischen Kaiserzeit aus der Mark Brandenburg. Berliner Beiträge zur Vor- und Frühgeschichte. Für das Ehemals Staatl. Mus. f. Vor- u. Frühgeschichte Berlin herausgegeben von Otto-Friedrich Gandert, Band 3, Berlin 1962, Walter de Gruyter & Co., VIII, 90 Seiten, 79 Tafeln. DM 48,—

Mit diesem Band seiner Monographienreihe nimmt das Museum für Vor- und Frühgeschichte die seit langem vernachlässigte Tradition der Berliner prähistorischen Sammlungen wieder auf, ihre reichen Schätze auch der heimischen Vorzeit nach Wort und Bild sauber geordnet in bleibender Form vor der Fachwelt wie auch vor einer breiteren, an der frühen Geschichte Brandenburgs interessierten Öffentlichkeit auszubreiten. In jahrelanger, wahrhaft entsagungsvoller Kleinarbeit hatte der Verfasser, aus sehr heterogenen, heute zum Teil fast unzugänglichen Quellen schöpfend, den Fundstoff zweier der reichsten und größten märkischen Brandgräberfriedhöfe der ausgehenden älteren römischen Kaiserzeit als Bestandteil seiner Doktorarbeit zusammengetragen. Das Material wurde zwar 1957 im ersten Band derselben Schriftenreihe von ihm in einen größeren systematischen Zusammenhang eingeordnet, konnte aber seinerzeit verständlicherweise nicht in der nunmehr vorliegenden Gestalt eines Monumenten-Werkes erscheinen — als bleibender Grundstock für weitere Forschungen über die germanische Epoche des Landes.

Eine knapp gehaltene Einführung in Geschichte und Geschehnisse der so eng benachbarten Gräberfelder und ihrer Funde vermittelt dem aufmerksamen Leser anschaulich die besonderen Schwierigkeiten der prähistorischen Quellenedition. Die notwendigen allgemeinen Angaben zum Fundstoff, seiner zeitlichen Fixierung und kulturellen Verknüpfung vor allem mit der sogenannten elbgermanischen Kulturgruppe werden von einer exkursartigen Untersuchung ergänzt über die bis heute noch nicht ganz gelöste Frage der Geschlechtsbestimmung der Toten anhand ihrer Grabbeigaben — immer noch eines der wichtigsten Hilfsmittel bei allen bevölkerungskundlichen Analysen und glaubensgeschichtlichen Studien über jene langen Epochen unserer Vorzeit, in denen die Totenverbrennung allein herrschte.

Herausgeber und Verlag sorgten für eine recht gediegene Ausführung des Werkes. Man darf hoffen, daß die brandenburgische Geschichtsforschung in kommenden Jahren um viele weitere Bände dieser Art bereichert wird.

Gustav Mahr

**Joachim Herrmann: Die vor- und frühgeschichtlichen Burgwälle Groß-Berlins und des Bezirkes Potsdam.**

Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften der Sektion für Vor- und Frühgeschichte Band 9. Berlin 1961, Akademie-Verlag. 229 Seiten, 40 Abb., 23 Tafeln, 5 Karten. DM 29,50

Diese Arbeit bildet den zweiten Teil des von Wilhelm Unverzagt herausgegebenen Handbuches vor- und frühgeschichtlicher Wall- und Wehranlagen. J. Herrmann konnte als Grundstock für seine Untersuchung etwa 90 Burgwälle des Arbeitsgebietes der in den Jahren 1929 bis 1932 entstandenen Burgwallkartei entnehmen. Durch das eingehende Studium der im Jahre 1852 gedruckten Lokationsberichte der Pfarrer, die eine Vielzahl von Burgwällen nennen, durch das Studium alter Reisebeschreibungen, Urkunden und geschichtlicher Nachrichten gelang es ihm, eine große Zahl von weiteren Wehranlagen zu erfassen. Die reichsten Ergebnisse erbrachte die genaue Durchsicht von etwa 2000 Flur-, Forst- und Gewässerkarten der ehemaligen Potsdamer Regierung und der vollständigen Sammlung der Ur-Meßtischblätter aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. An diese Vorarbeiten schlossen sich viele, bis in die entlegensten Winkel des Arbeitsgebietes führende Reisen und gründliche Geländebegehungen, um an den durch das Quellenstudium gefundenen sichtbaren Bodendenkmälern in der Landschaft archäologische Beobachtungen über die Größe und die Art der Wehranlagen zu sammeln und möglichst an Ort und Stelle zeitbestimmende Hinterlassenschaften aufzufinden. Durch seine zielklaren Forschungen ist es Herrmann



gelungen, die Ausgangszahl 90 der in der Burgwallkartei bisher erfaßten Burgwälle im Arbeitsgebiet nahezu zu vervielfachen. Diese neue große Kartei von 438 Wehranlagen liegt dem reich untergliederten Textteil zugrunde. Die Wehranlagen der jüngeren Bronze- und frühen Eisenzeit, der slawischen Zeit, der frühdeutschen Zeit und die Landwehren werden in je einem gesonderten Abschnitt eingehend behandelt. In zahlreichen Unterabschnitten werden die sich aufdrängenden Fragen durchgesprochen und nach dem heutigen Erkenntnisstand erschöpfend beantwortet. Die aus ungezählten Einzelaufzeichnungen bestehende Burgwallkartei gewinnt durch die umfassende Ausdeutung im Textteil Leben. Herrmann gewährt aus seiner Zusammenschau dem Leser einen Einblick in die wirtschaftlichen, politischen und kriegerischen Zustände der Entstehungszeit der Wehranlagen.

Erwin Reinbacher

**Bruno Krüger: Die Kietzsiedlungen im nördlichen Mitteleuropa.** Beiträge der Archäologie zu ihrer Altersbestimmung und Wesensdeutung. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften der Sektion für Vor- und Frühgeschichte. Bd. 11, Berlin 1962, Akademie-Verlag, 208 Seiten, 39 Textabbildungen, 4 Tafeln u. 3 Karten. Brosch. DM 31,00.

In 12 Kapiteln behandelt der Verfasser die Verbreitung der Kietze – das archäologische Fundmaterial – ihre Siedlungsformen – das örtliche Verhältnis der Kietzsiedlungen zu den in der Nähe liegenden Befestigungen – die Zeitstellung der Kietze – Vergleiche zu ähnlichen Siedlungen im altdutschen Gebiet – den Machtbereich der Askanier und sein Verhältnis zum Verbreitungsgebiet der Kietze – die Forschungsergebnisse der Sprachwissenschaft – die Bewohner – die wirtschaftliche Bedeutung der Ursachen zur Aufgabe einiger alter Kietzsiedlungen – die jüngeren Kietzsiedlungen, ihre Entstehung und wirtschaftliche Funktion.

Die einzelnen Kapitel sind nicht nur von unterschiedlicher Länge, sondern auch von recht unterschiedlicher Qualität, was sich z. T. aus dem bisherigen Forschungsstand und der Neuartigkeit dieser Untersuchung erklärt. So wird z. B. der wirtschaftlichen Funktion der Kietze ein ganzes Kapitel gewidmet, ohne wirklich Wesentliches hierüber auszusagen. Doch gelang es Krügers Bemühungen, die Zahl der von Ludat (*Die ostdeutschen Kietze*, 1936) beigebrachten 201 Kietzbelege auf 299 zu erhöhen. Die bekannten Grenzen ihres Verbreitungsgebietes (im wesentlichen die Mark Brandenburg, doch auch hinübergreifend nach Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Pommern und Neumark) haben sich dabei interessanterweise nicht erheblich verschoben.

Ausgehend von dem bisherigen Forschungsstand, der vor allem auf der Arbeit Ludats beruht, wonach die Kietze slawischer Herkunft sind, als Dienstsiedlungen zur slawischen bzw. später deutschen Burg gehörten und als Suburbien von Bedeutung für die Ausbildung der Städte waren, untersucht Krüger an Hand des archäologischen Materials besonders die Frage ihrer Entstehungszeit. 176 Kietzstellen hat er hierzu aufgesucht. Neben der Suche nach Oberflächenfunden wurden auch in 12 Kietzen kleinere Grabungen durchgeführt. Das Ergebnis dieser längst fälligen Arbeit, mit der Krüger Neuland betrat, da die bisherige Kietzforschung sich meist auf die schriftliche Überlieferung stützte, ist in der Tat erstaunlich.

So zeitigten die Kietze fast ausschließlich frühdeutsche Ware (57 gegenüber nur 14 mit slaw. Fundmaterial); 86 fundlose Kietzstellen rechnet Krüger zu den jüngeren Ausbauten. Da den Forschungen Herrmanns zufolge die meisten Burgwälle in mittelslawischer Zeit abbrechen, können die Kietze zu ihnen nicht in Beziehung gestanden haben; denn nach Ausweis des Fundmaterials wurden sie erst Anfang des 13. Jh. etwa angelegt und verdanken ihre Entstehung – mit Ausnahme Beeskows – dem frühdeutschen Burgwesen im Ostsiedlungsgebiet. Damit fällt die bisherige These ihrer slawischen Herkunft in sich zusammen. Vielmehr gehörten sie als Dienstsiedlung zu einer deutschen Burganlage oder auch *Curia*, zu deren Befestigung und Erhaltung sie beitragen mußten. Hieraus leitet sich ihre später urkundlich bezeugte rechtliche Abhängigkeit von den Burgherren ab. Den verschiedentlich behaupteten suburbialen Charakter der Kietze und ihre Bedeutung für die Herausbildung der deutschen Stadt bestreitet er wohl zu Recht.

Obwohl das archäologische Material kaum zuverlässige Rückschlüsse auf das slawische Volkstum der Kietzer gestattet, zweifelt Krüger an diesem Sachverhalt nicht, da er in zahlreichen schriftlichen Quellen bezeugt ist. „Sowohl der archäologische Be-

fund als auch die topographische Lage verdeutlichen... unmißverständlich, daß der alte Kietz unabhängig von der jeweiligen slaw. Befestigungsanlage im Zusammenhang mit der Errichtung der deutschen Burg entstanden sein muß; zu einer Zeit also, als die slaw. Bewohner des Kietzes... die Herstellung der frühdeutschen Topfware voll und ganz übernommen hatten (S. 94).“ Über die Herkunft dieser slawischen Bewohner, die sich bereits der deutschen Herstellungstechnik bedienten, schweigt sich Krüger leider aus; mit Recht lehnt er in diesem Zusammenhang jedoch die Verdrängungstheorie ab.

Die Gewässerlage der alten Kietze wird bestätigt, die sich damit deutlich von den neuangelegten, jüngeren Kietzen abheben. Durch diese Lage bedingt, zeigen die Kietze meist die Form des Straßendorfes, das mit anderen Forschern als eine deutsche Siedlungsform angesprochen wird und somit die These von der frühdeutschen Entstehungszeit der Kietze stützen soll. Es kann jedoch bei der Schwierigkeit der Analyse von Dorfformen und ihres Alters nicht genug darauf hingewiesen werden, daß es höchst fragwürdig ist, hieraus ethnische Schlüsse zu ziehen. Auch Krügers Versuch, das Material für die Zeitstellung auszuwerten, vermag nicht zu überzeugen, zumal seine Ausführungen über das Straßendorf als „typische Kietzform“ (S. 58) unklar bleiben. Die gleichartige Wirtschaftsform, die sich darin äußern soll, wird von ihm postuliert, aber nicht bewiesen. Im Gegenteil finden wir das Straßendorf ebenso in den Kietzen mit vorherrschender Fischerei wie in den deutschen Bauerndörfern. Es fragt sich auch, warum er die Askanier als Träger der Kietzverbreitung herauszustellen versucht, wenn er zugleich feststellt, daß ein abgegrenzter politischer Einflußbereich bei ihrer Entstehung nicht zu erkennen ist.

Im einzelnen sei noch darauf hingewiesen, daß über die Arnsteiner (S. 89) jetzt die vorzügliche Dissertation von Gerd Heinrich (Die Grafen von Arnstein, Mitteldt. Forsch. 21, 1961) heranzuziehen ist. Zu S. 154 Nr. 49 wäre zu bemerken, daß im Landbuch von 1375 es ausdrücklich heißt: „Valkenrede cum vico.“ Warum soll es sich hier also um einen jüngeren Ausbau des 19. Jh. handeln, für den keine früheren Belege vorliegen? Die Zahl der Druckfehler ist erfreulich gering. Anzumerken ist hier nur S. 176 Nr. 126, wo es nach Riedel A VIII 91 heißen muß: „duas... civitates cum omnibus suis appendiciis Pricerui et Ezeri nominatas.“

Diese Hinweise auf den Inhalt und die Grundthesen des Buches mögen hier genügen. Die Fülle des vorgelegten Materials fordert jedoch die ortsgeschichtliche Forschung zu eingehender Überprüfung der hier gewonnenen Ergebnisse und des bisherigen Forschungsstandes auf. Dabei wäre es wünschenswert, wenn die Ausgrabungen intensiver und großflächiger durchgeführt werden könnten. Allerdings müßte hiermit parallel gehen eine stärkere theoretische Analyse der Aussagefähigkeit des archäologischen Materials hinsichtlich der Datierung der Funde und ihrer ethnischen Zuweisung. Trotz mancher kritischen Vorbehalte scheint Krüger die Tragfähigkeit des Materials gelegentlich zu überschätzen.

Wer künftig über die Kietze arbeiten will, wird an dem ausgezeichneten Werk Krügers ebenso wenig vorübergehen können wie an dem bis jetzt noch nicht überholten Standardwerk Ludats.

Werner Vogel

#### Aus Ur- und Frühgeschichte.

Tagung der Fachgruppe Ur- und Frühgeschichte der Deutschen Historiker-Gesellschaft vom 30. Oktober bis 1. November 1959 in Schwerin. Herausgegeben von K. H. Otto. Berlin 1962. Akademie-Verlag. 185 S., 17 Abb., 27 Taf., 5 Karten. Ganzl. DM 28,50.

Mit der Herausgabe des vorliegenden Buches unternimmt K. H. Otto den Versuch, die auf einer Fachtagung gehaltenen Vorträge in ihren wesentlichen Punkten festzuhalten. Es ist dieses eine dankenswerte Aufgabe, besonders im Hinblick auf die Tatsache, daß die Tagung ohne Beteiligung eines Fachkollegen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie aus dem westlichen Ausland stattgefunden hat und somit eine Unterrichtung dieser Kreise über Zielsetzung der Historiker-Gesellschaft, Fachgruppe Ur- und Frühgeschichte, und die auf der Tagung gehaltenen Einzelvorträge nur auf dem Wege der Drucklegung erfolgen kann.

Was die Zielsetzung betrifft, so lassen Vorwort und Vorträge, im besonderen diejenigen, die unter der Überschrift „Methode und Theorie“ zusammengefaßt sind, keinen Zweifel

darán, daß es Anliegen der Fachgruppe ist, den dialektischen und historischen Materialismus nunmehr auch auf das Gebiet der Ur- und Frühgeschichte anzuwenden. Allerdings kann man sich beim Studium der einzelnen Referate des Eindrucks nicht immer erwehren, daß die Vortragenden vergeblich versuchen, ihre Forschungsergebnisse in ein vorgezeichnetes Denkschema zu pressen. Dies trägt in ganz besonderem Maße dazu bei, die Referate wenig überzeugend wirken zu lassen. Im Hinblick auf die Fülle der Vorträge ist es im Rahmen einer Rezension leider nicht möglich, wie von K. H. Otto im Vorwort (S. 9) angeregt, den wissenschaftlichen Meinungsstreit in jedem Falle zu entfalten, vielmehr wird sich der Rezensent darauf beschränken, zwei Referate herauszugreifen, um sich mit deren Inhalt zu beschäftigen.

In seinem Vortrag über „Erkenntnisgrenzen bei der Auswertung steinzeitlicher Flintgeräte“ setzt sich B. Gramsch eingehend mit der Frage auseinander, inwieweit sich die materielle Hinterlassenschaft endpaläolithischer oder mesolithischer Menschen siedlungsgeschichtlich oder ethnisch auswerten läßt. Schon zu Beginn seiner Ausführungen klingt deutlich seine Meinung an, daß eine solche Auswertung nicht möglich ist. Die Beweisführung für diese Feststellung erfolgt dann auf Seite 50 ff., doch steht bereits ihr Ansatzpunkt auf schwachen Füßen. Gewiß hat Gramsch recht, wenn er meint, man müsse dem Einzelgerät als Typ besondere Beachtung schenken, es hieße aber an den bisher in mühevoller Kleinarbeit gewonnenen Erfahrungen vorbeigehen, wollte man über die außerordentliche Bedeutung der Kombination von verschiedenen Gerättypen auf einem Fundplatz gerade für die Beurteilung der hier angeschnittenen Problemstellung hinwegsehen. Wenn siedlungsgeschichtliche und ethnische Fragen überhaupt mit Hilfe von Steinartefakten zu lösen sind, dann viel eher durch Beachtung der Fundkombinationen als von Einzeltypen. Dieser Argumentation kann sich auch der Referent nicht entziehen, wie man seinen an anderer Stelle (S. 51) gemachten Ausführungen entnimmt. Hier leugnet er keineswegs die Bedeutung von „Formgesellschaften“ und erkennt an, daß gewisse „Formgesellschaften“ einander verbreitungsmäßig ausschließen. Soweit dürften, wenn auch vom Referenten anfangs bestritten, die sich aus dieser Erkenntnis ergebenden Standpunkte der siedlungsgeschichtlich und ethnisch auwertenden Fachkollegen (genannt werden bei Gramsch die Herren Schwabedissen und Feustel) mit dem des Referenten übereinstimmen. Allein in der Ausdehnung jener oben geschilderten Erscheinungen gehen die Meinungen auseinander. Indem Gramsch die siedlungsgeschichtlichen Ergebnisse einiger Forscher anzweifelt und als hypothetisch bezeichnet, darüber hinaus von den ethnischen Auslegungen behauptet, sie entbehrten jeder Quellengrundlage, setzt er an deren Stelle eine ebenfalls unbewiesene hypothetische Deutung: danach soll die Artefaktverteilung wirtschaftliche Bedürfnisse anzeigen. Gramsch stellt damit der These, wonach chorologische Befunde u. U. siedlungsgeschichtlich oder ethnisch zu deuten sind, die viel schärfer formulierte Antithese, solche Erscheinungen hätten wirtschaftliche Ursachen, gegenüber. Wäre der Referent ein echter Dialektiker, so müßte er bei gewissenhafter Überprüfung seines eigenen sehr radikalen Standpunktes zwangsläufig zu einer Synthese gelangen. Diese könnte nur lauten: Alle drei Gesichtspunkte können — mit graduellen Unterschieden im Einzelfall — Bedeutung haben. Es gilt also in jedem speziellen Fall alle in Frage kommenden Faktoren gegeneinander abzuwägen und denen, welche die größte Wahrscheinlichkeit für sich in Anspruch nehmen können, den Vorzug zu geben. Wenn, wie im Falle der Federmessergruppen, in einem Gebiet, das vorher nicht besiedelt war, plötzlich Artefakttypen erscheinen, die schon früher in anderen Siedlungsräumen (Westdeutschland und England) vorkommen, so kann man — und das wird nicht einmal vom Referenten ernstlich angezweifelt (S. 53) — diese Erscheinung überzeugend wohl kaum anders als siedlungsgeschichtlich, vielleicht sogar ethnisch deuten. In anderen Fällen, das mag man dem Referenten einräumen, werden gelegentlich wirtschaftliche Gesichtspunkte stärker im Vordergrund stehen.

Wesentlich fundierter erscheinen die Ausführungen von G. Behm-Blancke in seinem Vortrag „Zur sozialökonomischen Deutung germanischer Siedlungen“. Auch hier wird, der allgemeinen Zielsetzung folgend, in einer grundsätzlichen Einleitung über Aussagemöglichkeiten einer ausgegrabenen vor- und frühgeschichtlichen Siedlung stark schematisiert. Jedoch löst sich der Referent erfreulich schnell aus dem Bereich des Theoretisierens und erläutert an Hand seiner eigenen Ausgrabungen (Nauen-Bärhorst und Kablow) in eingehender Weise die praktische Bedeutung solcher Gedankengänge für die moderne Siedlungsforschung. Diese zweifellos hochinteressanten Forschungsergebnisse stellen jedoch auf deutschem Boden keineswegs etwas ganz Neues dar, wie der Vortragende zum Schluß seiner Ausführungen zum Ausdruck bringen will. Es ist allgemein bekannt und wird auch — ebenfalls am Schluß seines Referates — von G. Behm-Blancke nicht bestritten, daß unabhängig vom

Referenten auch der Ausgräber der umfangreichen germanischen Siedlung auf der Feddersen-Wierde bei Bremerhaven, W. Haarnagel, zu einer gleichen Ausdeutung seiner Siedlungshorizonte gelangt ist. Aber auch in anderen, sowohl west- als auch osteuropäischen Ländern arbeitet die archäologische Forschung seit längerem in gleicher Richtung. Man darf daraus schließen, daß unabhängig von weltanschaulichen Bindungen in allen Teilen Europas die Zeit zur Neuorientierung der Siedlungsforschung reif war.

Nur im Überblick können die anderen auf der Tagung gehaltenen Referate kurz angeführt werden. Ein bedeutender Teil von ihnen ist dem Thema „Methode und Theorie“ gewidmet. Während sich der einführende Vortrag von K. H. Otto „Ur- und Frühgeschichtsforschung und Gesellschaftswissenschaft“ im Grundsätzlichen bewegt, setzt sich H. A. Knorr mit dem Problem der Popularisierung ur- und frühgeschichtlicher Erkenntnisse in den Heimatmuseen auseinander. Die große Bedeutung der Naturwissenschaften für das Fachgebiet der Ur- und Frühgeschichte kommt in den Referaten von H. Grimm und H. H. Müller über Auswertungsmöglichkeiten und Erkenntnisgrenzen in der Anthropologie und Haustierforschung zum Ausdruck. Mit dem Bereich der urgeschichtlichen Kunst beschäftigt sich F. Schlette. Ein zweiter Teil der Referate, der in die Abschnitte Neolithikum sowie Kaiserzeit und Frühgeschichte untergliedert ist, wendet sich ganz konkreten Themen zu. Hier sind besonders die in ausführlicher Weise bereits in der Prähistorischen Zeitschrift publizierten Forschungsergebnisse zur ältesten Bandkeramik von H. Quitta hervorzuheben. Als wertvolle Informationsquelle für den westdeutschen Fachmann, der unter normalen Umständen die heute unterbundenen oder sehr erschwerten persönlichen Kontakte mit den Kollegen aus dem östlichen Teil unseres Vaterlandes pflegen würde, erweisen sich die wichtigen Grabungsberichte von H. D. Kahlke über „Das bandkeramische Gräberfeld von Bruchstedt“, von R. Feustel über „Neolithische Totenhütten in Thüringen“ und von S. Kramer über „Das kaiserzeitliche Gräberfeld von Kemnitz, Kr. Potsdam“. Weiträumigeren Themen sind die Vorträge von H. Behrens „Neue Erkenntnisse zur Entstehung der Trichterbecherkultur“, von S. Albert „Über die kulturelle Zugehörigkeit der Krustenhornsteine in Thüringen“, von J. Herrmann „Burgbezirk und Rundwall in slawischer Zeit“, von W. Coblentz „Slawen und Deutsche im Gau Dalminzien“, von G. Billig „Mittelalterliche Wehranlagen im alten Reichsland“ und von B. Krüger „Neue Forschungen zur Frage der Kietze“ gewidmet.

Adriaan v. Müller

#### **Berthold Schulze: Brandenburgische Besitzstandskarte des 16. Jahrhunderts.**

Der ritterschaftliche, geistliche, städtische und landesherrliche Besitz um 1540. Historischer Atlas von Brandenburg, Neue Folge. Lieferung 1. Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. Berlin 1962, Walter de Gruyter & Co. 4 Karten, Erläuterungsheft 28 Seiten, DM 28,-.

Dem Freunde brandenburgischer Landesgeschichte konnte keine größere Freude bereitet werden als durch die Herausgabe dieses neuen Kartenblattes des Historischen Atlas von Brandenburg, das die Besitzverhältnisse um 1540 im Maßstabe 1 : 350 000 zur Darstellung bringt. Wie schon bei den vergleichbaren Vorgängern dieser Karte, der Ämterkarte und der Siedlungskarte, stehen wir voller Bewunderung vor der Fülle des ausgebreiteten Materials, vor der Konsequenz, mit der hier die einst von Curschmann festgelegten Prinzipien für die Bearbeitung der historischen Atlanten der östlichen Provinzen Preußens, die auch der Bearbeiter für den brandenburgischen Atlas mehrfach dargelegt hat, in eine Zeit zurückverfolgt werden, für die man es kaum für möglich hielt, eine so genaue und vollständige Darstellung zu geben. Diese Karte wird für die landesgeschichtliche Forschung unentbehrlich werden, denn sie ermöglicht jetzt, viele Erscheinungen, die in den Grundzügen bekannt waren, nun auch in ihrer räumlichen Verteilung, in ihrem Ausmaß und in ihren Zusammenhängen zu überblicken. Der Bearbeiter hat in dem Beiband auf einige der Auswertungsmöglichkeiten hingewiesen.

Leider ist die Freude nicht ungetrübt. Die erwähnten früheren Karten hatten in den Beiheften eingehende Angaben für die einzelnen Orte gebracht, die in ihrer Knapp-

heit und Exaktheit inzwischen die Grundlage für alle lokalhistorische Forschung geworden sind. Durch die Kriegsergebnisse sind die in langjähriger Mühe erarbeiteten Unterlagen des Bearbeiters verloren gegangen. Das ganze Elend landesgeschichtlicher Arbeit in unserer Situation wird deutlich, wenn man die pessimistischen Darlegungen des Autors über die Möglichkeit eines späteren Ersatzes und überhaupt über die Weiterarbeit an dem Atlaswerk liest. Um so mehr Bedeutung gewinnt dadurch das eigentliche Kartenbild. Es sei deswegen hier erlaubt, einige weniger als Kritik denn als Warnungszeichen für den Benutzer gedachte Hinweise zu geben, der die Karte für lokale Verhältnisse als Quelle benutzen will.

Zunächst einige Worte zur Kartographie. Es wird sich wohl nicht vermeiden lassen, die Gemeindegrenzen einer soviel späteren Zeit zugrunde zu legen. Dem Bearbeiter ist Dank zu sagen, daß er die Namen der wüsten Feldmarken, soweit sie eben für die Besitzverhältnisse von 1540 noch eine Rolle spielen, in die Karte aufgenommen hat. Die Unterlagen der Generalkommission in Frankfurt an der Oder hätten früher wenigstens gestattet, die Gemeindegrenzen vor der Separation darzustellen, das ist nun auch unwiderruflich dahin. Es mag nun gewiß unwichtig sein, wenn die Gemeindegrenze zwischen Schöneberg und Tempelhof die erst durch die Separation entstandenen und nicht unbestritten gebliebenen „Enklaven des Tempelhofer Gemeindegebietes auf der Schöneberger Feldmark“ im Südosten Schönebergs enthält – sie sind nach jahrelangem Verwaltungsstreitverfahren dann durch Vergleich zugunsten Schönebergs wieder bereinigt worden –, aber wenn die durch eine frühe Separation des 18. Jahrhunderts (die Guts- und Bauernland von Buch und Karow trennte) nach Süden verschobene Gemeindegrenze von Karow dargestellt ist, dann entsteht dadurch, daß nun die alten Besitzverhältnisse auf dem verkleinerten Gemeindebezirk Karows dargestellt sind, ein falsches Bild.

Aber es wäre eine unerfüllbare Forderung, das für den Gesamtbereich zu ändern. Diese Hinweise sollen auch mehr dazu dienen, der immer noch verbreiteten Ansicht entgegenzuwirken, daß die Gemeindegrenzen etwas Unverrückbares darstellen, ist doch der Fall, daß man die Grenzen wüster Feldmarken auf den Karten des 18. Jahrhunderts nicht mehr einwandfrei ermitteln kann, weit häufiger als der umgekehrte. Etwas unklar bleibt, warum im Falle einheitlicher Besitzkomplexe einmal die Gemeindegrenzen angegeben sind, das andere Mal nicht. Das gleiche gilt auch für die Besitzzersplitterung innerhalb der Familien, sie ist offenbar im Falle der Familien Löben bei Trebichow und Rothenburg bei Alt-Beutritz auf Kartenblatt 4 dargestellt, in anderen Fällen offensichtlich nicht. Hier wären aber einheitliche Bearbeitungsgrundsätze sehr wichtig gewesen, denn ein Hauptergebnis der Karte, das in der Darstellung der größeren oder geringeren Besitzzersplitterung liegt, wird dadurch sehr wesentlich beeinflusst. Leider muß auch gesagt werden, daß die kartographische Darstellung der Grenzen nicht immer frei von Flüchtigkeit ist – das ist man ja nun bei den größeren Atlanten und besonders bei Karten mit komplizierteren Verhältnissen nachgerade schon gewöhnt; es gilt auch für den Planungsatlas von Berlin. Man betrachte in diesem Sinne etwa die Blattanschlüsse, so zwischen Blatt 1 und 3 in der Gegend des Glin und Nauens (Paaren!), die Beispiele ließen sich aber beliebig vermehren, auch bei den anderen Blattanschlüssen.

Zur Besitzzersplitterung ist zu sagen, daß die Karte natürlich nicht allen Kleinbesitz anführen kann, so den Besitz weniger Hufen oder gar den Besitz einzelner Rechte. Man muß sich aber im klaren darüber sein, daß dadurch einige wichtige Züge der Besitzverhältnisse nicht dargestellt sind, wie der früher umfangreiche Besitz städtischer Altäre auf den Nachbardörfern, der z. B. in der Umgebung von Berlin ein erster Ansatzpunkt für den Besitz kurfürstlicher Beamter wurde, so der Besitz des Johannisaltars der Berliner Marienkirche in Schmargendorf, der 1540 dem Amtshauptmann Heinrich von Vorhauer übertragen wurde, die vier Hufen des Erasmusaltars in Alt-Gliencke usw. Von dieser Nichtberücksichtigung des Streubesitzes werden auch die fünf Hufen betroffen, die in Schöneberg um 1540 noch immer den Spandauer Nonnen gehörten, denn sie werden mit den Namen der bewirtschafteten Bauern noch im Jahre 1550 in einer Rechnung des Amtes Spandau aufgeführt. Wie aber steht es mit dem um 1540 doch schon das halbe Dorf umfassenden Besitz des Amtes Mühlenhof in Wilmersdorf? Hier entstehen eben bei einer näheren lokalen Betrachtung Fragen



über Fragen. Die Nichtbeachtung des Streubesitzes und der Unterverleihungen – bei dem Umfang der Karte nicht anders möglich – beeinträchtigt auch das auf der Karte dankenswerterweise erstmals gegebene Bild des Bürgerbesitzes. Gewiß gab es von dem alten weit gestreuten Bürgerbesitz nur noch Reste, und gehalten hatte sich nur der geschlossene Besitz in größerem Umfang, insofern ist das Bild richtig, aber trotzdem gab es noch genug Streubesitz. Zudem ist der dargestellte Zustand ein später Zustand des Bürgerbesitzes, für den wohl das von Rachel zitierte Wort des Thomas Matthias von 1564 schon gilt: „Vor alters ist das Vermögen in Städten gewesen und haben die Einwohner derselben stattliche Landgüter gehabt. Itzo hat sich verkehrt und zieht, der auf dem Lande etwas hat oder überkommen kann, hinaus, wie dann Andreas Lindholz deshalb auf dem Lande auch gekauft und Jan Reiche sich gleichergestalt hinaus begibt.“

Es ist also die Zeit, in der einzelne der großen Bürgergeschlechter in den Landadel übergehen. Ist das der Grund, warum die Schum in Lichtenrade nicht mit der Bürgersignatur versehen worden sind, aber hätte es dann nicht mit noch mehr Recht mit den Wins auf Birkenwerder, die damals zweifellos in den Landadel übergehen, genauso geschehen müssen? Hier entstehen Fragen, die natürlich auch den Bearbeiter in jedem einzelnen Fall vor fast unüberwindliche Schwierigkeiten stellen. Die Lindholz sind leider auf der Karte mit der gleichen Abkürzung bedacht wie die von Lietzen auf Wendisch-Wilmersdorf, was nicht weiter wichtig erscheint, denn die Lindholz sind ja mit der Bürgersignatur von den Lietzen abgehoben, doch entsteht nun doch die Frage, ob es sich bei dem Besitz „Li“ in Alt-Gliencke nicht doch um die Lindholz handeln soll. Ich war bisher immer der Überzeugung, daß die Lehnserteilung von 1539 an Georg Flauß das ganze Dorf Alt-Gliencke umfaßte. Hier, wie an anderen Stellen, bietet die Karte also Neues, zu Fragen anregend, deren Beantwortung nun freilich sehr erschwert ist. Das benachbarte Rudow ist übrigens ein Beispiel für die gelegentlich schwere Lesbarkeit der Abkürzungen und Pfeile.

Der Referent hofft, daß ihm diese genauere Betrachtung der Karte nicht verübelt wird, sie soll nur zeigen, welche Probleme und Fragen sich hier stellen und auch die außerordentlich erschwerte Situation der älteren Landesgeschichtsschreibung in West-Berlin aufzeigen. Zweifellos können alle diese Einwände den großen Eindruck von dem Wert der Karte nicht beeinträchtigen. Um nur eine Randerscheinung anzuführen, man vergleiche etwa die Grenze des gesamten Gebietes mit einer beliebigen Grenzdarstellung eines älteren historischen Atlas für dieselbe Zeit!

Mit Ernst und Sachlichkeit ist in dem Erläuterungsheft auch die Frage nach der Fortführung der Arbeit gestellt worden. Wir erfahren mit Genugtuung, daß die Arbeit am Historischen Handatlas der brandenburgischen Gebiete vorangeht, aber ist es wirklich möglich, viele der sich stellenden Aufgaben in dem kleinen Maßstab eines Handatlas zu lösen? Wäre für eine notwendige Generalisierung hier nicht doch eine Vordarstellung in mindestens dem hier vorliegenden Maßstab von 1 : 350 000 erforderlich? Um nur eine der vielen vor uns liegenden Aufgaben zu erwähnen – auch Berthold Schulze erwähnt sie –, so ist dringend eine Klärung der Entwicklung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts erforderlich. Erst vor kurzem hat ein Mann vom Range Michael Freunds in einem Rundfunkvortrag die auf Knapp zurückzuführende Formulierung, die Bauernbefreiung sei eine Befreiung der Bauern vom Lande gewesen, uneingeschränkt wiederholt. Das Ausmaß der Richtigkeit dieser Behauptung wäre erst noch festzustellen. Die genauen Angaben der Topographien um 1800, vor allem des Bratring, die statistischen Erfassungen um 1860 wären erste Auswertungsmöglichkeiten. Geht das im Rahmen eines Handatlas? Das alte Curschmannsche Programm, für das nun die vorliegende Karte einen leider wohl vorläufig letzten Schritt – einen imponierenden – darstellt, ist nicht mehr fortzuführen. Sollte man sich nicht energisch der neueren Zeit zuwenden, die ja auch Aufgabe eines historischen Atlas ist? Sie müßte freilich von einem größeren Mitarbeiterstab geleistet werden, denn nicht leicht mehr findet man heute einen Mann von der Arbeitskraft und der umfassenden Kenntnis Berthold Schulzes, auf dem fast allein die gewaltige Last der geleisteten Arbeit lag. Ihm sind wir jedenfalls zu größtem Dank verpflichtet.

Helmut Winz

## Herbergen der Christenheit. Jahrbuch für deutsche Kirchengeschichte.

Leipzig, Verlag Koehler & Amelang (VOB).

Im Auftrag der vereinigten Arbeitsgemeinschaften für Kirchengeschichte in den östlichen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland gibt Franz Lau seit 1956 „Beiträge zur Kirchengeschichte Deutschlands“ heraus, die auch für uns brandenburgische Landesgeschichtler wertvolle Untersuchungen enthalten. Im 2. Band (1957) behandelt Rob. Stupperich den Prediger Joh. Christ. Wöllner (1732–1800), der als Justizminister und Leiter des geistlichen Departements auf der Höhe seiner Macht unter Friedrich Wilhelm II. der bestgehaßte Mann in Preußen gewesen ist, da das unter seinem Namen in die Geschichte eingegangene Religionsedikt alle aufklärerischen Lehren mit harten Strafen bedrohte. Stupperich will mit seinem „Einblick in das Leben und Denken des jungen Wöllner dazu beitragen, auch die angebahnte positive Würdigung des gegen die Aufklärung kämpfenden späteren Staatsministers zu befestigen“.

Im 3. Band (1959) untersucht Irmgard Hort sorgfältig die böhmischen Ansiedlungen in und um Berlin. Außer den geschlossenen Kolonien in Berlin, Rixdorf, Friedrichshagen, Nowawes, Schöneberg, Schönerlinde bei Köpenick und Boxhagen, behandelt sie auch die Orte, an denen sich nur einzelne oder wenige böhmische Familien ansiedelten (Neuzittau, Schönholz). Walter Delius stellt auf Grund der Pfarrakten von Friedrichshagen und Köpenick im gleichen Band dar, wie sich „Nationalität und Konfession im Leben einer Berliner Gemeinde“ auswirkten und welchen kirchlichen Schwierigkeiten und Kämpfen die reformierten Böhmen in Friedrichshagen ausgesetzt waren.

„Die älteste Berliner Kirchenrechnung 1577–1578“ aus dem Archiv der St. Nikolai- und Marienkirche legt Karl Thelme im 4. Band (1961) vor und würdigt ihre kulturgeschichtliche Bedeutung. Die Ausgaben an „allerlei gemein Tagelohn und sonst vor allerlei arbeit, und was darauffgegangen“ geben uns einen Einblick in das damalige Berliner Wirtschaftsleben, außerdem ergänzen die in den Rechnungen genannten Namen der Kichenbeamten, Handwerker und Schuldner die Berliner Bürgerlisten. Der in der alten Schreibweise abgedruckte Text gibt uns auch wertvolle Hinweise auf die Sprache der Berliner dieser Zeit (paddengafß, nagelgaß, leddig „leer“, schmer, seger „Zeiger“, platernn, blueder hosen u.v.a.m.).

Heinz Gebhardt

## Hans Delbrück: Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte.

Teil 4: Neuzeit. Photomechanischer Nachdruck der ersten Auflage. Mit einer Einleitung von Otto Haintz, Berlin 1962, Walter de Gruyter & Co., XXI, 552 Seiten DM 48,-

Von diesem Standardwerk des Berliner Historikers Hans Delbrück (1848–1929), der seinem Vorgänger auf dem Berliner Lehrstuhl für Geschichte Heinrich v. Treitschke in der Bedeutung für Geschichte und Politik kaum nachsteht, liegt jetzt zunächst Band 4 in einer mustergültigen Ausgabe von dem Oberstudienrat Dr. Otto Haintz (Berlin-Nikolassee) vor. Der Herausgeber hat im Jahre 1912 mit einer Dissertation über die oberitalienischen Kämpfe in der Zeit der Renaissance bei Delbrück zum Dr. phil. promoviert und ist dann auch weiterhin durch ausgezeichnete kriegsgeschichtliche Veröffentlichungen, in letzter Zeit besonders durch ein umfangreiches dreibändiges Werk über die tragische Herrscher- und Feldherrngestalt des Schwedenkönigs Karl XII. in der militärgeschichtlichen Fachliteratur hervorgetreten; der Verlag war deshalb gut beraten, als er Haintz die Neuauflage des 4. Bandes von Delbrücks Monumentalwerk der Geschichte der Kriegskunst anvertraute. Mit Recht hat man den 4. Band als ersten von dem Originalwerk herausgebracht, da Haintz in seiner gehaltvollen Vorrede und in seiner Einleitung darauf hinweisen kann, daß dieser Band, der zum ersten Male in dem turbulenten Jahre 1920, also bald nach der Beendigung des Ersten Weltkrieges erschienen war, den erstmals in der militärischen und geschichtlichen Fachwelt viel umstrittenen Abschnitt über „Ermattungs- und Niederwerfungsstrategie“ enthält. Mit dieser einst so erbittert umkämpften Theorie der Kriegsführung aber hat sich heute der einst von vielen Militärs „als Zivilstrategie“ abgetane Historiker Delbrück einen Platz in der Reihe der großen Kriegstheoretiker erworben. Schon der Erste Weltkrieg hatte gezeigt, daß manche dieser Gedanken Delbrücks im Verlauf des Völkerringens ihre Bestätigung gefunden hatten; dies wurde

dann auch wiederholt von einsichtigen Militärs u. a. von dem späteren Reichwehrminister Groener in Wort und Schrift öffentlich anerkannt. Gerade in der heutigen Zeit, in der dem ganzen Erdball schwere politische Erschütterungen drohen, scheinen die vorstehenden Theorien Delbrücks über Kriegsführung besonders aktuell, da sich die früher rein militärische Strategie durch Hinzufügung der wirtschaftlichen und psychologischen „Kriegsführung“ zu einer Dreierheit entwickelt hat, deren Erörterung unter dem Zwang der politischen Verhältnisse sogar in der breiten Öffentlichkeit Raum gewährt wird. Ein Beweis für die Aktualität von Delbrücks „Kriegskunst“ ist vielleicht auch darin zu erblicken, daß in Moskau durch das „Volkskommissariat für Verteidigung der UdSSR“ eine fast vollständige Übersetzung des Gesamtwerks erschienen ist, obwohl es sich dabei um die Arbeit eines „kaiserlichen Demokraten“ handelt, der über seine Abneigung gegenüber marxistisch-materialistischen Geschichtsauffassungen niemals Zweifel gelassen hat. Die Ausgabe des ersten Bandes der ersten Auflage der „Kriegskunst“ im Jahre 1900 bedeutete für weite Kreise der Historiker eine Sensation, weil Delbrück u. a. durch seine „Sachkritik“ viele der in den schriftlichen Quellen stehenden und dann immer wieder kritiklos weitergegebenen Angaben als absurd widerlegen konnte z. B. die Phantasiezahlen der Riesenheere der Perser in den Kriegen gegen Griechenland. Durch den Zusatz zum Titel: „Im Rahmen der politischen Geschichte“ wollte Delbrück ausdrücklich betonen, daß sein Werk für den Gebrauch von Historikern, nicht für die Praxis der Militärs gedacht war. Aber nur langsam konnte sich auf den historischen Lehrstühlen der Universitäten die Einsicht durchsetzen, daß Universalgeschichte nur mit Hilfe der bisher so sehr vernachlässigten kriegsgeschichtlichen Forschung gelehrt und geschrieben werden könnte. Die Neuauflage des heute allgemein anerkannten Standardwerkes von Delbrück durch einen so berufenen Kenner wie Otto Haintz ist als ein sehr verdienstvolles Unternehmen des Verlages anzusehen. Es steht zu hoffen, daß der Ausgabe des Bandes 4 bald die der Bände 1–3 folgt. Von der Neuauflage der Bände 5–7 der ersten Ausgabe will der Verlag wohl aus dem Grunde absehen, weil diese Bände nicht mehr selbst von Delbrück bearbeitet worden sind und deshalb neuen kriegsgeschichtlichen Gedankengängen der Bearbeiter folgten. Es wäre zu begrüßen, wenn diese wichtige Neuauflage eine recht weite Verbreitung finden würde, weil Delbrück mit Recht immer die Heeresorganisation als das erste Element der Staatengeschichte angesehen hat. Auf dieser Grundlage vermag der interessierte Zeitgenosse einen Weg durch die Vergangenheit, sogar vielleicht auch durch die politischen Wirrnisse der Gegenwart zu finden. Auch der Laie, besonders der märkische Heimatforscher, wird bei der großen, niemals zu übergehenden Bedeutung der Wehrmacht in der brandenburgisch-preussischen Geschichte aus der Beschäftigung mit Delbrücks grundlegender, quellenmäßig stets sorgfältig unterbauten „Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte“ einen hohen und bleibenden Gewinn davontragen.

Hans Zopf

#### **Hans-Heinz Krill: Die Ranke-Renaissance. Max Lenz und Erich Marcks.**

Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken in Deutschland 1880–1935. Mit einem Vorwort von Hans Herzfeld. Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 3, Berlin 1962, Walter de Gruyter & Co. XIII, 271 Seiten, DM 38.–.

Diese spannende Auseinander-Setzung der jungen mit und von der alten Historiker-Generation, die sich auf eine Reihe von Vorgängern stützt, kann in einem landesgeschichtlichen Jahrbuch als Ganzes nicht nach Gebühr gewürdigt werden. Darum sei lediglich kurz das Wesentliche berichtet. Die zweckgebundene Geschichtsschreibung der nationalen und liberalen „Parteihistoriker“, der Treitschke, Sybel, Baumgarten, hat mit der Reichsgründung gleichsam ihr Ziel erreicht. Die Jungen, vorab ihre Schüler Max Lenz (1850–1932) und Erich Marcks (1861–1938), kehren sich zur vorurteilslosen Weite des Meisters Ranke: „der bedeutendste Revisionsversuch der deutschen Geschichtsschreibung vor der zweiten großen Wende nach 1945“. Es bleibt ein Versuch. Der Verfasser betont, wie das Vorwort hervorhebt, von Ehrfurcht erfüllt zu sein vor „jenem gläubigen neuidealistischen Denkstil der Neurankeaner, wie er sich bei Lenz am größten in seiner Berliner Universitätsgeschichte und bei Marcks am schönsten in seinem Porträt der Gegenreformation offenbart“. Aber beide sind so stark ihrem eigenen Zeitalter, dem nationalen Machtstaat und dem Imperialismus, verhaftet, daß das Bild

des im christlichen Humanismus der Goethezeit wurzelnden Ranke verblaßt und sie – besonders in ihren Schriften über Bismarck – „unter dem Einfluß der geistigen Preußifizierung zur bewußten Verherrlichung des Monumentalen, des Starken und Robusten“ gelangen, zur „Vergöttlichung“ des Heros (S. 94). Marcks wird geradezu zum „geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus“ (S. 219). Auffallend streng beurteilt der Verfasser den Bericht des dreißigjährigen Marcks über seinen Besuch bei Bismarck 1892, der nach ihm „als eine bemerkenswerte Quelle für Heinrich Manns Roman ‚Der Untertan‘ angesehen werden kann“ (S. 128). Die eindringende, überall belegte Untersuchung schließt mit der Feststellung: „In dieser folgenschweren Vergröberung aller menschheitlichen und vor allem moralischen Wertvorstellungen, in der damit verbundenen, bewußt proklamierten geistigen Abschließung Deutschlands von Westeuropa, auf Grund einer verabsolutierten deutschen „Sonderstellung“ wird man im Sinne Leopold von Ranke die historische Schuld von Max Lenz und Erich Marcks als akademischen Lehrern und führenden Vertretern des deutschen historisch-politischen Denkens sehen müssen“ (S. 257).

Gelegentlich wird Landesgeschichtliches berührt, so die Bedeutung von Straßburg „an der Grenze von romanischer und germanischer Kultur für die Ausprägung von Marcks' universalhistorischem Blick“ und später die Ergänzung durch seinen Übergang in die Geschichte des süddeutschen Raumes auf seinen „Lehrstationen“ Freiburg, Heidelberg und München (S. 153) – wie ebenso Hamburg (1907–13) als „Exponent der nationalen und wirtschaftlichen Machtstellung des in die Weltpolitik hinausschreitenden Reiches“ auf ihn wirkt (S. 158). In die Geschichte Berlins, wo Lenz fast ein Vierteljahrhundert gelehrt hat (1890–1913), gehört ein Fall, vom Vf. freilich nicht als ortsgebunden bezeichnet (S. 110–113): Zu „Bismarcks Heimgang“ 1898 erinnert Lenz an das gleichzeitige Gedenken der Paulskirche 1848; er betont die Fürstenseniorität der Verfassung von 1871, und gegen die 48 wie jetzt wieder auftretenden Kräfte, „die an ihren Grundmauern rütteln“, ruft er den Studenten zu: „Jedermann auf seinen Posten!“ Bemerkenswert – sagt der Vf. – „daß ein akademischer Lehrer vom Range eines Max Lenz in einer offiziellen Festrede in der damals führenden deutschen Universität der Reichshauptstadt ohne weiteres die verfassungsmäßige Institution des Reichstages hat aburteilen können“. Auf die in der Kaiserstadt naheliegende Möglichkeit höfischer Neigungen wie Einflüsse ist der Vf. nicht eingegangen. Aber sein Hinweis, in jener Rede habe Lenz den Bismarckschen Aspekt der „Reichsfeinde“ übernommen, läßt an den Titel eines Buches von 1930 denken: „Bismarcks Feinde. Geistige Grundlagen der deutschen Opposition 1848–1918“ von Otto Westphal, und zwar wegen einer Berlin betreffenden Anmerkung (S. 190). Für das „neue wissenschaftliche Lager“ der Lamprecht-Wundt-Ratzel im Leipzig der 90er Jahre – auch Marcks lehrte dort 1894–1901 – deutet er als mögliche Ursache an „auch eine größere Unabhängigkeit von der Residenz (Dresden), als sie in Berlin gegeben war, wo die Verbindung führender Gelehrter, wie z. B. Schmollers, mit dem Hofe bzw. der Regierung eine mitzuveranschlagende Rolle in der Entwicklung der wissenschaftlichen Überzeugungen gespielt haben wird“. Krill spricht nur allgemein – ohne Beziehung auf Berlin – von der „persönlichen Bindung der Generation an die Hohenzollernmonarchie, wie sie (neben Kosers Friedrich-Biographie) ihren sichtbaren Ausdruck in Otto Hintzes ‚vaterländischem, monarchisch-preußischem‘ Buche ‚Die Hohenzollern und ihr Werk‘ (1915) gefunden hat“ (S. 87). Hintze (1861–1940), der immer in Berlin gelehrt hat (1895–1920), lange der engste Mitarbeiter von Schmoller, hält sich doch dessen sozialgeschichtlichen Idealisierungen der Hohenzollern fern; im übrigen gehen seine Forschungen weit über Preußen hinaus – Krill nennt in anderem Zusammenhang Hintze und Meinecke „die eigentlichen schöpferischen Fortbildner von Ranke's universalhistorischer Betrachtung“ (S. 258). Aber gerade weil er den Bismarckbesuch von Marcks, 1892, der damals Berlin nach siebenjähriger Dozentur verließ, in Verbindung setzt mit Heinrich Manns „Untertan“ von 1914, der sich z. Z. einer auffallenden Gültigkeit erfreut, mag es doch zur Kennzeichnung der geistigen Luft jenes vergangenen Berlins angebracht sein, hier ergänzend mit dem Urteil von Fritz Hartung über Hintzes Hohenzollernbuch zu schließen: „eine fest gegründete unparteiische Darstellung der preussischen Geschichte, die – in Tagen ruhiger Sicherheit des Staates und der Dynastie entstanden –, weder anklagen noch verteidigen, sondern lediglich zeigen will, „wie es eigentlich gewesen“ (FBPG, 52, 1940, S. 210).

Eberhard Faden

**Hans-Herbert Möller: Dome, Kirchen und Klöster in Brandenburg und Berlin.**

Frankfurt am Main 1961, Wolfgang Weidlich. 256 Seiten, 96 Abb. auf Tafeln, 1 Faltkarte. DM 16,80

In der Buchreihe „Dome - Kirchen - Klöster“, deren Illustrationen sich fast ausnahmslos auf die Wiedergabe graphischer Blätter aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschränken, liegt nun als zweiter Band das Gebiet der Mark Brandenburg mit Berlin vor. Dieser Band kann in der Buchreihe eine Sonderstellung beanspruchen, weil er Abbildungsmaterial enthält, das vom Verfasser noch zu einem Zeitpunkt beigebracht werden konnte, als diese ehem. preußische Provinz mit einem Teil der alten Reichshauptstadt für die meisten noch nicht abgeriegelt war. Auch die jetzt unter polnischer Verwaltung stehenden brandenburgischen Gebietsteile wurden angemessen berücksichtigt.

Der Verfasser, durch mehrere gediegene Veröffentlichungen zur märkischen Kunstgeschichte und zur thüringischen Barockarchitektur sowie durch seine Tätigkeit als Inventariseur der Bauwerke und Kunstdenkmäler von West-Berlin bekannt geworden, spricht hier einen weiten Leserkreis an und vermittelt ein allgemein verständliches Bild von Berliner und brandenburgischer Sakralbaukunst, ausgehend von der Kolonisationstätigkeit der Benediktiner, Zisterzienser und Praemonstratenser. Von den Klosteranlagen sind die zu Lehnin und Chorin weit über lokale Grenzen hinaus Marksteine des norddeutschen Backsteinbaus geworden. Die Dome zu Havelberg, Brandenburg und Fürstenwalde sind ebenso gewürdigt wie die großen Stadtpfarrkirchen und die bescheidenen, jedoch kunstgeschichtlich aufschlußreichen Gotteshäuser der Dörfer in vorreformatorischer Zeit. Über die Sakralbauten des Barocks bis zur Ära Carl Friedrich Schinkels und seiner unmittelbaren Nachfolger um 1860 spannt sich der Rahmen.

Die Einleitung vermittelt eine Übersicht vom Werden und der Entwicklung des Kirchenbaus in dieser nicht einheitlichen Kunstlandschaft. Man hätte sich hier noch einen, wenn auch ganz knapp gefaßten Ausblick auf die Zeit nach 1860, vor allem in Berlin gewünscht. Es sei nur auf den Backstein-Neugotiker Johann Orzen hingewiesen, der als Schüler des Hannoveraners C. W. Hase seit 1870 in den damals rasch anwachsenden Randbezirken Berlins das Bild der Sakralbaukunst weitgehend bestimmt hat. Auch ein kurzer Hinweis auf die kirchliche Zugehörigkeit Berlins und der Mark in nachreformatorischer Zeit im Rahmen der katholischen Diözesangliederung wäre erwünscht gewesen, vor allem zum weiteren Verständnis der Baugeschichte von St. Hedwig in Berlin (S. 74).

Bei der Betrachtung der einzelnen Sakralbauten, die den Hauptteil des Buches darstellen, war der Verfasser naturgemäß weitgehend vom erreichbaren Abbildungsmaterial abhängig, und es versteht sich daher von selbst, daß die Akzente nicht immer entsprechend der kunstgeschichtlichen Bedeutung der Bauten gesetzt werden konnten. Es muß jedoch anerkannt werden, daß Möller diese Klippe mit viel Geschick umschiff hat und wenigstens im Text ist kaum ein wichtiger Bau – wenn auch nur mit ein paar treffenden Worten charakterisiert – ausgelassen worden.

Selbst bei kritischer Beurteilung wird man dem Verfasser schwerlich sachliche Fehler von wesentlicher Bedeutung nachweisen können. Es sei hier nur eine Ergänzung nachgetragen, die unbedingt in der nächsten Auflage Berücksichtigung finden sollte: In Neuzelle an der Oder gibt es neben der ehem. Zisterzienser-Stiftskirche (seit 1817 kath. Pfarrkirche) auch die in Form einer Kuppelkirche auf reduziertem lateinischen Kreuzgrundriß 1728 bis 1734 erbaute ehem. katholische Pfarrkirche mit reicher Ausstattung aus der Erbauungszeit, die 1817 dem evangelischen Kultus zugewiesen wurde. Sie bildet gleichsam das Gegenstück zu der ab 1660 barockisierten Stiftskirche und ist übrigens auf Tafel 91 zusammen mit dieser dargestellt, jedoch in der Bildunterschrift übersehen worden. In diesem Zusammenhang sei schließlich auf den mit wissenschaftlichen Anmerkungen versehenen Kirchenführer von Neuzelle hingewiesen, der auch von der Klostergeschichte berichtet (Peter Priemer, Die Stiftskirche von Neuzelle. 58 Seiten, 22 Abbildungen, kartoniert: 2,45 DM. St. Benno-Verlag, Leipzig 1962).

Hans Reuther



### Kurt Pomplun: Berlins alte Dorfkirchen.

Schriften zur Berliner Kunst- und Kulturgeschichte 3, Berlin 1962, Verlag Bruno Hessling, 80 Seiten mit einer Übersichtskarte, 31 Grundrissen, 7 Abbildungen und 20 Tafeln, DM 7,50.

Die für viele überraschende Tatsache, daß Berlin innerhalb seiner Grenzen nicht weniger als fünfundfünfzig Dorfkirchen besitzt, und schon hierin alle anderen deutschen Großstädte übertrifft, war Grund genug, ein Buch über diese kleinen, aber beachtungswürdigen Baudenkmäler und ihre Ausstattung zu schreiben. Kurt Pomplun ist nun der selbst gestellten Aufgabe in doppelter Hinsicht gerecht geworden; denn einmal gibt er einen geschickt und übersichtlich gestalteten Führer durch Berlins Dorfkirchen an die Hand und zum anderen — was hoch einzuschätzen ist — wird ein gewissenhaft bearbeitetes Kurzinventar, selbstverständlich beschränkt auf das Thema, aber für das ganze, ungeteilte Berlin vorgelegt.

In einer Übersicht sind die historischen Voraussetzungen angeführt: die von den Askaniern betriebene Ostkolonisation und jene gegen 1230 abgeschlossene Besitznahme des Gebietes zwischen Barnim und Teltow. Um diese Zeit standen bereits in einigen Dörfern erste, teils von der Zisterzienserbaukunst — besonders von Kloster Zinna — beeinflusste, aus Stein errichtete Gotteshäuser; wohlgefügte Granitquaderbauten, sogenannte „vollständige Anlagen“, die, meist vierfach gestuft, aus Westturm, Langhaus, Chor und Apsis bestehen. Am eindrucksvollsten zeugen dafür Marienfelde, Mariendorf, Lankwitz, Karow und Buckow. Daneben fügt sich seit der Mitte des 13. Jahrhunderts der Typus der Chorquadratkirchen, in Britz, Hohenschönhausen und Mahlsdorf, und der als Apsissaal ausgebildete in Tempelhof. Diese Dorfkirche ist übrigens die größte Berlins mit 235 Quadratmetern. Häufig sind ferner einfache Saalkirchen, die hauptsächlich in späterer Zeit gebaut wurden. Maßstäblich gleich wiedergegebene Grundrisse erläutern, optisch einprägsam, nicht nur die unterschiedlichen Formen, sondern auch die wechselnden Größen. Weiter ist von der technischen Ausbildung und zeitlichen Entwicklung der Portale, Türen und Fenster, der Dächer und Ausstattungen die Rede.

Ein alphabetisch geordneter Katalog der 55 Berliner Dorfkirchen schließt sich mit historischen und baugeschichtlichen Fakten an. Ausführlich sind dabei auch Wiederherstellungsmaßnahmen der letzten Jahrzehnte behandelt. Breiter Raum wurde ebenfalls der jeweiligen Kirchengestaltung gewidmet, und begrüßen kann man nur, daß einige dieser recht beachtlichen Stücke auf den beigegebenen Tafeln erscheinen.

Im Zusammenhang mit Britz wäre noch hinzuweisen auf die im Stadtarchiv Berlin-Mitte bewahrte aquarellierte Entwurfszeichnung Bernhard Rodes zu der einen seiner beiden radierten Ansichten der Britzer Dorfkirche.

Daß Kurt Pomplun die Entstehung der Dahlemer Dorfkirche, ihres Schiffs, dem 14. Jahrhundert zuweist, ist vollkommen richtig, zweifeln möchte man aber an seiner Behauptung, daß die Langhäuser der hiesigen Dorfkirchen erst seit der Mitte des 15. Jahrhunderts eingewölbt und durch eingestellte Säulen oder Pfeiler unterteilt worden seien. Besonders angesichts der Buckower Gewölbeformen wird diese Frage bedeutsam — und wichtig auch für die dort ursprünglich an allen Gewölbekappen befindlichen Malereien, deren kurze Beschreibung nicht hätte zu fehlen brauchen.

Gleichfalls sei der Wunsch ausgesprochen, bei der nächsten Auflage — auch wenn das Thema „Berlins alte Dorfkirchen“ lauter — die neueren Ausstattungstücke der Dorfkirchen zu berücksichtigen, beispielsweise in der Rudower das Rundfenster (über dem Altar) von Knispel, den Holzkruzifix von Haase-Ilseburg und die Pietà von Schreier.

Abgesehen von solchen geringfügigen Kleinigkeiten schließt dieser auch in seiner äußeren Gestalt sehr gelungene Band eine bisher stets fühlbare Lücke. Ekhart Berckenhagen

### Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin. Stadt und Bezirk Charlottenburg.

Schriftleitung und Einführung Paul Otwin Rave. Bearbeitet von Irmgard Wirth, Berlin 1961, Verlag Gebr. Mann. Textband, 716 Seiten mit 146 Abb. und Übersichtskarte; Tafelband mit 866 Abb., DM 80,—

Wer mit den amtlichen „Inventaren“ der Bau- und Kunstdenkmäler Deutschlands umzugehen gewohnt ist, wird erstaunt und vielleicht betroffen sein, hier, wie übrigens schon in dem Band „Tiergarten“ des Berliner Inventarwerkes, den Rahmen bedeutend

weiter gespannt zu finden, als das sonst bei derartigen Dokumentationen üblich ist. Augenscheinlich wird damit eine besondere Absicht verfolgt, die schon im Titel erkennbar ist: neben die „Kunstdenkmäler“ werden darin nicht „Baudenkmäler“, sondern ganz einfach „Bauwerke“ gestellt. Das heißt wohl, daß bei der Auswahl der zu behandelnden Objekte nicht nur „Denkmalswert“ im kunst- und kulturhistorischen Sinn allein maßgebend war. Die gewohnte Begrenzung des Stoffes wird jedenfalls damit nach zwei Richtungen hin überschritten: es kann vieles, was für sich allein weder sehr ansehnlich noch interessant erscheint, im Gesamtbild der Stadt jedoch von Bedeutung ist, geschildert werden, und es ist der Auswahl keine zeitliche Grenze gesetzt, so daß auch moderne Bauwerke in das Inventar aufgenommen werden können. Wer die Situation Berlins aus eigenem Miterleben und Miterleiden kennt, wird bald zu der Einsicht kommen, daß diese besondere Auffassung von den Aufgaben eines Kunstinventars hier an diesem Ort richtig und zu begrüßen ist, obwohl sie nicht überall als Vorbild genommen werden kann. Berlin war durch die Bombenangriffe und die Kämpfe in den letzten Kriegstagen sehr mitgenommen und in manchen Gegenden fast ganz zerstört, aber die wechselvolle Geschichte der Stadt war an den Resten noch deutlich ablesbar. Der Wiederaufbau nach modernen Grundsätzen aber und die höchst notwendige Sanierung mancher Stadtteile ändert das Gesicht Berlins in einem rasend schnellen, von Jahr zu Jahr zunehmenden Zeitmaß, und fast scheint es, als ob das alte, gewachsene Berlin ganz verschwinden wird. Es ist die höchste Zeit, all das zu sammeln, was dem Neubau weichen muß. Dabei darf einerseits auch das Unscheinbare nicht verlorengehen, soweit es im Leben der Stadt einmal eine Rolle gespielt hat; es gibt keine andere zentrale Stelle, wo derartige, oft nur noch wenigen Kennern gegenwärtige Details aufbewahrt, kritisch gesichtet und dem großen Ganzen eingeordnet werden könnten. Die moderne Architektur andererseits hat schon Hinnerk Schepers, dessen Andenken die vorliegenden Bände gewidmet sind, in das Interesse der Denkmalpflege einbezogen. Die Berechtigung dazu sieht wohl jeder ein bei den Werken aus den Zeiten des Umbruchs um 1900 und nach 1918, denn dabei handelt es sich in der Regel um Baudenkmäler im eigentlichen Sinne des Wortes. Stärkere Zweifel könnte man haben, wenn man die Reihe der behandelten Bauwerke bis in die Gegenwart fortgesetzt sieht. Aber auch dafür ergibt sich die Berechtigung aus der Situation. Da so vieles, was dies Inventar vorlegt, vernichtet oder abgerissen wurde und vieles andere zwar noch vorhanden ist, aber nicht erhalten werden wird, könnte leicht der Eindruck entstehen, die Stadt sei zum größeren Teile ein Trümmerfeld, wenn nicht auch das neue Leben gezeigt und die Hoffnung erweckt würde, daß auch die neue Stadt Gesicht und Format haben wird. Nur ist es doch wohl nötig, sich für die Auswahl von Zeugnissen der neuesten Zeit eine bestimmte, nicht allzu naheliegende Grenze zu setzen, damit das Inventar außerhalb des Streits der Tagesinteressen bleibt. Wo die Geschichte eines sehr wichtigen Bauwerkes, wie die des Deutschen Opernhauses, bis in die Gegenwart hineinreicht, wäre es natürlich möglich, eine solche Grenze ausnahmsweise zu überschreiten. Hier also ließe sich der Stoff einschränken. An anderen Stellen, bei der Auswahl der Objekte aus der Zeit vor den Kriegen, scheint es mir dagegen möglich und an einigen Stellen sogar geboten, noch mehr in die Breite zu gehen.

Der an sich schon schwierigen, durch die Erweiterung des Programmes noch schwieriger gewordenen Aufgabe hat sich Irmgard Wirth mit Spürsinn und mit anerkennenswerter Gründlichkeit unterzogen. Nur wer sich selbst einmal an einer ähnlich umfassenden Arbeit versucht hat, kann eine Vorstellung davon haben, was an Geduld und entsagungsvollem Fleiß in einem solchen Sammelband steckt. Mit dem Erfolg können Verfasserin und Benutzer sehr zufrieden sein: es ist ein in seiner Art ausgezeichnetes Inventarwerk entstanden, das auf fast alle Fragen, die man ihm mit Berechtigung stellen kann, Antwort gibt. (Bestimmte Fragenkomplexe, die außerhalb der Möglichkeiten eines Inventars liegen, wird der vom Architekten- und Ingenieur-Verein vorbereitete neue Band von „Berlin und seine Bauten“ anzusprechen versuchen.) Damit soll nicht gesagt sein, daß die Arbeit ganz fehlerlos ist. Eine Liste der Errata und Lapsus stili würde sogar ziemlich umfangreich sein. Ich habe aber noch kein Werk von derartigem Umfang, das sich noch dazu aus einer fast unübersehbaren Fülle von Einzelinformationen zusammensetzt, in Händen gehabt, das auf den ersten Wurf ganz untadelhaft gewesen wäre. Wenn alle diejenigen, die einzelnes besser wissen oder sonst berechtigte Ausstellungen zu machen haben, davon der Redaktion Mitteilung

machten, so würde ich das für einen nicht geringen Erfolg der Arbeit halten, und es wäre damit einer zweiten Auflage oder eher noch einer Ergänzung des Buches, die bei der besonderen Art des Programms in absehbarer Zeit nötig werden wird, besser gedient als eine Aufzählung in dieser Anzeige, die doch nicht vollständig sein könnte. Nur um das Vorhin Gesagte zu begründen, möchte ich darauf hinweisen, daß man z. B. von den Miethäusern mehr Beispiele (evtl. mit Grundrissen!) hätte heranziehen können (ich vermisste z. B. das wichtige Jugendstilhaus Kurfürstendamm 37), und daß die Untergrundbahnanlagen in bezug auf ihre ursprüngliche, sehr interessante Ausstattung etwas zu kurz gekommen sind. Aber für beides läßt sich in den hoffentlich bald folgenden Bänden leicht Ersatz bieten. Zu wünschen wäre, daß das Auffinden gesuchter Objekte durch Hilfsmittel, u. a. durch ein Straßenverzeichnis, erleichtert würde.

Der Textband wird eingeleitet durch einen Abschnitt über die Orts- und Baugeschichte von P. O. R a v e, des erst kürzlich verstorbenen Betreuers der Arbeit an den Inventaren, und durch ein Vorwort von Landeskonservator S e e l e k e.

Wenn ich daran denke, wie lange ein Band der Inventarisierung seine Bearbeiter bis zur Drucklegung beschäftigt und daß von den 12 Westberliner Bezirken seit 1955 erst zwei publiziert sind, so erfaßt mich eine Sorge, von der ich noch sprechen möchte. Wie häufig findet sich in dem hier besprochenen Band unter Abbildungen von Bauwerken, die von großem Reiz waren, die Bemerkung, daß sie in den letzten Jahren abgebrochen worden sind. Wie viele Baudenkmäler von Rang samt ihrer städtebaulichen Situation – darin gerade liegt die eigentliche Gefahr – werden noch verschwinden! Gegenüber diesem Gesamtverlust an historischer Substanz stimmt es fast traurig, wenn in der Presse gelegentlich für einzelne, leider schon so gut wie verlorene Objekte mit einem Elan und einer Zähigkeit gefochten wird, die man gern an wichtigerer Stelle eingesetzt sähe, während von viel schlimmeren Verlusten, die uns drohen, niemand Notiz nimmt. Jedoch ist hier nicht der Ort, für Bedrohtes Propaganda zu machen. Vielmehr beschäftigt mich die Frage, ob die Bearbeiter künftiger Inventare von dem, was heute noch und morgen nicht mehr steht, genügend Dokumentationen vorfinden werden, um ein deutliches Bild davon zu erhalten und weiterzugeben. Ich weiß wohl, daß das Amt für Denkmalpflege seit Jahren alles, was fotografiert werden kann, aufnehmen läßt. Aber mit Photographien allein ist oft nicht auszukommen, es sind auch maßstäbliche Bauaufnahmen nötig. Wer einmal im Bezirk Kreuzberg nicht allein durch die Straßen, sondern auch über die Höfe gegangen ist, wird staunen, wieviel Objekte, die es festzuhalten lohnt, da noch immer vorhanden sind. Für ein Institut und seine Mittel ist diese Arbeit zu groß, es wäre höchste Zeit, wenn alle, die daran Interesse haben und die dazu befähigt sind, sich zusammenfinden, um gemeinsam mit der Denkmalpflege und zu deren Nutzen so viel in Zeichnungen zu erfassen, wie die Zeit noch erlaubt.

Ernst Heinrich

## 100 Jahre Berliner Statistik 1862–1962.

Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Berlin, Berlin-Schöneberg, 1962. 214 Seiten mit vielen Abb.

„Zum Geleit“ weist der Regierende Bürgermeister Willy Brandt auf die Tatsache, daß dieses erste städtestatistische Amt in Deutschland Vorbild für andere Städte und außerdem wesentlich für seine Wissenschaft geworden ist. Im Vorwort des Direktors Dipl.-Math. Karl Heinz Katsch wird mit Dank als Verfasser der Festschrift unser Mitglied Oberregierungsrat Dr. Hans Z i m m e r m a n n genannt, als einziger der Mitarbeiter bereits vor dem Kriege im Amte tätig. Den Dank wiederholt hier die Landesgeschichte, besonders für die anziehende und – bei einem „Verwaltungsbericht“ selten – auch die Persönlichkeiten mit ihren menschlichen Zügen einbeziehende Darstellung. Die Statistik, vor anderen Gebieten als trocken und anonym zugleich „gefürchtet“, wird hier als das Werk von Menschen lebendig, und wenn Volkszähler und -gezählte von den Schwierigkeiten der Fragebogen zu erzählen wissen, – hier erfahren wir von der geistigen Leistung der Männer, die die Fragetechnik mit immer neuen wissenschaftlichen „Einfällen“ bereichert, verfeinert und immer fruchtbarer gestaltet haben.

Am Anfang steht Johann Peter Süßmilch (1707–1767), aus Zehlendorf, einer der frühen Wegbahner seiner Wissenschaft, und beherrschend in der Folge der Direktoren Richard Böckh (1824–1907, Sohn des Altphilologen und Berliner Ehrenbürgers August B.) – zwei Berliner Gelehrte von europäischer Geltung. Zugleich erweist die Reihe der Amtsleiter die Anziehungskraft und Unbefangtheit unserer Stadt gegenüber „Zugereisten“ – ein Wort, das Berlin nicht kennt: der erste, Schwabe, aus dem Großherzogtum Weimar, Ernst Hirschberg aus Königsberg i. Pr., Heinrich Silbergleit aus dem Österreichischen, Büchner aus Dresden, Kürten vom Niederrhein, Prof. Kürbs, dem nur zwei Jahre vergönnt, aus Hannover gebürtig – erst nach 1945 treten wieder Berliner auf: Kurt Treitschke und seit 1957 K. H. Katsch. Auch die Leistung vieler Mitarbeiter ist gewürdigt bis zu den jüngsten Erlebnissen der „Befragter“ bei ihren Hausbesuchen, echt Berliner Geschichten.

Bezeichnend für das die 500 000 überschreitende Berlin, daß der Anstoß zur Amtsgründung von der Armendirektion ausging, vom Bürgermeister Naunyn, also vom sozialen Bereich, und daß die entscheidenden Förderer ein Verwaltungsmann und ein Arzt waren, Stadtrat Gilow und der Stadtverordnete Sanitätsrat Dr. Salomon Neumann; ihr neues Verfahren bei der Volkszählung 1861, als „Berliner Reform“ nach draußen wirkend, gab dem Amt die wichtigste Grundlage. Dann kamen die Statistiker zu Wort. Des ersten Direktors Prof. Schwabe Feststellung einer „Gesetzmäßigkeit“: je geringer das Einkommen, desto größer der Anteil der Mietausgaben – übernahm die Wissenschaft als „Schwabesches Gesetz“. Böckh begann mit seinen Sterblichkeits- tafeln den Kampf gegen die hohe Säuglingssterblichkeit. Im Aufstieg zur Weltstadt beobachtete man den Verkehr: 1879 zählte die Leipziger Straße die meisten Fahrzeuge und Reitpferde, 1907–08 haben die Linden sie überflügelt, dafür hat sie nun als Kaufstraße die meisten Fußgänger. Wie eine Sage klingt es, daß ab 1900 das Angebot an Leerwohnungen stetig steigt und daß 1932 in Gesamtberlin – die Bezeichnung Großberlin sollte man auf die Zeit bis 1919 begrenzen – wieder 2 % leer stehen.

Dem Historiker unentbehrlich bleiben die Veröffentlichungen des Amtes (S. 102 ff., 209). Als Schriftleiter der „Berliner Wirtschaftsberichte“ (ab 1924) tritt Oskar Kürten hervor, ebenso mit zahlreichen Aufsätzen nach 1945; ihre Bedeutung rühmt der Vf. ausführlich S. 146. Volkstümlich wird die Leistung des Amtes durch das Taschenbuch „Berlin in Zahlen“, seit 1927 in vielen Ausgaben bekannt, und durch die graphischen Arbeiten des langjährigen Bildstatistikers Wesselsky, die auch allgemeinen Ausstellungen dienten (Der Magen von Berlin. Vergleichung: was erhielt man in Berlin für 1 RM 1913 und 1928 und für 1 DM 1961? vor S. 111). Für Westberlin jetzt wichtig eine Karte der statistischen Einheiten, eine Gebietseinteilung, zu der wir eine Erläuterung erhoffen, auch für die Heimatkunde von Wert.

Heute arbeitet das Amt mit eigenem Maschinenpark und wird auch für die Bundesstatistik in Anspruch genommen; das Bundesgesetz über Statistik wie ihre Berliner „Ordnung“, beide von 1953, sind im Anhang abgedruckt.

Immer hat das Amt Böckhs grundsätzliche Forderung erfüllt, Statistik müsse neutral sein; selbst in der NS-Zeit haben sich die befreundeten Männer Büchner und Kürten „mit Würde behauptet“. (S. 89, 92).

Eberhard Faden

### **Friedrich Wilhelm Lehmann: Berlin – Bummel um die Jahrhundertwende,**

Berlin und Heidelberg 1961, Impuls Verlag Heinz Moos. 148 Seiten, DM 19,80 — Ders.: Berlin Kaleidoskop 1910-30, Berlin und Heidelberg 1962, Heinz Moos Verlag. 106 Seiten, DM 19,80.

Im Zeitalter des Fernsehens und der illustrierten Wochenblätter hat der Trend zum Bildband ungeahntes Ausmaß angenommen. Auch Berlin ist davon nicht verschont geblieben. Die unserer Stadt gewidmeten Bildbände sind kaum noch zu zählen und werden alljährlich um ein Dutzend vermehrt: Die Farbe feiert wahre Triumphe und die Texte sind so hochgestochen wie nur irgend möglich.

Friedrich Wilhelm Lehmann — nom de guerre? — ist bei seinem Berlin-Bummel vom ausgetretenen Pfad abgewichen und seinen eigenen Weg gegangen. Aus dem reichhaltigen Archiv der Landesbildstelle Berlin hat er sich die weithin unbekannten Aufnahmen Walter Titzenthalers auf der Zeit um 1900 herausgesucht und sie mit geschickter Hand zu einem amüsanten Buch vereint, das seinen besonderen Reiz durch viele

zeitgenössische Dokumente bekommt. Lehmann hat sich die Mühe gemacht, die Tageszeitungen der Jahre von 1895 bis 1910 nachzuschlagen und bietet aus ihnen eine Fülle originalgetreu nachgedruckter Artikel und Anzeigen, die ein flüssig geschriebener, witzig-spritziger Text verbindet. <sup>1</sup>

Der große Erfolg des Berlin-Bummels — nach wenigen Monaten mußte eine zweite Auflage gedruckt werden — haben Autor und Verlag veranlaßt, mit dem „Berlin-Kaleidoskop 1910–30“ eine Fortsetzung zu bieten. Das bewährte Prinzip ist eingehalten, aber das Äußere ist bunter geworden; der auf violett (!) Papier gedruckte Textteil vielleicht zu bunt. Mit dem vom Direktor der Pariser Sternwarte für den 19. Mai 1910 vorausgesagten, in Berlin aber mit der üblichen Skepsis aufgenommenen Weltuntergang beginnt der Querschnitt durch zwei Jahrzehnte Berliner Leben und endet mit der am 3. Dezember 1930 im Metropol-Theater aus der Taufe gehobenen Lehár-Operette „Schön ist die Welt“. Dazwischen spannt sich ein weiter Bogen, der die Anfänge des „Kintopps“, den Ersten Weltkrieg, die Revolution, die Bildung Großberlins und die Ereignisse der bedeutsamen „goldenen zwanziger Jahre“ umfaßt. Doch wozu mit Einzelheiten aufwarten; man greife zu den Büchern, schaue und lese selbst. Ich glaube nicht, daß sie jemand enttäuschen werden, auch den streng und nüchtern urteilenden Landesgeschichtler nicht.

Kurt Pomplun

**Berlin-Kalender 1963**, 10. Jahrg., mit 27 Aufnahmen von Fritz Eschen, Berlin, Wolfgang Stapp-Verlag. DM 4,95.

Im 10. Jahrgang erscheint nun schon der besonders im Bundesgebiet vertriebene Berlin-Kalender des rührigen Verlegers Wolfgang Stapp. Die vorzüglichen Aufnahmen des Bildjournalisten Eschen geben ein abgerundetes Bild des vergangenen und heutigen Berlins, wobei nachdrücklich auf die Findigkeit Eschens hingewiesen sei, dem es gelingt, unserer Stadt noch immer neue Motive abzugewinnen, wie der sehr eindrucksvolle Blick aus dem Torbogen der alten zur neuen Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Die Bildauswahl macht gelegentlich Konzessionen an den Publikumsgeschmack; Fotos der sonntäglich-überfüllten Havelchaussee mit lagernden Berlinern, die Großbaustelle Stadtautobahn oder die müden Wanderer vor dem Schloß Tegel (und das letztere auch noch in Farbe!) eignen sich kaum als Kalenderblätter, die man 14 Tage lang betrachten soll, sondern allenfalls für werbende Prospekte des Verkehrsamtes. Man sollte auch Kunstwerke, wie die ungegenständliche Plastik von Uhlmann im Hansaviertel, nicht von einem knappen Dutzend Menschen umlagert wiedergeben.

Abschließend die Bitte, die Bildunterschriften künftig etwas genauer zusammenzustellen (Beispiel: „Deutsche Stiftung für Entwicklungshilfe“ statt „Entwicklungsländer“), dann wird der Berlin-Kalender eine noch eindrucksvollere Werbung für unsere Stadt sein.

Hans-Herbert Möller



## Aus dem Leben der Vereinigung

Der Berichtszeitraum September 1961 bis August 1962 stand unter den Auswirkungen des 13. August 1961. Mit der Errichtung der „Mauer“ sind wir erstmalig in den 78 Jahren des Bestehens unserer Vereinigung völlig getrennt von unseren Mitgliedern und Freunden in Ostberlin und der Mark Brandenburg. Auch wurde unseren Westberliner Mitgliedern nunmehr unmöglich gemacht, die Stätten brandenburgischer Landesgeschichte und Landeskunde wandernd und forschend zu betreten. Den unmittelbaren Kontakt mit den Menschen und dem Raum der Mark Brandenburg vermissen wir sehr. Dennoch gelang es, die Arbeit in unserem Kreise in einer Fülle von Veranstaltungen zu erweitern und zu vertiefen. Wir boten folgende Vorträge:

1961

- 8. Sept. Richard Kieser: Die Landschulreform des Domherrn Friedrich Eberhard von Rochow – ein Ausdruck der Berliner Aufklärung
- 29. Sept. Dr. Wolfgang Scheffler: Berlins Beitrag zur Porzellan-Kunst
- 13. Okt. Hans-Werner Klünner: Aus der Geschichte des Prenzlauer Berges
- 3. Nov. Harry Methling: Aus der Geschichte der Pfaueninsel
- 24. Nov. Rudolf Steinhäuser: Paretz und Monbijou – zwei brandenburgische Schlösser
- 8. Dez. Dr. Hans Lohmeyer: Vom Zweckverband 1911 zur Einheitsgemeinde Groß-Berlin – aus eigenen Erlebnissen

1962

- 12. Jan. Dr. H. E. Pappenheim: In den Zelten-durch die Zeiten – Kulturgeschichte am Tiergartenrand 1740/1960
- 2. Febr. Dr. Thomas Klein: Brandenburg und Sachsen im späten 16. Jahrhundert
- 23. Febr. Dr. Hans Saring: Die älteste Geschichte der Stadt Dahme/Mark
- 9. März Hans-Peter Schmidt: Bezirk Tiergarten – 100 Jahre Berliner Stadtteil
- 30. März Dr. Hans-Herbert Möller: Dome, Kirchen und Klöster in Berlin und in der Mark Brandenburg
- 13. April Herbert Adam: Sechs Jahrhunderte Berliner Geschichte in Briefen und Dokumenten

Wie gewohnt kamen wir vor den Vorträgen und an den sonstigen Freitagabenden zu den Bibliotheksstunden zusammen. Die Benutzung unserer Bücherei durch Mitglieder, Freunde und Besucher der heimatkundlichen Abteilung der Amerika-Gedenkbibliothek stieg weiter an. Unseren Buchbestand konnten wir auf über 6200 Schriften und 1300 Kartenblätter erweitern, nicht zuletzt dank eines ansehnlichen Zuschusses der Deutschen Klassenlotterie Berlin für Neuanschaffungen und Instandsetzungen. Die Zahl der historischen Vereine und Institutionen, mit denen wir in regelmäßigem Schriftenaustausch stehen, erhöhte sich auf 74.

Vom 11. bis 13. Mai 1962 unternahmen 33 Mitglieder eine Bus-Studienfahrt ins hannoversche Wendland und zum Hübbeck gegenüber Lenzen/Elbe, die durch die Unterstützung des Ringes der Heimatfreunde Gartow-Hübbeck und der Behörden von Schnackenburg/Elbe ein voller Erfolg wurde. Innerhalb von West-Berlin boten wir unseren Mitgliedern und Freunden 10 Besichtigungen und Führungen, darunter Besuche der Heimatmuseen Neukölln (Vortrag Wilhelm Schmidt) und Tempelhof (Vortrag Herbert Hohn), sowie des Bethanien Central-Diakonissenhauses (Vortrag Martin Schaaff), der Galerie Obpacher (Vortrag Gustav Spielberg), der Ausstellung „Bilder märkischer Landschaft“ (Vortrag Dr. Irmgard Wirth) und der Wilhelm-Foerster-Sternwarte (Vortrag H. B. Brenske). Eine Busfahrt durch den Bezirk Spandau hatte 55 Teilnehmer.

Trotz der räumlichen Beengtheit von West-Berlin veranstalteten wir 13 Wanderungen und Spaziergänge, darunter eine Nachtwanderung und zum 77. Male die traditionelle Weihnachtswanderung durch den Grunewald. Etwa 150 Mitglieder und Gäste vereinigten sich am 13. Dezember 1961 im Spenerhaus der Königin-Luise-Gedächtniskirchengemeinde, Schöneberg, zu einem Weihnachtlichen Treffen mit Lesungen märkischer Dichter sowie Musik- und Liedvorträgen.

Die Fontane-Plakette in Bronze verliehen wir unserem früheren Bibliothekar Ernst Sieg aus Anlaß seiner 20jährigen Vereinszugehörigkeit für seine Verdienste um die Bücherei unserer Vereinigung.

An Veröffentlichungen brachten wir außer diesem Jahrbuch 13/1962 die Mitteilungsblätter 38, 39, 40 heraus.

Von September 1961 bis August 1962 haben wir den Tod folgender Mitglieder zu beklagen, deren Ableben schmerzliche Lücken in unsere Gemeinschaft riß:

Frau Louise Klietmann, die Herren Rudolf Gurr, Hans Kreutzner, Bodo Küttler, Oskar Muche, Paul Ortwin Rave, Friedrich Schneider. Ihr Wirken und ihre Verdienste würdigten wir in unseren Mitteilungsblättern.

Der Jahresbericht sei nicht abgeschlossen, ohne herzlichen Dank allen Mitgliedern und Freunden auszusprechen, insbesondere den Autoren und dem Herausgeber des Jahrbuchs, den Vortragenden und Führern für die Förderung und Unterstützung unserer Arbeit und unserer Veranstaltungen.

Gerhard Küchler

## JAHRBUCH FÜR BRANDENBURGISCHE LANDESGESCHICHTE

1950 begründet von  
MARTIN HENNING † und DR. HEINZ GEBHARDT

Seit 1960 herausgegeben von  
KURT POMPLUN

---

Jahrgang 1959 ist vergriffen, alle anderen sind noch lieferbar (Jahrgang 1950–1958 je DM 4,50, Jahrgang 1960 und 1961 je DM 5,50, Jahrgang 1962 DM 7.00) durch die

**FONTANE-BUCHHANDLUNG Dora Pohlmann**  
Berlin 44, Hermannstraße 54, Ruf: 62 63 00







[www.books2ebooks.eu](http://www.books2ebooks.eu)